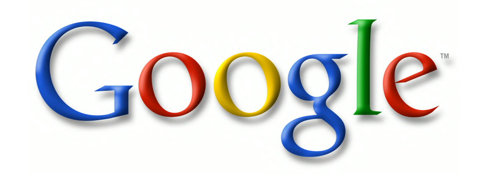



73596

Das Wissen der Gegenwart

Deutsche Universal-Bibliothek für Gebildete

Einzeldarstellungen aus dem Gesamtgebiete der Wissenschaft, in anziehender gemeinverständlicher Form, von hervorragenden Fachgelehrten Deutschlands, Österreich-Ungarns und der Schweiz.

Jede … hlossenes Ganze. – … Zwischenräumen. … es Papier und gro… Druck und Format … Band füllt 15—20 … l.

Jeder B… gebunden



Das …

durch desse… löst werden soll, dem … uf dem Gesamtgebiete … n Forschung aus befrie… g zu bieten, wird hier… Für unsere Sammlung ist vorläufig ein Umfang von zwei- bis dreihundert Bänden in Aussicht genommen, von denen jeder einzelne ein Ganzes für sich, zugleich aber einen Baustein zu einem Gesamtgebäude bilden soll. Bei dem Plane des Unternehmens haben wir jene Zweiteilung, welche als herrschende unverkennbar durch die moderne Wissen… hindurchgeht, zum obersten Einteilungsgrunde gemacht. Die …senschaften und die historischen Wissenschaften, die gleichsam wie … gelegene Inseln immer mehr fruchtbares Land ansetzen und

selbst widerstrebende Disziplinen an sich heranziehen, werden, wie sie im Leben der modernen Wissenschaft selbst die Herrschaft angetreten haben, auch in unserem Werke, welches dieses Leben klar abspiegeln will, die beiden großen Hauptgruppen der systematischen Einteilung bilden. Die rein abstrakten Wissenschaften, welche eine dritte Gruppe bilden könnten, werden wir keineswegs aus unserem Werke ausscheiden, aber nicht sowohl vom dogmatischen als vom historischen Standpunkte aus beleuchten. Und dies aus dem Doppelgrunde, weil in einem Teil dieser Wissenschaften, wie z. B. in der Mathematik, ein anderes Wissen als ein durchaus vollständiges Fachwissen nicht denkbar ist, während in einem andern Teile, wie in der Metaphysik, positive Wahrheit nur insoweit, als es auf innere Geschichte ankommt, zu bieten ist.

Wir bemerken nur noch, daß wir die **Länder- und Völkerkunde**, die als selbständige Wissenschaft immer bedeutsamer hervortritt und die naturwissenschaftliche und historische Elemente in sich schließt, in unserem Plane deshalb der großen Gruppe der historischen Wissenschaften angereiht haben, weil der Hauptgesichtspunkt, von dem die Methode dieser Wissenschaften ausgeht, nämlich die territoriale Abgrenzung, ein historischer ist.

Im Folgenden geben wir einstweilen die Grundzüge der Einteilung nach einem vorläufigen Plane, und bemerken, daß eine detaillierte Aufstellung der Themata baldigst nachfolgen wird:

a) Die Naturwissenschaften

werden durch zahlreiche interessante Themata, in anziehender gemeinverständlicher Form bearbeitet, aus dem Gebiete der

Astronomie, Geologie, Geognosie, Physik, Chemie, Meteorologie, Zoologie, Botanik, Medicin und des Bergwesens

vertreten sein.

b) Die historischen Wissenschaften

sollen in all ihren Zweigen berücksichtigt werden, interessante Schilderungen der bedeutendsten Perioden aus der

Weltgeschichte, Länder- und Völkerkunde und der Culturgeschichte und Darstellungen aus der **Philologie, Jurisprudenz, Nationalökonomie, Philosophie** sind in Aussicht genommen. Eine Reihe von Publikationen aus der **Kunstgeschichte** sind geplant, welche lückenlos dem Stande der heutigen Forschung entsprechend zur Darstellung gebracht werden sollen.

Aus diesen Andeutungen, denen ein im Einvernehmen mit hervorragenden Fachgelehrten systematisch angelegter Plan zu Grunde liegt, dürfte sich zur Genüge ergeben, daß wir in der That eine wissenschaftliche Bibliothek anstreben, welche — die Teilnahme des gebildeten Publikums vorausgesetzt — die im Eingange dieser Ankündigung gekennzeichneten Aufgaben erfüllen, in allen Teilen frommen und nützen, in ihrer Gesamtheit aber einen geistigen Bau von dauerndem Werte bilden wird.

Die außerordentliche Wohlfeilheit dieser Einzelwerke bietet auch dem Minderbemittelten, der so oft vor den hohen Preisen wissenschaftlicher Werke zurückschreckt, die erwünschte Gelegenheit, sich auf einem bestimmten Gebiete gründliche und ausgiebige Belehrung zu sichern. So hoffen wir denn durch unsere Bibliothek ein Bildungsmittel zu schaffen, das in der großen, nie endenden Schule der Erwachsenen eine würdige Stellung einnimmt, das von den Wissenden gutgeheißen, von den Gebildeten und Bildungsbedürftigen gerne angenommen wird, und den weitesten Kreisen des deutschen Volkes zugänglich gemacht ist.

Zunächst werden erscheinen:

Gindely, A., Geschichte des dreißigjährigen Krieges in drei Abteilungen.

I. 1618—1621: Der böhmische Aufstand und seine Bestrafung.

Etwa 290 Seiten. Mit zahlreichen sehr interessanten historisch beglaubigten Abbildungen von Schlachten und Städten; Portraits jener Männer, die in der gewaltigen Geschichts-Epoche zu einer historischen Bedeutung gelangten, wie Ferdinand II., Friedrich V., Bethlen und Tilly.

Klein, Dr. Herm. J., Allgemeine Witterungskunde.

Etwa 290 Seiten. Auch dieses Werk ist mit zahlreichen, vorzüglich ausgeführten Abbildungen und Tafeln ausgestattet.

Fortsetzung am Ende des Werkes.

Das Wissen der Gegenwart

Deutsche Universal-Bibliothek für Gebildete

III Band:

Geschichte des dreißigjährigen Krieges

in drei Abteilungen

von

Anton Gindely.



Leipzig, 1882.
Verlag von G. Freytag.



Gustav Adolf, König von Schweden.

Geschichte
des
dreißigjährigen Krieges
in drei Abteilungen

von

Anton Gindely.

II Abteilung:

Der niedersächsische, dänische und schwedische Krieg
bis zum Tode Gustav Adolfs 1622 bis 1632.

Mit 10 Doppelvollbildern und 4 Porträts in Holzstich.



Leipzig, 1882.
Verlag von G. Freytag.

Inhalt.

Erstes Kapitel.

Die Ächtung des Pfalzgrafen und die Übertragung der Kur an Maximilian von Baiern.

Zweites Kapitel.

Der niedersächsische, dänische und ungarische Krieg.

Drittes Kapitel.

Der Lübecker Friede und das Restitutionsedikt.

Viertes Kapitel.

Der Regensburger Kurfürstentag.

Fünftes Kapitel.

Gustav Adolf, Magdeburg und Breitenfeld.

Sechstes Kapitel.

Die Neutralitätsverhandlungen mit der Liga und die Schlacht am Lech.

Siebentes Kapitel.

Der Kampf zwischen Waldstein und Gustav Adolf.

Abbildungen.

Erstes Kapitel.

Die Ächtung des Pfalzgrafen und die Übertragung seiner Kur auf Maximilian von Baiern.

I. Die Ächtung des Pfalzgrafen. Die Auflösung der Union. II. Die Verhandlungen in Hainburg an der Donau. III. Neuer Vermittlungsversuch König Jakobs. IV. Der Krieg in der Ober- und Unterpfalz. V. Der Krieg in Ungarn bis zum Frieden von Nikolsburg. Der Reichstag von Ödenburg. VI. Christian von Halberstadt und der Markgraf von Baden-Durlach. Der Krieg in der Unterpfalz im Jahre 1622. VII. Verhandlungen betreffs der Übertragung der Kur. VIII. Die Übertragung der Kur auf dem Deputationstage von Regensburg.

I. Der Sieg auf dem weißen Berge hatte dem Kaiser nicht nur den Wiederbesitz von Böhmen gesichert, sondern auch den Widerstand in den böhmischen Nebenländern gelähmt und die Anerkennung seiner Herrschaft daselbst vorbereitet. Würde der Pfalzgraf den geänderten Verhältnissen Rechnung getragen, den Kaiser um Verzeihung ersucht und eine Geldentschädigung angeboten haben, so würde es demselben schwer geworden sein, ihm die Kur zu entziehen und ihn in seinen erblichen Besitzungen zu schädigen. Aber Friedrich that nichts dergleichen: er bat nicht um Verzeihung, weil er den Krieg nicht gegen den Kaiser, sondern gegen den König von Böhmen, also gegen einen Gleichgestellten geführt zu haben glaubte und weil er im Angesichte der Bewohner seines Wahlreiches sich nicht einer Demütigung unterziehen wollte, die ihn als einen Mann ohne tiefe Überzeu-

[illegible]

Als der Pfalzgraf nach seiner Flucht aus Böhmen in Breslau anlangte, wollte er den Krieg mit Hilfe Mährens, Schlesiens und Ungarns fortsetzen, da er aber Kunde von dem Abfalle Mährens erhielt, entschloß er sich zur Absendung des Grafen von Hohenlohe nach Dresden, um durch die Vermittlung des Kurfürsten von Sachsen dem Kaiser die Verzichtleistung auf die böhmische Krone anzubieten, stellte aber dabei Forderungen, deren Gewährung allenfalls der Sieger von dem Besiegten, aber nicht umgekehrt verlangen durfte. Denn abgesehen davon, daß er für sich den ruhigen Besitz seines Kurfürstentums in Anspruch nahm, wollte er dem Kaiser die Herrschaft in Böhmen nur unter solchen Bedingungen überlassen, die bei der damaligen Sachlage deren baldigen Zusammensturz voraussehen ließen. Der Kaiser sollte eine allgemeine Amnestie erteilen, Religionsfreiheit gewähren, alle Privilegien und selbst die Konföderation der verschiedenen Länder unter einander bestätigen, das freie Wahlrecht der Stände bezüglich der Krone anerkennen, die Bezahlung der böh-

mischen Soldrückstände übernehmen und endlich den Pfalzgrafen für den erlittenen Schaden entschädigen!

Daß Friedrich seine Zustimmung zum Frieden von der allgemeinen Amnestie und von der Aufrechterhaltung der religiösen und politischen Freiheiten in Böhmen abhängig machte, darf ihm nicht als eine kurzsichtige Auffassung seiner elenden Lage gedeutet, sondern muß ihm zur Ehre angerechnet werden, denn er wollte diejenigen nicht leichthin preisgeben, die ihr Schicksal an das seinige geknüpft hatten. Jedenfalls aber hätte er sich sagen müssen, daß diese Forderungen das äußerste seien, wozu sich Ferdinand verstehen konnte, nie und nimmer konnte er ihm aber die Bestätigung des freien Wahlrechtes* zumuten, da bei der nahezu unheilbaren Feindseligkeit, in die der Kaiser mit seinen Unterthanen geraten war, dieses Recht nur gegen seine Nachkommen ausgebeutet worden wäre. Man muß demnach diese Forderung für unvernünftig, wenn nicht gar für hinterlistig erklären und eine andere Deutung läßt auch jene nicht zu, nach der Ferdinand, der selbst keinen Heller besaß, die Bezahlung der sich auf Millionen belaufenden Soldrückstände übernehmen sollte. Den Gipfel der Unvernunft erreichte aber jene Forderung, in der der Pfalzgraf Ersatz für das in Böhmen aufgewendete Geld, die Bezahlung der von ihm in Behauptung dieser Krone kontrahierten Schulden und außerdem noch eine „Ergötzlichkeit“ verlangte, die nicht näher bezeichnet wurde, aber entweder in Geld oder Gütern bestehen sollte. Man muß sich wundern, daß weder das pfälzische Ehepaar noch seine Ratgeber so viel Einsicht besaßen, um das Unvernünftige und zugleich Beleidigende derartiger Friedensbedingungen zu fühlen. Der Sieger sollte den Besiegten schadlos halten, der Angegriffene, der des Angreifers Herr geworden war, sollte diesen für die Kosten des Angriffes entschädigen!

Wiewohl der Kurfürst von Sachsen trotz seiner Allianz mit dem Kaiser nie eine gewisse Rücksicht auf das protestantische Interesse aus den Augen gesetzt hatte und dies in der Behandlung der Lausitze zeigte, war doch auch er über diese Forderun-

gung und ohne feste Grundsätze kennzeichnen mußte, denn um der eigenen Sicherheit willen hätte er erklären müssen, daß er ein Unrecht begangen und daß er seine Wähler ebenso betrogen habe, wie den Kaiser. Ob Ferdinand der reuigen Haltung des Pfalzgrafen Rechnung getragen und ihm verziehen hätte, ist allerdings sehr fraglich, denn die Maßnahmen, die er unmittelbar nach dem erlangten Siege traf, deuten auf keine Versöhnlichkeit hin, wohl aber deutet dieselbe sein späteres Benehmen an, da er das dem Herzog Maximilian bezüglich der Kur erteilte Versprechen nur zögernd erfüllte und ihm dabei ziemlich deutlich den Wunsch nahelegte, er möge um der steigenden Gefahren willen selbst auf den verheißenen Lohn verzichten. Aber die Unvernunft des Pfalzgrafen, der nach seiner Niederlage von dem Kaiser eine Entschädigung verlangte, statt sie anzubieten, rechtfertigte die anfängliche Unversöhnlichkeit Ferdinands und nötigte ihn an derselben festzuhalten, da Friedrich ihn auch später als seinen Schuldner behandeln wollte.

Als der Pfalzgraf nach seiner Flucht aus Böhmen in Breslau anlangte, wollte er den Krieg mit Hilfe Mährens, Schlesiens und Ungarns fortsetzen, da er aber Kunde von dem Abfalle Mährens erhielt, entschloß er sich zur Absendung des Grafen von Hohenlohe nach Dresden, um durch die Vermittlung des Kurfürsten von Sachsen dem Kaiser die Verzichtleistung auf die böhmische Krone anzubieten, stellte aber dabei Forderungen, deren Gewährung allenfalls der Sieger von dem Besiegten, aber nicht umgekehrt verlangen durfte. Denn abgesehen davon, daß er für sich den ruhigen Besitz seines Kurfürstentums in Anspruch nahm, wollte er dem Kaiser die Herrschaft in Böhmen nur unter solchen Bedingungen überlassen, die bei der damaligen Sachlage deren baldigen Zusammensturz voraussehen ließen. Der Kaiser sollte eine allgemeine Amnestie erteilen, Religionsfreiheit gewähren, alle Privilegien und selbst die Konföderation der verschiedenen Länder unter einander bestätigen, das freie Wahlrecht der Stände bezüglich der Krone anerkennen, die Bezahlung der böh-

mischen Soldrückstände übernehmen und endlich den Pfalzgrafen für den erlittenen Schaden entschädigen!

Daß Friedrich seine Zustimmung zum Frieden von der allgemeinen Amnestie und von der Aufrechterhaltung der religiösen und politischen Freiheiten in Böhmen abhängig machte, darf ihm nicht als eine kurzsichtige Auffassung seiner elenden Lage gedeutet, sondern muß ihm zur Ehre angerechnet werden, denn er wollte diejenigen nicht leichthin preisgeben, die ihr Schicksal an das seinige geknüpft hatten. Jedenfalls aber hätte er sich sagen müssen, daß diese Forderungen das äußerste seien, wozu sich Ferdinand verstehen konnte, nie und nimmer konnte er ihm aber die Bestätigung des freien Wahlrechtes* zumuten, da bei der nahezu unheilbaren Feindseligkeit, in die der Kaiser mit seinen Unterthanen geraten war, dieses Recht nur gegen seine Nachkommen ausgebeutet worden wäre. Man muß demnach diese Forderung für unvernünftig, wenn nicht gar für hinterlistig erklären und eine andere Deutung läßt auch jene nicht zu, nach der Ferdinand, der selbst keinen Heller besaß, die Bezahlung der sich auf Millionen belaufenden Soldrückstände übernehmen sollte. Den Gipfel der Unvernunft erreichte aber jene Forderung, in der der Pfalzgraf Ersatz für das in Böhmen aufgewendete Geld, die Bezahlung der von ihm in Behauptung dieser Krone kontrahierten Schulden und außerdem noch eine „Ergötzlichkeit" verlangte, die nicht näher bezeichnet wurde, aber entweder in Geld oder Gütern bestehen sollte. Man muß sich wundern, daß weder das pfälzische Ehepaar noch seine Ratgeber so viel Einsicht besaßen, um das Unvernünftige und zugleich Beleidigende derartiger Friedensbedingungen zu fühlen. Der Sieger sollte den Besiegten schadlos halten, der Angegriffene, der des Angreifers Herr geworden war, sollte diesen für die Kosten des Angriffes entschädigen!

Wiewohl der Kurfürst von Sachsen trotz seiner Allianz mit dem Kaiser nie eine gewisse Rücksicht auf das protestantische Interesse aus den Augen gesetzt hatte und dies in der Behandlung der Lausitze zeigte, war doch auch er über diese Forderun-

warf. Dasselbe Schauspiel wiederholte sich nach Verlesung der Klagen gegen den Markgrafen von Jägerndorf, gegen Anhalt und Hohenlohe. Der Kaiser säumte nicht, über die vollzogene Achtserklärung an den Kurfürsten von Sachsen zu berichten und sie durch die in Prag gefundenen Papiere, welche die langjährigen Machinationen der pfälzischen Partei bewiesen, zu rechtfertigen. Johann Georg war durch diese Nachricht nicht angenehm berührt, da er beharrlich seine Zustimmung zur Ächtung verweigert hatte, allein wenn er die unvernünftigen Bedingungen erwog, die der Pfalzgraf für seine Unterwerfung stellte, so konnte er das gegen ihn gebrauchte Zwangsmittel um so weniger verwerfen, als er auch jetzt noch an eine Aussöhnung des Kaisers mit dem Pfalzgrafen glaubte, wenn der letztere zur Vernunft zurückgekehrt sein würde.

Vorläufig that Friedrich nichts, was diese Hoffnung gerechtfertigt hätte, denn obwohl er Breslau verlassen hatte, weil er sich da nicht mehr sicher fühlte, so wurde er doch nicht friedfertiger gestimmt, als er die Kunde von seiner Ächtung vernahm, sondern beutete sie nur dazu aus, um neue Freunde zu gewinnen und mit ihnen den Kampf fortzusetzen. Der Feindseligkeit des Kaisers begegnete er mit Trotz. Während er nun vorzugsweise seine Aufmerksamkeit auf den Norden von Deutschland richtete und auch von Dänemark Hilfe zu erlangen hoffte, bereiteten seine ältesten Bundesgenossen, die Mitglieder der Union, ihren Abfall von ihm vor.

Die Union war durch die Nachricht von der Niederlage auf dem weißen Berge außerordentlich betroffen worden, hatte aber die Waffen nicht niedergelegt, sondern die Unterpfalz gegen Spinola verteidigt. Der spanische General gewann Schritt für Schritt Boden, obwohl die Streitkräfte der Union durch eine Verstärkung von ungefähr 5000 Mann, die ihr aus Holland und England zugeschickt worden waren, sich beträchtlich vermehrt hatten. Die winterliche Jahreszeit des Jahres 1620/21, die allmählich herankam, brachte einen Stillstand in die weiteren

Operationen, den die kaiserliche Partei insofern auszunutzen suchte, als sie durch den befreundeten Landgrafen von Darmstadt die Unionsfürsten teils durch Versprechungen, teils durch Drohungen zum Niederlegen der Waffen und zum Preisgeben des Pfalzgrafen zu bewegen suchte. Vorläufig hatten diese Bemühungen kein anderes Resultat, als daß sich die Mitglieder der Union zur Beschickung einer Versammlung entschlossen, wo über die weiteren Schritte beraten werden sollte. Als dieselbe (am 7. Februar 1621) in Heilbronn zusammentrat und der Herzog von Zweibrücken sich bemühte, die Versammelten zum Ausharren zu überreden, wollten sie nur dann die weitere Verteidigung übernehmen, wenn der Pfalzgraf auf die Krone von Böhmen verzichten würde. Sie befanden sich in dieser Beziehung in Übereinstimmung mit Jakob von England, der auch von seinem Schwiegersohne die angedeutete Verzichtleistung verlangte, aber gleichzeitig bereit war, ihn in der Verteidigung der Pfalz zu unterstützen und zu diesem Behufe der Union die Summe von 20 000 Pfund zur Verfügung stellte und 10 000 Pfund zur Besoldung der englischen Hilfstruppen bestimmte. Die Heilbronner Versammlung einigte sich schließlich dahin, eine Gesandtschaft an den Kaiser abzuschicken, um mit ihm auf Grund der mit Sicherheit erwarteten Verzichtleistung des Pfalzgrafen Frieden zu schließen; erst wenn derselbe in den vollen Besitz seiner ererbten Güter gelangt sein würde, wollte sie die Waffen niederlegen.

Diese Beschlüsse wurden in Wien übel aufgenommen. Der Kaiser verlangte, daß die Union ihr Schicksal von dem des Pfalzgrafen trenne und wies ihre Vermittlung entschieden ab: wenn er sich mit dem Pfalzgrafen in Unterhandlungen einlassen und ihn zu Gnaden aufnehmen wollte, so sollte sich niemand hineinmischen. Spinola bekam deshalb den Auftrag, dem faktischen Waffenstillstand ein Ende zu machen und weiter in der Unterpfalz vorzurücken. Jetzt wurde die Union stutzig; sie war überzeugt gewesen, daß ihre Beschlüsse in Heilbronn einen vertragsmäßigen Waffenstillstand zur Folge haben und der Kaiser sich

beeilen würde, zu den angebotenen Verhandlungen zu greifen; statt dessen wurde der Angriff fortgesetzt und sie sollte den Schaden tragen. Die reichsstädtischen Mitglieder wollten jetzt ihr Schicksal nicht länger an das des Pfalzgrafen ketten und als sie diesen Entschluß aussprachen, entfiel auch den fürstlichen Mitgliedern der Mut, sie wollten zwar den Pfalzgrafen nicht preisgeben, wie dies der Kaiser verlangte, allein sie beschränkten ihre Teilnahme auf das geringste Maß. Durch die Vermittlung des Landgrafen von Darmstadt verlangten sie das Zugeständnis eines Waffenstillstandes und versprachen dagegen, daß der Pfalzgraf noch vor Ablauf desselben auf die böhmische Krone verzichten und dem Kaiser Abbitte leisten werde. Auch in eine vorläufige Sequestration der Kurpfalz wollten sie einwilligen, knüpften aber diese Einwilligung an die Bedingung, daß wenn zwischen den nach Wien abzuschickenden Unionsgesandten und dem Kaiser kein Einverständnis erzielt werden würde, die Zustimmung der evangelischen Kurfürsten zu der Art und Weise, wie die Sequestration geübt werden solle, eingeholt werden müsse. Mit diesen Anerbietungen war Spinola jedoch nicht zufrieden; er verlangte, daß sich die Union allen Maßregeln unterwerfe, die der Kaiser zu treffen für gut finden werde und deutete damit unverhohlen an, daß man in Wien nach Belieben über die Pfalz verfügen wolle.

Wäre diese Bedingung beim Heilbronner Tag bekannt geworden, so hätte man sich vielleicht in keine Verhandlungen eingelassen, weil man damals der Hilfe Englands gewiß zu sein glaubte, indem das von Jakob an die Union überschickte Geld diese Hoffnung rechtfertigte. Allein man hatte mittlerweile die Erfahrung gemacht, daß Jakob sich nicht beeilte weiteres Geld zu schicken und die gemachten Versprechungen zu erfüllen und deshalb wollte man nichts mehr vom Kampfe wissen. Der Markgraf von Anspach und der Herzog von Würtemberg ließen den spanischen General durch den Landgrafen Ludwig von ihrer Nachgiebigkeit verständigen. Die letzten Besprechungen fanden in

Mainz statt, wo Spinola mit den genannten Unionsfürsten zusammenkam. Der daselbst abgeschlossene Vertrag, der unter dem Namen des Mainzer „Akkords“ seiner Zeit bekannt wurde, bestimmte, daß bis zum 14. Mai Spinola nicht weiter in der Unterpfalz vorrücken und Friedrich in dem noch nicht okkupierten Gebiet nicht angegriffen werden solle. Dagegen verpflichtete sich die Union zur Räumung des pfälzischen Gebietes und zur Neutralität, im Falle der Pfalzgraf sich in der Zwischenzeit mit dem Kaiser nicht versöhnt haben würde und die Exekution gegen ihn fortgesetzt werden müßte. Spinola versprach dem Kurfürsten von Mainz und dem Landgrafen Ludwig noch überdies mündlich, daß er die Waffen bis zum 12. Juni ruhen lassen werde, wenn ihn der König von England vor dem 14. Mai um die Verlängerung ersuchen und sich gleichzeitig für seinen Schwiegersohn verbürgen würde, daß dieser sich aller Feindseligkeiten gegen den Kaiser enthalten werde. Das Versprechen Spinolas wurde in den Waffenstillstandsvertrag nicht aufgenommen, dasselbe bildete einen besonderen, gewissermaßen geheimen Artikel. Der Mainzer Akkord löste nicht bloß die Bande auf, welche die Union an den Pfalzgrafen ketteten, sondern hatte auch die Auflösung dieses im Jahre 1608 mit so großen Hoffnungen und Plänen ins Leben gerufenen Bundes zur Folge. Die Union sagte sich fast zur selben Zeit vom Pfalzgrafen los, als Bethlen abermals zu seinen Gunsten das Schwert zog.

II. Als die Nachricht von der Niederlage auf dem weißen Berge zu Bethlen gelangte, that er gerade so, als ob er gar nicht daran dächte, sich zurückzuziehen und ermahnte die Mährer und Schlesier zum treuen Festhalten an ihrem Könige, thatsächlich war er jedoch sehr bestürzt und wurde es noch mehr, als er merkte, wie wenig man in Mähren und Schlesien den Kampf fortsetzen wollte. Er entschloß sich zuletzt, den Ratschlägen der noch immer in Wien weilenden französischen Gesandten Gehör zu geben und sich in Unterhandlungen mit dem Kaiser einzulassen, die unter ihrer Vermittlung zu Ende Januar 1621 in Hainburg

an der Donau begannen. Die Anhänger des Kaisers, noch berauscht von dem auf dem weißen Berge erfochtenen Siege, glaubten denselben auch in Ungarn ausbeuten zu können und verkündeten ungescheut, daß Bethlen sich nach Siebenbürgen zurückziehen und die Ungarn unter die frühere Herrschaft zurückkehren und um Verzeihung bitten müßten. Ja sie waren sogar im geheimen übereingekommen, daß man die Verzeihung nicht allen gewähren, sondern auch hier durch Konfiskationen sich schadlos halten, der katholischen Kirche zur Herrschaft verhelfen und die unbequeme Verfassung umändern müsse.

Gegenüber diesen in Hainburg von den kaiserlichen Kommissären vertretenen Anschauungen und Forderungen traten die Bethlenschen Gesandten mit gleich übertriebenen Ansprüchen auf und wollten also den veränderten Verhältnissen nicht Rechnung tragen. Die Schwierigkeit für beide Teile, ihre hochgeschraubten Wünsche durchzusetzen, lag aber zu klar am Tage, als daß sie sich nicht durch die Vermittlung der französischen Gesandten einander genähert hätten. So ermäßigte Bethlen zuerst seine Forderungen, indem er durch seinen Kanzler Pechy die Verzichtleistung auf die ungarische Herrschaft anbot, wenn ihn der Kaiser entsprechend entschädigen, die Stände Ungarns die Garantie dafür übernehmen und auch diese zufriedengestellt würden. Nun bemühten sich die Franzosen, von den kaiserlichen Kommissären eine Gegenerklärung zu erlangen, aber da diese nicht hinreichend bevollmächtigt waren, reisten zwei von ihnen nach Wien um neue Instruktionen zu erbitten. Ferdinand erklärte sich bereit dem Fürsten Bethlen, im Falle er die Krone ausliefern, Ungarn verlassen, den Katholiken alle ihnen entrissenen Güter zurückstellen und die Konföderationsurkunde, durch die sich Ungarn mit Böhmen und Österreich verbündet hatte, ausliefern würde, Güter im Werte von 2- bis 300 000 Thaler und die Fürstentümer Oppeln und Ratibor abzutreten und ihm den deutschen Fürstentitel zu erteilen. Die 13 Komitate, die ihm infolge der Preßburger Verhandlungen überlassen worden waren, sollten also zurückgestellt

werden und nur im äußersten Falle wollte ihm Ferdinand einige der jenseits der Theiß gelegenen Komitate während seiner Lebenszeit überlassen.

Waren die Bethlen gemachten Anerbietungen geringfügig, wenn man bedenkt, daß man ihm die Verzichtleistung auf fast alle seine Eroberungen zumutete, die er bis dahin noch immer in der Hand hielt, so waren die Zusagen, die der Kaiser gleichzeitig den ungarischen Ständen machte, eigentlich nur illusorisch. In denselben war von einer allgemeinen Amnestie keine Rede, da die Besitzverhältnisse nicht unangetastet bleiben sollten, auch zur Aufrechterhaltung der bisherigen ständischen Rechte wollte sich der Kaiser nicht verstehen, er wollte nur die „alten Freiheiten“ gewährleisten (d. h. die in seinem und seines Vorgängers Krönungsdiplom festgesetzten nicht mehr zugestehen) und hoffte, wenn sich die Stände durch dieses Versprechen überlisten lassen würden, eine Handhabe zur Rekatholisierung des Landes und zur Kräftigung seiner Herrschaft zu gewinnen. Als die Franzosen die kaiserlichen Kommissäre fragten, ob der Kaiser die Einhaltung der beiden letzten Krönungsdiplome garantiere, lehnten sie dies schroff ab, weil dadurch den religiösen Streitigkeiten Thor und Angel geöffnet würde. Damit war das Rekatholisierungsprogramm ziemlich offen eingestanden und die Franzosen wurden im katholischen Interesse ersucht, dasselbe zu unterstützen. Die ungarischen Stände sollten sich mit einigen allgemeinen Zusicherungen begnügen: sobald sie bestimmte, oder wie die Kommissäre dies bezeichneten „unerlaubte“ Forderungen stellen würden, wollte man den „Krieg wieder aufnehmen und die Ruhe im Lande herstellen“, d. h. klarer ausgedrückt, Ungarn in die Lage von Böhmen bringen.

Nach mancherlei Hin- und Herverhandeln arbeitete man endlich in Wien zwei Diplome aus, von denen das eine Bethlen, das andere die ungarischen Stände betraf und schickte sie als Ultimatum nach Hainburg Der Inhalt des letzteren ist nicht bekannt, aber man kann keineswegs im Zweifel sein, daß es den

Wünschen der ungarischen Stände nicht Rechnung trug, sondern sich in allgemeinen Phrasen hielt, die spätere Verfolgungen ermöglichen sollten. In dem für Bethlen bestimmten Dokumente hieß es, daß wenn derselbe den königlichen Titel ablegen, die Krone ausliefern, sich nicht weiter in die ungarischen Angelegenheiten mischen und den beraubten Geistlichen und Edelleuten ihre Güter zurückstellen würde, der Kaiser ihm den Reichsfürstentitel erteilen, die Herzogtümer Oppeln und Ratibor erblich, Munkács und vier jenseits der Theiß gelegene Komitate auf Lebenszeit überlassen und 100 000 Gulden baar auszahlen werde. Diese Anerbietungen genügten weder dem Fürsten noch den Ständen und so zerschlugen sich die Verhandlungen nach mehr als zweimonatlicher Dauer. Nach ihrem Abbruche kehrten die französischen Gesandten nach der Heimat zurück und damit verflüchtigte sich auch die französische Allianz, die sich ohnedies bereits in Nebel aufgelöst hatte, seitdem das Glück dem Kaiser hold geworden war.

III. Was that nun der Pfalzgraf während der Verhandlungen zu Mainz und Hainburg? Ohne über die Fähigkeiten und Mittel zu gebieten, die ein Kampf erheischte, fügte er sich doch nicht in seine Lage: statt offen und ehrlich alle Umsturzpläne aufzugeben, suchte er die Friedensverhandlungen zu stören und auf seiner Reise durch Norddeutschland die einzelnen Fürsten für sein Schicksal zu interessieren und zu einem Angriff gegen den Kaiser zu bewegen. Hauptsächlich auf seine Bitten und unter seiner Teilnahme traf der König von Dänemark mit einer Anzahl Fürsten aus dem niedersächsischen Kreise zu einer gemeinschaftlichen Beratung in Segeberg zusammen (9. März 1621) und beschloß nach mancherlei Erwägungen die Ausrüstung eines Heeres in der Voraussetzung, daß die Union sich an dem weiteren Kampfe beteiligen und daß der König von England seinen Schwiegersohn mit Geld und Waffen unterstützen werde. Da aber keine dieser Voraussetzungen eintraf, die Union sich vom Kampfe zurückzog und Jakob nichts von ihm wissen wollte,

betrieben auch der König von Dänemark und die niedersächsischen Kreisfürsten ihre Rüstungen lässig und gaben sie zuletzt ganz auf.

Zur Zeit also, als die durch den Mainzer Akkord zugemessene Frist zu Ende ging, hatten alle deutschen Fürsten ihre kriegerische und freundschaftliche Verbindung mit Friedrich gelöst, er mußte sich nach dem Haag zurückziehen, da kein Fürst in Deutschland ihn bei sich beherbergen wollte. Trotzdem wollte er von dem Angriff gegen den Kaiser nicht ablassen, denn als Bethlen wieder zu den Waffen griff, ernannte er den Markgrafen von Jägerndorf und den Grafen von Mansfeld zu seinen Generalen und bevollmächtigte sie, ihre Angriffe gegen den Kaiser fortzusetzen. Nur die steten Drohungen seines Schwiegervaters, ihn seinem Schicksale zu überlassen, entrissen ihm zuletzt das Versprechen der Verzichtleistung auf Böhmen, doch knüpfte er auch jetzt noch allerlei unvernünftige Bedingungen daran: er verlangte die Zahlung einer Jahrespension, das Versprechen, daß der Kaiser bei allen künftigen Anlässen das Wohl seines Hauses fördern, den Böhmen eine allgemeine Amnestie erteilen werde und ähnliches mehr. Seine Verbindung mit Mansfeld und dem Jägerndorfer wollte er erst dann lösen, wenn er in den ungestörten Besitz seiner Erbländer gesetzt wäre: der Kaiser sollte also zuerst alle Bedingungen des Vergleichs erfüllen, dann wollte er sich zur Ruhe begeben. Diesem trotzigen Hochmut setzte er damit die Krone auf, daß er keine wie immer geartete Erklärung, noch weniger eine Bitte nach Wien abgehen ließ, welche von dem Wunsche nach Versöhnung gezeugt hätte, denn den oben erwähnten bedingungsweisen Verzicht auf Böhmen hatte er nur dem König von England mitgeteilt und dies nur, um ihn zu beschwichtigen, nicht aber aus Überzeugung von der Notwendigkeit einer nachgiebigen Haltung.

Während der Pfalzgraf durch sein unvernünftiges Gebahren jede Aussöhnung mit dem Kaiser unmöglich machte, erleichterte er diesem die auf seinen völligen Ruin berechneten Schritte. In

Wien wollte man ihn jetzt nicht nur der Kur berauben, sondern auch seiner Besitzungen. Die Oberpfalz wollte man Maximilian von Baiern überlassen und dafür Oberösterreich einlösen; die Unterpfalz sollte an Spanien fallen, das so für seine Hilfeleistung belohnt werden sollte. Wohl gab der Kaiser im Laufe der folgenden Monate auf Ansuchen des Königs von Spanien, der die Dinge nicht zum äußersten kommen lassen wollte, Erklärungen ab, die dem Pfalzgrafen einen teilweisen Pardon in Aussicht stellten, allein er meinte es damit nie ganz aufrichtig. Hätte der Pfalzgraf genaue Kenntnis davon gehabt, wie man in Wien an seinem Verderben arbeitete, so wäre er zu der von uns eben geschilderten und mißbilligten Haltung berechtigt gewesen; sein Unrecht liegt nur darin, daß er den Kaiser durch sein Benehmen auch dann zurückstieß, wenn dieser aufrichtig zur Versöhnung bereit gewesen wäre.

Zwischen den beiden sich so feindlich als möglich gegenüberstehenden Fürsten wollte der König Jakob nun abermals — zum drittenmale — einen Ausgleich herbeiführen. Als Vater lag ihm daran, daß die Kinder seiner Tochter nicht aus ihrem Besitz vertrieben würden und heimatlos umherirrten; als König des protestantisch gesinnten Englands wollte er die tausendfach gegen ihn erhobenen Vorwürfe wegen Schädigung der kirchlichen Interessen zum Schweigen bringen. Aus diesem Grunde beschloß er noch vor Ablauf des seinem Schwiegersohne bewilligten Waffenstillstandes den Lord Digby nach Wien zu schicken und von dem Kaiser die Restitution des Pfalzgrafen in seinen Besitz und seine Würden zu erbitten, dafür wollte er sich verbürgen, daß der Begnadigte sich allen Bedingungen fügen und dem Kaiser für den erlittenen Angriff Genugthuung leisten werde. Er war zu diesem Versprechen vom Pfalzgrafen nicht ermächtigt, allein er glaubte seiner Zustimmung äußersten Falls gewiß zu sein. Und in der That, sobald einmal die Restitution zugesagt war, so konnten die Bedingungen nicht so schwer sein; die härteste konnte doch nur in einem Geldopfer bestehen.

Digby langte am 14. Juli 1621 in Wien an und brachte am folgenden Tage sein Gesuch bei dem Kaiser vor. Indem er die Restitution des Pfalzgrafen verlangte, bot er eine billige Genugthuung an, worin sie aber bestehen, ob der Pfalzgraf mit dem Kaiser ein Bündnis gegen die gemeinsamen Feinde abschließen und auf seine Kosten einige tausend Mann im kaiserlichen Dienste unterhalten oder sonst irgend ein Opfer bringen sollte, darüber ließ sich Digby nicht aus, aber er ließ etwas dem ähnliches vermuten. Die Antwort, die ihm drei Tage später übermittelt wurde, enthielt nicht das verlangte Versprechen der Restitution, sondern verschob die Entscheidung und erklärte, daß eine gedeihliche Lösung der Schwierigkeiten nur dann zu erwarten stände, wenn der Pfalzgraf schon jetzt seine Unterwerfung unter den kaiserlichen Richterspruch erklären und wenn Digby angeben würde, worin die von ihm erwähnte Genugthuung, ob in Geld oder Land bestehen werde. Digby gab sich mit dieser Antwort nicht zufrieden und da man in Wien nicht den Mut hatte, auf dem abweislichen Bescheid zu verharren, weil gerade in diesen Tagen das kaiserliche Heer nach dem Tode Buquois von Bethlen zurückgedrängt worden war und die Gefahren sich steigern konnten, wenn Jakob durch die Zurückweisung Digbys gereizt wurde, so beschloß man, das Gutachten des Herzogs von Baiern einzuholen.

Als man den Herzog um seine Meinung ersuchte, war er nicht in bester Stimmung. Nachdem der Kaiser über den Pfalzgrafen die Acht ausgesprochen hatte, war er bereit, die Durchführung derselben zu übernehmen, um sich auf diese Weise der pfälzischen Länder zu bemächtigen und sie mit der Kur zu behalten. In Wien wollte man ihm jedoch nur die Oberpfalz überlassen und für diese Anweisung schon jetzt Oberösterreich einlösen, die Unterpfalz wollte man, wie wir bemerkt haben, an Spanien abtreten. Als der Herzog von diesem Plane in Kenntnis gesetzt wurde, fühlte er sich bitter enttäuscht, er wollte um keinen Preis auf die letztere verzichten und lehnte deshalb die ihm zugemutete

Exekution ab, indem er offen bekannte, daß er auf den Besitz der Unterpfalz rechne und diese nur dann aufgeben wolle, wenn der Kaiser sie dem Pfalzgrafen zurückgeben würde. Nur in dem Falle, wenn der Kaiser ihm unmittelbar die Kur übertragen würde, wollte er die Einigung späteren Verhandlungen überlassen und die Exekution ohne weitere Zögerung vornehmen. Mitten in diesen wechselseitigen Erklärungen wurde er nun von Wien durch den eigens zu ihm abgeschickten Reichshofrat Kurz befragt, was man auf die von Digby gestellten Anträge antworten solle.

Die Art und Weise, wie ihm die Frage vorgelegt wurde, deutete an, als ob sich Ferdinand für die Restitution des Pfalzgrafen entscheiden wolle, denn der Gesandte erklärte, daß sich der Kaiser wohl erinnere, was er dem Herzog bezüglich der Kur versprochen habe, nun stelle er es aber seinem Urteil anheim, ob er das Versprechen einhalten könne. In Ungarn sei nach dem Tode Buquois die Gefahr im Wachsen, Holland werde sich der untern Pfalz annehmen, der Jägerndorfer und Mansfelder stärkten sich täglich, Sachsen und andere Fürsten verlangten die Aussöhnung mit dem Pfalzgrafen. Da Spanien kaum genügende Hilfe leisten werde, so müsse man sich ernstlich fragen, ob Maximilian mit der Liga über hinreichende Mittel verfüge, um die Kur zu verteidigen, falls sie ihm übertragen werde. Die Frage war so gestellt, daß man aus ihr den Wunsch herauslas, der Befragte möge auf den so heiß ersehnten Lohn im Interesse des Friedens Verzicht leisten.

Gewiß empfand der Herzog bei dieser Ansprache einen noch größeren Ärger als bei jener Gelegenheit, wo ihm der Tausch von Oberösterreich gegen die erst zu erobernde Oberpfalz angeboten wurde, allein er durfte diesmal seinem Ärger nicht dadurch Luft machen, daß er auf den Kleinmut und die Unzuverlässigkeit in Wien schimpfte, er mußte seinen Groll hinunterwürgen und nur darauf bedacht sein, wie er den Kaiser für die Zurückweisung Digbys gewinnen könnte, weil ihm sonst die Kur zu entschlüpfen

drohte. Zunächst lehnte er die Erteilung jedweden Rates ab: er wolle nicht in Deutschland als Feind des Friedens verschrieen werden, wenn es bekannt würde, daß er sich gegen die Aussöhnung mit dem Pfalzgrafen erklärt habe. Aber daß sein Rat nur darauf hinausging, zeigte er im Laufe der weiteren Verhandlung, indem er zwar nur indirekt aber deshalb um so geschickter den Kaiser zu einem abschlägigen Bescheid an Digby zu veranlassen suchte. Er beschuldigte den König von England der Heuchelei, wenn er behaupte, daß er den Pfalzgrafen nicht unterstützt habe, und mahnte damit zur Vorsicht gegen seine weiteren Treulosigkeiten, vor allem aber suchte er den Stolz Ferdinands wach zu rufen, indem er darauf hinwies, daß die Verhandlungen für den Pfalzgrafen von einem dritten unternommen und dessen vollständige Restitution verlangt werde, während dieser selbst kein Zeichen der Reue an den Tag lege, keine Genugthuung anbiete, einen innigen Zusammenhang mit dem Mansfelder und Jägerndorfer unterhalte, in Böhmen einige Orte besetzt halte und den königlichen Titel führe. Alle Friedensverhandlungen seien nur auf Täuschung berechnet, man wolle dem Kaiser die Waffen aus der Hand winden, um ihn dann um so sicherer zu verderben.

Drei oder vier Tage nach der Verabschiedung des kaiserlichen Gesandten traf der Präsident des Reichshofrates, Graf von Hohenzollern, bei Maximilian ein und gegen diesen als einen alten und guten Bekannten ließ er die letzte Zurückhaltung fallen. Er machte kein Hehl daraus, daß er nicht von der Kur ablassen wolle, daß er auf das vom Kaiser mündlich und schriftlich gegebene Versprechen baue und daß der Pfalzgraf nicht restituiert werden dürfe oder wenigstens nicht in der Weise, wie dies England verlange. Dabei verwahrte er sich gegen die Annahme, als ob nur ein persönliches Interesse ihn zu diesem Ratschlage dränge; nur die Rücksicht auf das allgemeine Wohl leite ihn. — Wenn man billig sein will, so darf man dieser Behauptung von seinem Standpunkte aus nicht die Berechtigung versagen. Er hatte die

Gefahr wohl erwogen, in der sich die deutschen Katholiken und namentlich die Bischöfe befanden, wenn der Pfalzgraf in Böhmen siegte und deshalb wollte er ihn nicht in den Wiederbesitz seines Erbes gelangen lassen, weil er in ihm einen grimmigeren Feind befürchten mußte als ehedem. Auch die deutschen Bischöfe verlangten vor Friedrichs Rache gesichert zu sein und wie konnte dies anders geschehen, als wenn man ihn durch Entziehung seines Besitzes unschädlich machte? In München hatte man die in Prag erbeuteten Papiere mit großem Fleiße studiert und aus ihnen die Einsicht gewonnen, daß die pfalzgräfliche Partei seit dem Jahre 1608 auf den Umsturz der bestehenden Ordnung in Deutschland und Österreich hinarbeitete. Der Ehrgeiz entschied in erster Linie über den Entschluß des Herzogs von Baiern, aber die Anhänglichkeit an den ererbten Glauben und der Selbsterhaltungstrieb gaben diesem Entschlusse die nötige Festigkeit.

Als man in Wien die Ansichten Maximilians kennen und würdigen gelernt hatte, zögerte man nicht länger mit der Beantwortung von Digbys erneuerter Forderung. Man blieb dabei, die Entscheidung über das Schicksal des Pfalzgrafen bis zum Zusammentritt eines nach Regensburg zu berufenden Fürstentages, bei dem sich der Kaiser Rats erholen wolle, zu verschieben und lehnte auch die Verlängerung des Waffenstillstandes aus dem Grunde ab, weil Mansfeld einen Einfall nach Böhmen unternommen habe und der Markgraf von Jägerndorf Mähren und Schlesien im Auftrage des Pfalzgrafen angreife. Man fügte jedoch hinzu, daß man die Waffen noch weiter ruhen lassen und mit der Exekution gegen die Oberpfalz innehalten wolle, wenn der Pfalzgraf sich den „weisen Ratschlägen“ seines Schwiegervaters anbequemen, also das Treiben Mansfelds und des Markgrafen öffentlich mißbilligen und sie aus seinen Diensten entlassen würde. Wenn Mansfeld den ihm erteilten Befehlen nicht gehorchen würde, so solle die von dem Herzog von Baiern durchzuführende Exekution dem Pfalzgrafen nicht zum Nachteile gereichen. Auch in der untern Pfalz wollte der Kaiser die

Waffen ruhen lassen, wenn dies ohne Nachteil für seine Interessen geschehen könnte, worüber die Infantin in Brüssel entscheiden sollte. Wenige Tage nach Empfang dieser Antwort reiste Digby von Wien ab, er wollte mit Maximilian zusammentreffen und diesen zum Innehalten in der Exekution gegen die Oberpfalz ersuchen und das Gleiche später in Brüssel thun.

IV. Der Waffenstillstand hatte mittlerweile ein Ende genommen, nicht etwa weil der Kaiser dies anbefohlen hatte, sondern weil die in diesen Gegenden kommandierenden pfälzischen Generale nicht anders ihre Truppen erhalten konnten, als wenn sie selbst zum Angriff übergingen. In der Oberpfalz kommandierte Graf Mansfeld, in der untern Pfalz nach der Entfernung der Unionstruppen der Anführer der mit englischem Geld geworbenen Truppen, Oberst Vere.

Als Mansfeld nach der Einnahme von Pilsen aus Böhmen verdrängt wurde, wollte er sich nur so lange auf die Oberpfalz beschränken, als er an der Verstärkung seiner Armee arbeitete, die er allmählich auf 15000 Mann brachte. Da aber Friedrich von seinem Schwiegervater dringend zum Frieden ermahnt wurde, damit die durch Digby eingeleiteten Verhandlungen nicht gestört würden, so ersuchte auch er seinen General, die Grenzen der Oberpfalz nicht zu überschreiten und zu keinen Klagen Anlaß zu geben. Hätte es der Pfalzgraf mit diesen Mahnungen ernst gemeint, so würde er auf die Entlassung des Heeres gedrungen haben, denn die Oberpfalz war nicht imstande, durch längere Zeit 15000 Mann zu erhalten und sie mit allen Ausrüstungsgegenständen zu versehen. Aber da er sich mit der Hoffnung trug, doch noch einen Gewinn aus seinem Streit mit dem Kaiser herauszuschlagen und andererseits sich nicht schutzlos seiner Gnade preisgeben wollte, so that er nicht das Nötige, um sich vor neuen Verwickelungen zu sichern. Dadurch geschah es, daß Mansfeld, nachdem er längere Zeit den Weisungen des Pfalzgrafen gehorcht hatte, schließlich aus der Oberpfalz heraus brechen mußte, weil ihm die Mittel zur Erhaltung seiner Armee zu mangeln an-

fingen. Dies war es übrigens nicht allein, weshalb er sich zu einem neuen Einfall in Böhmen entschloß, er wurde dazu auch durch die Nachrichten aus Ungarn, die ihm von den energischen Rüstungen Bethlens Kunde gaben und einen Sieg über Buquoi in Aussicht stellten, angefeuert. Am 14. Juli rückte er also über die böhmische Grenze bei Waidhausen vor.

Der Kaiser überließ es den ligistischen Truppen, die sich von Prag gegen den Westen des Landes gezogen hatten, diesen Angriff zurückzuschlagen. Von Mitte Juli an fanden mehrere Gefechte zwischen Mansfeld und Tilly statt, ersterer wurde wieder aus Böhmen verdrängt, behauptete sich aber hart an der Grenze. Die Kräfte des ligistischen Generals reichten nicht aus, um dem tüchtigen Gegner eine Niederlage zu bereiten, er mußte auf Verstärkungen durch den Herzog von Baiern warten, der für die Exekution in der Oberpfalz neue Werbungen angestellt hatte, welche seine Mannschaft auf die doppelte Höhe bringen sollten.

Maximilian weigerte sich nicht länger, die Exekution durchzuführen, da der Kaiser, wie wir berichten werden, im Begriff war, die von ihm gestellte Bedingung zu erfüllen und ihm die Kur unmittelbar zu übertragen. Er überschritt ungefähr Mitte September die Grenzen der Oberpfalz, griff die Stadt Cham an, zwang sie zur Übergabe und vereinigte sich einige Tage später mit Tilly bei Schwarzenfeld. Ihr Heer betrug gegen 25000 Mann, denen Mansfeld ungefähr nur die Hälfte entgegen stellen konnte. Die Gefahr für ihn schien noch größer zu sein, als das Jahr vorher in Pilsen, denn er konnte leicht im offenen Feld geschlagen und gefangen genommen werden. Die Besorgnis davor veranlaßte ihn schon seit mehreren Wochen den Einflüsterungen eines von Brüssel an ihn geschickten Agenten Gehör zu geben und über die Bedingungen zu verhandeln, unter denen er den Pfalzgrafen preisgeben wollte. Die Verhandlungen wurden von Maximilian weiter geführt und man einigte sich dahin, daß Mansfeld für den Preis von 300 000 Thalern die festen Plätze in der Oberpfalz

ausliefern und seine Armee entlassen solle. Gerade in dem Augenblicke, als der Vertrag ausgeführt werden sollte, traf Digby auf seiner Rückreise bei Neumarkt mit Mansfeld zusammen. Der englische Gesandte hatte Maximilian vergeblich um eine Zusammenkunft ersucht, um ihn für den Waffenstillstand zu gewinnen und nun mußte er gar erfahren, daß der pfälzische General die Oberpfalz in die Hände des Gegners liefern wolle. Er machte diesem die heftigsten Vorwürfe und gab ihm zu bedenken, daß er durch den beabsichtigten Verrat seinen Namen mit ewiger Schande bedecke. Ob der Gescholtene sich wirklich getroffen fühlte und deshalb vor dem Verrat zurückschrak, wie Digby behauptete, oder ob er es überhaupt je ernstlich mit demselben gemeint hatte, bleibt dahingestellt, thatsächlich wich er den weiteren Verhandlungen mit Maximilian dadurch aus, daß er sich nach der Unterpfalz zurückzog. Die Oberpfalz geriet jetzt in die Hände Maximilians, der daselbst ein eigenes Regiment errichtete und die Mittel dieses Landes für die Zwecke seiner Partei verwendete.

In der Unterpfalz war mittlerweile auch der Kampf entbrannt und zwar infolge eines Angriffes, den sich die durch Not gedrängten pfalzgräflichen Truppen (am 25. Juli 1621) gegen die Besitzungen des Bischofs von Speier erlaubt hatten. Die Spanier, welche nicht mehr von Spinola, der zum Kommandanten über die gegen Holland aufgestellte Armee ernannt worden war, sondern von Cordova befehligt wurden, begrüßten den Angriff mit Freuden, rückten rasch vor und bemächtigten sich zahlreicher Plätze, da die pfälzische Armee nicht imstande war, sie hinreichend zu schützen. Cordova richtete darauf seinen Angriff auf das stark befestigte Frankenthal, konnte es aber trotz aller Anstrengungen nicht einnehmen und mußte sich zurückziehen, als er die Nachricht von dem Anmarsche Mansfelds erhielt. Dieser Abenteurer hatte auf seinem Zuge alle Orte, die er berührte, mit starken Kontributionen belegt und langte nun mit etwa 10000 Mann in Mannheim an, wo sich ihm der Oberst Vere mit ungefähr 7—8000 Mann anschloß. Statt dem von Fran-

kenthal abziehenden Cordova zu folgen, trennten sich die beiden Anführer wieder und Mansfeld brandschatzte nun das Gebiet am linken Rheinufer, während Vere sich in den Städten hielt, wohin er seine Truppen disloziert hatte.

Als Maximilian sah, daß Mansfeld die Verhandlungen mit ihm aufgegeben hatte und in die untere Pfalz entschlüpft war, betraute er seinen Generallieutenant, den Freiherrn von Tilly, mit der Verfolgung des Gegners. Am 8. November traf dieser mit Cordova in Gernsheim zusammen und nun beschlossen die beiden Feldherren, die Belagerung von Heidelberg in Angriff zu nehmen. Cordova hatte nur widerstrebend in dieselbe eingewilligt, da er sich dadurch zu weit von seiner Operationsbasis entfernte und deshalb ergriff er auf die Nachricht, daß Mansfeld am linken Rheinufer das Bistum Speier brandschatze, die Gelegenheit, um sich von Tilly zu trennen und damit waren für den Winter 1621/22 die entscheidenden Operationen zu Ende. Denn obwohl Cordova dem Grafen Mansfeld auf das linke Rheinufer folgte und ihn da angriff, zog er sich doch bald in die Winterquartiere zurück und dasselbe that auch Tilly. Mansfeld aber nützte die winterliche Jahreszeit aus, um nach dem Elsaß zu ziehen und denselben mit Brandschatzungen heimzusuchen und sich durch neue Rüstungen auf den bevorstehenden Kampf im Frühjahr vorzubereiten.

V. Wir haben bisher nur angedeutet, daß Bethlen nach dem Abbruche der Hainburger Verhandlungen sich wieder zum Kriege entschloß und dadurch im Laufe des Jahres 1621 die Gefahren für den Kaiser vermehrte. Bevor wir über den weiteren Kampf in Deutschland berichten, wollen wir hier die ungarische Episode einschalten.

Als die Verhandlungen in Hainburg abgebrochen wurden, erwartete man in Wien einen glücklichen Ausgang des Kampfes, da Buquoi mittlerweile bis in die Nähe von Preßburg gerückt und man überzeugt war, daß die undisziplinierten Truppen Bethlens seinen geübten Scharen keinen Widerstand leisten wür-





Karl Graf von Buquoi.

den. Der Fürst von Siebenbürgen stellte sich dem kaiserlichen Feldherrn nicht entgegen, sondern überließ die Verteidigung des Schlosses von Preßburg der darin befindlichen Besatzung, die schon nach sechs Tagen kapitulierte (6. Mai 1621). Während nun Buquoi vorrückte, zog sich sein Gegner weiter zurück und zwar bis nach Kaschau, wo er sein Heer neu organisieren wollte und nicht zu fürchten brauchte, darin gestört zu werden, weil der kaiserliche General jedenfalls zuerst die festen Plätze im westlichen Oberungarn einnehmen mußte. Gleichzeitig trat Bethlen in Unterhandlungen mit dem Markgrafen von Jägerndorf und suchte ihn zum Marsch nach Ungarn zu bewegen, was ihm um so eher gelang, als sich derselbe mit seinen Truppen nicht länger in Schlesien halten konnte, weil die Stände dieses Landes sich mit dem Kaiser ausgesöhnt hatten.

Die kaiserlichen Truppen versuchten sich nach der Eroberung von Preßburg an der Belagerung einiger oberungarischen Städte und nachdem sie dieselben eingenommen hatten, rückten sie vor Neuhäusel, das in der Nähe der Donau an der Mündung eines kleinen Flusses liegt und schlossen es ein. Stanislaus Thurzo, ein Vetter jenes Thurzo, der einst den Grafen Thurn vor den Mauern von Wien aufgesucht hatte, entwickelte in der Verteidigung dieser Festung glänzende Fähigkeiten, die Belagerung zog sich durch sieben Wochen hin, ohne daß eine Kapitulation vorauszusehen war. Nun kamen aber 6000 Reiter von Kaschau herangezogen, nach deren Eintreffen sich die Lage der Belagerer bedenklich gestalten mußte, da sie schon jetzt mit großen Schwierigkeiten in der Herbeischaffung des nötigen Proviants zu kämpfen hatten und deshalb oft weite Streifungen vornehmen mußten. Da geschah es eines Tages, daß Buquoi, als er an der Spitze einer kleinen Reiterabteilung den Einzug einer Proviantkolonne schützen wollte, angegriffen und im Handgemenge getötet wurde (10. Juli 1621).

So endete dieser Mann, gegen den während der beiden letzten Jahre die Anklage erhoben wurde, daß ihm jede Initiative fehle, daß er den Krieg absichtlich in die Länge ziehe und daß er

sich aus Gewinnsucht an den Räubereien seiner Truppen beteilige. Alle diese Beschuldigungen sind nicht unbegründet, dennoch sind seine Verdienste um die Habsburger unbestreitbar. Er gebot über eine bessere militärische Vorbildung als alle seine Gegner und da diese es nicht verstanden, aus seiner übermäßigen Vorsicht Vorteil zu ziehen und seine theoretisch wohl berechneten Bewegungen zu durchkreuzen, so behauptete er sich trotz zahlreicher Gegner und trotz der ringsum wohnenden feindlichen Bevölkerung im Felde und man muß gestehen daß seine nur auf die Verteidigung berechneten Feldzüge den glänzendsten Leistungen anderer Generale gleichzusetzen sind. Durch ihn — und das war sein Hauptverdienst — wurde das Verderben des Kaisers hintangehalten, gerettet wurde derselbe jedoch erst mit Hilfe des ligistischen Heeres unter Tilly, der durch seine für die damalige Zeit ganz ungewöhnliche Offensivtaktik den Krieg in Böhmen einen so raschen Verlauf nehmen ließ.

Maximilian von Liechtenstein übernahm jetzt als dienstältester Oberst das Kommando. Da Bethlen einige Tage später mit dem Reste seiner Truppen herangezogen kam, glaubte er sich den Schwierigkeiten nicht gewachsen und beschloß den unverweilten Rückzug, der auch in der folgenden Nacht angetreten wurde. Der größte Teil des Belagerungsgeschützes und der Munition mußte geopfert werden, wenn man schnell eine gesicherte Position erreichen wollte. Trotz des eiligen Rückzuges stießen die rasch nachfolgenden Ungarn auf die Kaiserlichen bei dem Übergang über die Neutra und nur die sumpfige Beschaffenheit des Bodens rettete die letzteren vor einer Niederlage und ermöglichte ihren weiteren Abzug, auf dem sie die Donau überschritten und sich auf die Insel Schütt retteten. Bethlen rückte darauf mit Außerachtlassung Liechtensteins nach Tyrnau vor und zwang diese Stadt nach kurzer Gegenwehr zur Kapitulation. Trotz mancherlei trüber Erfahrungen, die ihm sogar die neuerliche Anknüpfung von Friedensverhandlungen rätlich erscheinen ließen, hob sich wieder sein Mut, als der Markgraf von Jägerndorf

sich hier mit ihm vereinte und ihm eine Verstärkung von 8000 Mann, größtenteils Fußvolk, samt der entsprechenden Anzahl von Geschützen zubrachte. Er rückte jetzt gegen Preßburg vor, wohin auch die kaiserliche Armee ihre Schritte richtete. Da die Besatzung im Schlosse zahlreich genug war und er ihre Verbindung mit dem kaiserlichen Heere nicht abschneiden konnte, so erwiesen sich alle seine Anstrengungen zur Gewinnung des Schlosses als vergeblich und es blieb ihm nichts anderes übrig, als anfangs September die Belagerung aufzuheben. Er verwendete darauf seine Zeit zu Beutezügen in Mähren, welches Land nicht bloß unter seinen Angriffen, sondern auch unter der Einquartierung der kaiserlichen Truppen, die sich allmählich dahin gezogen hatten, leiden mußte.

Der Verlauf des Krieges zwischen den kaiserlichen und den ungarischen Truppen hatte augenscheinlich den Beweis geliefert, daß die ersteren im regelrechten Kampfe stets den Sieg davon trugen, denn sie verfügten allein über einige Kriegskenntnisse und über die nötige Artillerie. Aus diesem Grunde hatte Bethlen so beharrlich den Zuzug des deutschen Fußvolkes unter dem Markgrafen von Jägerndorf begehrt und mit dessen Hilfe gelang es ihm, Mähren zum Kriegstheater zu machen. Auf die Dauer konnte er sich jedoch diese Unterstützung nicht sichern, da es ihm an Mitteln zur Erhaltung und Bezahlung der markgräflichen Truppen mangelte und so sah er wieder den Zeitpunkt heranrücken, an dem er sich nach Kaschau werde zurückziehen müssen. Er war deshalb nicht abgeneigt, mit dem Kaiser neue Friedensverhandlungen anzuknüpfen, vorausgesetzt, daß dieser sich zu besseren Bedingungen verstehen würde. Diese Friedenssehnsucht fand in Wien einen entsprechenden Widerhall. Die Mißerfolge der letzten Zeit und die Angst vor dem Kriege, die wieder auf den Bewohnern dieser Stadt lastete, bewirkten, daß man jene hochfliegenden Pläne, mit denen man sich zur Zeit der Hainburger Konferenzen getragen hatte, fallen ließ und sich mit geringeren Zugeständnissen begnügen wollte. So wurde

denn nach beiderseitigem Einverständnis über den Ausgleich in Nikolsburg verhandelt; Bethlen ließ sich dabei hauptsächlich von Emerich Thurzo und als dieser während der Verhandlungen starb, von seinem Vetter Stanislaus Thurzo vertreten, der Kaiser betraute den Kardinal Dietrichstein und den Grafen Eszterhazy mit der Wahrung seiner Interessen.

Beim Beginn der Verhandlungen erhoben beide Parteien die frühern Ansprüche, um derentwillen der Bruch in Hainburg erfolgt war, allein beide zogen bald gelindere Saiten auf und namentlich war Bethlen erbötig, auf den ungarischen Königstitel zu verzichten und die Krone auszuliefern. Ehe noch in dieser Beziehung eine Vereinbarung erzielt wurde, beschäftigte man sich auch mit der Befriedigung der ungarischen Stände, die eine allgemeine Amnestie und die Bestätigung aller ihrer Freiheiten verlangten. Als man in Wien Kenntnis von diesen Forderungen erhielt, fühlte man wohl, daß ihr Zugeständnis das Grab aller Hoffnungen auf die geplanten Konfiskationen, die Unterdrückung der Protestanten und die Schmälerung der Verfassung bilde. Der Kaiser befragte seine geheimen und seine ungarischen Räte, mehrere Theologen, sowie den spanischen Gesandten um ihre Meinung; wenn es bloß auf die Wünsche dieser Ratskollegien angekommen wäre, so hätte man auch jetzt die ungarischen Stände mit denselben inhaltslosen und zweideutigen Phrasen abgespeist, wie ehedem, allein der Jammer des Krieges beängstigte sie über alle Maßen und so hießen sie diesmal ihre Wünsche schweigen. Zudem drohten in Deutschland von den Anhängern des Pfalzgrafen neue Gefahren, so daß der Herzog von Baiern den Frieden mit Bethlen herbeisehnte, um seine Scharen durch den Zuzug kaiserlicher Truppen verstärken zu können. Gegenüber diesen unliebsamen Verhältnissen hielten die sonst hochgehaltenen Prinzipien nicht Stand und so fanden die Theologen, daß der Kaiser den Andersgläubigen Duldung versprechen könne und die Räte, daß man die Beschneidung der Verfassung auf günstigere Zeiten vertagen müsse.

Infolge dieser Gutachten fertigte der Kaiser zwei Diplome aus, das eine für die ungarischen Stände, in dem er allen ihren Forderungen nachgab, das andere für Bethlen, in dem er ihm für die Verzichtleistung auf den königlichen Titel und für die Auslieferung der Krone und der Reichskleinodien sieben Komitate auf Lebenszeit und die Fürstentümer Oppeln und Ratibor erblich überließ, ihm den Titel eines deutschen Reichsfürsten erteilte, den Besitz der Güter von Munkács und Scheð, die einmalige Zahlung von 100 000 Gulden und die jährliche Zahlung von 50 000 Gulden zur Instandhaltung der auf seinem Gebiete gelegenen Festungen zusicherte. Beide Urkunden wurden am 6. Januar 1622 vom Kaiser unterzeichnet und da Bethlen und die ungarischen Stände durch diese Anerbietungen sich befriedigt erklärten, so kam der sogenannte Nikolsburger Friede zustande.

Dem Kaiser lag zur Zeit der Verhandlungen daran, sie rasch zum Abschluß zu führen, weil er sich mit Heiratsgedanken trug und eine Ehe füglich nicht schließen konnte, so lange der Krieg vor den Thoren Wiens tobte. Ursprünglich fiel seine Wahl auf die Infantin Maria, eine Schwester Philipps IV von Spanien, allein da man ihm zu verstehen gab, daß man sie einem mit Kindern gesegneten Witwer nicht geben wolle, so richtete er sein Augemerk auf die Prinzessin Eleonore von Mantua, die das Gerücht als eine sehr schöne Dame bezeichnete, und beauftragte seinen Günstling, den Herrn von Eggenburg, mit der Werbung. Unter dem Vorwand einer Wallfahrt nach Loretto trat der Genannte die Reise an und hielt, nachdem er durch Erkundigungen über die Prinzessin Löbliches erfahren hatte, um die Hand derselben bei ihrem Bruder, dem Herzog von Mantua, an. Eleonore, die seit dem Tode ihrer Eltern in einem Kloster lebte, wurde von der Werbung verständigt und gab ungesäumt ihr Jawort, worauf noch am selben Tage die Trauung stattfand, bei welcher Gelegenheit Eggenberg seinen Herrn vertrat. Die eigentliche Hochzeit wurde erst in Innsbruck

gefeiert, wohin Ferdinand seiner Braut entgegenreiste. Die Ehe war nicht mit Kindern gesegnet, aber trotzdem für den Kaiser eine glückliche, denn die innigste Harmonie verband ihn mit seiner Gattin bis zu seinem Tode.

Nach Abschluß des Friedens setzte sich der Kaiser in den Besitz der ihm von Bethlen überlassenen Gebiete. In Kaschau wurde darauf die Krone seinem Gesandten übergeben, und in ihrer Gegenwart legten die Edelleute und Städte der bei Bethlen verbleibenden Komitate die eidliche Versicherung ab, daß sie ihn nie bekämpfen und nach Bethlens Tode unter seine Herrschaft zurückkehren würden. Ferdinand beeilte sich jetzt, ein bei Gelegenheit der Nikolsburger Verhandlungen erteiltes Versprechen zu erfüllen und einen Reichstag nach Ödenburg zu berufen, auf dem er persönlich erschien und von den Ständen außer den nötigen Geldmitteln zur besseren Ausrüstung der in seinem Besitz befindlichen Grenzfestungen auch die Wahrung der Interessen seiner während des Aufstandes geschädigten Anhänger, namentlich der Bischöfe und Prälaten, verlangte. In Nikolsburg hatte man bestimmt, daß alle konfiszierten Güter, die noch im Besitze Bethlens waren, oder die er an andere Personen verschenkt hatte, ihren früheren Eigentümern einfach zurückzustellen seien, für die von ihm verpfändeten Güter sollten sie dagegen die Pfandsumme auszahlen. Als dieser Gegenstand in Ödenburg zur Sprache kam, wollten die Katholiken nichts von einer Entschädigung der Pfandbesitzer wissen, die sie für Räuber ansahen, und es scheint, daß die ursprünglichen Eigentümer in den an Ferdinand abgetretenen Komitaten samt und sonders in den Wiederbesitz ihrer Güter gelangten, ohne daß sie eine Entschädigung geleistet hätten, wenigstens deuten dies die Klagen Bethlens über die angebliche Vernachlässigung der Friedensbedingungen an. Jedenfalls wurden dieselben auch in dem von ihm nicht abgetretenen Gebiete verletzt, denn hier war von einer Rückerstattung des Besitzes weder umsonst noch für Geld die Rede.

Auf dem Reichstage beschwerten sich die protestantischen Mit

glieder über die Einquartierung des deutschen Kriegsvolkes in den ungarischen Festungen und bezeichneten dies als eine Verletzung der Verfassung. Der Kaiser mußte ihnen nachgeben und versprechen, daß er keine fremden Truppen in Ungarn einführen werde, nur in Preßburg sollten zur Bewachung der Krone hundert Mann deutscher Truppen zugelassen werden. Die steten Anfeindungen, denen er von Bethlen ausgesetzt war, verhinderten jedoch, daß seine Zusage je verwirklicht wurde. Bezüglich der religiösen Angelegenheiten fand ein lebhafter Streit statt; die Protestanten verlangten, daß der gegenwärtige Zustand aufrecht erhalten werde, die Katholiken dagegen, daß alle Streitigkeiten nach dem Krönungsdiplome Ferdinands II entschieden werden sollten, wodurch mancherlei Übergriffe der Protestanten abgeschnitten worden wären. Die beiden Parteien einten sich nicht und so barg diese Angelegenheit weitere Zerwürfnisse in ihrem Schoße.

Da der Palatin Forgacs im Laufe des Jahres 1621 gestorben und diese Stelle seitdem nicht besetzt worden war, so ersuchte der Reichstag dem Herkommen gemäß den Kaiser um die Bezeichnung derjenigen Kandidaten, deren Wahl er wünsche. Ferdinand bezeichnete die Grafen Batthyany, Stanislaus Thurzo, Nicolaus Eszterhazy und Thomas Erdödi, drei Katholiken und einen Protestanten (Thurzo). Es könnte auffallend erscheinen, daß er nicht Anstand nahm, den letzteren in Vorschlag zu bringen, da derselbe mit seinem Vetter Emerich Thurzo einer der Hauptteilnehmer des durch Bethlen angeregten Aufstandes war und noch nach dem Frieden von Nikolsburg seine feindselige Gesinnung bethätigte. Allein Stanislaus Thurzo hatte mittlerweile seine Partei gewechselt; er glaubte jetzt seine Interessen im Anschlusse an den Kaiser besser zu wahren und gab unzweifelhaft heimlich die Zusicherung, daß er Katholik werden würde. Der Reichstag wählte von den vorgeschlagenen Kandidaten gerade ihn; die Majorität war ja protestantisch und wußte noch nichts von seinem inneren Gesinnungswechsel. Der Kaiser bestätigte die Wahl und später trat Stanislaus Thurzo thatsächlich zur katho-

lischen Kirche über. Der Reichstag wurde darauf (August 1622) aufgelöst.

VI. Als im Beginn des Jahres 1622 der Nikolsburger Friede geschlossen war, schien die Sache des Pfalzgrafen völlig verloren, denn obwohl Mansfeld damals in die untere Pfalz und in das Elsaß vorgedrungen war und sich durch neue Rüstungen für das Frühjahr stärkte, so konnte man doch mit Sicherheit annehmen, daß er den ligistischen und spanischen Streitkräften erliegen werde, denn woher sollten er und sein Herr die Mittel zum Kampfe nehmen, da die Oberpfalz und der größere Teil der unteren vom Feinde besetzt war und kein Fürst sich seiner mehr annehmen wollte. Jakob von England ärgerte sich mehr als je über seinen Schwiegersohn, seit die Digbysche Vermittlung gescheitert war, Christian von Dänemark wies jede Hilfeleistung ab, weil ihm Jakob keine Unterstützung versprach und die norddeutschen Fürsten wollten ihren Besitz nicht preisgeben, wenn sie sich einer Sache anschlossen, die von den natürlichen Freunden verlassen wurde. Die Holländer waren zwar stets hilfsbereit, da seit dem Sommer 1621 zwischen ihnen und Spanien der im Jahre 1609 abgeschlossene Waffenstillstand ein Ende genommen hatte und es deshalb für sie von hohem Werte war, Deutschland nicht zum Frieden kommen zu lassen und Bundesgenossen daselbst zu gewinnen. Aber was konnte das wenige holländische Geld nützen; dem Pfalzgrafen konnten nur noch Freunde helfen, die wie Mansfeld eine Armee werben und erhalten konnten, ohne daß er dafür anders aufkommen mußte, als durch Lobsprüche und Verheißungen. Wo sollte er solche Freunde finden?

Thatsächlich waren mehrere Männer bereit, diese Rolle aufzunehmen und nach dem von Mansfeld gegebenen Beispiel seine Sache zu verteidigen. Der erste derselben war der Administrator von Halberstadt, Christian von Braunschweig, ein jüngerer Bruder des Herzogs Friedrich Ulrich von Braunschweig. Schon während des böhmischen Aufstandes hatte der „Halberstädter“, wie er später stets genannt wurde, aus seinen Sympathien für den

Pfalzgrafen kein Hehl gemacht; als derselbe nun nicht blos die Wahlkrone, sondern auch den eigenen Besitz verlieren sollte, da beschloß er um so treuer bei ihm auszuharren und seine eigene Existenz im Kampfe für ihn zu wagen. Im Sommer 1621 warb er einige Tausend Mann im niedersächsischen Kreise teils auf eigene Kosten, teils auf die der freien Niederlande und schlug mit denselben im Monat September in zwei getrennten Kolonnen den Weg nach der Unterpfalz ein. Da sich seine Soldaten auf dem Marsche vielfache Räubereien erlaubten, wurden sie von den Fürsten des niedersächsischen Kreises überfallen und größtenteils niedergemacht, so daß er bloß mit 1300 Reitern das Mainufer erreichte. An dem Landgrafen von Hessen=Kassel fand er aber einen Freund, der ihn mit Geld und andern Kriegsbedürfnissen versah. Während seines Marsches richtete er ein Entschuldigungsschreiben an den Kaiser, der ihn zur Ruhe gemahnt hatte und später diese Mahnung durch seinen Bruder wiederholen ließ. Seine Antwort wirft ein scharfes Licht auf die Ohnmacht des obersten Reichsregiments, die sich in Deutschland seit Jahrhunderten vorbereitet hatte, jetzt aber durch die Rede und Handlungsweise der einzelnen Fürsten schlagend vor Augen trat. Christian versicherte den Kaiser, daß er ihm gern einmal seinen Degen anbieten werde und zu diesem Zwecke das Waffenhandwerk zu seiner Hauptbeschäftigung erkoren habe. Nun da ihm das Kommando über ein Reiterregiment angeboten und er beauftragt worden sei, es in die untere Pfalz zu führen, erfahre er zu seinem Leidwesen, daß dies dem Kaiser nicht genehm sei. Hätte er dies vorher gewußt, so würde er gewiß das Kommando abgelehnt haben, so aber könne er nicht mehr zurück und hoffe, daß ihm dies nicht verübelt werden würde, da er keine Befehlshaberstelle angenommen habe, sondern nur wie ein Soldat kämpfe und den Kurfürsten von der Pfalz in seinem Besitze zu schützen trachte. Er hoffe später Gelegenheit zu finden, dem Kaiser zu Diensten zu sein und sich dadurch seine Huld und Gnade zu erwerben. — Jedes Wort dieses Briefes war eine Verhöhnung

der kaiserlichen Autorität, aber Christian von Halberstadt brachte dies alles in so natürlicher Weise vor, als ob sich die Bekämpfung der kaiserlichen Ansprüche von selbst verstände, als ob die Ächtung des Pfalzgrafen gar nichts bedeute, kurz als ob die Fürsten des Reiches in keiner Weise des Kaisers Gebote und Interessen zu achten hätten. Es war dies seit langem der faktische, und man könnte fast sagen, der rechtliche Zustand im Reiche, so scharf aber wie aus dem Briefe des Halberstädters macht er sich nur in wenig Schriftstücken jener Zeit geltend.

Nachdem Christian einen Kampf mit einer ihm entgegengeschickten Abteilung des ligistischen Heeres bestanden hatte, zog er sich in das Bistum Paderborn zurück, das er während des Winters besetzt hielt und gräulich brandschatzte. Der Jammer der Bevölkerung, die aus zahlreichen durch Feuer verwüsteten Orten mitten im Winter flüchten mußte und weder Obdach noch Nahrung fand, spottet jeder Beschreibung. Christian ließ sich deshalb kein graues Haar wachsen, sein ganzes Auftreten zeugte von wüstem Übermut; er rühmte sich, daß nur ein Pfaff der Pfaffen Herr werden könne, ließ aus dem gewonnenen Silber Münzen mit der Überschrift prägen: „Gottes Freund und der Pfaffen Feind“ und soll sogar in einem Frauenkloster die Nonnen gezwungen haben, ihn und seine Offiziere nackt zu bedienen. Die gewonnenen Mittel verwandte er zur Anwerbung einer Armee, die sich im folgenden Frühjahr auf ungefähr 15—20 000 Mann belaufen haben mag. Auch Mansfeld benützte die im Bistum Paderborn gegebene Gelegenheit, warb da Truppen für den Dienst seines Schützlings und brachte nach seiner Behauptung durch die im Stift Paderborn und im Elsaß angestellten Werbungen im Frühjahr 1622 seine Armee auf 35 000 Mann.

Zu diesen pfälzischen Freunden gesellte sich noch ein dritter in der Person des Markgrafen Georg Friedrich von Baden-Durlach. Er war ein feuriger Anhänger des Protestantismus und eines der eifrigsten Mitglieder der Union, der nur schwer in ihre Auflösung gewilligt hatte und sich jetzt trotz steigender

Gefahr entschloß, sein Schwert nochmals für den Pfalzgrafen in die Wagschale zu werfen. Er warb eine zahlreiche Armee unter dem Vorwand an, daß er den Geboten des Kaisers folgen und die Pässe in seinem Lande gegen die räuberischen Einfälle des pfälzischen und spanischen Kriegsvolkes vertheidigen wolle. Man glaubte ihm in Wien nicht und suchte ihn durch Verhandlungen, die der Bruder des Kaisers, Erzherzog Leopold, in die Hand nahm, zur Ruhe zu bringen. Alle Mühe war jedoch vergeblich: als er im April 1622 mit seinen Rüstungen fertig geworden war, beschloß er die Maske abzuwerfen. Nachdem er zuerst auf seinen Besitz zu Gunsten seines ältesten Sohnes verzichtet hatte, erklärte er, fortan nur Soldat sein und nicht eher ruhen zu wollen, als bis er dem Pfalzgrafen zu seinem Besitz verholfen haben würde. Für den letzteren waren also unter der Anführung Mansfelds, Christians von Halberstadt und des Markgrafen von Baden im Frühjahr an 70000 Mann bereit, die Waffen zu ergreifen. Gern hätte sich der Landgraf von Hessen-Kassel und der Herzog von Würtemberg diesem Bunde angeschlossen, sie warben zahlreiche Truppen, mit denen sie sich bei dem ersten günstigen Erfolge dem Pfalzgrafen zugesellt hätten, aber schon jetzt dies Wagnis zu thun, dazu fehlte ihnen doch die Entschlossenheit.

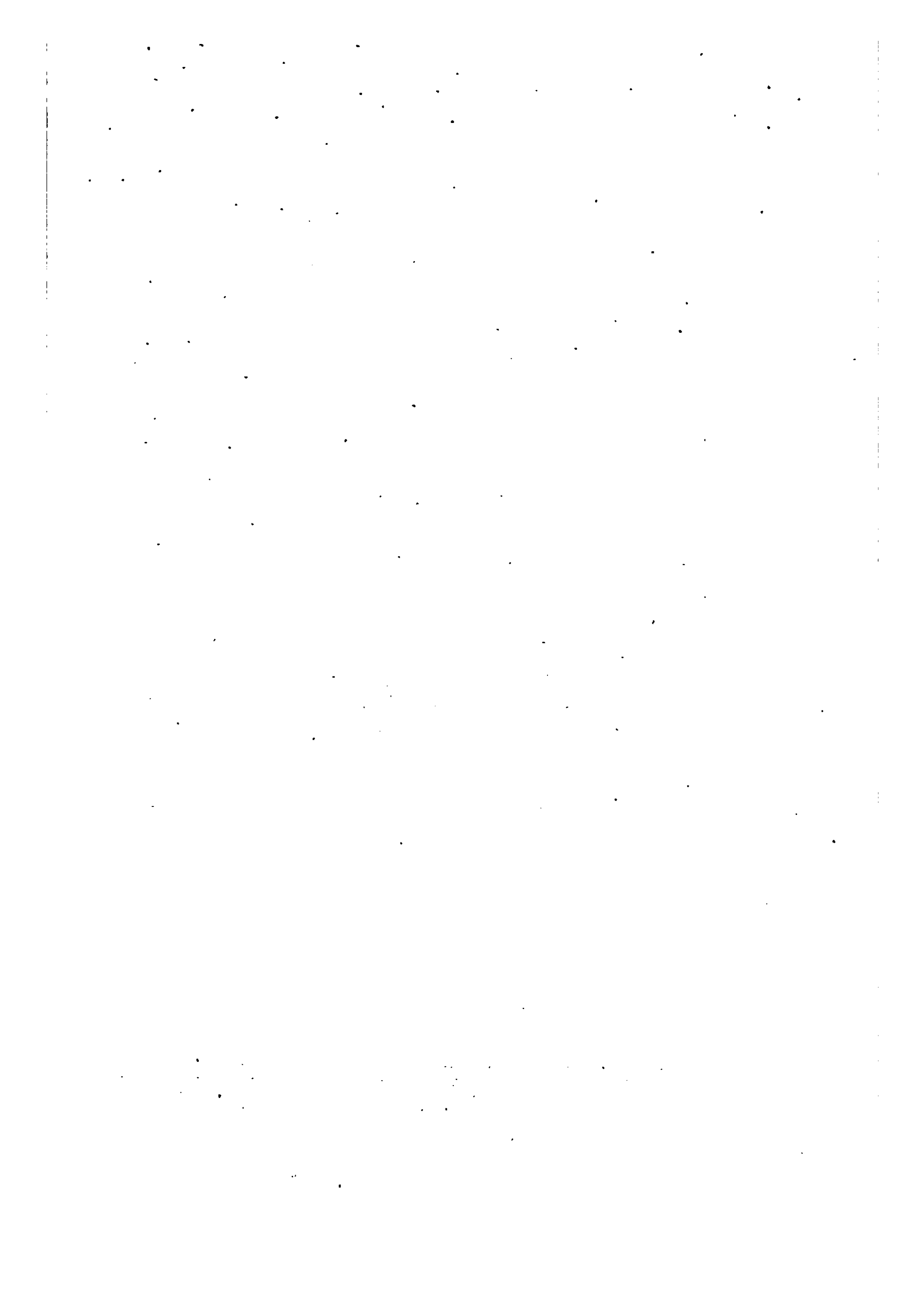
Da diese Rüstungen größtenteils im Winter vor sich gingen, that man auf kaiserlicher Seite nichts dagegen, man bemühte sich nur, die eigenen Rüstungen zu vervollständigen, um im Frühjahr mit noch größerer Macht auf dem Kriegsschauplatz aufzutreten. Man berechnete, daß man mit Hilfe der Spanier, die 20500 Mann, der Ligisten, die 55500, des Erzherzogs Leopold, der 11000 zusammen brachte, und durch einige andere Zuzüge, darunter 6000 Mann kaiserlicher Truppen, über 100000 Mann verfügen werde. Diese Truppen hatten ebenso wie im böhmischen Feldzuge nicht bloß den Vorteil der Zahl, sondern auch den der größeren Kriegstüchtigkeit vor den Gegnern voraus, denn sie wurden regelmäßig verpflegt und bezahlt, während die letzteren

für beides zumeist durch Raub aufkommen mußten. Wir bemerken jedoch zum Schlusse, daß es mit diesen 100 000 Mann ebenso wenig seine Richtigkeit hatte, wie mit den 70 000 der Gegner. Beide verfügten thatsächlich über eine weit geringere Mannschaft, aber das Zahlenverhältnis 10 zu 7 blieb sich gleich.

Der Pfalzgraf wollte angesichts des sich vorbereitenden Kampfes nicht unthätig im Haag sitzen, und beschloß ohne Rücksicht auf den Zorn seines Schwiegervaters, der ihn auch jetzt zur Ruhe mahnte und auf den Erfolg einer neu anzubahnenden vierten Vermittlung verwies, sich auf den Kampfplatz zu begeben. Er wollte sich ursprünglich mit der Armee des Halberstädters vereinen, da jedoch seine Sicherheit auf dem Wege dahin zu sehr gefährdet war, so entschied er sich für den Anschluß an Mansfeld. Nachdem er den Haag im tiefsten Geheimnis bloß in Begleitung zweier Personen, darunter eines böhmischen Exulanten verlassen hatte, reiste er über Frankreich nach dem Elsaß. Auf dem Wege berührte er Bitsch, wo er sich durch einige Stunden die Gesellschaft einer Anzahl feindlicher Soldaten gefallen lassen und mit ihnen bei dem Mahle auf die Gesundheit seiner Feinde anstoßen mußte. Als er in Germersheim bei Mansfeld eintraf, fand er bei diesem einen Gesandten der Infantin Isabella, der Wittwe des mittlerweile verstorbenen Erzherzogs Albrecht vor. Man hatte nämlich abermals von katholischer Seite Verhandlungen mit dem Grafen angeknüpft und derselbe war abermals darauf eingegangen. Bedeutende Anerbietungen in Gold und Gut wurden ihm gemacht, hohe Ehrenstellen verheißen, so daß die Versuchung stärker an ihn herantrat als je zuvor. Wer weiß, ob das plötzliche Erscheinen des Pfalzgrafen in Germersheim nicht dieselbe Wirkung übte, wie das Digbys vor einigen Monaten bei Neumarkt! Wie Mansfeld damals den Vorwürfen des englischen Gesandten nachgab, so mag er angesichts desjenigen, dessen Rechte er vertreten sollte, vor dem Verrat zurückgescheut haben. Jedenfalls traf er jetzt seine Entscheidung, indem er die Verhandlung abbrach und den Gesandten Isabellas

für beides zumeist durch Raub aufkommen mußten. Wir bemerken jedoch zum Schlusse, daß es mit diesen 100000 Mann ebenso wenig seine Richtigkeit hatte, wie mit den 70000 der Gegner. Beide verfügten thatsächlich über eine weit geringere Mannschaft, aber das Zahlenverhältnis 10 zu 7 blieb sich gleich.

Der Pfalzgraf wollte angesichts des sich vorbereitenden Kampfes nicht unthätig im Haag sitzen, und beschloß ohne Rücksicht auf den Zorn seines Schwiegervaters, der ihn auch jetzt zur Ruhe mahnte und auf den Erfolg einer neu anzubahnenden vierten Vermittlung verwies, sich auf den Kampfplatz zu begeben. Er wollte sich ursprünglich mit der Armee des Halberstädters vereinen, da jedoch seine Sicherheit auf dem Wege dahin zu sehr gefährdet war, so entschied er sich für den Anschluß an Mansfeld. Nachdem er den Haag im tiefsten Geheimnis bloß in Begleitung zweier Personen, darunter eines böhmischen Exulanten verlassen hatte, reiste er über Frankreich nach dem Elsaß. Auf dem Wege berührte er Bitsch, wo er sich durch einige Stunden die Gesellschaft einer Anzahl feindlicher Soldaten gefallen lassen und mit ihnen bei dem Mahle auf die Gesundheit seiner Feinde anstoßen mußte. Als er in Germersheim bei Mansfeld eintraf, fand er bei diesem einen Gesandten der Infantin Isabella, der Wittwe des mittlerweile verstorbenen Erzherzogs Albrecht vor. Man hatte nämlich abermals von katholischer Seite Verhandlungen mit dem Grafen angeknüpft und derselbe war abermals darauf eingegangen. Bedeutende Anerbietungen in Gold und Gut wurden ihm gemacht, hohe Ehrenstellen verheißen, so daß die Versuchung stärker an ihn herantrat als je zuvor. Wer weiß, ob das plötzliche Erscheinen des Pfalzgrafen in Germersheim nicht dieselbe Wirkung übte, wie das Digbys vor einigen Monaten bei Neumarkt! Wie Mansfeld damals den Vorwürfen des englischen Gesandten nachgab, so mag er angesichts desjenigen, dessen Rechte er vertreten sollte, vor dem Verrat zurückgescheut haben. Jedenfalls traf er jetzt seine Entscheidung, indem er die Verhandlung abbrach und den Gesandten Isabellas





unverrichteter Dinge verabschiedete. Vor der Abreise wurde derselbe vom Pfalzgrafen zur Tafel geladen und in spöttischer Weise dafür getadelt, daß er ihm seinen besten General abspenstig machen wolle.

Mansfeld beschloß jetzt zur Offensive zu schreiten und verließ gegen Ende April sein Hauptquartier bei Germersheim, setzte über den Rhein und stieß in dem Dorfe Mingolsheim auf Tilly. In dem Kampfe, der sich daselbst (am 27. April 1622) entspann, erlitt der ligistische Feldherr eine tüchtige Schlappe, die fast an eine Niederlage grenzte, denn er büßte mindestens 2000 Mann und einige Geschütze ein. Nach diesem Zusammenstoß kam der Markgraf von Baden herangezogen, statt aber vereint zu bleiben und den Spaniern und Ligisten die Stirn zu bieten trennten sie sich fast unmittelbar nach der Vereinigung, wahrscheinlich weil sie sich über das Oberkommando nicht einigen konnten. Der Markgraf folgte dem sich zurückziehenden Tilly, der über den erlittenen Schlag ganz niedergebeugt war und den General Cordova beschwor, sich ja schnell mit ihm zu vereinigen, da „das Heil des Reiches auf dem Spiele stehe“.

Cordova folgte dem Rufe und so zählten die beiden Generale ungefähr 18 000 Mann unter ihrem Kommando, während der Markgraf höchstens über 15 000 Mann verfügte. Als am 6. Mai die Gegner bei Wimpfen zusammentrafen, leitete der Markgraf, vor Kampflust brennend und begierig es dem Grafen Mansfeld gleichzuthun, den Kampf zwischen drei und vier Uhr Morgens durch ein heftiges Geschützfeuer ein, das von den Ligisten kräftig erwidert wurde. Der Markgraf wollte die Gegner aus ihren günstigen Stellungen herauslocken, allein seine Anstrengungen waren vergeblich und er brachte es im Laufe des Vormittags zu keiner Entscheidung. Um die Mittagszeit ruhten wegen der großen Hitze die Waffen; um zwei Uhr begannen die Badenser das Geschützfeuer von neuem und nun säumten Tilly und Cordova nicht länger zum Angriffe überzugehen und fügten ihrem Gegner nach einem fünfstündigen mörderischen Kampfe eine

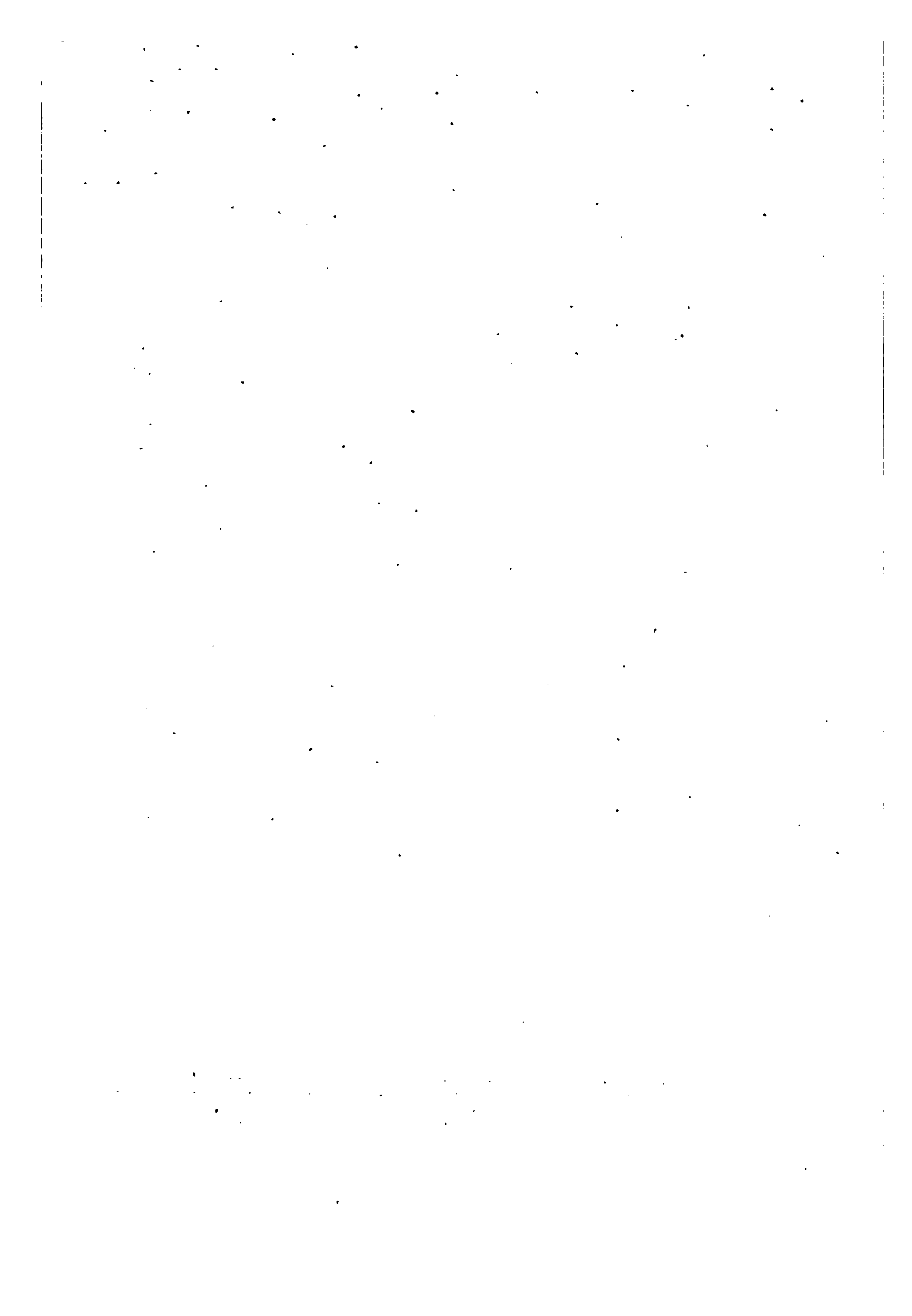
vollständige Niederlage zu. Sein Verlust betrug gegen 6000 Mann, doch würde dieser nicht so sehr in die Wagschale gefallen sein, wenn der Markgraf nicht auch seine Kriegsausrüstung verloren hätte, denn fast sämtliche Geschütze, die Bagage und alle Mundvorräte fielen in die Hände der Sieger und dazu noch 1000000 Thaler, die auf zwei Wagen mitgeschleppt worden waren. Der Gesamtverlust der Spanier und Ligisten wurde auf 500 Mann veranschlagt. Der Markgraf war durch den erlittenen Schlag wie betäubt und ließ seinem Sohne entbieten, er solle sich um jeden Preis mit dem Kaiser gut zu stellen suchen, später aber raffte er sich wieder auf und schloß sich mit dem Reste seiner Truppen dem Grafen von Mansfeld an.

Mansfeld richtete mittlerweile in Begleitung des Pfalzgrafen seine Schritte gegen die Besitzungen des Landgrafen von Darmstadt, um dieselben auszuplündern und sich dann mit dem aus dem Stift Paderborn heranziehenden Halberstädter zu vereinen. Der erste Zweck wurde erreicht, Darmstadt selbst eingenommen, der Landgraf zur Zahlung einer Kontribution verhalten, und da er sich diesen und anderen Beschwerden durch die Flucht entziehen wollte, gefangen genommen. Länger durfte jedoch Mansfeld in dieser Stadt nicht weilen, wenn er nicht mit Tilly, der nach dem Sieg bei Wimpfen gegen ihn heranzog, zusammenstoßen wollte. Statt dem Halberstädter entgegen zu eilen, zog er sich nach Mannheim zurück, um nötigenfalls über den Rhein zu flüchten. Es war dies das unglücklichste Manöver, denn er gab dadurch den Halberstädter dem übermächtigen Angriff der Gegner preis und führte so später den eigenen Untergang herbei.

Nach dem Rückzuge Mansfelds kehrte Tilly seine Aufmerksamkeit dem heranziehenden Christian von Halberstadt zu, der am 17. Juni mit seinen kaum 15000 Mann zählenden Truppen in Höchst eintraf. Tilly und Cordova hatten sich mittlerweile mit einer ihnen vom Kaiser zugeschickten Truppenabteilung vereinigt und zählten ungefähr 26000 Mann, dazu hatten sie 19 Geschütze,

für beides zumeist durch Raub aufkommen mußten. Wir bemerken jedoch zum Schlusse, daß es mit diesen 100 000 Mann ebenso wenig seine Richtigkeit hatte, wie mit den 70 000 der Gegner. Beide verfügten thatsächlich über eine weit geringere Mannschaft, aber das Zahlenverhältnis 10 zu 7 blieb sich gleich.

Der Pfalzgraf wollte angesichts des sich vorbereitenden Kampfes nicht unthätig im Haag sitzen, und beschloß ohne Rücksicht auf den Zorn seines Schwiegervaters, der ihn auch jetzt zur Ruhe mahnte und auf den Erfolg einer neu anzubahnenden vierten Vermittlung verwies, sich auf den Kampfplatz zu begeben. Er wollte sich ursprünglich mit der Armee des Halberstädters vereinen, da jedoch seine Sicherheit auf dem Wege dahin zu sehr gefährdet war, so entschied er sich für den Anschluß an Mansfeld. Nachdem er den Haag im tiefsten Geheimnis bloß in Begleitung zweier Personen, darunter eines böhmischen Exulanten verlassen hatte, reiste er über Frankreich nach dem Elsaß. Auf dem Wege berührte er Bitsch, wo er sich durch einige Stunden die Gesellschaft einer Anzahl feindlicher Soldaten gefallen lassen und mit ihnen bei dem Mahle auf die Gesundheit seiner Feinde anstoßen mußte. Als er in Germersheim bei Mansfeld eintraf, fand er bei diesem einen Gesandten der Infantin Isabella, der Wittwe des mittlerweile verstorbenen Erzherzogs Albrecht vor. Man hatte nämlich abermals von katholischer Seite Verhandlungen mit dem Grafen angeknüpft und derselbe war abermals darauf eingegangen. Bedeutende Anerbietungen in Gold und Gut wurden ihm gemacht, hohe Ehrenstellen verheißen, so daß die Versuchung stärker an ihn herantrat als je zuvor. Wer weiß, ob das plötzliche Erscheinen des Pfalzgrafen in Germersheim nicht dieselbe Wirkung übte, wie das Digbys vor einigen Monaten bei Neumarkt! Wie Mansfeld damals den Vorwürfen des englischen Gesandten nachgab, so mag er angesichts desjenigen, dessen Rechte er vertreten sollte, vor dem Verrat zurückgescheut haben. Jedenfalls traf er jetzt seine Entscheidung, indem er die Verhandlung abbrach und den Gesandten Isabellas



während Christian nur über drei verfügte. Da er des Angriffes gewärtig war, schlug er bei Höchst eine Brücke über den Main, auf der er seine Bagage vorausschickte, er selbst blieb aber am rechten Ufer und errichtete eine Schanze, durch die er seine Stellung sichern wollte. Als nun Tilly heranrückte und zum Angriff überging (am 20. Juli), nahm die Schlacht, die nach der Stadt Höchst benannt ist, eine für Christian ungünstige Wendung, er wurde nach mehrstündigem Kampfe aus der Schanze vertrieben, und damit war das Signal zur allgemeinen Flucht gegeben. Die Hälfte seiner Armee ging teils im Kampfe, teils auf der Flucht zu Grunde, so daß sich später nur etwa 8000 Mann mit den Truppen Mansfelds vereinten. Der Verlust wäre noch größer geworden, wenn Tilly die Verfolgung rechtzeitig angeordnet und nicht zwei Stunden damit gezögert hätte. Was aber noch schwerer wog, als der Verlust an Mannschaft, war der Verlust an Kriegsmaterial, da man auch hier wie bei Wimpfen kaum mehr als das nackte Leben rettete.

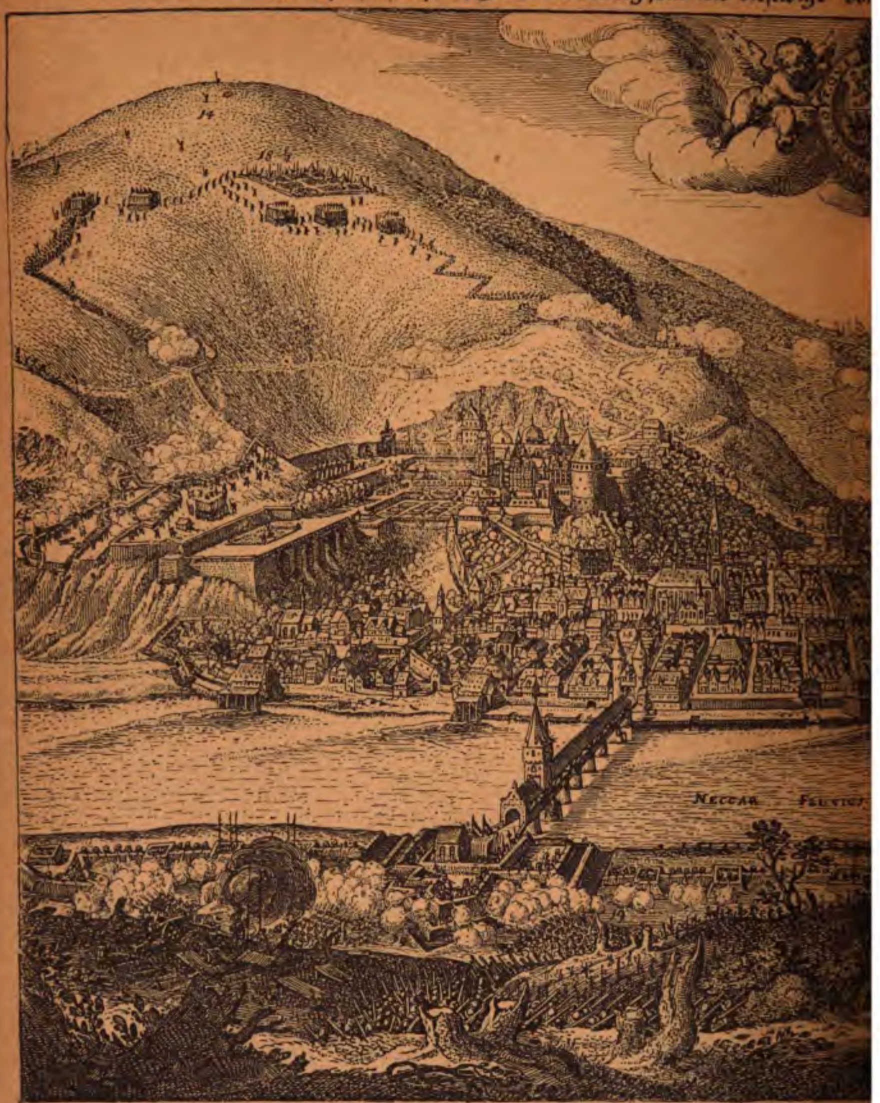
Als Christian mit 60 Reitern in Mannheim eintraf, kam es zu einer stürmischen Scene zwischen ihm und dem Pfalzgrafen, bei dem er sich über Mangel an Unterstützung beklagte. Obwohl die Stellung bei Mannheim stark genug war, konnte Mansfeld nicht daran denken, sich daselbst zu halten, weil sich unter seinen Truppen und den allmählich sich sammelnden Flüchtlingen eine solche Demoralisation kundgab, daß die Offiziere einen allgemeinen Aufstand befürchteten. Es wurde demnach der Rückzug nach dem Elsaß beschlossen. Der Markgraf von Baden beteiligte sich nicht mehr an demselben, die Niederlage bei Höchst ließ ihn an der Sache des Pfalzgrafen verzweifeln und so gab er vorläufig jede weitere Thätigkeit auf. Der Landgraf von Hessen-Darmstadt wurde jetzt aus seiner Haft entlassen.

Für den Pfalzgrafen begann seit dem Rückzuge von Mannheim eine an Trübsal und Demütigungen reiche Zeit, da er bei den Truppen und ihren Anführern gar keine Beachtung fand und darüber nicht im Zweifel sein konnte, daß sie nur ihre eigenen

Interessen wahren würden. Es wurde ihm daher nicht schwer, den Mahnungen seines Schwiegervaters zu folgen und seine Trennung von ihnen vorzubereiten, um in neuen Verhandlungen Rettung zu suchen. Durch ein Patent entließ er Mansfeld und Christian von Halberstadt aus seinen Diensten und offenbar im Einverständnisse mit ihm geschah es, daß beide Feldherren am folgenden Tage den Freiherrn von Tilly von ihrer Entlassung benachrichtigten und um Aufnahme in kaiserliche Dienste ersuchten. Sie beabsichtigten zwar ebenso wenig wie früher in kaiserliche Dienste zu treten, aber sie wollten durch dieses Anerbieten den Pfalzgrafen zu der Behauptung berechtigen, daß er an keinen Angriff mehr denke. Friedrich richtete auch an Tilly die Anfrage, ob er ihm den Aufenthalt in der untern Pfalz gestatten und diese mit weiteren Angriffen verschonen werde. Da Tilly jedoch nicht antwortete, so mußte er mit Mansfeld weiter ziehen, verließ ihn aber bald darauf und verfügte sich wieder nach dem Haag.

Mansfeld und Christian von Halberstadt lenkten jetzt ihre Schritte nach Frankreich und erboten sich in die Dienste des Königs Ludwig zu treten. Es wurden zum Scheine Verhandlungen mit ihnen eingeleitet, da sie aber bald merkten, daß dieselben nicht ernst gemeint seien und daß man gegen sie rüste, fielen sie in das Herzogtum Brabant ein und stießen bei Fleurus auf den ihnen entgegenkommenden Cordova. Beide Teile schrieben sich in der Schlacht, die sich da entspann (am 29. August 1622), den Sieg zu, thatsächlich endete sie insofern zu Gunsten Mansfelds, der das Oberkommando führte, als er den Feind, der ihm den Weg nach Holland vertreten wollte, allerdings mit großen Opfern zurückschlug. Christian von Halberstadt wurde in der Schlacht am linken Arm verwundet und da er die Wunde nicht genug beachtete, so wurde sie brandig und führte den Verlust seiner linken Hand herbei. Mansfeld rückte nun ungehindert gegen Bergen op Zoom und bewerkstelligte dort seine Vereinigung mit den Holländern. Sein Heer war durch die Strapazen des Marsches und durch die steten Angriffe der Feinde binnen wenigen

Wahre Contrafactur der Chürfürstlichen Statt Heidelberg, vnd wie dieselbige vo



Designation der Ziffern. 1. Das Schloß. 2. de Newe Garten. 3. Heylig Geyst kirch. 4. Barfüßer Clo
10. Speirer thor. 11. der Brük Keiser. 12. der Brük Beyer. 13. der Geißberg. 14. der Königstul. 15
Sturm. 20. Croaten setzen durch den Neccar. vnd da geht die Statt über.

Heidelberg zur Zeit der Belag

General Tilly Belägert vnd eingenohmen worden Anno 1622.



5. St. Iacob. 6. St. Petter. 7. Augustiner Closter. 8. der alte Churf. Garten. 9. der Reiche Spital.
15 A Schloß. 16. die Statt Speir. 17. der Marstall. 18. Tillysche Läger. 19. der Tillischen General.

ung durch Tilly im Jahre 1622.



Wochen auf ein Viertel seines früheren Bestandes zusammengeschmolzen, er verfügte nur noch über 6000 Mann, denen es überdies an allem, hauptsächlich aber an der nötigen Bekleidung mangelte, so daß sie nicht Soldaten sondern abgerissenen Bettlern ähnlich sahen. Gleichwohl reichte ihr Erscheinen vor Bergen op Zoom hin, Spinola zur Aufhebung der Belagerung dieser Stadt zu veranlassen.

Erzherzog Leopold und Tilly benützten den Abzug Mansfelds, um im Elsaß und in der Pfalz alle Städte zu unterwerfen, in denen noch eine pfälzische Besatzung weilte. Sie wurden im Laufe des Sommers und Herbstes damit fertig, namentlich nötigte Tilly am 19. September Heidelberg und am 2. November Mannheim zur Kapitulation. Die englischen Truppen, die diese Plätze verteidigten, wurden in die Heimat entlassen. Im Besitze des Pfalzgrafen war zu Ende des Jahres 1622 noch eine einzige Stadt, das feste Frankenthal.

VII. Nachdem sich der Kaiser auf den Rat Maximilians von Baiern entschlossen hatte, dem König von England bezüglich der Restitution seines Schwiegersohnes und des Waffenstillstandes eine abschlägige Antwort zu erteilen, war er bereit, den Bedingungen des Münchener Bündnisses in Bezug auf die Übertragung der Kur nachzukommen. Am 22. September (1621) stellte er ein Dokument aus, das vorläufig geheim bleiben sollte, in dem er dem Herzog von Baiern die so heiß begehrte pfälzische Kur erteilte und sich nur die Bestimmung des Zeitpunktes vorbehielt, wann diese Entscheidung allgemein bekannt gemacht werden sollte. Er wollte offenbar jede Kriegsgefahr beseitigt wissen, bevor er einen so wichtigen Entschluß der Welt kundgab. Maximilian, der durch seine Einsicht und durch seine trefflich gewählten Diener die Ereignisse in entscheidender Weise gelenkt hatte, trat jetzt mehr als je in den Vordergrund derselben, denn nur um seinen Ehrgeiz zu befriedigen, mußte der Krieg weiter geführt werden. Man darf ihm deshalb nicht die Hauptschuld aufladen, ebenso schuldig waren der Pfalzgraf, der durch seine

unvernünftige Haltung nach der Schlacht auf dem weißen Berge die Feinde förmlich zwang, ihn weiter zu bekämpfen und der Kaiser, der durch seine schlechte Finanzwirtschaft nicht imstande war, Oberösterreich auszulösen und deshalb den Herzog von Baiern mit der Oberpfalz und dem Kurhut entschädigte.

Wenn der Kaiser dem Herzog die Kur übertragen wollte, so mußte er, um diesem Akte die nötige Anerkennung zu verschaffen, nicht bloß die Zustimmung der Majorität des kurfürstlichen Kollegiums erlangen, sondern auch die zwei hervorragendsten fremden Mächte, Spanien und Frankreich, gewinnen.

Die geistlichen Kurfürsten hatten als Teilnehmer der Liga dem Kaiser bei der Besiegung des Aufstandes geholfen, aber nicht alle von ihnen waren entschlossen, den erlangten Sieg aufs äußerste auszunützen und namentlich glaubte der Kurfürst Schweikhard von Mainz im Interesse des Friedens von der weiteren Verfolgung des Pfalzgrafen abraten zu müssen. Als Ferdinand ihn um seine Zustimmung zur Übertragung der Kur ersuchte, gab er eine ausweichende Antwort, aus der man jedoch in Wien die Überzeugung gewann, daß er den Widerstand aufgeben und auf dem Kurfürstentage sich den kaiserlichen Wünschen fügen werde. Der Kurfürst von Trier folgte dem Beispiele des Mainzers in der Erteilung friedfertiger Ratschläge, dagegen war der Kurfürst von Köln, ein Bruder Maximilians, von vornherein für seine Erhebung gewonnen. Daß man den Kurfürsten von Brandenburg, einen Schwager des Pfalzgrafen, nicht gewinnen werde, davon war man in Wien überzeugt und deshalb gab man jeden Versuch dazu auf. Dagegen bewarb man sich um so eifriger um die Zustimmung von Sachsen. Da sich Johann Georg als Bundesgenosse des Kaisers mit der vorgeschrittenen protestantischen Partei in Deutschland tief verfeindet hatte, so war er damit einverstanden, daß das Haupt derselben, der Pfalzgraf, ein- für allemal unschädlich gemacht werde und er erklärte im vertraulichen Gespräch gegen den Erzherzog Karl, einen Bruder des Kaisers, daß er keinen Einwand gegen die Übertragung der Kur erheben werde

(1. November 1621). Diese Erklärung hinderte ihn jedoch nicht, später gegen die Übertragung zu stimmen und alle Welt zu versichern, daß er die Begnadigung des Pfalzgrafen wünsche. In Wien legte man diesen Versicherungen kein Gewicht bei und hatte insofern recht, als man gewiß sein konnte, daß der Kurfürst das Schwert gegen den Kaiser nicht ziehen werde. Bei dem zu berufenden Kurfürstentag verfügte Ferdinand sonach über die drei geistlichen Stimmen und über die von Böhmen, der Kurfürst von Sachsen konnte vielleicht protestieren, aber jedenfalls beruhigte er sich mit dem Protest und Brandenburg war nicht zu fürchten, weil es isoliert stand. In Deutschland war also diese Angelegenheit den kaiserlichen und bairischen Wünschen entsprechend geordnet. Es blieb nun Spanien und Frankreich übrig.

Spanien hatte dem Kaiser bisher treulich geholfen, König Philipp III unterwarf sich den größten Opfern, um den deutschen Vetter aus dem Abgrunde zu retten, obwohl seine eigenen Interessen dringend alle Mehrausgaben verwehrten. Er starb am 31. März 1621 und ihm folgte sein erst 14jähriger Sohn Philipp IV, der unmittelbar nach seiner Thronbesteigung die hervorragendsten Diener seines Vaters aus ihren Ämtern entließ und die Leitung der Geschäfte seinem Günstling, dem Grafen Olivares, übertrug. Man muß es anerkennen, daß dieser mehr Befähigung dazu besaß, als seine Vorgänger, was er schon dadurch zeigte, daß er den Frieden mit England aufrichtig zu erhalten wünschte und darum die Begnadigung des Pfalzgrafen oder seiner Kinder empfahl. Seine Absicht wurde jedoch von einigen eifrigen Katholiken und Freunden des Kaisers oder des Herzogs von Baiern, unter denen der Staatsrat Zuñiga einen hervorragenden Platz einnahm, durchkreuzt. Dazu kam, daß der König selbst eine tiefe Verehrung für seinen kaiserlichen Oheim fühlte, seine Verfügungen nicht gern mißbilligen wollte und in dieser Richtung von dem päpstlichen Nuntius, der sich energisch für Maximilian einsetzte, beeinflußt wurde.

Um den König vollends auf seine Seite zu ziehen, richtete Ferdinand einen eigenhändigen Brief an ihn, mit dessen Übergabe er einen Kapuziner, den P. Hyacinth betraute, der sich vom Papste in politischen Sendungen gebrauchen ließ. Dieser sollte ein Schreiben für Zuñiga mitnehmen, in welchem Ferdinand in scharfer und bündiger Weise ohne alle Floskeln und Phrasen die Gründe erörterte, die für die Beraubung des Pfalzgrafen sprachen und die darin gipfelten, daß man ihn zum unversöhnlichen Feinde haben werde und ihm deshalb nicht die Mittel in der Hand lassen dürfe, um seine Feindschaft bethätigen zu können. Damit die Briefe ja sicher an ihre Adresse gelangen möchten, erbot sich der päpstliche Nuntius in Wien, Caraffa, dieselben an den Nuntius nach Brüssel und von dort nach Spanien zu schicken und erhielt sie zu diesem Zwecke eingehändigt; Hyacinth sollte also ohne dieselben abreisen und sie erst in Spanien in Empfang nehmen. Gerade diese Vorsicht war übel angebracht, denn auf dem Wege nach Brüssel fielen sie in die Hände des Grafen Mansfeld, der sie dem Pfalzgrafen zuschickte und ihm dadurch die schneidigste Waffe zu Angriffen auf die kaiserliche Politik in die Hand lieferte. Die Abreise P. Hyacinths scheint durch die Beschlagnahme der Briefe verschoben worden zu sein, denn er gelangte erst im folgenden Jahre nach Spanien.

Der Kapuziner fand nach seiner Ankunft in Madrid nicht die freundliche Aufnahme, die er erwartet haben mochte. Er konnte lange keine günstige Zusage erlangen, man suchte nach Ausflüchten, verlangte, daß er nach Brüssel gehen und dort den neu angeknüpften Verhandlungen zwischen Jakob und Ferdinand, von denen bald die Rede sein wird, beiwohnen solle, allein er merkte, daß man ihn nur entfernen wolle und trat deshalb um so entschiedener für Maximilian auf, indem er sich dabei auf den Papst berief. Über die Antwort, die er zuletzt erhielt, giebt es eine doppelte Version; nach der Versicherung Khevenhillers war sie so geschraubt, daß man aus ihr nur die unbestimmte Erklärung entnehmen konnte, Philipp wünsche dem Herzog von

Baiern die pfälzische Kur. Nach P. Hyacinths Bericht ist aber dieser Erklärung von Philipp (mündlich oder schriftlich) der dringende Wunsch beigefügt worden, daß der Kaiser die Kur ohne Zögern und noch vor Zusammentritt des Kurfürstenkonvents an Baiern übertragen möge. Wie auch immer die Antwort beschaffen sein mochte, jedenfalls litt die spanische Politik an Schwäche und Doppelzüngigkeit, denn die Versicherungen, die man im selben Jahre nach London gelangen ließ, lauteten für die Restitution des Pfalzgrafen. Später wollte man dieses Ziel auch in Wien erreichen und die dem P. Hyacinth gemachten Zusagen zurücknehmen, aber die Erklärungen, die man deshalb nach Wien gelangen ließ, lauteten so wenig energisch, daß der Kaiser gewiß sein konnte, er werde die Allianz mit Philipp IV nicht einbüßen, wenn er gegen seinen Wunsch handle.

Um die Zustimmung Frankreichs zur Übertragung der Kur wollte sich Ferdinand nicht bewerben, da seit der Abreise der französischen Gesandtschaft die Regierung Ludwigs XIII kein Wohlwollen mehr für ihn an den Tag legte. Er überließ dieses Geschäft dem Herzog Maximilian, der deshalb einen eigenen Gesandten (im September 1622) nach Paris abschickte. Die französischen Staatsmänner waren damals mehr als je von der ererbten Feindseligkeit gegen die Habsburger erfüllt und lauerten nach einer Gelegenheit ihnen zu schaden.. Der Kaiser hatte allzuviel erreicht, er war in seinen Besitzungen mächtiger geworden, als alle seine Vorfahren, er konnte in den auswärtigen Verwicklungen nach der Rekatholisierung seiner Länder eine entscheidendere Rolle spielen und damit das Gewicht Spaniens erhöhen. Alles das war den Franzosen im höchsten Grade unangenehm, sie hatten geglaubt, daß die deutschen Habsburger sich höchstens zu einem Scheinleben aufraffen könnten und nun war das gerade Gegenteil eingetreten. Ein weiterer Grund ihrer wiedererwachten Feindseligkeit war, daß Spanien die Zerwürfnisse, die sich zwischen Graubündten und dem Veltlin entwickelt hatten, zu seinen Gunsten ausbeuten und die Herrschaft über das katho-

lische Veltlin an sich bringen wollte. Diese mögliche Vergrößerung der spanischen Herrschaft brachte die Franzosen vollends aus Rand und Band und sie traten deshalb mit Mansfeld, den sie eben aus ihrem Lande gejagt hatten, in Verbindung, um ihn zu neuen Werbungen und zu einem abermaligen Angriff gegen die Habsburger zu reizen.

So war die Stimmung in Frankreich beschaffen, als der Bote Maximilians P. Valerian Magni daselbst eintraf und um die Zustimmung für die Übertragung der Kur ersuchte. Man war erbötig in dieselbe zu willigen, weil man der Verwendung des Papstes Gregor XV Rechnung tragen wollte und gewiß war, daß die Habsburger an dem neuen Kurfürsten einen ebensowenig verläßlichen Freund finden würden, wie sie sie an den Herzogen gefunden hatten. Maximilian verlangte aber nicht bloß die Zustimmung zu der Übertragung der Kur, sondern er bewarb sich auch um die französische Allianz; da er sie jedoch nur zur Sicherung des nach der Beraubung des Pfalzgrafen neu geregelten Besitzstandes zu verwenden beabsichtigte, und keine Schädigung des Kaisers zulassen wollte, so lehnten die Franzosen seine Allianzanträge ab. Nur bezüglich der Kur wollten sie seinen Wünschen nachgeben und die Übertragung anerkennen.

Der Kaiser und der Herzog von Baiern konnten jetzt hoffen, daß sich gegen die Übertragung der Kur kein Widerspruch erheben werde, aber sie hatten den König von England nicht in Anschlag gebracht, der noch im letzten Augenblicke ihre Bemühungen zum Scheitern bringen konnte. Jakob hatte sich auf die Nachricht, daß der Digbysche Vermittlungsversuch resultatlos verlaufen sei, mit einem Schreiben an Ferdinand gewendet (November 1621) und ihn mit Krieg bedroht, im Falle er in die Restitution des Pfalzgrafen nicht willigen würde. Der Kaiser zögerte mit der Antwort und schickte erst drei Monate später den Grafen von Schwarzenberg nach London, der daselbst mit lauter Ausflüchten auftreten sollte. Er durfte dem König die

Restitution nicht versprechen und nur der Geneigtheit des Kaisers, sich an etwaigen Ausgleichsverhandlungen in Brüssel zu beteiligen, Worte leihen. So wenig Tröstliches diese Erklärungen enthielten, so klammerte sich Jakob doch an dieselben und schickte den Ritter Weston nach Brüssel ab, der daselbst drei Tage vor der Schlacht bei Wimpfen anlangte und gleich in der ersten Audienz von der Infantin verlangte, daß sie von der ihr vom Kaiser übertragenen Vollmacht Gebrauch mache und den Waffenstillstand bewillige. Selbst bei dem besten Willen hätte Isabella die sich auf dem Schlachtfelde vorbereitende Entscheidung nicht hintanhalten können, aber sie kam nicht in die Lage, eine nutzlose Zusage zu thun, da sich ihre Räte mit dem Gesandten über die Bedingungen der Waffenruhe nicht verständigen konnten. Weston schlug deshalb vor, daß man gleich die Verhandlungen über die Friedensbedingungen beginnen solle und verlangte zu dem Ende die Zulassung eines Vertreters, den der Pfalzgraf in der Person eines gewissen Andreas Pawel nach Brüssel abgeordnet hatte, welchem Begehren willfahrt wurde.

Der Pfalzgraf wollte ursprünglich auf die bevorstehenden Verhandlungen keine Rücksicht nehmen, sondern sein Heil im Kampfe suchen. Als jedoch die erwarteten Erfolge auf dem Schlachtfelde ausblieben und eine Niederlage nach der andern ihn traf, entschloß er sich zum Entwurf der Instruktion für seinen Vertreter in Brüssel. Die Instruktion bewahrheitet den schon öfter gegen ihn erhobenen Vorwurf, daß ihm jedes Verständnis der Sachlage und jedes Urteil über die Verhältnisse abging. Er, der Besiegte und aus seinem Besitz Vertriebene, wollte sich abermals nicht mit der Restitution in seine Erblande und seinen Titel begnügen, sondern verlangte einen Ersatz für das in Böhmen verbrauchte Geld, sowie für den in seinen Ländern erlittenen Schaden und forderte, daß seine Feinde die Zahlung eines Teils des Soldes auf sich nähmen, den er seinen Truppen schuldig war.

Als die Unterhandlungen zwischen Weston und den spanischen

und kaiserlichen Vertretern ihren Anfang nahmen, drehten sie sich im Beginn fast nur um Formfragen, namentlich wurde die Vollmacht Pawels beanstandet, weil Friedrich sich in derselben den kurfürstlichen Titel beilegte, zu dessen Führung er nach der Ächtung nicht berechtigt war. Die eigentlichen Verhandlungen wollte der Kaiser später wegen der günstigen Aussichten auf dem Kriegsschauplatze nicht weiter führen und zeigte dies dem Könige von England mit der Aufforderung an, er möge Gesandte zu dem Kurfürstentage nach Regensburg schicken, der im Oktober eröffnet werden sollte. Die einzige Konzession, zu der er sich herbeiließ, bestand darin, daß er dem Pfalzgrafen die Ämter von Heidelberg, Neustadt und Germersheim bis zum künftigen Ausgleich zum Nutzgenuß überlassen wollte. Einen Augenblick war Jakob empört über das abermalige Scheitern seiner Ausgleichsversuche, wenigstens schrieb Buckingham dem Pfalzgrafen, daß der König entschlossen sei, dem Kaiser den Krieg zu erklären, wenn er bei seiner Unnachgiebigkeit verharren würde. Allein da er sich eben mit dem Parlamente wegen einiger inneren Angelegenheiten überworfen hatte, so mangelte ihm das Geld zum Kriege und er schickte jetzt den Lord Digby nach Spanien, um da zu erwirken, was er beim Kaiser nicht erreicht hatte.

Digby wurde in Spanien mit Auszeichnung empfangen und da Olivares die Gefahr eines Bruches mit England nicht unterschätzte, wenn sein Gebieter zu gleicher Zeit von der französischen Eifersucht und Feindseligkeit bedroht wurde, so trat er energisch für die Befriedigung der Wünsche Jakobs auf und schlug eine Heirat des ältesten Sohnes des Pfalzgrafen mit einer Tochter des Kaisers vor. Der junge Prinz sollte in Wien katholisch erzogen und ihm dann die Kurwürde übertragen werden. Es war dies ein Vorschlag, wie er im Kopfe des allmächtigen Ministers eines absoluten Königs entstehen konnte, aber weder für Jakob noch für den Pfalzgrafen war er annehmbar. Der König von England konnte nicht dem Parlamente gegenüber den Schimpf auf sich laden, zu einer solchen Transaktion die Hand

zu bieten und was den Pfalzgrafen betrifft, so hat er bei aller seiner Erbärmlichkeit nie Anlaß zu der Vermutung gegeben, daß er mit dem Glauben seiner Kinder ein Geschäft treiben würde.

VIII. So stand diese Angelegenheit, als der Kaiser zu ihrer definitiven Erledigung einen Deputationstag (und keinen Kurfürstenkonvent) nach Regensburg auf den Monat November 1622 berief. Der Deputationstag unterschied sich dadurch von dem Kurfürstenkonvent, daß dazu außer den Kurfürsten auch die Herzöge von Baiern, Braunschweig und Pommern, der Landgraf von Darmstadt, der Erzbischof von Salzburg und die Bischöfe von Würzburg, Bamberg und Speier Zutritt hatten. Die zahlreichere Versammlung sollte den zu fassenden Beschlüssen mehr Glanz geben. Am 24. November hielt der Kaiser mit seiner Gemahlin seinen Einzug in Regensburg, begrüßt von drei daselbst anwesenden Fürsten; nach ihm erschienen die übrigen oder ihre Vertreter, nur Pommern und Braunschweig hielten sich fern, um nicht durch ihre Anwesenheit die ihnen unangenehmen Beschlüsse zu sanktionieren.

Infolge der energischen Fürsprache Spaniens für eine glimpfliche Behandlung des Pfalzgrafen mußte der Kaiser nach der Ankunft in Regensburg die Brüsseler Verhandlungen über die Gewährung eines Waffenstillstandes zu Gunsten des Pfalzgrafen von neuem aufnehmen. Den Beratungen, an denen sich die Räte der bereits in Regensburg anwesenden Fürsten (Mainz, Köln, Salzburg, Würzburg und Hessen-Darmstadt) beteiligten, lag ein Memorial des spanischen Gesandten, Grafen Oñate, zugrunde, worin er die Bedingungen der allfälligen Waffenruhe erörterte: dem Pfalzgrafen sollten die Einkünfte der Ämter von Heidelberg, Mannheim und Frankenthal eingeräumt und die Stadt Heidelberg übergeben werden, wogegen er Frankenthal und Mannheim der Infantin einräumen sollte. Gegen diesen Vorschlag erklärten sich die kurkölnischen Räte, sie wollten Heidelberg dem Pfalzgrafen nicht übergeben, da dadurch faktisch eine Art Resti-

tution ausgesprochen würde, nichts von der Niederlegung der Waffen wissen, da man vor den Angriffen Mansfelds nicht sicher sei und auf ihn der Waffenstillstand nicht ausgedehnt werden könne, weil er kein Land besitze und niemand mittlerweile seine Armee werde unterhalten wollen. Auch Ferdinand wollte die Waffen nur dann ruhen lassen, wenn dem Pfalzgrafen weder Heidelberg noch Mannheim eingeräumt und die Waffen allgemein niedergelegt würden, man sonach vor den Angriffen Mansfelds gesichert wäre. Wenn der Pfalzgraf feierlich erklären und die Erklärung schriftlich wiederholen würde, daß er die Hand gänzlich von Mansfeld abgezogen habe, so wollte der Kaiser seiner Behauptung Glauben schenken, aber ihm den Eintritt in Deutschland erst dann gestatten, wenn er Mansfelds und des Halberstädters Herr geworden sei.

Um einer unvorgesehenen Nachgiebigkeit Ferdinands zu begegnen, richteten die bairischen Vertreter eine Zuschrift an ihn, worin sie erklärten, daß ihr Herr Heidelberg und Mannheim nur dann aufgeben werde, wenn der Kaiser sein Versprechen bezüglich der Übertragung der Kur erfüllen und den Ersatz für die aufgewendeten Kriegskosten leisten würde! An dieser Forderung mußte jede Vereinbarung scheitern: der Kaiser konnte und wollte nicht zahlen und wo sollten der Pfalzgraf oder Jakob die zehn Millionen Gulden hernehmen, die Maximilian für die Okkupation der Ober- und Unterpfalz in Rechnung bringen wollte? Die Waffenruhe wurde also definitiv abgelehnt und die Proposition, die der Kaiser am 17. Januar (1623) dem Deputationstage vorlegte, bewies, daß Maximilian nach allen Richtungen über seinen matten Widerstand gesiegt hatte.

An dem genannten Tage teilte der Kaiser der Versammlung jene Vorschläge mit, über die beraten werden sollte. Zwei Punkte waren sehr bedeutsam: in dem ersten berichtete er, daß er den Pfalzgrafen wegen seiner Verbrechen der Kur entkleidet und sie auf Maximilian von Baiern übertragen habe, und daß er den letztern feierlich damit belehnen wolle; in dem zweiten verlangte er einen *ausreichenden* Beistand, um die Holländer, die sich über die

Grenzen des Reiches (seit sie im Jahre 1621 wieder in Krieg mit Spanien geraten waren) gewagt, aus den von ihnen besetzten Orten zu vertreiben und überhaupt allen Anschlägen der Feinde zu begegnen. Die Mitglieder des Deputationstages teilten sich bei den Beratungen nach ihrem Glauben in zwei Parteien, die Katholiken erklärten sich für die Übertragung der Kur, die Protestanten dagegen. Ferdinand überschickte nun dem kurfürstlichen Kollegium ein Schriftstück, welches die widersprechenden Ansichten der Protestanten widerlegen sollte. In demselben beanspruchte er für sich das Recht unbeschränkt über die Kur verfügen zu dürfen, und milderte diese Erklärung nur durch den Zusatz, daß er erbötig sei, den Pfalzgrafen in Gnaden aufzunehmen und mit ihm über die Restitution in seinen Besitz zu verhandeln.

Man beschäftigte sich damals eifrig mit der Frage, ob der Kaiser zur Ächtung des Pfalzgrafen berechtigt sei oder nicht. Die Gegner der über den Pfalzgrafen verhängten Acht suchten das Ungesetzliche dieser Maßregel dadurch zu beweisen, daß sie sich auf zwei Paragraphe der kaiserlichen Wahlkapitulation beriefen, von denen der eine bestimmt, daß der Kaiser nicht ohne „Befragung" der Kurfürsten in einer „wichtigen Sache" eine Entscheidung treffen und der andere, daß über keinen Reichsstand die Acht verhängt werden dürfe, bevor er gehört worden sei. Der Vorwurf, daß der Kaiser die Kurfürsten nicht befragt habe, war eigentlich nicht zutreffend, denn er hatte alle mit Ausnahme Kurbrandenburgs um ihre Zustimmung ersucht; wenn die Wahlkapitulation in diesem Punkt verletzt wurde, so beschränkte sich die Verletzung auf ein Minimum. Gegen die Behauptung, daß er über keinen Reichsstand ungehört die Acht verhängen dürfe, suchten seine Freunde den Nachweis zu liefern, daß es überhaupt überflüssig gewesen sei, den Pfalzgrafen vor der Ächtung zu verhören, indem er früher verwarnt wurde, der Reichsfriedensbruch, dessen er sich durch die Annahme der böhmischen Krone schuldig gemacht habe, notorisch war und bei allfälliger Citation und Verhör des Beschuldigten nichts heraus-

gekommen wäre, was seine Schuld vermindert hätte, abgesehen davon, daß bei notorischem Friedensbruch der Schuldige ipso facto in die Acht verfalle. — Wenn die Protestanten den Kaiser trotzdem der Verletzung der Wahlkapitulation anklagten, so mußten sie doch auch darüber Rede stehen, ob sie ihm gegenüber ihre Pflicht nicht versäumt hatten. Das Reich war verpflichtet, den Kaiser als rechtlichen Inhaber der Krone von Böhmen in seinem Besitz zu verteidigen, statt dessen stand Brandenburg während des ganzen Aufstandes in den friedlichsten Verhältnissen zu dem Pfalzgrafen, hinderte durch sein moralisches Ansehen, daß sich der niedersächsische Kreis dem Kurfürsten von Sachsen anschloß und dem Kaiser Hilfe leistete und handelte überhaupt so, als ob der letztere und sein Besitz außerhalb des Schutzes der deutschen Reichsverfassung ständen. Wenn die Reichsfürsten dem Kaiser bei der Bekämpfung des österreichischen und böhmischen Aufstandes geholfen hätten, dann hätten sie unstreitig fordern dürfen, daß er die Wahlkapitulation auch nicht dem Buchstaben nach verletze, diejenigen Fürsten aber, die ihn offen und verdeckt anfeindeten, hatten kein Recht, ihre Einhaltung zu verlangen, denn sie wurde unter der, wenn nicht ausdrücklichen, so doch stillschweigenden Bedingung beschworen, daß auch das Reich seiner Pflicht eingedenk sein würde. Man sieht, wenn man dem Kaiser den Bruch der Kapitulation vorwerfen konnte, so konnte er darüber klagen, daß das Reich ihm gegenüber seine Pflicht versäumt habe.

Die Protestanten verharrten trotz der kaiserlichen Zuschrift an das kurfürstliche Kollegium in ihrer Opposition und da auch Kurmainz sich nur lau des bairischen Fürsten annahm und der spanische Gesandte die Übertragung der Kur mißbilligte, so begann man im kaiserlichen Kabinete ängstlich zu erwägen, ob und wie weit man sich für Maximilian bloßstellen dürfe. Eggenberg, dem der spanische Gesandte unablässig in den Ohren lag, wagte es zuerst, gegen Baiern und Köln mit der Sprache herauszurücken und ihnen wenigstens die erbliche Übertragung der Kur als eine Unmöglichkeit hinzustellen. Diese Mitteilung wurde von Maximilian,

der mittlerweile auch nach Regensburg gekommen war, gewürdigt, und nun einigten sich beide Teile über einen Mittelweg, auf dem der Herzog von Baiern eine Befriedigung finden sollte, ohne daß die protestantischen Fürsten allzusehr gereizt würden. Die kurfürstliche Würde sollte ihm übertragen, aber mit dem Pfalzgrafen eine Aussöhnung angebahnt und zu diesem Behufe ein neuer Konvent ausgeschrieben werden. Sollte der Friede auch dann nicht zustande kommen, so sollte das kurfürstliche Kollegium darüber urteilen, ob der Kaiser über die Kur frei verfügen oder sie den Kindern und Agnaten des Pfalzgrafen und wem von ihnen zuerkennen solle; der Herzog von Baiern aber sollte sich schriftlich verpflichten, daß er dem Urteil des kurfürstlichen Kollegiums Folge leisten und eventuell auf die kurfürstliche Würde verzichten werde.

Diesen Verabredungen entsprechend traf der Kaiser seine letzte Entscheidung und schickte sie dem Deputationstag zu. Er erklärte, daß er den Pfalzgrafen „in Anbetracht der großen und unverantwortlichen Verbrechen", die er sich zu Schulden kommen ließ, durch die Entziehung seiner Kur bestrafen müsse, im übrigen „den Fürbitten befreundeter Fürsten nachgeben und ihn begnadigen (d. h. in seinen Besitz einsetzen) wolle, wenn er sich „zur schuldigen Humiliation und Deprekation verstehen und von allen Machinationen" ablassen würde. Ja nicht genug an diesem Versprechen, das der Kaiser jedenfalls mit Oberösterreich hätte bezahlen müssen, da er es nie ausgelöst hätte, zu dessen Erteilung ihn jedoch die Haltung Spaniens und Sachsens und die Rüstungen im niedersächsischen Kreise nötigten, erklärte er, daß er die Ansprüche der Kinder und Agnaten des Pfalzgrafen auf die Kur untersuchen und zu diesem Ende eine gütliche Handlung mit dem Könige von England pflegen oder, falls diese zu keinem Resultat führen würde, die Kurfürsten berufen werde, um mit ihrem Rate eine endgiltige Entscheidung zu treffen. Seine Worte lauteten fast so, als ob er gegen die Wiedereinsetzung der pfalzgräflichen Kinder in die Kur keine Einwendung erheben, als ob er die Hand gern

zum Frieden bieten würde, und wir glauben fast, daß er selbst auf die Gefahr, Oberösterreich zu verlieren, dazu bereit war, wenn er damit den Frieden wirklich erlangt hätte und nicht hätte besorgen müssen, von seinen Gegnern wieder angegriffen zu werden. Die Schlußbestimmung, daß er die Kur auf Maximilian für Lebenszeit übertrage, hatte bei dem übrigen Inhalte des Schriftstückes nichts Herausforderndes und würde in Deutschland vielleicht Anklang gefunden haben, wenn die Fürsten nicht durch die Religion getrennt gewesen wären, und wenn — was noch mehr in die Wagschale fiel — sie nicht unbedingt jede Übung der kaiserlichen Gewalt verworfen hätten.

Die Protestanten gaben deshalb auf die Versprechungen des Kaisers nicht viel und seine verheißungsvollen Worte machten auf sie nicht den gewünschten Eindruck, aber auch das Vertrauen der minder feindlich Gesinnten würde vollends geschwunden sein, wenn sie Kenntnis von einem Dokument erhalten hätten, das Tags darauf zwischen dem Kaiser und dem Herzog von Baiern vereinbart wurde und darauf berechnet war, den letzteren wegen seiner getäuschten Hoffnung zu entschädigen. Der Kaiser erklärte in demselben, daß er nur wegen der von Sachsen und Brandenburg erhobenen Opposition und um des Königs von England willen ihm nicht die erbliche Investitur erteile. Sollte der spätere Schiedspruch gegen den Pfalzgrafen lauten, so würde die Zusage vom 22. September 1621 einfach in Kraft treten; würde er zu Gunsten des Pfalzgrafen ausfallen, dann verpflichtete sich der Kaiser, den Herzog für seine Lebenszeit im Besitze der Kur zu lassen. Für den Fall, als der Schiedspruch zu Gunsten der Agnaten lauten sollte, erklärte der Kaiser, daß er sich an denselben nicht halten sondern thun werde, was der Billigkeit entspräche.

Am 25. Februar belehnte der Kaiser den Herzog von Baiern in feierlicher Weise mit der so heiß bestrittenen Kurwürde. Zwar hatte dieser nicht alles erlangt, was er wünschte, die Kurwürde war ihm nicht erblich zugefallen und ebensowenig die Länder des



Maximilian von Baiern.



vertriebenen Pfalzgrafen, allein er schrak vor den zu bewältigenden Schwierigkeiten nicht zurück; langsam und vorsichtig entfernte er ein Hindernis nach dem andern und fand hiebei an der Überstürztheit und Unvernunft des Pfalzgrafen den besten Bundesgenossen. Seine Einnahmen würden für die Durchführung so großer Pläne nicht hingereicht haben, allein er hatte sich die Einkünfte der deutschen Bischöfe dienstbar gemacht, wie kaum zuvor ein Kaiser. Die Bischöfe sahen ihn als denjenigen an, der sie vor dem drohenden Untergange gerettet hatte und allein weiter beschützen konnte und bewilligten ihm deshalb ohne Schwierigkeit die Mittel zur Instandhaltung des Heeres, dessen Kommando er einem fähigen General übertragen hatte. Sie waren überzeugt, daß er seine ganze Kraft und Macht für die Aufrechthaltung des herkömmlichen, auf das Wohl der Fürsten und Bischöfe berechneten Zustandes einsetzen werde und daß, wenn er je eine Änderung begünstigte, dies nur zu Gunsten der katholischen Kirche der Fall sein würde. Auch bei dem Kaiser fiel sein Wort und sein Urteil in die Wagschale; alte Studienerinnerungen, Verwandtschaft und Dankbarkeit für die bewerkstelligte Rettung, Achtung vor dem nüchternen und klaren Verstande des Herzogs und namentlich vor seiner finanziellen Ordnung bewirkten, daß Ferdinand sich seinen Ratschlägen unterordnete. Bei dieser Sachlage konnte Maximilian sicher sein, daß sich die Schwierigkeiten gegen die Durchführung seiner Wünsche beseitigen lassen würden. Mit dem Kaiser rechnete er jetzt für die geleisteten Dienste ab, er verlangte den Ersatz von zwölf Millionen Gulden, die er für ihn bei der Besiegung des böhmischen Aufstandes und bei der Exekution in der obern und untern Pfalz verwendet habe. Der Kaiser anerkannte diese Rechnung und setzte ihm außer Oberösterreich auch die Oberpfalz als Pfand für die verwendete Summe ein; der neue Kurfürst kam dadurch in den Besitz eines Teiles der konfiszierten Kurlande, er hoffte jetzt um so sicherer auch in den Besitz des Restes zu gelangen.

Nicht bloß der Herzog von Baiern wurde auf dem Depu-

tationstage für die geleisteten Dienste belohnt, das Füllhorn der kaiserlichen Gnade ergoß sich auch über mehrere andere Personen, namentlich aber über den Obersthofmeister Freiherrn von Eggenberg und über den Präsidenten des Reichshofrates den Grafen von Hohenzollern, die beide in den Fürstenstand erhoben wurden, und endlich über den Landgrafen von Hessen-Darmstadt, der mit seinem Kasseler Vetter in einen Prozeß über die Marburgische Erbschaft verwickelt war und zu dessen Gunsten eine kaiserliche Entscheidung erfolgte.

Der Kaiser richtete nun an den Deputationstag das Begehren um Hilfe gegen die erneuerten Anschläge seiner Feinde. Diese Anschläge bekamen im niedersächsischen Kreis eine greifbare Gestalt, denn auf dem daselbst versammelten Kreistage beschloß man sich zu rüsten, und auch der Mansfelder und Halberstädter, sowie der Herzog Wilhelm von Weimar stellten in diesen Gegenden wieder Werbungen an, die für das Frühjahr 1623 die Aufstellung einer bedeutenden Armee ermöglichen sollten. Der Pfalzgraf eiferte seine Freunde zur äußersten Anstrengung an, bewarb sich um Hilfe bei Holland, das stets zur Leistung derselben erbötig war, bei Frankreich, das aus seiner Reserve herauszutreten im Begriffe war, und bei Bethlen, der sich wieder zum Krieg gegen den Kaiser entschloß. Es war also gegen den Kaiser eine neue Koalition im Werke, die sich durch deutliche Anzeichen kenntlich machte. Obwohl man also in Regensburg dem Kaiser nicht entgegnen konnte, daß er Hilfe gegen eingebildete Gefahren suche, so lautete doch die Antwort auf sein Begehren nicht zustimmend, da sich die Vertreter Sachsens und Brandenburgs mit mangelnder Instruktion entschuldigten und darum eine Antwort ablehnten. Es kam nun darauf an, ob die Katholiken sich nicht zu einem selbständigen Entschluß aufraffen würden. In der auf dem Deputationstage erteilten Antwort hüllten sie sich nur in allgemeine Phrasen ein, in abseitigen und nur von ihnen besuchten Beratungen faßten sie aber entscheidende und scharfe Beschlüsse. Sie sahen ein, daß die Angriffe, die dem Kaiser drohten, ebenso gut

gegen sie gerichtet seien, daß sie sich also rüsten mußten. Sie beschlossen, die ligistischen Regimenter, deren Gesamtstand auf 18 000 Mann herabgesunken war, durch frische Werbungen zu verstärken, und da sich der Kaiser zur Beistellung von 6000 Mann erbot, so glaubten sie sich gegen den Angriff gesichert, ja sie waren des Sieges so gewiß, daß sie bereits die Besitzungen jener Edelleute unter sich teilten, die sich bei dem neuen Feldzug kompromittieren würden. Vorläufig war jedoch nur der Kampf mit Mansfeld und Christian von Halberstadt, die beide aus Holland auf deutsches Gebiet gerückt waren, gewiß: ob sich einige deutsche Fürsten ihnen anschließen würden, das mußte die Zukunft lehren.

Zweites Kapitel.

Der niedersächsische, dänische und die beiden ungarischen Kriege.

I. Der Krieg im niedersächsischen Kreise. Schlacht bei Stadtlohn. Krieg mit Bethlen. II. Verhandlungen über den Abschluß einer großen protestantischen Allianz, an deren Spitze sich schließlich Christian IV stellt. Richelieu. III. Verhandlungen über eine katholische Gegenallianz. Waldstein. IV. Die Wahl Ferdinands III zum König von Ungarn. Die Braunschweiger Verhandlungen. V. Die Schlacht an der Dessauer Brücke. Mansfeld und Waldstein in Ungarn. VI. Die Schlacht bei Lutter am Barenberge. VII. Der oberösterreichische Bauernaufstand. VIII. Die erneuerte Landesordnung.

I. Gleich nach der Auflösung des Deputationstages zeigte sich, wie sehr die Besorgnisse des Kaisers vor der weiteren Ausdehnung der feindlichen Anschläge begründet waren. Der niedersächsische Kreis hatte die Ausrüstung von 18 000 Mann beschlossen, mit denen er sich zwar nur gegen Grenzverletzungen wehren wollte, mochten sie nun von den kaiserlichen oder von den mansfeldischen und sonstigen Truppen ausgehen; aber wie wenig aufrichtig dieser Beschluß gemeint war, zeigte der Umstand, daß man den Truppen des Halberstädters anstandslos gestattete, über die Grenze vorzurücken und daß man mit diesem Feinde des Reichsfriedens vertrauliche Beziehungen unterhielt. Der Kaiser drohte dem Halberstädter mit der Acht, wenn er in seinen Feindseligkeiten fortfahren und bot ihm dagegen Pardon an, wenn er die Waffen niederlegen würde. Da der letztere aber wußte, daß er es in dem bevorstehenden Kampfe nur mit der Liga zu thun haben würde, weil der Kaiser seine Truppen gegen Bethlen verwenden mußte,

so schlug er die Drohung ebenso in den Wind wie die Lockung und hoffte im Verein mit Mansfeld um so sicherer auf den Sieg, als er zugleich auf die Mithilfe des Landgrafen von Kassel, des Kurfürsten von Brandenburg und mehrerer anderer sächsischen Kreisfürsten rechnete.

Da also die Gegner des Kaisers trotz aller seiner Warnungen und Drohungen nicht abrüsteten, so bekam Tilly den Befehl, nach Norden vorzurücken. Er richtete seine Schritte zunächst gegen das Gebiet des Landgrafen von Kassel, der die Liga auf alle Weise anfeindete, ohne es doch zum offenen Bruch kommen zu lassen. Da inzwischen der Halberstädter ein Regiment, welches der Kaiser in Deutschland unterhielt, angegriffen und mainzisches Gebiet gebrandschatzt hatte, so zog der ligistische Feldherr in das Gebiet des Herzogs von Braunschweig und setzte damit seinen Fuß in den niedersächsischen Kreis. Den Kreisständen wurde es jetzt bange, als sie sahen, daß ihr Land den Kriegsschauplatz abgeben werde, und sie suchten den Halberstädter zur Abrüstung oder zum Abzuge zu bewegen, um das gleiche Begehren an Tilly richten zu können. Wohl verließ Christian den niedersächsischen Kreis, allein nicht mit Rücksicht auf diese Bitten, sondern nur um sich mit Mansfeld im Stifte Osnabrück zu verbinden. Bei seinem Aufbruch zählte er 16 000 Mann zu Fuß und 5000 Reiter, das ligistische Heer, das im ganzen gegen 28 000 Mann stark war, zog ihm nach und erreichte ihn bei Stadtlohn an der Berkel im Münsterland. Tilly griff ihn am 6. August (1632) nachmittags an und fügte ihm nach einem ungefähr zweistündigen Kampfe eine vollständige Niederlage zu, denn von seinen Truppen büßten ungefähr 6000 Mann ihr Leben ein, 4000 Mann wurden gefangen und der Rest flüchtete sich mit seinem Anführer auf holländisches Gebiet. Herzog Wilhelm von Weimar, der bei Stadtlohn gefangen wurde, wurde an den Kaiser ausgeliefert, von diesem längere Zeit in Wiener-Neustadt in Gewahrsam gehalten und schließlich gegen das eitle Versprechen, fortan Treue bewahren zu wollen, freigelassen.

Mansfeld war einstweilen auch in das Stift Münster eingerückt, aber da er nicht daran denken konnte, sich dort gegen die siegreichen Ligisten zu halten, so zog er nach Ostfriesland, wo er sich für den Winter gegen weitere Angriffe gesichert hielt. Da er aber auf die Dauer für seine Truppen nicht den nötigen Unterhalt fand, so ließ er sich abermals in Unterhandlungen mit dem Kaiser ein, die durch den Grafen von Oldenburg vermittelt wurden, jedoch wie gewöhnlich zu keinem Resultate führten. Mittlerweile rückten die ligistischen Truppen immer näher gegen ihn heran und da er sich zum Kampfe zu schwach fühlte, so erbot er sich, Ostfriesland zu räumen, wenn ihm 300 000 Gulden ausbezahlt würden. Die Generalstaaten waren bereit, die verlangte Summe zu erlegen, wenn ihnen dafür die festen Plätze in Ostfriesland eingeräumt würden und da Mansfeld auf diese Bedingung einging, so verließ er die Provinz, entließ seine Truppen und ging nach dem Haag und später nach England, wo er sich um die Mittel zur abermaligen Ausrüstung eines Heeres bewarb. Zu Anfang des Jahres 1624 stand dem Kaiser in Deutschland keine bemerkenswerte feindliche Macht gegenüber, nur die entlassenen Truppen trieben sich hie und da herum und machten die Heerstraßen unsicher.

Wir haben angedeutet, daß die Feinde des Kaisers, als sie im Frühjahre den Feldzug gegen ihn begannen, auf die Mithilfe Bethlens rechneten. In der That erklärte sich dieser zu einem Einfalle in Mähren bereit, wenn der Halberstädter ihm mit einigen tausend Mann deutschen Fußvolkes zu Hilfe kommen würde. Das Versprechen wurde ihm gegeben und im Vertrauen auf die Erfüllung desselben entschloß er sich den wiederholten Mahnungen und Bitten des Pfalzgrafen nachzugeben und den Angriff vorerst mit eigenen Kräften zu wagen. Mitte August (1623) brach er mit etwas mehr als 20 000 Mann aus Siebenbürgen auf und hatte diesmal die Genugthuung, daß seine Operationen von einer türkischen Armee von ungefähr 30 000 Mann unterstützt wurden. Nachdem er in Oberungarn festen Fuß gefaßt hatte, erfuhr er,

daß der Halberstädter geschlagen worden sei und daß er sonach auf keine Hilfe von seiner Seite hoffen könne und damit trat ein Stillstand in seinen Operationen ein.

Der Kaiser hatte mittlerweile, als Bethlen aus Siebenbürgen herangezogen kam, seine dem Tilly zugeschickten Truppen (es waren bisher nur 2000 Mann statt der versprochenen 6000 nach Deutschland abgegangen) zurückgerufen und suchte nun auch die in Österreich stationierte Mannschaft durch frische Werbungen zu verstärken. Trotz dieser Anstrengungen brachte er vorläufig nur 9000 Mann zusammen, zu deren oberstem Befehlshaber er den Marchese von Montenegro ernannte, den er gegen hohe Versprechungen zum Austritt aus dem spanischen Dienst bewogen hatte. Waldstein, der durch seine bisherigen Leistungen (namentlich im Jahre 1621) die Aufmerksamkeit auf sich gezogen hatte, beteiligte sich an diesem Feldzuge in der zweiten Stellung.

Im Monat Oktober setzte Bethlen seine Operationen fort, drang auf mährischem Gebiete vor und beunruhigte das angrenzende Niederösterreich gleichzeitig durch Beutezüge. Bei Göding an der March stieß er endlich auf die feindliche Armee, doch wollte es weder er noch der Marchese von Montenegro auf eine Schlacht ankommen lassen. Aber während Bethlen gefahrlos einen allfälligen Angriff abwarten konnte, war das kaiserliche Heer in seinem Lager wie festgebannt, da es nur über wenig Reiterei verfügte und von dem fast nur aus Reitern bestehenden Heere Bethlens ununterbrochen umschwärmt wurde. Würde der Fürst von Siebenbürgen eine Schlacht gewagt haben, so hätte sie unzweifelhaft mit seiner Niederlage geendigt, denn seine berittenen Truppen waren dem Fußvolke und der Artillerie des Gegners nicht gewachsen; wenn er sich aber darauf beschränkte, mit seiner Reiterei den Verkehr des kaiserlichen Heeres mit der Außenwelt abzuschneiden und die Verproviantierung desselben zu verhindern, so konnte er es aushungern und zur Kapitulation zwingen.

Im kaiserlichen Hauptquartier sah man die Gefahr wohl ein, und namentlich war es Waldstein, der durch seinen Schwiegervater, den Grafen von Harrach, den Kaiser ununterbrochen um Proviant und um Anwerbung einer zahlreichen Reiterei ersuchen ließ, allein selbst wenn man in Wien eine größere Thätigkeit entfaltet hätte als sonst, so hätte es doch längerer Zeit bedurft, um diese Wünsche erfüllen zu können. Die Folge davon war, daß die Not in Göding täglich höher stieg, so daß Waldstein am 18. November dem Kaiser sagen ließ, er möge um jeden Preis einen Waffenstillstand abschließen, weil sonst die Armee verloren sei. Die Rettung aus dieser Sackgasse, in die man geraten war, kam ebenso unerwartet als plötzlich. Dem Fürsten von Siebenbürgen gingen nämlich selbst die Mittel zur weiteren Kriegführung aus und da er von Deutschland nur schlechte Nachrichten bekam, so hatte er schon einige Tage früher einen Waffenstillstand durch den Palatin Thurzo angeboten. Der Kaiser säumte nicht, dieses Anerbieten anzunehmen, er schickte den Palatin zu Bethlen und dieser schloß gerade am 18. November den Waffenstillstand ab; so war im Augenblicke der höchsten Not das kaiserliche Heer aus seiner bedrängten Lage gerettet. Dem Waffenstillstand folgte der Rückzug Bethlens und später langwierige Friedensverhandlungen, die endlich am 8. Mai 1624 zum Abschlusse kamen und in denen die Bedingungen des Nikolsburger Friedens in allen wichtigen Punkten wieder anerkannt wurden.

II. Da Bethlen die Waffen gestreckt hatte und auch in Deutschland die Gegner zur Ruhe verwiesen waren, so entstand für den Kaiser und die Liga die Frage, ob sie nicht abrüsten sollten. Aus dem niedersächsischen Kreise ertönten täglich Klagen über die Erpressungen, die von dem daselbst einquartierten ligistischen Kriegsvolke ausgeübt wurden und die Kreisstände verlangten immer dringender die Entlassung desselben, da ja kein Feind sichtbar sei. Maximilian, vom Kaiser um Rat gefragt, was er auf diese Klagen antworten solle, erwiderte, daß man vorläufig nicht abrüsten dürfe; die Gegner seien nur für den

Augenblick ohnmächtig und bereiteten einen neuen Angriff vor, namentlich sei es Mansfeld, der die vornehmsten Obersten, die er bei sich behalten habe, auf neue Werbungen vertröste und auch der Pfalzgraf denke nur daran, den Krieg wieder aufzunehmen. Man müsse also gerüstet bleiben, um den drohenden Gefahren begegnen zu können. Diese Vermutungen Maximilians waren allesamt begründet. Der Pfalzgraf fand jetzt für seine Bitten ein geneigteres Ohr bei Jakob, der sich schämte, daß seine Vermittlungsversuche kein Resultat gebracht hatten und sich angesichts des immer lauter werdenden Unwillens der Engländer entschließen mußte, seinem Schwiegersohne zu helfen. Auch Frankreich war bereit, seinen Einfluß für Friedrich in die Wagschale zu legen. Nach der kurzen Periode der Annäherung an die Habsburger hatte es ununterbrochen gegen dieselben gewühlt, den Grafen Mansfeld mit Subsidien bei seinem eben unglücklich beendeten Kampfe unterstützt und deshalb die Niederlage, die er und Christian von Halberstadt erlitten hatten, ebenso bitter empfunden, als wäre sie ihm selbst zugefügt worden. Nun wünschte der König die Vermittlung des deutschen Streites in die Hand zu bekommen: wenn es ihm gelang, diesen Wunsch durchzusetzen, so war aller Einfluß des Kaisers lahm gelegt und Frankreich spielte die Hauptrolle in Deutschland.

Die Bemühungen der französischen Staatsmänner waren diesmal nicht auf einen vorübergehenden Erfolg gerichtet, sondern auf eine bleibende Schädigung der Habsburger, wie sie Heinrich IV mit seinem Minister Sully geplant hatte und auch durchgeführt haben würde, wenn er nicht zu frühzeitig vom Schauplatz seines Wirkens abgerufen worden wäre. Unter der ohnmächtigen Regentschaft der Königin-Witwe Marie von Medici wurde zwar dieses Ziel nicht weiter verfolgt und auch ihr Sohn war unfähig, die große Rolle seines Vaters wieder aufzunehmen, aber er fand in seinem Minister, dem Kardinal Richelieu, einen Mann, der sich dem großen Plane Heinrichs IV mit enthusiastischer Hingebung widmete und trotz aller äußeren und inneren Hindernisse das Ziel

erreichte, da sich der schwache König völlig der höhern Einsicht und Energie seines Dieners unterordnete.

Jean Armand du Plessis, Kardinal und Herzog von Richelieu, war im Jahre 1585 geboren, trat in den geistlichen Stand und erlangte bald das Bistum von Luçon, in welcher Stellung er im Jahre 1615 im Parlament als Redner der geistlichen Kurie durch seine staatsmännische Auffassung der Verhältnisse und durch den Eifer, mit dem er für die Geistlichkeit einen hervorragenden Anteil an den Staatsgeschäften beanspruchte, die Aufmerksamkeit auf sich lenkte. Durch die Gunst der Königin-Witwe wurde er ein Jahr später zum Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten ernannt und mit dem Vorsitz im Ministerrate betraut. Diese Ernennung machte auf den damaligen spanischen Gesandten in Paris den besten Eindruck, er war gewiß, daß es keinen Menschen in Frankreich gebe, der der spanischen Krone bessere Dienste leisten könnte als Richelieu, so sehr hatten ihn die freundlichen und vielverheißenden Manieren des jungen Kirchenfürsten bestochen. Gleich im Beginne seiner Geschäftsthätigkeit trat der neue Staatssekretär in die Fußtapfen Heinrichs IV, denn er versicherte die auswärtigen Höfe, daß die spanische Heirat des Königs — Ludwig XIII hatte eine Tochter Philipps III geheiratet — in der ererbten Politik keinen Umschwung herbeiführen, Frankreich also nicht die spanischen Interessen wahren, sondern an den alten Allianzen festhalten werde. Als der Günstling des Königs, der Herzog von Luines, durch die Ermordung des Marschalls d'Ancre den Einfluß der Königin-Witwe untergrub und der erst sechzehnjährige König jetzt selbst die Regierung übernahm, um sie thatsächlich seinem Günstling zu überlassen, trat Richelieu aus dem Ministerium, weil Luines ihm übel wollte und zog es deshalb vor, der Königin als treuer Diener in die Verbannung zu folgen. In den folgenden Jahren fand wieder eine Annäherung zwischen dem König und seiner Mutter statt und da mittlerweile der allmächtige Günstling gestorben war, so gewann Richelieu auch beim König an Einfluß und sprach sich mit gewohnter Energie gegen eine im Jahre

1623 von spanischer Seite beantragte Allianz aus. Der damalige Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten Puysieux, der diese Allianz empfahl, wurde entlassen, als der König sich gegen dieselbe entschied und Richelieu, der mittlerweile Kardinal geworden war, ins Ministerium berufen. Man schrieb den 26. April 1624, als dies geschah und diesen Tag bezeichnen die französischen Geschichtschreiber mit Recht als einen der glücklichsten Tage ihrer Vergangenheit, denn Richelieus hauptsächliches Verdienst ist es, daß Frankreich fortan jene dominierende und von den Franzosen so sehr begehrte Rolle spielte, welche die Habsburger vor ihnen inne gehabt hatten. Im Vollgefühle seiner hervorragenden Kraft und Einsicht gelobte er dem König bei der Übernahme des Ministeriums, daß er den Hochmut der Großen bändigen, die Hugenotten (als politische Partei) unterdrücken und Ludwigs Namen bei den anderen Nationen zu einem geachteten machen würde. Er leitete die Durchführung seines Versprechens dadurch ein, daß er einen Gesandten an den Kurfürsten von Mainz abschickte und ihm die Gefahren vorstellen ließ, welche dem Reiche durch Bethlen, der neuerdings einen Bund mit den Türken geschlossen habe und mit einer großen Armee gegen Deutschland aufbrechen wolle, durch König Jakob, der für den Pfalzgrafen eine Armee von 30 000 Mann ausrüste und durch Spanien, welches sich der Niederpfalz bemächtigen wolle, drohten. Gegen alle diese Gefahren bot er den Schutz und die Vermittlung seines Königs an. Er trat mit seinem Antrage zuerst bei den katholischen Fürsten auf; hatte er diese gewonnen, so war er der Zustimmung der protestantischen gewiß. Denn wiewohl diese ungern fremden Einflüssen nachgaben, so waren sie doch durch den Glaubenskampf und durch die Vertreibung des Pfalzgrafen so erbittert, daß sie, mit alleiniger Ausnahme von Kursachsen und Darmstadt, den französischen Lockungen keinen Widerstand geleistet hätten. Diesmal bewahrten jedoch die katholischen Fürsten die schuldige Treue. Der Kurfürst von Mainz wies den französischen Antrag zurück, dasselbe that der Kurfürst von Baiern,

der durch seine im Jahre 1622 nach Frankreich abgeschickte Gesandtschaft so viel Kenntnis von den französischen Plänen erlangt hatte, daß er durch dieselben nicht bloß die Habsburger, sondern Deutschland selbst bedroht sah. Was Mainz und Baiern wollten, wollten auch die übrigen katholischen Fürsten und so scheiterte vorläufig der Versuch Richelieus, einen Einfluß in Deutschland zu gewinnen.

Ob Jakob von England von diesem Schritte Frankreichs Kenntnis hatte, ist uns nicht bekannt; jedenfalls wollte er jetzt auch in den deutschen Angelegenheiten eine maßgebende Rolle spielen und zwar nicht wie früher durch Verhandlungen, sondern durch die Waffen. Er schloß mit Holland eine Allianz ab (Juni 1624), durch die er sich verpflichtete, die Kosten für die Unterhaltung von 6000 Mann zu tragen, die in England für Rechnung der Generalstaaten geworben werden sollten, und zu denen Holland aus eigenen Mitteln 4000 Mann stellen sollte. Gleichzeitig schickte er den Ritter Anstruther nach Dänemark und zu mehreren deutschen Fürsten, um sie zum Anschluß an diese Allianz zu bewegen, deren vornehmster Zweck die Restitution des Pfalzgrafen sein sollte. Frankreich unterstützte später diese Bemühungen insofern, als es dem Grafen Mansfeld bei seinen Rüstungen Vorschub leistete und auch an die protestantischen Fürsten Deutschlands eine Botschaft abschickte, um sie gegen den Kaiser aufzuhetzen.

Mitten unter diesen Bemühungen griff der Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg in den vorläufig bloß in diplomatischer Weise sich vorbereitenden Feldzug in entscheidender Weise ein. Zwei Ursachen mögen ihn veranlaßt haben, aus der bisherigen Zurückhaltung herauszutreten: erstens seine verwandtschaftlichen Beziehungen zum Pfalzgrafen, mit dessen Schwester er verheiratet war, und dann sein Haß gegen jede Vergrößerung der katholischen Herrschaft, die augenscheinlich durch die ligistischen Siege eingeleitet wurde. Es war übrigens nicht das erste Mal

daß er für den Pfalzgrafen auftreten wollte: schon im Jahre 1620 bewies er ihm viel Wohlwollen, wenn auch keine nennenswerte Hilfe; im Jahre 1623, als man in Regensburg die Kur auf Baiern übertrug, wollte er sein Schwert für ihn in die Wagschale werfen und suchte bei einer persönlichen Zusammenkunft mit dem Kurfürsten von Sachsen auch diesen dafür zu gewinnen. Nur die Entschiedenheit, mit der Johann Georg jeden Angriff auf den Kaiser ablehnte, bewirkte, daß er noch ruhig blieb; als aber die Ligisten die Truppen Mansfelds und des Halberstädters zerstreut hatten und trotzdem den niedersächsischen Kreis nicht räumten, wollte er sich durch keine Rücksicht länger zurückhalten lassen. Offenbar war ihm der Eifer, den der König von England jetzt entwickelte, noch viel zu kühl, er glaubte auch nicht, daß es demselben gelingen werde, die Allianz so zu erweitern, wie dies wünschenswert war, wenn nicht ein deutscher Fürst aus uneigennütziger Absicht sich an ihrem Zustandekommen beteiligen würde. Auf diese günstige Beurteilung seiner eigenen Teilnahme seitens der Protestanten konnte er mit Sicherheit rechnen.

Zur selben Zeit also, als Anstruther seine Reise nach Dänemark und an die deutschen Fürstenhöfe antrat, ordnete der Kurfürst von Brandenburg seinen Rat Bellin an Christian IV, an Gustav Adolf und an den Prinzen von Oranien im Haag ab, wo er überall auf das energischeste die von den Katholiken drohende Gefahr vorstellen und zur gemeinsamen Abwehr mahnen sollte. Die Generalstaaten trugen diesen Mahnungen schon im Hinblick auf Spanien Rechnung und hatten dies eben durch den Abschluß des Bündnisses mit Jakob gezeigt. Es bedurfte also bei ihnen keines besondern Eifers; bedurfte es aber eines solchen bei Dänemark und Schweden? Dänemark hatte ja im Jahre 1621 für den Pfalzgrafen gerüstet und die Rüstungen nur aufgegeben, weil sich England nicht an ihnen beteiligte. Da nun Jakob bereit war zu helfen, war damit der Grund für die Zurückhaltung Dänemarks nicht gefallen? Auch der König von Schweden hatte seit Jahren

trotz seiner Jugend die Aufmerksamkeit und Hoffnung der Protestanten wachgerufen. Sollte er nicht eine Hilfe bringen wollen, wo die Glaubensinteressen so gefährdet waren? Bellin, der zuerst nach Kopenhagen reiste, fand da nicht die gehoffte Aufnahme, denn Christian entschuldigte sich, daß er wegen Unverläßlichkeit der Bundesgenossen sich an dem Kampfe nicht beteiligen könne. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Antwort deshalb ablehnend lautete, weil Christian erfahren hatte, daß man auch Gustav Adolf für das Bündnis gewinnen und ihm die Mitdirektion übertragen wolle. Das wollte er aber um keinen Preis zugeben. Dänemark war damals von steter Eifersucht gegen Schweden erfüllt, vor kurzem hatte diese Eifersucht zu einem kriegerischen Zusammenstoß geführt, der zwar durch einen Friedensschluß beglichen worden war, aber die wechselseitige Feindseligkeit nicht gestillt hatte.

Als Bellin nach Stockholm kam und über seine Mißerfolge in Kopenhagen berichtete, fand er daselbst eine um so günstigere Aufnahme. Gustav Adolf war erbötig, mit dem Pfalzgrafen ein festes Bündnis abzuschließen und 12 Regimenter Fußvolk und 2000 Reiter auszurüsten, wenn England, die Generalstaaten und einige deutsche Fürsten sich an dem Bündnisse beteiligen, und 21 Regimenter Fußvolk und 6000 Reiter aufstellen und zwei Drittel der Kriegskosten tragen würden. Gustav Adolf, der zugleich verlangte, daß ihm zwei Häfen an der Ostsee eröffnet würden, wollte seinen Zug durch Polen nach Schlesien antreten, von dort aus Bethlen, auf den er unter allen Umständen rechnete, die Hand reichen und so den Kaiser erdrücken. Wenn der Pfalzgraf und Jakob diese Bedingungen annahmen, so wollte er im Mai (1625) zum Angriff schreiten. Sein Gesandter bemühte sich im Haag und in London die Zustimmung zu diesen Vorschlägen zu erlangen und vielleicht hätte man im Haag den Vertrag mit ihm abgeschlossen, allein in London zögerte man, da man auf die Hilfe des Dänenkönigs nicht verzichten wollte, ja dem letzteren sogar den Vorzug gab.

Als Christian merkte, daß man in London auf seine und nicht auf Schwedens Mitwirkung das größere Gewicht lege, einigte er sich rasch mit Jakob über die Bedingungen des wechselseitigen Bündnisses, im Falle die norddeutschen Fürsten demselben beitreten würden. Am 15. Januar (1625) gab er dem Kurfürsten von Brandenburg hiervon Nachricht und berechnete, daß die Bundesarmee sich auf 31 000 Mann belaufen werde, wobei die Mithilfe Brandenburgs mit 3000 Mann angenommen wurde. Gleichzeitig richtete Christian eine Aufforderung an Bethlen sich an diesem Bündnisse zu beteiligen und auch der Pfalzgraf bestürmte den letzteren wiederholt mit derselben Bitte. Kurz Dänemark betrieb jetzt die Vorbereitungen zu einer großen Allianz mit Ernst und drängte dadurch Schweden in den Hintergrund.

In Frankreich, wohin Bellin auch gepilgert war und günstigen Bescheid erhalten hatte, hoffte man aber noch immer auf die Teilnahme Schwedens und forderte deshalb Gustav Adolf durch einen eigenen Gesandten zum gemeinschaftlichen Kriegszuge auf. Obwohl der Kurfürst von Brandenburg überzeugt war, daß sich letzterer in die zweite Rolle nicht fügen werde, so ordnete auch er (im April 1625) eine neue Gesandtschaft an ihn ab, um seine früheren Bitten zu erneuern, bekam aber keine andere Antwort, als daß der König sich nur dann an dem Feldzuge beteiligen werde, wenn ihm die früher gestellten Bedingungen zugestanden würden. Bei einer persönlichen Zusammenkunft mit dem Könige von Dänemark bemühte sich der Kurfürst von Brandenburg denselben wenigstens dafür zu gewinnen, daß dem Könige von Schweden das Kommando über eine abgesonderte Armee eingeräumt würde. Christian schien anfangs damit einverstanden, aber als sich der König von Schweden unter dieser Bedingung am Kriege beteiligen wollte, bereute der Dänenkönig seine Nachgiebigkeit und so wurden die Verhandlungen mit Schweden abgebrochen, wenngleich Gustav Adolf noch von verschiedenen Seiten zum Anschluß an die gemeinsame Sache aufgefordert wurde und an mancherlei Beratungen sich beteiligte. Der thatkräftige Anschluß wurde ihm aber zuletzt durch

einen Krieg mit Polen, der seine ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nahm, unmöglich gemacht. In Stockholm beschuldigte man Dänemark, daß es die Polen hinterlistiger Weise aufgehetzt habe, um so der unangenehmen Bundesgenossenschaft ledig zu werden.

Auf den Wunsch Christians trat indessen der niedersächsische Kreistag in Braunschweig zusammen und dort wurden die Kreisstände von dem sich vorbereitenden großen Bündnisse verständigt und aufgefordert sich ihm anzuschließen. Es wurden bedeutende Rüstungen beschlossen und dem Könige von Dänemark das Kommando über die zu werbende Armee übertragen, nachdem er schon vordem zum Kreisobersten im niedersächsischen Kreis erwählt worden war. Wozu die Armee verwendet werden sollte, darüber sprach man sich nicht aus, das war vorläufig ein allen Kontrahenten bekanntes Geheimnis. Landgraf Moriz von Hessen-Kassel schloß sich dieser Verbindung an und verwendete für dieselbe alle verfügbaren Mittel. Trotzdem dauerte es noch eine geraume Zeit, bis das Bündnis zwischen Dänemark (das dabei auch den niedersächsischen Kreis vertrat), England und Holland zum definitiven Abschluß gelangte. In England war an die Stelle Jakobs I, der am 27. März 1625 starb, sein Sohn Karl I getreten, und wenn dieser auch die Unterhandlungen nicht schneller zum Abschluß brachte, so war er wenigstens zu größeren Opfern bereit. Das Bündnis selbst wurde im Haag am 19. Dezember 1625 abgeschlossen und bestimmte, daß der König von Dänemark das Kommando über eine Armee von 30 000 Mann zu Fuß und 8000 Reiter übernehmen, daß England monatlich 30 000 Pfund und Holland 50 000 Gulden zahlen, daß die beiden letzten Mächte eine Flotte zur Unterstützung der Kriegsoperation ausrüsten und daß Frankreich und einige andere Mächte ersucht werden sollten, sich an diesem Bündnisse durch Subsidien, zahlbar an den König von Dänemark zu beteiligen. Christian hatte also erreicht, was er wollte, er sollte über ein zahlreiches gut ausgerüstetes und gut besoldetes Heer verfügen und mit diesem wollte er nicht bloß die Restitution des Pfalzgrafen bewerkstelligen, sondern auch seine

eigenen Herrschergelüste durch Erwerbung norddeutscher Bistümer befriedigen.

Die Unterstützung, die man von englischer Seite dem Pfalzgrafen zu Teil werden ließ, beschränkte sich jedoch nicht auf diese dem Könige von Dänemark gemachten Zugeständnisse. Schon zu Ende des Jahres 1624 hatte sich der damals noch lebende König Jakob entschlossen, die Werbungen Mansfelds mit Geld und seiner Autorität zu fördern, um seinem Schwiegersohne eine eigene Armee zu verschaffen. Im Januar 1625 verfügte Mansfeld bereits über 12000 Mann, die in Dover stationiert waren und später nach Deutschland überschifft wurden, und für die ihm England monatlich 200000 Gulden zahlte. Auch Frankreich leistete dem Grafen thatkräftige Hilfe, denn es gestattete die Anwerbung von etwa 4000 Mann auf französischem Boden und zahlte ihm monatlich 60000 Kronen. Da Mansfeld hiezu noch 5000 Mann in Deutschland anwarb, so verfügte er, als er im Frühjahre 1625 auf deutschem Boden Fuß faßte, ungefähr über 25000 Mann.

Welche Stellung nahm nun der Kurfürst von Brandenburg zu dem großen Bündnis ein, dessen Abschluß er sich als Verdienst anrechnen zu können glaubte? Wenn man dieses Verdienst auch nicht besonders hoch anschlagen will, jedenfalls haben die Verhandlungen Bellins im Haag und an den Höfen von London, Stockholm, Kopenhagen und Paris die Sache mächtig gefördert und seine Aufforderungen zu Rüstungen gegen die Herrschsucht der Habsburger eine bessere Aufnahme gefunden, als die Deklamationen des Pfalzgrafen. Trotzdem zögerte der Kurfürst jetzt dem so eifrig geförderten Bündnis beizutreten und zwar, weil sich Gustav Adolf von demselben ausschloß und er von dessen Leitung allein einen glücklichen Ausgang erwartete. Deshalb wollte der Kurfürst, als er von Dänemark zum Beitritte aufgefordert wurde, die Allianz nur mit Subsidien und nicht mit Truppen unterstützen und auch dies nur, wenn der Angriff sich nicht gegen den Kaiser richten würde. Es war das eine ebenso lächerliche als unvernünftige Bedingung und wie konnte der Pfalzgraf

anders gestimmt werden, als wenn man die im Namen des Kai-
sers auftretenden ligistischen Truppen angriff und auch die kaiser-
lichen Truppen, die mit ihnen verbunden waren, nicht schonte
und wenn nichts anderes half, den Krieg nach Böhmen und
Österreich trug, kurz den Feind dort angriff, wo er zu finden
war? Indem der Kurfürst seinen Angriff auf die Ligisten
beschränkte und weder in Böhmen noch in Schlesien einrücken
wollte, war er kurzsichtig genug zu glauben, daß er im Falle
einer Niederlage gegen die [illegible] gesichert sei, da er sich damit
ausreden konnte, daß er die Waffen nicht gegen den Kaiser
gerichtet habe. König Christian ging jedoch auf die Bedingung
Georg Wilhelms nicht ein [illegible] vorläufig neutral,
[illegible] einem glücklichen
[illegible]

III. [illegible]

vor man sich in Wien aus der Vertrauensseligkeit aufraffte. Wenn man sich aber auf das äußerste anstrengte, so konnte man die Armee höchstens auf 20 000 Mann bringen und diese mußte man gegen Bethlen bereit halten, für die Unterstützung der deutschen Liga blieb fast nichts übrig. Die kaiserlichen Staatsmänner beschlossen deshalb bei Spanien den Abschluß einer neuen Allianz zu beantragen und in diese nicht bloß die Liga und Spanien, sondern auch alle Fürsten aufzunehmen, die sich ihr anschließen würden. Als Khevenhiller (im Mai 1625) diesen Antrag in Madrid stellte, sah man daselbst wohl ein, daß der Kaiser die Last des Krieges auf spanische Schultern wälzen wollte, trotzdem erteilte man ihm eine günstige Antwort und bestimmte, daß die Bedingungen der geplanten Allianz in Brüssel festgesetzt werden und daß der Kaiser und die Liga ihre Vertreter zu diesem Zwecke dahin abschicken sollten.

Als die Unterhändler durch ihre Gesandten (im Jahre 1826) in Brüssel zusammentraten, zeigte sich, daß jeder ein eigenes Ziel verfolge. Dem Kaiser war es darum zu thun, die Liga und Spanien zur Übernahme der Kriegslast zu bewegen, auf daß er in seinen Besitzungen nicht angegriffen würde. Spanien war erbötig zu helfen, verlangte aber dafür, daß die Verbündeten sich an der Bekämpfung der rebellischen Niederlande beteiligen und einige feste Plätze an der Elbe und Weser und an der Ostsee besetzen sollten, um den niederländischen Handel nach Deutschland zu unterbinden. Der Kaiser erhob keinen Widerstand gegen diese Forderungen, sein Familieninteresse erheischte die Vergrößerung der spanischen Herrschaft und die Zusage seiner Mithilfe kostete ihn nicht viel, denn er hätte sie kaum in anderer Weise geleistet, als daß er den Spaniern Werbungen in Deutschland gestattet hätte. Das Ziel, welches Maximilian im Namen der Liga bei diesen Allianzverhandlungen verfolgte, bestand aber darin, daß er sich die Mithilfe Spaniens im Kampfe gegen Christian IV sichern und zu diesem Zwecke eine Unterstützung von 4000 Mann oder 600 000 Thalern verlangen und zugleich gegen allfällige An-

griffe Frankreichs vom Elsaß aus verwahrt sein wollte. Er gedachte die spanische Unterstützung nur zur Aufrechthaltung des im Jahre 1623 geschaffenen Rechtszustandes auszunützen und wollte Deutschland keineswegs in einen Kampf mit Holland verwickeln und für die Vergrößerung der spanischen Herrschaft Opfer bringen. Bei dem Gegensatz, der auf diese Weise zwischen den spanischen und bairischen Wünschen bestand, gestalteten sich die Verhandlungen von vornherein aussichtslos. Im Beginn derselben (im Mai 1626) gab die Infantin Isabella wohl den Befehl, daß einige tausend Mann spanischer Truppen in das Stift Münster und nach Hessen ziehen sollten; den verlangten Sukkurs für Tilly wollte sie aber nur dann abschicken, wenn das Reich mit den Holländern brechen würde. Ob Maximilian diesem Wunsche nachgegeben hätte, wenn sich die Gefahr für Tilly erhöht hätte, bleibt dahingestellt, die Vorgänge auf dem Schlachtfelde überhoben ihn der Entscheidung, denn nach der Schlacht bei Lutter brach er die Verhandlungen ab.

In Wien wollte man im Jahre 1625 das Resultat der mit Spanien anzuknüpfenden Verhandlungen abwarten und zögerte mit den Rüstungen, weil die Mittel fehlten und so hätte die Liga den Kampf mit Christian und Mansfeld wohl allein aufnehmen müssen, wenn nicht in Waldstein, dem späteren Herzoge von Friedland, ein Retter in der Not aufgetreten wäre. Zur Beurteilung der Stellung, welche Waldstein in diesem Augenblick einnahm, wollen wir einen Rückblick auf seine bisherigen Leistungen und Bestrebungen werfen.

Waldstein, der im Jahre 1583 geboren war, wurde in seiner frühen Jugend den Jesuiten nach Olmütz zur Erziehung übergeben und machte darauf große Reisen, auf denen er Deutschland, Belgien und Italien besuchte. Nach seiner Rückkehr diente er als Hauptmann bei einem Regiment in Ungarn, kehrte darauf für einige Zeit in die Heimat zurück und heiratete da eine bereits ältliche, aber reiche Witwe. Sie starb bald und hinterließ ihm mehrere Güter, so daß er in dem jugendlichen Alter von



Albrecht von Waldstein
Herzog von Friedland und Mecklenburg.

31 Jahren alle Mittel zu einem frohen Lebensgenuß erlangte, die er sonst als jüngerer Sohn hätte entbehren müssen. Das genügte ihm indessen nicht, sein Thatendurst ließ ihn abermals Kriegsdienste bei Erzherzog Ferdinand nehmen, als derselbe mit den Venetianern in Krieg geriet, und so warb er auf eigene Kosten eine Anzahl Fußknechte und Reiter, mit denen er sich an dem Entsatze von Gradiska beteiligte. Als der böhmische Aufstand ausbrach, stellte er sich entschlossen auf die Seite der Habsburger und suchte das Regiment, das er in Mähren kommandierte, für dieselben zu retten. Sein Versuch mißlang, aber die Energie, die er dabei bewies, zeigte ihn als einen Mann von eiserner Willenskraft, der großen Aufgaben gewachsen war und dem noch eine bedeutende Zukunft vorbehalten schien. Durch seine zweite Heirat mit Isabella von Harrach, der Tochter eines der kaiserlichen Vertrauensmänner, wurde er noch enger an die kaiserliche Sache geknüpft, für ihn selbst war die Heirat insofern von hervorragenden Werte, als sie ihn mit den maßgebenden Persönlichkeiten innig verband.

Wenige wußten wohl gleich nach der Schlacht auf dem weißen Berge, zu welchem schrecklichen Strafgericht sich Ferdinand rüste, von den wenigen aber, die seine Absichten kannten, hatte keiner einen so fest vorgezeichneten Plan, aus den Trümmern der Konfiskation ein riesiges Vermögen aufzuspeichern, wie Waldstein. In den Mitteln war er nicht wählerisch: sie bestanden in der Beraubung einer unglücklichen Base und in dem Ankauf eines großen Teiles der konfiszierten Güter, die er zumeist mit falschem Gelde bezahlte.

Waldsteins Mutter gehörte dem Smiřickyschen Geschlechte an, das beim Ausbruch des böhmischen Aufstandes als das reichste im Lande angesehen wurde; man behauptete von dem Stammhalter, daß er nach Bestreitung seiner eigenen Bedürfnisse und der seiner Familie jährlich 100000 Thaler zur freien Verfügung übrig behalte. Im Jahre 1618 war dieses Geschlecht bis auf einen blöden Jüngling im Mannsstamm erloschen. So lange dieser lebte, konnten die

Frauen nicht in den Besitz des Fideikommisses und der Allode gelangen, und so mußte vorläufig eine vormundschaftliche Verwaltung eingeleitet werden, mit der die jüngere Schwester des blöden Besitzers, Elisabeth, welche mit Heinrich Slawata vermählt war, betraut wurde. Die Ansprüche der älteren Schwester, Katharina, wurden nicht berücksichtigt, da sie vor Jahren in den Verdacht eines gemeinen Liebeshandels mit einem Schmied geraten war, deshalb von ihrem Vater eingesperrt und auch nach seinem Tode in Haft behalten wurde. Da bot sich im Jahre 1619 Otto Heinrich von Wartenberg dem unglücklichen Mädchen als Retter an; er wollte sie aus der Haft befreien und heiraten. Eine 13jährige Einkerkerung bewirkte, daß sie an der äußeren Gestalt des hinkenden Bräutigams keinen Anstoß nahm, sondern ihm willig die Hand bot, als dieser ihr die ersehnte Freiheit verschaffte. Das junge Ehepaar eilte nach Gitschin, einem der väterlichen Güter, und nahm dasselbe in Beschlag. Ihre Schwester und deren Gemahl Heinrich Slawata, einer der Tonangeber während des Aufstandes, klagten deshalb beim Winterkönig, und auf dessen Anordnung sollte Frau von Wartenberg zwangsweise aus Gitschin entfernt werden. Bei diesem rücksichtslosen Auftreten ihrer Familie bemächtigte sich der unglücklichen Frau die Verzweiflung; als die königlichen Kommissäre, darunter auch Slawata, in Gitschin anlangten, verfügte sie sich in den Kellerraum des Schlosses, wo die Pulvervorräte lagen, um wie die einen meinen, ihren Dienern Pulver zu ihrer Verteidigung zu geben, oder wie die anderen vermuten, um das Schloß in die Luft zu sprengen. Sichergestellt ist die eigentliche Absicht nicht, Thatsache ist nur, daß sich das Pulver während ihrer Anwesenheit im Kellerraum entzündete und daß das Schloß in die Luft flog, wobei zahlreiche Personen getötet wurden, unter denen sich auch Frau von Wartenberg und ihr Schwager befanden.

Der Streit um die Vormundschaft war jetzt zu Ende, die nunmehr verwitwete Elisabeth Slawata übte dieselbe unbeanstandet weiter aus. Unglücklicherweise beging sie die Thorheit, nach der

Schlacht auf dem weißen Berge zu flüchten, ihren blöden Bruder mitzunehmen und dadurch ihren ganzen Besitz preiszugeben. Waldstein ersah alsbald den Vorteil, der ihm dadurch geboten wurde, und brachte es durch seinen Einfluß zuwege, daß der blöde Erbe von Hamburg, wohin er mittlerweile gebracht worden war, ausgeliefert und ihm vom Kaiser die Vormundschaft übertragen wurde. Er bemühte sich nun die Schwierigkeiten, die sich einem künftigen Heimfall der Erbschaftsmasse an ihn entgegenstellten, zu entfernen. Auf die Schwester des blöden Besitzers brauchte er nicht weiter zu achten, da sie sich durch die Flucht von der Erbschaft selbst ausgeschlossen hatte; aber neben seiner Mutter waren noch zwei ihrer Schwestern und deren Nachkommen als erbberechtigt anzusehen. Durch seine Bemühungen verzichteten sie samt und sonders auf ihre Ansprüche, weil sie in den Aufstand verwickelt waren und nur durch seine Fürsprache einer milderen Behandlung gewärtig sein konnten.

So erlangte Waldstein die sichere Aussicht auf den Besitz eines Erbes, dessen Umfang wohl der größten Habsucht genügt hätte, aber da er nicht bloß habsüchtig, sondern auch ehrgeizig war, so begnügte er sich nicht damit unter den böhmischen Edelleuten durch Reichtum zu glänzen, sondern wollte auch einen Rang einnehmen, der ihn den fürstlichen Geschlechtern Deutschlands gleichstellte, und deshalb suchte er für seinen Besitz eine exzeptionelle Stellung zu erringen. Um dieses Ziel zu erreichen, suchte er denselben zu arrondieren, durch bedeutende Ankäufe mindestens auf das vier- bis fünffache seiner bisherigen Ausdehnung zu bringen und durch eine Reihe von Privilegien, die er der grenzenlosen Sorglosigkeit des Kaisers abzuringen wußte, aus dem fast tausendjährigen Verbande mit Böhmen herauszuschälen.

Die ersten Schritte zur Erweiterung seines ihm bis dahin noch nicht ausgelieferten Erbes that er im Jahre 1622, indem er aus den vom Kaiser konfiszierten Ländereien zahlreiche Güter durch Kauf an sich brachte und diese Käufe in den folgenden Jahren fortsetzte. Mit der Erlegung des Kaufschillings hatte es

aber ein eigenes Bewandtnis, zum Teil blieb er ihn schuldig, zum Teil bezahlte er ihn mit jenem falschen in den Jahren 1622 und 1623 geprägten Geld, dessen wahrer Gehalt nur dem zehnten Teil seines Nominalwertes entsprach. Man hat bis jetzt nur vermutet, daß er ein Mitglied jenes Konsortiums war, welches unter der Leitung de Wittes den Kaiser bei der Münzprägung in so schmählicher Weise betrog, gegenwärtig ist die Teilnahme Waldsteins sichergestellt.

Trotz dieser riesigen Erwerbungen hatte Waldstein doch nicht alle Güter, die sich innerhalb der Grenzen seines von ihm geträumten Fürstentums befanden, an sich gebracht, denn es gab da manche von der Konfiskation nicht betroffene Allodbesitzer, die beharrlich jeden Verkauf verweigerten, und ebenso viele Lehensbesitzer, die weder ihren Besitz verkaufen, noch Waldstein als ihren Lehensherrn anerkennen durften. Jeder Andere würde die Erwerbung dieser Güter für eine Unmöglichkeit angesehen und sich von vornherein aller darauf abzielenden Bemühungen enthalten haben, nicht so Waldstein. Nachdem er die Allodbesitzer durch mancherlei Druck und vielfache Versprechungen vermocht hatte, ihre freien Besitzungen von ihm zu Lehen zu nehmen, ließ er sich vom Kaiser (im September 1622) die Würde eines Reichs- und Pfalzgrafen erteilen und dieselbe mit mancherlei Privilegien ausstatten, bezüglich welcher der Kaiser ein Vierteljahr später in einem neuen Privilegium ausdrücklich erklärte, daß sie auch in Böhmen Giltigkeit haben sollten, selbst wenn sie den dortigen Rechtsgewohnheiten widerstreiten sollten. Diese Bestimmung bezog sich auf die böhmischen Lehensbesitzer, die nicht verpflichtet waren einen neuen Lehensherrn anzuerkennen, wenn dieser geringeren Standes war als ihr früherer. Nun kaufte Waldstein von Ferdinand die Lehensherrlichkeit über eine Anzahl Vasallen ab und schlug durch dieses Privilegium jeden Widerspruch derselben gegen den Wechsel ihres Lehensherrn nieder.

In solcher Weise gelangte er dazu, daß sich alle Allodbesitzer und königlichen Vasallen zu Unterthanen der friedländischen Ge-

samtherrschaft erklärten. Wir sagen der friedländischen Gesamtherrschaft, denn mit dem Namen „Friedland“ bezeichnete Waldstein seinen gesamten Besitz in Böhmen, indem er sich vom Kaiser schon im Jahr 1622 ein Privilegium erbat, vermöge dessen er alle von ihm ererbten, erkauften und noch zu erkaufenden Güter der Herrschaft Friedland einverleiben durfte. Der Kaiser gab diesem Begehren um so eher nach, als Waldstein bei dieser Gelegenheit seine Güter von ihm zu Lehen nahm; es schmeichelte ihm, daß ein Mann wie Waldstein seinen Besitz ihm zu liebe verschlechterte. Als derselbe im Jahre 1623 in den Fürstenstand erhoben wurde, stellte er im folgenden Jahre an den Kaiser die Bitte, daß auch die Gesamtherrschaft Friedland zu einem Fürstentum erhoben werde. Auch diese Bitte wurde ihm gewährt, und nun ging Waldstein mit Eifer daran, alle Bande, welche seinen Besitz an Prag fesselten, zu lösen und solche Einrichtungen zu treffen, welche ein eigenes Leben in dem neuen Fürstentum erwecken sollten. Er organisierte in diesen und den folgenden Jahren die oberste Verwaltung, das Justiz- und Steuerwesen auf einer von Böhmen völlig unabhängigen Grundlage und suchte gleichzeitig durch zweckmäßige Einrichtungen sein Besitztum auf die höchste Stufe der Blüte zu erheben. Zur Belebung des Gewerbfleißes wurden geschickte Handwerker aus fernen Ländern herangezogen; für die Waffenfabrikation tüchtige Meister und Gesellen in den Niederlanden angeworben und dasselbe geschah auch in Bezug auf die Tuchweberei. Der Seidenweberei eröffnete er durch Anpflanzung von Maulbeerbäumen und Anwerbung italienischer Seidenarbeiter eine neue Heimat in Böhmen, den vernachlässigten Bergbau suchte er durch rationellen Betrieb ertrügnisreicher zu machen. Überall zeigte sich seine thätige und organisatorische Kraft.

Wenn das Porträt, das sich von ihm im Waldsteinschen Palais in Prag erhalten hat, ähnlich ist und wir zweifeln nicht daran, so ist es der sprechende Ausdruck seines von uns geschilderten Wesens. Seine Züge zeigen nicht jenen Adel und jene

Feinheit, dessen sich die Nachkommen seines schon zur Zeit der Kreuzzüge bedeutenden Geschlechtes erfreuen, sie drücken vielmehr den eisernen Charakter eines Mannes aus, der sich durch eine Welt von Schwierigkeiten durchkämpfen mußte, um zum ersehnten Ziele zu gelangen; mit einem Worte, sie athmen Energie und Härte.

Da Waldstein seine ehrgeizigen Pläne, die mit seinen Erfolgen immer ausschweifender wurden, nur durch Gewinnung neuer Geldmittel und durch größere Verdienste durchsetzen konnte, so beschloß er die entsprechenden Wege weiter zu wandeln. Er wußte aus Erfahrung, welch gewinnreiches Geschäft das Kommando eines Regiments war, da es dem Obersten nicht bloß einen hohen Gehalt, sondern auch große Geldsummen, die er in Anrechnung brachte aber nicht verwendete, in die Hände lieferte. Seine Kenntnis der Vorteile, die ihm winkten, bestimmte ihn also die Verlegenheit, in der man sich in Wien wegen der notwendigen Rüstungen und der damit verbundenen unerschwinglichen Geldausgaben befand, auszunützen und mit dem Anerbieten hervorzutreten für den Dienst des Kaisers 15000 Mann zu Fuß und 5000 Reiter zu werben. Es heißt, daß er schon in den Jahren 1622 und 1623 mit solchen Anerbietungen aufgetreten sei, gewisses weiß man jedoch erst von diesem letzten, das er etwa im Februar 1625 gemacht haben dürfte.

Nach längeren Verhandlungen wurde Waldsteins Anerbieten angenommen und er zu Anfang Mai mit der Anwerbung von 15000 Mann zu Fuß und 6000 Reitern betraut, im folgenden Monat wurde er zum General über die gesamte kaiserliche Armee ernannt und wenige Tage darauf auch zum Herzog von Friedland erhoben. Dafür mußte er sich verpflichten, die Armee auszurüsten, an den Ort ihrer Verwendung zu bringen und die nötigen Vorauslagen zu bestreiten; die weitere Verpflegung und Bezahlung sollte Sache des Kaisers sein.

IV. Bevor wir über den Erfolg der neuen Werbungen berichten, wollen wir die Bemühungen des Kaisers, sich für den

Fall des Kriegs in Ungarn zu sichern, mit einigen Worten andeuten. Zuvörderst sucht er den Frieden mit den Türken zu erneuern und die mannigfachen Zerwürfnisse zu beseitigen, die seit der Unterstützung Bethlens mit türkischen Truppen zwischen ihm und dem Sultan eingetreten waren. Nach längerer Verhandlung wurde zu Gyarmat zwischen den türkischen und kaiserlichen Bevollmächtigten unter der Mitwirkung Bethlens, der hiebei gegen beide Parteien eine falsche Rolle spielte, ein Vertrag abgeschlossen (2. Mai 1625), der den Frieden von Zsitva-Torok erneuerte, aber die von den Kaiserlichen verlangte Rückgabe von Waitzen unentschieden ließ und diese Angelegenheit sowie eine Reihe anderer Punkte den Verhandlungen des kaiserlichen Gesandten, der nach Konstantinopel reisen sollte, überließ.

Nach dem Friedensschlusse von Gyarmat beschloß der Kaiser einen neuen Reichstag nach Ödenburg zu berufen, wo sein Sohn unter möglichst geringer Betonung eines ungarischen Wahlrechtes die Königskrone erhalten sollte. Als der Reichstag am 13. Oktober (1625) eröffnet wurde, entwickelte der Kaiser bei seinem Einzuge nicht bloß eine ungewöhnliche Pracht, sondern ließ sich auch im Widerspruche mit seinem bei der letzten Versammlung den Ständen gegebenen Versprechen von einigen tausend Mann deutscher Truppen begleiten, wobei er es nicht bloß auf den eigenen Schutz, sondern auch auf die Einschüchterung der Opposition abgesehen hatte. Am Tage nach seinem Einzuge teilte er den Ständen die Punkte mit, über welche verhandelt werden sollte und die sich hauptsächlich auf Steuern bezogen. Der Wahl seines Sohnes erwähnte er mit keinem Worte, obgleich er hauptsächlich um ihretwillen den Reichstag berufen hatte, er wollte nicht um dieselbe bitten, sondern wünschte, daß die Stände ihm die Erhebung seines Sohnes antragen und so ihrem Wahlrecht einen Schlag versetzen möchten. Nur den Erzbischof von Gran, Pazman und den Grafen Eszterhazy zog er in sein Vertrauen und verlangte von ihnen, daß sie die Stände unter der Hand wie aus eigener Initiative seinem Wunsche geneigt machen möchten. Aber wie

sein auch die Vorbereitungen waren, welche die kaiserlichen Vertrauten trafen, man erriet doch die Gefahr für das ungarische Wahlrecht, die sich dahinter barg, und deshalb wollten die Protestanten sich um so weniger zu der ihnen zugemuteten Bitte verstehen, als sie auch von den in Ödenburg weilenden Gesandten Bethlens dagegen aufgereizt wurden.

Die kaiserlich Gesinnten thaten nun alles Mögliche, um diese Opposition zum Schweigen zu bringen, und da die Katholiken auf dem Reichstage in der Mehrheit waren, wollten sie zuerst erproben, wie sich das Stimmenverhältnis zwischen den Wählern gestalten würde, und da Thurzo gestorben war, sollte die Palatinswahl diese Probe abgeben. Dem Herkommen gemäß schlug der Kaiser vier Kandidaten, zwei Katholiken und zwei Protestanten vor, unter den ersteren befand sich der hervorragendste Vertreter der katholischen Interessen und der grimmigste Feind Bethlens, der Graf Eszterhazy, der schon im Jahre 1619 treu zu den Habsburgern gehalten hatte. Er wurde mit 150 gegen 60 Stimmen zum Palatin gewählt. Man hoffte nun auch die Mehrzahl dieser Opponenten für die Erhebung Ferdinands zu gewinnen, wenn man zur Bestechung Zuflucht nahm, und in der That soll das Opfer von 20000 Gulden die Überzeugung der meisten in der gewünschten Weise umgestaltet haben.

Ehe Eszterhazy, der übergroßen Majorität sicher, den betreffenden Vorschlag auf dem Reichstage stellte, beriet man sich im kaiserlichen Rate, ob der Wahl alsbald die Krönung folgen sollte, und zog zur Erörterung dieser Angelegenheit auch den spanischen Botschafter, den päpstlichen Nuntius und den kaiserlichen Beichtvater Lamormain bei. Die Meinungen gingen auseinander, die einen bemerkten, daß die Erhebung Ferdinands III nicht gesichert sei, wenn er bloß gewählt und nicht gekrönt würde und daß Bethlen daraus für seine Intriguen Kapital schlagen werde, der Nuntius und der kaiserliche Beichtvater widerrieten dagegen die Krönung, weil der Prinz dabei den Krönungseid leisten und sich zur Aufrechthaltung der politischen

und religiösen Freiheiten des Landes verpflichten müßte. Der Tod Bethlens und glückliche Waffenerfolge des Kaisers könnten die Sachlage so günstig umgestalten, daß der neue König seine Autorität im Lande erweitern könnte, wenn er sich nicht durch einen Eid die Hände gebunden haben würde. In diesem Widerstreit der Meinungen entschied sich der Kaiser für die des Nuntius und Lamormains.

Der Palatin traf nun die nötigen Vorbereitungen, um den Reichstag für die oben angedeutete Bitte zu gewinnen. Fast alle Mitglieder stimmten ihm bei mit Ausnahme einiger weniger Anhänger Bethlens, die an ihrer Opposition festhielten und erklärten, daß sie die Wahl des jungen Prinzen nur dann zu Recht bestehend anerkennen würden, wenn derselbe sich durch einen Eid zur Wahrung der ständischen und religiösen Freiheiten verpflichten würde. Da sich auch die übrigen Stände dieser Erklärung anschlossen, sah man am kaiserlichen Hofe wohl ein, daß man mit der Verschiebung der Krönung nichts gewinnen würde, wenn man nicht jetzt schon die Karten aufdecken wollte, und so entschloß man sich, die Krönung zuzugeben und den Erzherzog den verlangten Eid leisten zu lassen. Der Palatin zerstreute die mannigfachen Bedenken gegen denselben, indem er darauf hinwies, daß die in ihm enthaltenen Versprechungen nicht ewig bindend seien, denn der König könne in Übereinstimmung mit den Ständen die Verfassung des Landes beliebig umgestalten, er brauche nur ihre Zustimmung zu den gewünschten Änderungen zu erlangen. „Mehren sich,“ so lauteten seine Worte, „die Übertritte zur katholischen Kirche künftig in dem Grade wie bisher, wozu alle Hoffnung vorhanden ist, so wird der Reichstag trotz aller früheren Gesetze die Ketzerei im Lande ausrotten.“ Eine solche Sprache machte das letzte Bedenken schwinden.

Die Werbungen Waldsteins gingen mittlerweile rasch vorwärts, indem er sich dieselben dadurch erleichterte, daß er einen großen Teil der Truppen auf dem Gebiete einzelner Reichsstädte, namentlich im fränkischen Kreise, anwerben und diesen die Auslagen

bestreiten ließ. Es war dringend nötig, daß die Rüstungen beschleunigt wurden, da Tilly infolge einer vom Kaiser erhaltenen Vollmacht seine Schritte wieder nach dem niedersächsischen Kreise richtete, um die bei Hameln jenseits der Weser stehenden Dänen anzugreifen. Er überschritt die Weser am 28. Juli (1625), und zwei Tage später geschah es, daß Christian IV mit seinem Pferde von einem Wall ungefähr fünfzehn Ellen tief hinunterstürzte und sich dabei so verletzte, daß man ihn während einiger Stunden für verloren und auch später seine Wiedergenesung für sehr fraglich hielt. Dieser Unfall rief den größten Schrecken unter seinen Anhängern hervor, das dänische Heer, dem jetzt der oberste Anführer fehlte, zog sich zurück, weil es sich nicht in einen Kampf mit Tilly einlassen wollte. Auch die niedersächsischen Kreisstände wurden von Angst erfaßt. Wenn der König starb, konnten sie unmöglich den Krieg auf sich nehmen und so suchten sie durch Anknüpfung von Verhandlungen die Gefahr abzuwenden. Sie schickten also Gesandte an Tilly ab, durch welche sie ihre Rüstungen als nur zur Wahrung des Friedens bestimmt hinstellten und ihn zum Rückzuge zu bewegen suchten. Selbstverständlich beachtete der ligistische General diese Versicherungen nicht und erwiderte, daß der Kreis nur dann eine bessere Behandlung (also eventuell den Abzug der kaiserlichen Truppen) erwarten könne, wenn er augenblicklich abrüsten und den König Christian IV zu einem gleichen Beschluß bewegen würde. Vom Kaiser erhielt Tilly den Auftrag, sich nur dann in Friedensverhandlungen mit dem Kreise einzulassen, wenn sich derselbe neben der Entwaffnung auch zur Zahlung einer Kontribution von mindestens 1 200 000 Gulden verstehen würde. Für den Fall, daß die Kreisstände die Restitution des Pfalzgrafen verlangen würden, sollte Tilly sagen, daß er nur dann zu Gnaden aufgenommen werden würde, wenn er sich gehörig „submittiere“. Aus anderweitigen Nachrichten ist bekannt, daß man in Wien unter dieser Bedingung dem Pfalzgrafen zwar nicht die Kur-, aber doch die Unterpfalz zurückgestellt hätte.

Im Monat August 1625 war Waldstein mit seinen Rüstungen so weit fortgeschritten, daß er sich auf den Marsch begeben konnte; er zog durch Franken und Thüringen nach dem Herzogtum Braunschweig, rückte in die Bistümer Halberstadt und Magdeburg ein und schloß sich endlich an Tilly an. Wir bemerken, daß er im folgenden Winter seine Rüstungen weiter vervollständigte und im Frühjahr (1626) bereits über 50000 Mann gebot. Dem Kaiser war die Vermehrung der Truppen nicht unlieb, da sie sein Ansehen erhöhte und er sich um die Erhaltung derselben nicht besonders kümmerte. Obwohl nun die kaiserlichen und ligistischen Truppen schon im Herbst 1625 den Gegnern überlegen waren, so erfolgte doch noch kein Zusammenstoß, da das Ansuchen der niedersächsischen Kreisstände um Anknüpfung von Verhandlungen vom Kaiser nicht abgewiesen wurde und die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg, der letztere allerdings nicht aufrichtig, ihre Vermittlung anboten. Kursachsen wollte dies unter der Bedingung thun, daß der niedersächsische Kreis und Dänemark abrüsten, der Kaiser und die Ligisten aber wieder nach Süden ziehen sollten. Diese Bedingungen entsprachen bis auf die verlangte Geldentschädigung so ziemlich den Forderungen des Kaisers.

Die Verhandlungen nahmen zwischen den Vertretern Dänemarks und des niedersächsischen Kreises einerseits und denen des Kaisers andererseits unter Assistenz der kursächsischen und kurbrandenburgischen Gesandten anfangs November in Braunschweig ihren Anfang. Die Geneigtheit der niedersächsischen Kreisstände zur Niederlegung der Waffen, wie sie nach dem Unfall von Hameln zutage getreten war, hatte sich verflüchtigt, seit Christian wieder vollständig genesen war und so erklärten sie nur unter der Bedingung abrüsten zu wollen, wenn Tilly und Waldstein mit ihren Truppen den Kreis verlassen, ihnen der angerichtete Schaden ersetzt, die neuen Besitzer der seit dem Jahre 1555 mit Beschlag belegten geistlichen Güter in ihrem Besitze nicht angefochten und überhaupt das freie Wahlrecht der Kapitel nicht angetastet würde. Da dem entgegen

der Kaiser eine Geldentschädigung und die Anerkennung der von ihm auf dem Regensburger Deputationstage getroffenen Verfügungen verlangte, so war der Standpunkt der beiden Gegner so entgegengesetzt als möglich.

Während die Verhandlungen in Braunschweig geführt wurden, kam die Allianz zwischen Dänemark, Holland und England im Haag (am 19. Dezember 1625) zustande und gleichzeitig verpflichtete sich auch Frankreich zu bestimmten Geldleistungen an Dänemark. Da Christian aber seine Rüstungen noch nicht beendet hatte, so brach er die Verhandlungen nicht ab, sondern ließ es sich gefallen, daß man sich in Braunschweig herumstritt und die gegenseitigen Forderungen immer höher schraubte. Am 24. Januar 1626 stellten endlich unter seinem Einflusse die niedersächsischen Kreisstände ein Ultimatum, in dem sie außer dem Schadenersatze und dem gesicherten Besitze der geistlichen Güter verlangten, daß der Kaiser nicht nur seine Truppen aus ihrem Kreise zurückziehen, sondern sie auch vor ihnen entlassen solle. Gegen diese und die vom Kaiser erhobenen Forderungen schlugen die Vermittler einen Mittelweg vor, der darauf berechnet war, die unmittelbare Kriegsgefahr zu beseitigen und alle Differenzpunkte nachträglichen friedlichen Vereinbarungen zu überlassen. Sie beantragten, daß Christian IV, Mansfeld und die niedersächsischen Kreisstände ohne jede Zögerung die Waffen niederlegen und sich den Reichsgesetzen, welche jeden Angriff gegen den Kaiser verbieten, fügen sollten. Dagegen sollten die kaiserlichen Generale versprechen, daß sie den niedersächsischen Kreis verlassen und keine weitere Kontribution erheben würden und Ferdinand sollte sich verpflichten, die niedersächsischen Kreisstände in dem Besitz der geistlichen Güter nicht zu belästigen. Man sieht, der Vorschlag der Vermittler, oder eigentlich nur Kursachsens, — denn Brandenburg spielte unter der Hand eine andere Rolle — ging auf eine faktische Anerkennung der auf dem Regensburger Deputationstage geschaffenen neuen Ordnung, denn wenn auch dem niedersächsischen Kreis nicht die Anerkennung der Ächtung des Pfalz-

grafen zugemutet wurde, so wurde ihm auch nicht das Recht einer Einsprache zuerkannt.

Der Vertreter der Liga, Tilly, bequemte sich insofern dem Vorschlag Kursachsens an, als er auf die Entschädigung, welche die kursächsischen Gesandten gar nicht erwähnt hatten, verzichten wollte; Waldstein dagegen wollte von einer Verzichtleistung nichts wissen, offenbar aus Furcht, daß ihn der Kaiser sonst für seine Forderungen nicht befriedigen würde; beide aber, sowohl Tilly als Waldstein, waren darin einig, daß sie den Besitzern der geistlichen Güter keine beruhigende Versicherung geben wollten. Auf Seite der Kreisstände wollte man sich dem sächsischen Vorschlag fügen, wenn der Kaiser gleichzeitig mit ihnen entwaffnen wolle und die Liga aufgelöst würde. Da diese Anerbietungen weder den Forderungen Waldsteins noch Tillys genügten, so brach Christan IV am 8. März die Verhandlungen ab, Braunschweig leerte sich jetzt von den Gästen, die es durch vier Monate beherbergt hatte, und das Schwert sollte den Streit entscheiden. Der Kurfürst von Brandenburg antwortete auf die neuerlichen Aufforderungen zum Anschlusse an das Bündnis ablehnend, aber er versicherte zugleich, daß er auch weiterhin unter dem Deckmantel der Neutralität alles zum Schutze der gemeinsamen Freunde thun werde, was gethan werden dürfe, also daß er Christian und Mansfeld mit einem Teil ihrer Truppen in seinem Gebiet dulden und sie gleichzeitig mit Lebensmitteln versehen werde.

V. So wie Waldstein selbständig und nicht mit Tilly vereint operieren wollte, so verband sich auch Mansfeld nicht mit Christian IV, sondern beschloß getrennt vorzugehen, was zur Folge hatte, daß jeder Teil der beiden feindlichen Armeen sich ein eigenes Operationsgebiet auswählte. Mansfeld, der mit seinen Truppen schon im Dezember 1625 bei Artlenburg die Elbe übersetzt hatte und nach Lauenburg gezogen war, richtete jetzt im Einverständnisse mit Christian IV und mit Zulassung

des Kurfürsten von Brandenburg seine Schritte nach der Mark. Es war sichtlich, daß er bei dem bevorstehenden Kampfe hauptsächlich Waldstein zum Gegner haben würde, während der König von Dänemark sich zur Bekämpfung Tillys anschickte. Da Mansfeld den Krieg auf das linke Elbeufer spielen wollte, unternahm er unterstützt von den niedersächsischen Kreistruppen bei Roslau einen Angriff auf die Schanze, die von den Kaiserlichen bei der nach Dessau führenden Elbebrücke errichtet worden war, erlitt aber durch Waldstein, der rechtzeitig heranrückte, eine Niederlage, in der er an 4000 Mann einbüßte (25. April 1626).

Diese Niederlage verursachte den größten Schrecken in Berlin, weil man erwarten mußte, daß sich der Geschlagene in die Mark zurückziehen und sie aussaugen und daß ihm Waldstein dahin folgen werde. Diese Befürchtung bestätigte sich auch; die Mark mußte für den Unterhalt der Mansfeldschen Truppen herhalten, deren Offiziere sich nicht mit den gewöhnlichen Lebensmitteln begnügen, sondern auf Kosten der Bürger und Bauern prassen wollten. Waldstein beschwerte sich beim Kurfürsten darüber, daß er den Feinden des Kaisers Unterkunft gewähre, und verlangte, daß er im Vereine mit ihm dieselben vertreibe. Georg Wilhelm sah jetzt zu seinem Entsetzen ein, welche Gefahr er durch seine der protestantischen Koalition geleistete Unterstützung heraufbeschworen habe und verlangte deshalb von Christian IV und von Mansfeld, daß sie mit ihren Truppen sein Gebiet verlassen sollten. Da er von beiden zusagende Versicherungen erhielt, so berichtete er dies dem kaiserlichen Feldherrn und fügte hinzu, daß er demnach keine Hilfe von ihm brauche. Wenn die feindlichen Truppen ohne jede Zögerung das von ihren Anführern gegebene Versprechen erfüllt hätten, so hätte Waldstein dem Wunsche des Kurfürsten vielleicht Rechnung getragen, allein Mansfeld konnte schon deshalb nicht so rasch abziehen, weil er seine Verluste bei Dessau ersetzen wollte und weil er sich mit Christian IV beraten mußte, wohin er nun seine Schritte lenken solle. Die Beratungen führten zu dem Resultate, daß er in eines

der kaiserlichen Erbländer, in Schlesien, einbrechen sollte, um so den mit Bethlen getroffenen Verabredungen nachzukommen.

Zwischen dem Fürsten von Siebenbürgen und dem Pfalzgrafen waren schon bald nach dem im Jahre 1624 mit dem Kaiser geschlossenen Frieden verschiedene Botschaften und Versicherungen ausgetauscht worden, die an Innigkeit zunahmen, als der erstere nach dem Tode seiner Frau, einer geborenen Karolyi, sich mit der brandenburgischen Prinzessin Katharina vermählte. Nachdem er nämlich zweimal mit seiner vielleicht nicht ernst gemeinten Bewerbung um eine der Töchter des Kaisers unter verschiedenen Vorwänden abgewiesen worden war, trat er in Berlin durch eine Gesandtschaft als Brautwerber auf und wurde angenommen. Bald darauf fand die Hochzeit statt und Bethlen wurde so der Schwager des Schwedenkönigs, der mit der ältern Schwester des Kurfürsten vermählt war.

Bei den Allianzanerbietungen, die er (im Januar 1626) nach dem Haag gelangen ließ, verlangte er eine monatliche Unterstützung von 40 000 Thalern und eine Truppenhilfe von 8000 Mann zu Fuß und 2000 Reitern, die ihren Weg durch Böhmen oder Schlesien nehmen und sich mit ihm vereinigen sollten. Es scheint nicht, daß man im dänischen Hauptquartier ursprünglich den Krieg nach dem von Bethlen hier angedeuteten Plane führen wollte, denn man hätte den Grafen Mansfeld gleich im Beginn des Frühjahres nach Schlesien abordnen können; als derselbe aber geschlagen war und sich nach der Mark zurückgezogen hatte, wo ihn der Kurfürst nicht dulden wollte, da entschloß man sich der steigenden Schwierigkeit der Verpflegung dadurch auszuweichen, daß man ihn nach Schlesien abschickte.

Im Juli drang also Mansfeld an der Spitze von ungefähr 20 000 Mann, unter denen sich auch eine von dem Herzog Johann Ernst von Weimar kommandierte, von Christian IV hiezu bestimmte Abteilung von 7000 Mann befand, in Schlesien ein. Aus der Haltung der Schlesier gegen diese Eindringlinge konnte man ersehen, daß sie trotz der Drangsale, mit denen sie

der Einmarsch bedrohte, der von Mansfeld vertretenen Sache ihren Beifall schenkten, so daß er eher gestärkt als geschwächt seinen Zug nach Mähren fortsetzen konnte. Als er bei Leipnik anlangte, wollte er aber nicht weiter vorrücken, sondern abschwenken und durch Böhmen nach dem Elsaß ziehen, eine jedenfalls abenteuerliche und durch die Verhältnisse nicht gerechtfertigte Umänderung des ursprünglichen Planes. Der Herzog von Weimar widersetzte sich dieser Änderung und dasselbe thaten in dem darauf abgehaltenen Kriegsrate die übrigen Offiziere, und so wurde der Marsch nach Kremsier fortgesetzt.

Als Waldstein in Erfahrung brachte, daß Mansfeld nach Schlesien ziehe, folgte er ihm nicht mit der nötigen Schnelligkeit, sondern schickte ihm nur eine unbedeutende Truppenabteilung nach, weil er sich vorläufig noch an dem Kriege gegen Christian beteiligen wollte. Allein da ihm die Gefahr nicht verborgen blieb, die die Ausbeutung Schlesiens durch die Gegner im Gefolge haben konnte, und da er auch den Fürsten von Siebenbürgen im Verdacht hatte, daß er diesen Zug durch einen selbständigen Angriff begünstigen würde — daß ein solcher zwischen Bethlen und Christian IV verabredet war, wußte er noch nicht — so beschloß er unter Zurücklassung von bloß 8000 Mann, die er Tilly zur Verfügung stellte, mit dem übrigen Heere den Feind zu verfolgen. Auch jetzt setzte er seinen Entschluß nur langsam ins Werk und stieß daher erst anfangs September bei Kremsier auf Mansfeld, der nun eilig nach Ungarn zog und die Waag bei Trentschin übersetzte (18. September 1626), um sich am 15. Oktober mit dem herannahenden Fürsten von Siebenbürgen zu verbinden. Waldstein konnte nichts Anderes thun, als ihm folgen.

Bethlen hatte seine Kriegsvorbereitungen so lange als möglich im geheimen betrieben und erst am 21. August eine Beschwerdeschrift an den Kaiser gerichtet, worin er sich über Nichteinhaltung der im letzten Friedensschlusse vereinbarten Bedingungen beklagte. Diese Schrift konnte man als eine Kriegserklärung auffassen,

denn schon einige Tage später verließ er seine Residenz in Siebenbürgen, rückte in Ungarn ein, vereinte sich darauf mit den ihm vom Sultan zugeschickten Hilfstruppen und stieß am 30. September bei der Gran auf Waldstein. Zwischen den beiden feindlichen Heeren kam es indessen zu keiner Entscheidungsschlacht, wie sie von beiden Parteien so sehnlich erwartet wurde, sondern nur zu kleineren Gefechten. Man machte Waldstein später den Vorwurf, daß er in der Verfolgung Mansfelds allzusehr gesäumt habe, so daß der letztere entkommen konnte, und beschuldigte ihn auch bezüglich seiner Kriegführung in Ungarn der Untüchtigkeit, weil er einem Entscheidungskampfe mit seinem Gegner ausgewichen sei. Zu seiner Entschuldigung muß man jedoch anführen, daß es ihm an der nötigen Reiterei gebrach und daß auch seine Fußknechte infolge des langen Marsches viel gelitten haben. Dazu fehlte es ihm an Proviant, und deshalb war er vor den Folgen einer allfälligen Niederlage sehr besorgt und ließ schon am 18. September durch seinen Schwiegervater dem Kaiser zu Unterhandlungen mit Bethlen raten. Auch dieser hatte das Vertrauen in den Erfolg verloren und dem Kaiser durch den Palatin Friedensanerbietungen machen lassen, die er gegen seine Umgebung damit entschuldigte, daß ihm die Vereinigung mit Mansfeld noch immer nicht gelungen sei. Diese ging zwar am 15. Oktober, wie wir bemerkt haben, vor sich, änderte aber nichts in seinem Entschluß, obwohl er dem Gegner noch wiederholt Gefechte lieferte. Es handelte sich ihm nur noch darum, die Hilfstruppen, die ihm aus Deutschland zugezogen waren, an sich zu ziehen oder wenigstens ihre Geschütze und Waffen zu gewinnen, sich aber Mansfelds selbst zu entledigen. Dieses letztere soll er dadurch bewerkstelligt haben, daß er Mansfeld zu einer Reise nach Venedig beredete, um den dortigen Senat zu einer Geldhilfe zu bewegen. Wir glauben jedoch nicht, daß der schlaue Abenteurer sich von dem Fürsten überlisten ließ und vermuten, daß er nur deshalb die Reise über Dalmatien nach Venedig antrat, weil er sich damals totkrank fühlte und sich nach besserer Pflege sehnte.

als die ihm in Ungarn zu Teil werden konnte. Er kam nur bis Bosnien, wo ihn in einem Dorfe in der Nacht auf den 30. November der Tod ereilte.

Über die Fähigkeiten und den Charakter Mansfelds ein Schlußurteil abzugeben, erscheint nach allem, was wir über ihn vorgebracht haben, überflüssig. Sein Talent, ein Heer mit geringen Mitteln anzuwerben und durch Raub zu unterhalten, ist ebenso unbestreitbar, wie sein persönlicher Mut, den er bei verschiedenen Gelegenheiten glänzend bewährte. Hervorragende Feldherrengaben hat er nicht bewiesen, doch mag zu seinen mangelhaften Erfolgen die schlechte Qualität seiner Truppen viel beigetragen haben. Über seinen Charakter kann man kein so günstiges Urteil fällen; bei dem Räuberhandwerk, das er trieb, entwickelten sich in ihm alle schlechten Eigenschaften und er schädigte in seinem Eigennutz fast ebenso die Interessen seiner Freunde wie die seiner Gegner. Nicht einmal verläßlich erwies er sich gegen die ersteren, denn seine wiederholten Verhandlungen mit dem Kaiser lassen keine andere Erklärung zu, als daß die Treue gegen seine Partei keinen Ehrenpunkt für ihn bildete. Die zerrütteten Zeitverhältnisse haben viel dazu beigetragen, ihn auf diese abenteuerliche Laufbahn zu drängen, aber ebenso gewiß ist es, daß er zu derselben eine natürliche Anlage besaß und sich nicht vor dem Schmutz scheute, mit dem er sich dabei befleckte.

Mittlerweile hatten die Verhandlungen zwischen dem Kaiser und Bethlen zum vorläufigen Abschlusse eines Waffenstillstandes geführt und wurden darauf eifrig fortgesetzt um endlich (am 28. Dezember 1626) in Preßburg durch einen Friedensschluß besiegelt zu werden. In demselben wurden die dem Fürsten von Siebenbürgen durch die früheren Friedensschlüsse gemachten Konzessionen wieder erneuert, nur die Zahlung von 50 000 Gulden jährlich, zu der sich der Kaiser in Nikolsburg verpflichtet hatte, sollte jetzt ein Ende nehmen und ebenso hatte es von der Übertragung der Fürstentümer Oppeln und Ratibor sein definitives Abkommen.

Das Mansfeldsche Heer sollte aufgelöst werden und in Abteilungen zu je 100 Mann nach Hause zurückkehren dürfen.

Da diese Friedensverhandlungen dem Herzog von Weimar nicht verborgen blieben, so suchte er sie so viel als möglich zu hindern und den Fürsten zur Ausdauer im weiteren Kampfe zu vermögen. Auf seinen Wunsch kam ein dänischer Kommissär, Joachim von Mitzlaff, nach Ungarn, der denselben Zweck verfolgte. An Versprechungen ließ es der Fürst gegen beide nicht fehlen, er stellte seine Hilfe im folgenden Jahre in sichere Aussicht, schloß aber doch den Frieden ab und zeigte sich gegen seine früheren Freunde nur darin rücksichtsvoll, daß er jene Friedensklausel, welche die Auflösung des Mansfeldschen Heeres stipulierte, verletzte und demselben ungetrennt den Abzug nach Schlesien gestattete. Das Heer war auf weniger als 4000 Mann zusammengeschmolzen, Hunger, Strapazen und Kämpfe hatten vier Fünftel desselben dahin gerafft, auch der Herzog von Weimar erlag den Anstrengungen kurz vor dem Abmarsch.

VI. So lange Waldstein noch im niedersächsischen Kreise weilte, hatte Tilly ihn wiederholt aber immer vergeblich um seinen Anschluß ersucht, erst nachdem der erstere den Sieg an der Elbebrücke erfochten hatte, wollte er sich mit dem letzteren verbinden, aber auch jetzt kam es nicht dazu, weil er Mansfeld nach Schlesien und Ungarn folgen mußte und so begnügte er sich mit der Zurücklassung einiger tausend Mann, die dem ligistischen General zu Diensten sein sollten. Noch vor der Vereinigung mit denselben und während Waldstein noch auf deutschem Boden weilte, erstürmte Tilly Minden, wobei sich die siegreichen Truppen kannibalische Unthaten zu Schulden kommen ließen, hierauf versuchte er sich an der Belagerung von Göttingen, die sich fast sieben Wochen lang hinzog und endlich durch den Abzug der dänischen Garnison zum Ziele führte (12. August). Während der Belagerung schlug der Graf Fürstenberg eine dänische Truppenabteilung bei Rössing in der Nähe von Calenberg (27. Juli). Nach der Eroberung von Göttingen zog Tilly gegen Nordheim, in dessen Nähe er

am 15. August gelangte. Christian wollte diesmal die Fortschritte des Gegners um jeden Preis hindern, rückte deshalb gegen Nordheim vor und zwang den ligistischen General, der sich vor seiner Vereinigung mit den für ihn zurückgelassenen kaiserlichen Truppen nicht schlagen wollte, zum Rückzuge. Nachdem diese Vereinigung aber am 22. August bei Geismar vor sich gegangen war, rückte Tilly wieder vor, wogegen Christian zurückwich, aber in der Nacht auf den 26. von seinem Gegner fast ereilt worden wäre. Am frühen Morgen des folgenden Tages beschleunigte der König seinen Rückzug, er wurde zwar auf demselben von dem Gegner angegriffen, doch kam es noch immer nicht zu einem ernstlichen Zusammenstoße. Als jedoch am 27. August Christian seinen Rückzug schon einige Stunden vor Sonnenaufgang weiter fortsetzen wollte, schickte Tilly zu seiner Verfolgung eilig einige Kavallerieregimenter aus, die die abziehenden Dänen ununterbrochen belästigten und ihnen bedeutenden Schaden zufügten. Von vier bis neun Uhr morgens hatten diese Kämpfe gedauert, bis sich endlich Christian entschloß Stand zu halten, da er nur auf diese Weise seine stark gefährdete Nachhut retten konnte. Der General Fuchs warnte vor der Schlacht und erbot sich die Nachhut vor den Verfolgungen des Feindes zu retten, allein eine barsche Antwort des Königs schloß ihm den Mund. Der letztere traf jetzt seine Anordnungen für den folgenden Kampf, indem er den genannten General mit dem Kommando über das erste Treffen betraute, er selbst übernahm das des Mitteltreffens und den Befehl über das letzte Treffen überließ er dem Rheingrafen Otto Ludwig. Die Reihen seiner Armee zogen sich von dem die alte Straße durchschneidenden Bach Mittelbeck nach Lutter hin.

Tilly gewann erst um zwei Uhr die Überzeugung, daß es der Gegner auf eine Schlacht ankommen lassen wolle und nachdem er seine Truppen in entsprechender Weise geordnet hatte, ging er zum Angriffe über. Die dänischen Truppen hielten anfangs tapfer Stand, wiesen einige seiner Regimenter mit starken Verlusten zurück und rückten bereits über den Bach zum Gegen-

angriff vor. Tilly eiferte jedoch die Seinen an, warf den Feind wieder zurück und nun nahm die Schlacht für die Dänen den unglücklichsten Verlauf: ein Teil ihrer Infanterie wurde von der feindlichen Reiterei völlig aufgerieben, zwei ihrer Reiterregimenter in einen Morast versprengt und daselbst vernichtet. So endete die Schlacht bei Lutter am Barenberge mit einer vollständigen Niederlage Christians. Sein Verlust belief sich auf 8000 Tote und 2000 Gefangene, außerdem fiel seine ganze Artillerie und ein großer Teil seiner Bagage in die Hände des Siegers. Die Reste seiner geschlagenen Armee sammelte er bei Wolfenbüttel, trat darauf den Rückzug über die Elbe an und quartierte seine Truppen hauptsächlich in Holstein und Mecklenburg ein. Tilly benutzte seinen Sieg, indem er das Herzogtum Braunschweig besetzte und sich die Hilfsquellen desselben dienstbar machte und ein gleiches Schicksal auch dem Lüneburgischen Gebiete zu Teil werden ließ. Er verlegte darauf seine Truppen in die Winterquartiere und machte so nicht einmal den Versuch zum Überschreiten der Niederelbe. Die Waldsteinschen Regimenter rückten indessen in die Mark Brandenburg, um da die Winterquartiere zu beziehen und dem Kurfürsten die seit langem zugedachten Daumschrauben anzulegen.

VII. Christian IV, Mansfeld und Bethlen waren nicht die einzigen Feinde, die der Kaiser im Laufe des Jahres 1626 zu bekämpfen hatte. Seine Gegner suchten ihm auch dadurch Schwierigkeiten zu bereiten, daß sie seine Unterthanen zu einem neuen Aufstand reizten. Der Zug Mansfelds durch Schlesien und Mähren geschah in der Hoffnung, daß sich ihm die Bewohner des Landes anschließen würden. Auch auf Böhmen und Oberösterreich hatten die Freunde des Pfalzgrafen ihr Augenmerk gerichtet und gehofft, daß die durch die unablässige Bedrückung und Beraubung zur Verzweiflung gebrachten Bauern sich zum Widerstand aufraffen würden. Christian schickte Emissäre nach diesen Ländern, die durch Versprechungen auf baldige Hilfe die Erhebung vorbereiten sollten.

Die Verhältnisse gestalteten sich für den Kaiser in Oberösterreich um so gefährlicher, als daselbst nicht bloß die Bauern, sondern auch ein großer Teil der Edelleute dem Kaiser feindlich gesinnt waren, weil er durch die angedrohten, wenn auch nur im geringen Grade durchgeführten Konfiskationsprozesse und durch seine Reformationsdekrete ihren Haß hervorgerufen hatte. Im Jahre 1624 hatte er einen entscheidenden Schritt in der Gegenreformation gethan, indem er durch ein Dekret sämtliche protestantischen Geistlichen und Lehrer binnen acht Tagen aus dem Lande verwiesen und sonach jede andere Religionsübung außer der katholischen verboten hatte. Der Edelmann wie der Landmann trugen gleich schwer daran, daß ihnen derjenige Trost entzogen wurde, an den sie gewohnt waren und ihr Jammer war um so berechtigter, als die Priester, die ihnen zugeschickt wurden, Wölfe und nicht Hirten waren, denn sie führten nach den gewiß unparteiischen Angaben des bairischen Statthalters meist ein „bübisches Leben". Das Dekret vom Jahre 1624 wurde im folgenden Jahre durch ein zweites vervollständigt, worin nicht bloß jede Übung des protestantischen Gottesdienstes abermals verboten, sondern auch allen Einwohnern des Landes aufgetragen wurde, sich bis zu den folgenden Ostern zur katholischen Kirche zu bekennen oder gegen Erlag des zehnten Pfennigs von ihrem Vermögen auszuwandern. Nur zu Gunsten derjenigen Edelleute, die seit fünfzig Jahren im Lande ansässig waren, wurde eine Ausnahme gemacht, die sich aber allein auf ihre Person und nicht auf ihre Familie erstrecken sollte; sie durften bleiben, auch wenn sie nicht katholisch würden, ihre Kinder aber sollten katholisch erzogen werden. Wir bemerken, daß diese Reformationsdekrete später unter allerlei Androhungen wiederholt wurden und ihren Zweck insofern erreichten, als die Anhänger des Protestantismus an Zahl immer mehr abnahmen.

Die Konfiskationsprozesse kamen am 27. Februar 1625 zum Abschlusse und zwar durch ein kaiserliches Dekret, das an die drei weltlichen Stände Oberösterreichs gerichtet war und um

seines Inhalts willen hier erwähnt zu werden verdient. Die gegen einzelne verstorbene und flüchtige Rebellen verhängten Konfiskationen werden in demselben bestätigt, die übrigen Stände aber zu Gnaden aufgenommen und zwar unter der Bedingung, daß sie sich dem Kaiser in seinen Religionsverordnungen vollständig fügen, ihm alle geistlichen Vogteien und Lehenschaften, sofern sie in Vergebung von Pfarren und Benefizien bestanden, übergeben, auf die Verfügung über die ständische Kasse und ihre Einkünfte zu seinen Gunsten verzichten — also jedes damit in Verbindung stehende autonome Regiment aufgeben — und endlich zur Strafe für ihre Rebellion eine Million Gulden zahlen sollten, wobei ausdrücklich bestimmt wurde, daß sie die Strafsumme nicht auf ihre Unterthanen und auch nicht auf diejenigen, die sich als treu bewährt hatten, wälzen dürften, sondern unter sich aufbringen müßten. Gegen dieses Dekret erhob sich ein großer Jammer; die Stände betonten die Unmöglichkeit, die verlangte hohe Geldsumme zu zahlen, indem sie auf die bisherigen Drangsale und auf die Steuerleistungen hinwiesen, zu denen sie von Maximilian von Baiern verpflichtet wurden. Ihre Klage fand insofern Gehör, als der Kaiser die Strafsumme auf 600 000 Gulden reduzierte; in allen übrigen Klagepunkten wurden sie abgewiesen. Die Erbitterung gegen das kaiserliche und bairische Regiment war bei dem Adel und bei den Bauern in Oberösterreich gleich groß und daher gestaltete sich der folgende Bauernaufstand um so gefährlicher, weil die Edelleute nicht treu und opferwillig zum Kaiser standen, wie die neuen Gutsbesitzer in Böhmen, sondern sogar trotz des Standesinteresses an den Hetzereien teilnahmen und den Aufstand leiteten.

Die ersten Nachrichten von einer gefährlichen Bauernbewegung in Österreich reichen in das Frühjahr 1625 zurück und stehen im Zusammenhange mit der Installation eines katholischen Pfarrers in der Kirche zu Zwiespalten; 5000 Bauern rotteten sich da zusammen, verjagten den Pfarrer und den herrschaftlichen Pfleger und belagerten darauf das Schloß Frankenburg. Maximilian

der Pfandinhaber von Oberösterreich, erteilte seinem Statthalter den Befehl, rücksichtslos vorzugehen und alle Rädelsführer an den Straßen aufzuhängen. Der Auftrag wurde pünktlich befolgt, siebzehn Bauern aufgehängt und die übrigen vorläufig abgeschreckt. Als man jedoch zu Ostern des folgenden Jahres (1626) die Edelleute und Bürger dem kaiserlichen Befehle gemäß anhielt, das Abendmahl in der katholischen Kirche zu nehmen, die widerspenstigen zur Auswanderung zwang oder mit der Einquartierung der Soldaten bedrohte und sie dadurch nicht bloß dem Druck sondern auch der Verarmung preisgab und endlich auch die Bauern durch allerlei Zwangsmittel zur Nachgiebigkeit nötigte, da bemächtigte sich der letzteren vollends die Verzweiflung. Am 17. Mai brach der Aufstand dies- und jenseits der Donau aus. An die Spitze der Bewegung traten der Bauer Stephan Fadinger und sein Schwager Zeller; ihrem Rufe folgten Tausende ihrer Leidensgenossen und bevor der Monat Juni herangekommen war, hatte sich der Aufruhr des ganzen Landes bemächtigt. Als Christian IV von dem Ausbruch Nachricht erhielt, schickte er den Prediger Scultetus nach Oberösterreich, um die erwünschte Bewegung weiter zu schüren.

Die Art und Weise, wie Fadinger die bäuerlichen Streitkräfte organisierte und wie er den bairischen und kaiserlichen Truppen einen Schlag nach dem anderen versetzte und sie auf Linz und Enns beschränkte, zeigt ihn als einen Mann von ungewöhnlicher Begabung und Tüchtigkeit. Schon am 20. Juni schloß er Linz mit 50 000 Mann ein, und einige Tage später richtete er an den protestantischen Adel Oberösterreichs die Aufforderung zum Anschluß an die gemeinsame Sache der Glaubensfreiheit. Ob es ihm gelungen wäre die Bewegung zum Siege zu führen, ist allerdings zu bezweifeln; er starb schon im Juli (1626) an den Folgen einer Wunde und wenige Tage später fiel auch sein Schwager. Der Tod dieser beiden Führer, die Schwierigkeit der Verpflegung bei den Aufständischen, deren Zahl allmählich auf 80 000 Mann angewachsen war, die Verstärkung der kaiserlichen Truppen, welche ihnen mehrere Schlappen zu-

fügten, bewirkten, daß sich die Bauern schon im August in Unterhandlungen einließen. Am 7. September wurde mit ihnen ein Waffenstillstand geschlossen, dem weitere Verhandlungen folgten, infolge welcher die Pässe geöffnet wurden, Handel und Wandel frei sein, die Bauern die Waffen abliefern und um Verzeihung bitten sollten. Es wurde ihnen also in religiöser Beziehung kein Zugeständniß gemacht, sondern einfach Verzeihung angeboten, wenn sie zum Gehorsam zurückkehren würden. Thatsächlich nahm ein großer Teil der Bauern seine friedlichen Beschäftigungen wieder auf und der Aufstand schien seinem Ende entgegenzugehen.

Der Kurfürst von Baiern war mit den von den kaiserlichen Kommissären geführten Verhandlungen nicht besonders zufrieden, er legte dieselben als Schwäche aus und glaubte sein und des Kaisers Ansehen nur durch ein scharfes Auftreten herstellen zu können. Als nun am 18. September der Waffenstillstand zu Ende ging und frische bairische Streitkräfte sowie eine von dem Herzog Adolf von Holstein kommandierte kaiserliche Truppenabteilung bei Haffnerzell ins Land rückten und sich nicht wie eine friedliche Garnison in einem pazificierten Land benahmen, sondern wie eine Meute losgelassener Schelme, erhoben sich die Bauern gegen die Truppen Holsteins und des bairischen Generals Lindlo und schlugen sie bis zur Vernichtung. Dieses Ereignis regte die ganze Bauernschaft mächtig auf und gab ihr frischen Mut. Sie klagte, daß man gegen sie einen Angriff vorbereitet habe, ohne den Waffenstillstand zu kündigen und hielt sich für berechtigt, die mit den kaiserlichen Kommissären getroffenen Vereinbarungen nicht weiter zu beachten. Der Krieg mit allen Schrecknissen eines Bürgerkrieges brach von neuem aus, die Bauern wüteten nicht bloß gegen die Soldaten, sondern auch gegen die Katholiken. Kloster Schlägl sowie zahlreiche Schlösser, Pfarrhäuser und Märkte wurden niedergebrannt, den bairischen und den kaiserlichen Truppen mehrere Schlappen zugefügt und namentlich traf eine solche den verhaßten Statthalter Herbersdorf, als er an der Spitze von 1500 Mann gegen die Bauern auszog.

Bei dieser steigenden Gefahr boten der Kaiser und Maximilian alles auf, um der Bauern Herr zu werden. Der Kurfürst hatte schon einige Wochen vorher den Freiherrn von Pappenheim, der damals in Italien in spanischen Diensten stand, zu sich berufen und ihm das Kommando über die oberösterreichischen Streitkräfte anvertraut. Nachdem der neue General alles für den Angriff vorbereitet hatte, rückte er im Verein mit den kaiserlichen Truppen vor und schlug bei Efferding das dort stationierte Bauernheer (9. November 1626), erlangte einen gleichen Erfolg bei Gmunden und Vöcklabruck und zuletzt bei Wolfseck, wo der Anführer der Bauern, eine geheimnisvolle Person gewöhnlich der Student genannt, getötet wurde. Die elende Bewaffnung und mangelhafte Kriegsübung der Bauern ließ von vornherein vermuten, daß sie gegen einen tüchtigen Feldherrn den kürzern ziehen würden, aber was an Tapferkeit und Todesverachtung geleistet werden konnte, leisteten sie in diesen Kämpfen, die an schreckenerregenden Szenen überreich waren. Der Aufstand war jetzt niedergeworfen, nur kleinere Scharen wagten noch hie und da einen verzweifelten Widerstand und als derselbe zu Ende war, begannen in Linz die Exekutionen gegen die zahlreichen Gefangenen. Das Land hatte unter diesen Vorgängen weit mehr gelitten, als im Jahre 1620.

So wie in Oberösterreich, so waren auch in Böhmen die Bemühungen der kaiserlichen Feinde von Erfolg gekrönt, die Bauern erhoben sich im Laufe des Sommers (1626) in verschiedenen blutigen Aufständen, zogen plündernd und mordend umher und setzten die Regierung in den größten Schrecken. Hier vereinten sich jedoch die neuen Grundherren mit den kaiserlichen Soldaten und so gelang es beiden durch die Anwendung der härtesten Mittel des Aufstandes bald Herr zu werden, wobei sie insbesondere durch die Beamten Waldsteins unterstützt wurden, da ihm daran lag, daß seine Güter nicht verwüstet würden. Der Aufstand in Böhmen war diesmal ein rasch vorübergehender Zwischenfall, der die Besitzer des Landes bloß schreckte, aber nicht schwächte.

Den erlangten Sieg beschlossen die Wiener Staatsmänner durch eine Umgestaltung der Landesverfassung auszubeuten.

VIII. Bei Besprechung des Gutachtens, welches die kaiserlichen Räte ihrem Herrn nach der Schlacht auf dem weißen Berge überreicht hatten, wurde darauf hingewiesen, daß dasselbe neben der Bestrafung der Teilnehmer des Aufstandes eine radikale Änderung der Verfassungsverhältnisse und die Unterdrückung des Protestantismus anriet. Es ist auseinandergesetzt worden, in welcher Weise man in letzterer Beziehung vorging, wie man zuerst eine Verfolgung der utraquistischen Geistlichkeit einleitete, und dann dasselbe Los den lutherischen Pastoren zu Teil werden ließ. Zu diesen Maßnahmen gesellte sich gegen Ende 1622 ein allgemeiner Ausweisungsbefehl gegen alle protestantischen Seelsorger, so daß fortan nur der katholische Gottesdienst geübt werden sollte. In zahlreichen Orten hielt man sich zwar nicht an diese Verfügungen, man beherbergte mehr oder minder offen die Pastoren, versammelte sich, um ihren Trostworten zu lauschen; aber das hinderte doch nicht, daß der Protestantismus täglich an Boden verlor. Die Katholiken verstärkten ihre Stellung zunächst in den Städten, indem sie überall die Kirchen besetzten und strenge darauf hielten, daß keine geheimen protestantischen Zusammenkünfte abgehalten und die Teilnehmer an denselben streng bestraft wurden. Zugleich wurde durch immer wiederholte Verordnungen den Laien der Besuch der katholischen Kirche anbefohlen. Diese Maßregeln waren schon deshalb von Erfolg begleitet, weil unter den Gebildeten die Zahl der protestantisch Gesinnten täglich abnahm, da sie entweder vertrieben wurden oder selbst auswanderten und die Widerstandskraft der Zurückbleibenden dadurch gelähmt wurde. Der letzte Schritt geschah im Jahre 1627, als die „erneuerte Landesordnung" publiziert wurde und diese nur den Katholiken den Schutz der Gesetze zuerkannte.

Durch die erneuerte Landesordnung wurde die alte, in den Tagen Wladislaws II verfaßte und später mit einigen Zusätzen versehene Landesordnung oder Verfassung vollständig umgestürzt.

Nachdem sie nach dem Jahre 1620 faktisch beseitigt worden war, fanden vielfache Beratungen über einen neuen Entwurf statt, von denen die eingehendste in Prag (April 1623) während der Anwesenheit des Kaisers abgehalten wurde. Aber erst im Jahre 1625 wurde eine Kommission ernannt, welche die mannigfachen Vorschläge verwerten und einen vollständigen Verfassungsentwurf vorlegen sollte. Mitglieder dieser Kommission waren der Statthalter von Böhmen, Fürst Liechtenstein, der Herzog von Friedland, der damalige Vizepräsident des Reichshofrats Peter Heinrich von Strahlendorf, der Geheimrat von Werdenburg, der böhmische Vizekanzler Otto von Nostitz, Dr. Melander, Dr. Hillebrand und Dr. Hassold. Der Kanzler Lobkowitz wurde in diese Kommission nicht berufen und zwar wie wir mit Grund vermuten, weil er trotz seiner erwiesenen Anhänglichkeit an das Kaiserhaus den absolutistischen Tendenzen diesmal nicht huldigte und die politischen Rechte seiner Heimat nicht schädigen lassen wollte. Die Kommission sollte bei ihrer Arbeit drei Punkte im Auge behalten: sie sollte Vorsorge treffen, daß die königliche Gewalt gegen weitere Anfechtungen gefeit sei, sie sollte die katholische Religion sicher stellen und endlich den mit dem böhmischen Inkolate beteilten Edelleuten den Rechtsschutz gewährleisten. Nachdem die Kommission in mehreren Sitzungen die Artikel des öffentlichen Rechtes revidiert hatte, schloß sie die Beratungen und Dr. Melander wurde mit der Revision des privatrechtlichen Teiles der alten Landesordnung betraut. Es dauerte längere Zeit, bis die Arbeit fertig wurde und man endlich zur Drucklegung schreiten konnte. Dieselbe erfolgte im Jahre 1627 und zwar nur in deutscher Sprache, obwohl man auch eine böhmische Übersetzung anfertigen ließ, sie veröffentlichen wollte und thatsächlich 135 Blätter drucken ließ, aber dann unterbrach man den Druck und begnügte sich mit dem deutschen Text. In dem Patent, durch welches Ferdinand die neue Landesordnung verkündigte, und in dieser selbst weist er öfters darauf hin, daß er das Land mit dem Schwerte erobert habe, daß dadurch die Einwohner ihre Rechte

verwirkt hätten und es ihm sonach freigestanden habe, diejenigen Änderungen vorzunehmen, die ihm gut dünkten.

Die erste Änderung bezieht sich zunächst auf die Thronfolge, in welcher Beziehung die alten ein gewisses Wahlrecht der Stände sanktionierenden Bestimmungen aufgehoben und die Krone einfach als erblich erklärt wird. Wenn man erwägt, daß die schlechteste Regierungsform mit der freien Königswahl eng verbunden ist, so ist durch diese Änderung jedenfalls der böhmischen Nation kein Unrecht zugefügt worden. Um so schlimmer stand es mit jenen Artikeln, durch welche dem König allein das Recht der Gesetzgebung und dem Landtag nur in den Steuersachen ein entscheidendes Votum zugewiesen wurde. In den andern Artikeln wurde bestimmt, daß der Landtag aus vier Ständen zusammengesetzt und daß demnach die Geistlichkeit als ein eigener Stand aufgenommen und nur die katholische Religion als zulässig angesehen werden solle. In der Wahl der obersten Beamten wahrte sich der König die volle Freiheit, dieselben sollten nicht wie bisher unabsetzbar sein, sondern nach Ablauf von fünf Jahren von ihren Ämtern entfernt werden dürfen. Die Entscheidungen der Landrechte sollten nicht mehr unanfechtbar sein, sondern dem König das Revisionsrecht zustehen, von ihm auch allein das Inkolat oder die Aufnahme ins Land erteilt werden dürfen, während bisher die Stände darüber entschieden. Zu gleicher Zeit wurde die deutsche Sprache neben der böhmischen als gleichberechtigt erklärt und sonach das Sprachengesetz von 1615, welches der böhmischen die alleinige Herrschaft im Lande verschaffen wollte, abgeschafft. In derselben Weise, wie die böhmische, wurde auch die mährische Landesordnung revidiert.

Am 10. Mai 1627 unterzeichnete Ferdinand das Patent zur Einführung der neuen Landesordnung und von diesem Augenblick an brach die bisherige Entwicklung Böhmens endgiltig mit den alten Traditionen. Gegen die politische Seite der Verfassung erhob sich keine Opposition, woher sollte sie auch kommen, da der größte Teil des Adels aus seinem Besitze vertrieben und durch

neue Eigentümer ersetzt und in den Städten die Mehrzahl der Bürger durch die Konfiskation ihrer Häuser gestraft und im Elend verkommen war? Gegen die religiösen Gebote stemmte sich aber noch immer die größere Hälfte der Bevölkerung und wollte trotz aller Drohungen die Sakramente nicht in der katholischen Kirche empfangen. Man beschloß also zur gewaltsamen Reformation zu schreiten, wobei das Gutachten des P. Lamormain einen maßgebenden Einfluß ausübte. Vom Kaiser um seine Meinung befragt, empfahl der Beichtvater die Anordnung der strengsten Maßregeln, damit, wie er sich ausdrückte, „der harte Druck den Leuten Verstand gebe". Durch ein Dekret, welches am 31. Juli 1627 publiziert wurde, teilte der Kaiser mit, daß er eigene Reformationskommissionen aufgestellt habe, welche von Ort zu Ort gehen und die Widerspenstigen in der katholischen Religion unterweisen sollten. Wer der Unterweisung sich nicht fügen und von seinen Irrtümern nicht ablassen wolle, sollte binnen sechs Monaten auswandern. Und nun verbreitete sich ein Jammer über das Land, der an die schlimmsten Kriegsleiden mahnte. Die Reformationskommissionen waren von Truppenabteilungen begleitet, welche den Widerspenstigen ins Quartier gelegt wurden und von diesen mit täglich erhöhten Zahlungen unterhalten werden mußten. Mancher gab gleich nach, um seine geringe Habe zu retten oder wanderte mit ihr aus; viele hielten sich aber bis zum letzten Groschen und mußten schließlich aller Mittel entblößt doch nachgeben. Es fanden Szenen statt, die an Härte einerseits und an Opferwilligkeit andererseits mit den berühmtesten Beispielen aus der Verfolgungsgeschichte anderer Zeiten und Völker wetteifern. Wiederum erhoben sich zahlreiche Bauerngemeinden im Norden des Landes, aber was sie ein Jahr zuvor unter günstigeren äußeren Verhältnissen nicht zuwege brachten, bewirkten sie auch jetzt nicht, die Aufstände wurden niedergeschlagen und die Anführer hingerichtet. Trotzdem gelangte man mit der anbefohlenen Reformation weder im Jahre 1627 noch in den folgenden zum Ziele.

Nach der Publikation der erneuerten Landesordnung beschloß der Kaiser sich nach Böhmen zu verfügen um daselbst einen Landtag zu berufen und so seine neuen Einrichtungen sanktionieren zu lassen, dann aber auch um die Krönung seiner zweiten Frau und die seines Sohnes als unbestrittenem Erbherrn vornehmen zu lassen. Die Kaiserin wurde am 21. November gekrönt und diesem Akte, der durch zahlreiche Festlichkeiten gefeiert wurde, schloß sich am 24. die Huldigung der böhmischen Stände an, die sie dem Kaiser entsprechend der neuen Verfassung leisten mußten Am 25. fand die Krönung Ferdinands III statt.

Drittes Kapitel.

Der Lübecker Friede und das Restitutionsedikt.

I. Die Zerwürfnisse zwischen Frankreich und England. II. Der Krieg im Jahre 1627. Der Kurfürstentag in Mühlhausen. III. Die Klagen gegen Waldstein. IV. Der Lübecker Friede. V. Das Restitutionsedikt. VI. Magdeburg.

I. So schwer die Niederlage bei Lutter auch den Dänenkönig traf, so entmutigte sie ihn doch nicht, weil er damals noch hoffte, daß die Aufstände in Oberösterreich und Böhmen und der Anschluß Bethlens die kaiserlichen Streitkräfte binden und er sich Tillys mit Hilfe französischer und englischer Subsidien erwehren werde. Im folgenden Frühjahre wollte er an der Spitze seiner Armee, die er durch frische Werbungen auf 40 000 Mann erhöhen wollte, wieder aufbrechen und die gewonnenen Erfahrungen bei dem künftigen Kampfe verwerten: es kam also nur darauf an, daß ihm die nötigen Geldmittel zu Gebote standen und daß namentlich England nicht nur die versprochenen Subsidien von 30 000 Pfund monatlich zahlte, sondern auch die noch nicht gezahlten rechtzeitig einsandte. Zu diesem Zwecke schickte er Gesandte nach London und Paris ab.

Wir haben oben erzählt, wie seit der Berufung Richelieus ein neuer Geist die französische Regierung beseelte, wie sie in die Bahnen Heinrichs IV einlenkte und deshalb die Feinde der Habsburger mit Subsidien und sonstigen Versprechungen köderte und diese Politik auch in dem Kriege Christians bethätigte. Mit England hatte Richelieu gleich bei seinem Eintritt ins Ministerium die innigsten Beziehungen angeknüpft; Henriette, die Schwester

des Königs, wurde mit dem Prinzen von Wales verlobt und dadurch nicht bloß aller Freundschaft zwischen Spanien und England ein Ende gemacht, sondern auch die Stellung Ludwigs XIII gegen die französischen Hugenotten gestärkt, da sie jetzt füglich nicht von England unterstützt werden konnten. Trotzdem erhoben sie sich unter der Anführung der beiden Brüder und Herzoge Rohan und Soubise zu einem Aufstande, wobei sie diesmal von Spanien gehetzt wurden und fügten den königlichen Truppen mehrere Niederlagen zu. Als der Herzog von Buckingham nach Frankreich kam, um die Königin Henriette, die erst nach dem Tode Jakobs mit Karl vermählt wurde, abzuholen und nach England zu geleiten, suchte er für die Hugenotten zu vermitteln, allein sein Antrag wurde von Richelieu zurückgewiesen und so trennten sich die beiden Minister in gegenseitigem Groll, doch scheint, wenn wir den französischen Memoirenschriftstellern glauben wollen, nicht die politische Differenz die Hauptveranlassung der wechselseitigen Abneigung gewesen zu sein, sondern die Gemahlin des Königs Ludwig, in die sowohl Buckingham wie Richelieu verliebt gewesen sein sollen. Dadurch erlitt übrigens die Allianz zwischen Frankreich und England noch keinen Schaden; englische Schiffe unterstützten im Verein mit holländischen die französischen Truppen bei ihrem Angriffe auf La Rochelle, allein da sich gegen die weitere Verfolgung der Hugenotten das religiöse Gefühl der Engländer und Holländer empörte, so wurden die Schiffe wieder abgerufen.

War es unter diesen Umständen fraglich, ob Frankreich die dem König Christian gemachten Hoffnungen erfüllen werde, wenn der Krieg gegen die Hugenotten weiter wütete, so verschlimmerten sich noch die Aussichten, als man in England an den in dem Heiratskontrakt der Königin Henriette gemachten Versprechungen zu mäkeln begann. Dieselben mußten übrigens zu einem Zerwürfnis führen, denn den Katholiken wurde nicht bloß Freiheit für ihr Glaubensbekenntnis versprochen und katholischen Geistlichen der Zutritt nach England gestattet, sondern

auch der Königin das Recht eingeräumt, ihre französische Dienerschaft beizubehalten und ihre Kinder bis zum Alter von 13 Jahren selbständig zu erziehen. Trotzdem verwendete Buckingham noch seinen Einfluß bei den Hugenotten, um sie zur Niederlegung der Waffen zu bewegen und es Frankreich zu ermöglichen, mit seinem ganzen Gewichte gegen die Habsburger aufzutreten. So kam durch Benutzung der englischen Vermittlung ein Friede (5. Februar 1626) zustande, durch den sich die Stellung der Hugenotten vorläufig nicht ungünstiger gestaltete und sie im Besitz ihrer Sicherheitsplätze blieben.

Richelieu hatte diesen Frieden jedoch nur zu dem Zwecke geschlossen, um sich zu einem neuen Angriffe vorzubereiten und eine tüchtige Flotte herzustellen, damit er die englische und holländische Hilfe entbehren könnte. Indem er hiezu die Erträgnisse seiner strengen Finanzleitung verwendete, benutzte er eine Verschwörung, an deren Spitze des Königs Bruder stand und die gegen sein Leben oder mindestens gegen seine Stellung gerichtet war, um einigen Hauptteilnehmern derselben den Prozeß zu machen und sie trotz ihres hohen Ranges einzusperren oder hinrichten zu lassen. Da eine Versammlung der Notabeln, die er nach Paris auf den 2. Dezember 1626 einberufen hatte, seine verschiedenen Regierungsmaßregeln, namentlich die Ausrüstung einer Flotte und die Schleifung aller Befestigungen bei denjenigen Städten und Schlössern, durch die die öffentliche Sicherheit gefährdet wurde, anordnete, für die Vermehrung der königlichen Einkünfte sorgte und überhaupt im besten Einvernehmen mit ihm sich auflöste, so hatte er die Mittel in den Händen, um nach innen und außen kraftvoll aufzutreten und sich Dänemarks anzunehmen. Gerade in diesem Augenblicke kamen nun die Boten Christians in Paris und London an und verlangten die Erfüllung der gemachten Versprechungen, indem sie zugleich bittere Klage darüber erhoben, daß Karl I die vertragsmäßigen Verpflichtungen so wenig einhalte. Nach dem Vertrag, der zu Haag geschlossen worden war, sollte England an Dänemark vom

29. Mai des Jahres 1625 an monatlich 30 000 Pfund Sterling zahlen, bis Ende 1626 betrug also die Verpflichtung etwas über 570 000 Pfund, von dieser Summe waren aber bisher nur 60 000 Pfund bezahlt worden. Diese Ziffern zeigen genugsam, daß Christian geradezu betrogen worden war, denn wie konnte er annehmen, daß ein königliches Versprechen, das in einem feierlichen Vertrage bekräftigt wurde, so schlecht eingehalten werden würde? Als er seine Klagen in London und Paris erhob, erhielt er von beiden Seiten Vertröstungen, die aber nicht verwirklicht wurden. Der Grund, um dessentwillen Karl I seinen Verpflichtungen so schmählich untreu wurde, waren zum Teile die steigenden Zerwürfnisse in England, infolge deren sich zwischen ihm und dem Parlamente die Kluft noch mehr erweiterte, als unter seinem Vater, zum Teile der Krieg, in den er sich zuletzt mit Frankreich verwickelte.

Was die Zerwürfnisse mit dem Parlament betrifft, so hatten sie gleich nach dem Tode Jakobs ihren Anfang genommen, als das Haus der Gemeinen zur Kenntnis der Zugeständnisse gelangte, welche den Katholiken infolge der französischen Heirat gemacht worden waren. Das Haus machte damals den verhaßten Herzog von Buckingham für dieselben verantwortlich und verweigerte die Subsidien für den deutschen Krieg, um ihn zur Abdankung zu nötigen. Karl I, eifersüchtig auf seine Rechte, wie sein Vater, aber mehr wie dieser geneigt den hingeworfenen Handschuh aufzuheben, entließ das Parlament (August 1625) und nicht seinen Minister und schaffte sich das nötige Geld durch willkürliche Einnahmen, Zwangsanleihen und sonstige Mittel; er hatte sogar den Mut das Haager Bündnis im Dezember 1625 abzuschließen und sich zu bedeutenden Zahlungen zu verpflichten, die er allerdings, wie wir gesehen haben, nicht einhielt. Er hoffte den Unwillen der Gemeinen dadurch zu beschwichtigen, daß er die zu Gunsten der Katholiken getroffenen Verfügungen zurücknahm, aber als er im folgenden Jahr das Parlament wieder berief, zeigte es sich noch störriger, als das Jahr vordem. Es war zwar bereit, dem König Subsidien im Betrage von 500 000 Pfund zu bewilligen, seine Schul-

den zu bezahlen und die königlichen Güter, die Jakob verpfändet hatte, einzulösen, wenn er sich dagegen entschloß, den Herzog von Buckingham zu entlassen und zur Rechnungslegung über die Verwaltung seiner Ämter zu verhalten. Durch diese Forderung fühlte sich der König noch mehr beleidigt und statt derselben nachzukommen, löste er das Parlament zum zweiten Male auf (Juli 1626).

Während Karl I in dieser schroffen Weise die öffentliche Meinung in England verletzte, fühlte er zugleich die Notwendigkeit der Hauptbeschwerde seiner Unterthanen, daß er und sein Minister in den religiösen Fragen einen sträflichen Leichtsinn bekundet hätten, zu begegnen. Anstatt dies dadurch zu thun, daß er den Pfalzgrafen unterstützte und dem Könige von Dänemark die versprochenen Subsidien pünktlich zahlte, reizte er Frankreich, indem er die Bedingungen, unter denen seine Heirat mit der Prinzessin Henriette zustande gekommen war, verletzte und die Hugenotten unterstützte. Am 9. August 1626 erließ er ein Dekret, welches die französische Dienerschaft seiner Gemahlin zwang, England zu verlassen und als die letztere am Fenster weinend und wehklagend den scheidenden nachblickte, riß er sie in seinem Zorn von dem Fenstergitter weg, so daß sie sich die Hände blutig ritzte. Die Klagen Frankreichs über die Verletzung des Heiratskontraktes beantwortete er damit, daß er den englischen Schiffen ungestraft gestattete Seeraub zu treiben, so daß die französischen Handelsschiffe sich nirgends sicher bewegen konnten. Richelieu sah mit großem Mißbehagen, welche feindliche Richtung die englische Politik nahm, denn er wurde dadurch in seinen Angriffsplänen gegen die Habsburger durchkreuzt, da er den Überschuß in den Staatseinkünften auf die Ausrüstung von Schiffen verwenden mußte, um die englischen Angriffe zurückzuweisen, statt Christian IV damit zu unterstützen; ja er mußte sogar der streng katholischen Partei am Hofe nachgeben und einen Allianzvertrag mit Spanien gegen England abschließen (20. April 1627). Zu seinem Vergnügen verwirklichte dieser nicht die von den Katholiken gehegten Hoff-

nungen, da Spanien in dem folgenden Kriege thatsächlich keine Hilfe leistete.

Der offene Bruch zwischen den Herrschern von Frankreich und England trat am 28. April 1627 ein, an welchem Tage Karl I seinen Unterthanen jeden Verkehr mit Frankreich verbot; elf Tage später beantwortete Ludwig diesen Befehl durch ein ähnliches Verbot. In ganz Frankreich bereiteten sich die Hugenotten wieder zu einem Angriff vor, da sie der Unterstützung Englands gewiß zu sein glaubten; auch der Herzog von Lothringen, der seiner Verbindung mit Frankreich gern ein Ende machen und in den weit angenehmeren Verband mit dem deutschen Reiche treten wollte, waffnete in der sicheren Erwartung, daß bei dem ersten feindlichen Erfolge auch die durch Richelieus Regierungssystem beleidigten katholischen Großen diesem vielfache Hindernisse bereiten würden. Alle bisher erlangten Resultate waren für den letzteren in Frage gestellt. Glücklicherweise wurde der Angriff Buckinghams, der mit einer Flotte auf der Insel Ré in der Nähe von La Rochelle landete, zurückgewiesen. Richelieu bot nun alle Mittel Frankreichs und seine eigenen Ersparnisse auf, um Schiffe und Truppen in genügender Zahl auszurüsten und verhinderte dadurch nicht nur den entscheidenden Sieg der Engländer, sondern auch den Anschluß der Hugenotten des südlichen Frankreichs an La Rochelle; auch der Herzog von Lothringen zögerte Partei zu nehmen, so lange kein entscheidender Sieg die Anstrengungen Englands begleitet hatte. Als nun am 15. August (1627) die französische Armee La Rochelle umzingelte, um diesen festen Stützpunkt der Hugenotten zu erobern und zu zerstören, versuchte Buckingham vergeblich sich des Forts Saint Martin auf der Insel Ré zu bemächtigen und dadurch die Belagerung zu durchkreuzen; er mußte zuletzt sogar die Insel verlassen, während die Belagerten in La Rochelle durch die Operationen der feindlichen Armee, bei der sich der König und Richelieu befanden, mehr und mehr geängstigt wurden.

Richelieus ganze Aufmerksamkeit war nun auf La Rochelle

gerichtet, obwohl die königlichen Streitkräfte zu gleicher Zeit durch den Herzog von Rohan, dem es endlich gelungen war, die Hugenotten im Languedoc zum Aufstand zu bringen, gefesselt wurden. Was Tapferkeit, Kriegskunst, Erfindungsgabe und Geldmittel leisten konnten, wurde bei der Belagerung von La Rochelle in Anwendung gebracht und es bedurfte alles dessen sowie des unermüdlichen Eifers des Kardinals, um die Ausdauer der Truppen nicht ermatten zu lassen, da einzelne Belagerungsarbeiten Monate in Anspruch nahmen. Trotz alledem würde Richelieu noch lange nicht zu seinem Ziele gekommen sein, wenn nicht Hunger und Erschöpfung die Widerstandskraft der Belagerten gelähmt hätten. Dennoch bemühten sich die Anführer der Hugenotten und vor allen der unermüdliche und von fanatischer Begeisterung durchglühte Maire Guiton, das Volk zum verzweifelten Widerstande anzufeuern, indem sie zugleich in wiederholten Bitten und Beschwörungen den König Karl um Hilfe ersuchten. Da dieser jedoch bereits den Fehler einzusehen begann, den er durch den Krieg mit Frankreich gethan hatte, und Buckingham, dessen Ehre in der glücklichen Beendigung des durch seine Intriguen heraufbeschworenen Kampfes engagiert war, mittlerweile durch Meuchelmord gefallen war (23. August 1628), so verzog sich die Ankunft der englischen Hilfsflotte bis in den Monat September (1628). Zum Unglück brachte sie nicht einmal Hilfe, da sie bei dem Versuche, in den Hafen einzudringen und den Erschöpften Nahrungsmittel und andere Bedürfnisse zu bringen, scheiterte. Durch künstliche Hindernisse, wie die Errichtung einer Wehr, hatte Richelieu das Eindringen der Engländer unmöglich gemacht, und was diese Hindernisse nicht vermochten, das leisteten die französischen Truppen, welche dem Feinde sich kühn entgegenstellten.

Nun konnte sich La Rochelle nicht länger halten, die Hälfte der Bevölkerung war dem Hungertode oder anderen Krankheiten erlegen, die übrig gebliebenen waren zu Schatten abgezehrt und konnten die Waffen nicht mehr tragen. Als sie sich am 28. Ok-

tober 1628 zur Kapitulation entschlossen und am folgenden Tage eine Deputation an den König abschickten, fielen die Mitglieder derselben aus Erschöpfung ohnmächtig vor ihm nieder. Als die Sieger ihren Einzug hielten, stießen sie in den Straßen und Häusern auf Hunderte von Leichen, die man nicht mehr begraben hatte, weil sich der Überlebenden, die wie Gespenster herumschlichen, die Gleichgiltigkeit der Verzweiflung bemächtigt hatte. Die opferwillige und begeisterte Verteidigung La Rochelles, dessen Einwohner sich erst dem Sieger ergaben, als sie jede Kraft eingebüßt hatten, diente wenige Jahre später den Magdeburgern als leuchtendes und nachahmungswertes Beispiel. Richelieu aber konnte nun seine Pläne gegen die Habsburger ausführen, was er auch seit dem Jahre 1629 mit doppeltem Eifer that.

II. Bei dem Kampfe, der sich seit den letzten Monaten des Jahres 1626 zwischen Frankreich und England vorbereitet hatte und im folgenden Frühjahr thatsächlich ausbrach, ist es begreiflich, daß weder König Ludwig noch Karl I ihren Versprechungen oder Verpflichtungen gegen Christian IV nachkommen konnten, und daß dieser also auf seine eigenen Mittel angewiesen blieb, als er den Kampf weiter fortsetzen wollte. So geschah es, daß im Jahre 1627 der Krieg überall einen für den Kaiser günstigen Verlauf nahm.

Nachdem Waldstein den Krieg mit Bethlen beendet hatte, nahm er seine Winterquartiere in Mähren und Schlesien, und da er hier nicht in ähnlicher Weise auftreten konnte, wie das Jahr zuvor in Deutschland, mangelte es seinen Truppen bald an allen Bedürfnissen. Er bestürmte den Kaiser mit Klagen und Bitten, er drohte mit seinem Rücktritt, allein alles reichte nicht aus, um in Wien eine größere Rührigkeit zu erzeugen; man wies ihn nach Deutschland und verlangte, daß er die Reste des Mansfeldschen Volkes, das sich nach Schlesien zurückgezogen hatte und dort vom Raube lebte, vertreibe und dann weiterziehe. Ende April traf er wohl oder übel die nötigen Vorbereitungen, um diesem Wunsche nachzukommen, aber erst am 23. Mai ver-

ließ er wirklich Wien, um den Feldzug anzutreten. Da er auch die in Böhmen stationierten Truppen an sich gezogen hatte, so verfügte er über eine Armee von 10000 Reitern und 22000 Mann zu Fuß, eine Anzahl, die selbstverständlich den Gegner, der sich durch neue Zuzüge und Werbungen nur bis auf 14000 Mann verstärkt hatte, rasch über den Haufen werfen mußte. Als sich Waldstein in Wien von dem bairischen Gesandten Leucker verabschiedete, versprach er nach Beendigung des schlesischen Krieges den Grafen Tilly ausgiebig unterstützen zu wollen und stellte auch eine Demütigung des Kurfürsten von Brandenburg in Aussicht. „Dieser Kurfürst,“ so lauteten seine Worte, „hat lange genug die blinde Katze gegen Seine Majestät gespielt, man muß ihn lehren, wie er Seine kaiserliche Majestät respektieren soll.“

Kaum war der kaiserliche General in Schlesien erschienen, so wurden die feindlichen Truppen überall aus dem Felde geschlagen und hielten sich nur noch in einigen Städten. Verzweiflung bemächtigte sich des Landes, das von beiden Armeen gleich hart bedrückt wurde, man erwartete einen Aufstand, den man in Wien freudig begrüßt hätte, weil man dann beliebig mit Konfiskationen hätte vorgehen können. Im Monate Juli betraute Waldstein den General Marradas mit der Eroberung der noch von den Feinden besetzten Städte und traf Vorbereitungen zu seinem Abzug nach dem niedersächsischen Kreise. Thatsächlich wurde ihm durch ein kaiserliches Patent vom 14. Juli neben Tilly die Exekution gegen die niedersächsischen Kreisstände aufgetragen; am 28. August befand er sich bereits in Perlberg, und am 1. September begab er sich nach Lauenburg zu einer persönlichen Unterredung mit Tilly.

Als der ligistische Anführer im Frühjahr den Kampf gegen Christian IV von neuem aufnahm, klagte er über die Geringfügigkeit seiner Streitkräfte und über die Gefahren, mit denen ihn die erbitterte Bevölkerung in Niederdeutschland bedrohe und verlangte, daß der Kaiser den in der Mark Brandenburg befind-

lichen Waldsteinschen Truppen den Befehl zu seiner Unterstützung gebe. Trotz seinen Klagen fand er von dieser Seite nur wenig Hilfe und mußte, zumeist auf seine eigenen Streitkräfte angewiesen, seine Aufgabe durchzuführen suchen. Diese wurde ihm dadurch erleichtert, daß Christian IV sein Heer nicht auf die gewünschte Höhe bringen konnte und so gewann Tilly täglich mehr Boden und konnte über die Elbe rücken. Mitten unter diesen Kämpfen langten die Überbleibsel der in Schlesien besiegten Truppen, die sich nur mit äußerster Mühe durchgeschlagen hatten, bei Christian an. Waldstein, der ihnen auf dem Fuße folgte, verband sich mit Tilly bei Pütrau an der Stocknitz und warf im Verein mit ihm jeden Widerstand nieder. Die ligistischen und kaiserlichen Truppen breiteten sich in Holstein aus, griffen einen Platz nach dem andern und zuletzt auch die nördlich gelegene Grenzstadt Rendsburg an, welche von den Dänen am 14. Oktober aufgegeben werden mußte, worauf Waldstein in Schleswig einrückte. Zu der Einbuße an Land und Einkünften gesellte sich eine tiefe Demoralisation im dänischen Heere, die dem Könige weitere Niederlagen in Aussicht stellte. Waldstein besetzte jetzt auch das Herzogtum Mecklenburg und verlangte vom Kaiser, daß er die Herzöge wegen ihres Anschlusses an die feindliche Sache ächten und ihn als Ersatz für die von ihm vorgestreckten Geldsummen mit dem Herzogtum belehnen solle. Der Kaiser gab nach, sprach die Acht aus und belehnte am 19. Januar 1628 seinen Feldherrn mit Mecklenburg. Diese That wurde in Deutschland von den Protestanten als der Gipfelpunkt der Gewalt und als Vorbote weiterer Mißhandlungen aufgefaßt, denn die Herzöge hatten sich gegen den Kaiser nicht ärger vergangen als die meisten niederdeutschen Fürsten und namentlich weniger als der Kurfürst von Brandenburg, der nun fürchten mußte, daß die Reihe an ihn kommen werde. Aber nicht nur die Glaubensgenossen schrieen über Vergewaltigung, auch die Katholiken verdammten einstimmig den Gewaltstreich und weigerten sich, Waldstein als Herzog von Mecklenburg anzuerkennen. Aus allem dem ist aber ersichtlich,

daß die Kriegswürfel während des ganzen Jahres 1627 ungünstig für den König von Dänemark und seine Bundesgenossen fielen.

Zu Ende des Jahres 1626 hatte sich Christian auf einem uns unbekannten Wege nach Brüssel gewendet und hatte die Infantin um ihre Vermittlung bezüglich eines Friedens mit dem Kaiser ersucht. Im Laufe des folgenden Jahres war keine Annäherung mehr erfolgt, der Kampf wurde weiter geführt und hatte das eben erzählte Resultat zur Folge. Machte sich aber auf kaiserlicher Seite nicht auch ein Friedensbedürfnis geltend oder wollte man sich in Wien nicht zu Bedingungen verstehen, die für Dänemark annehmbar waren?

Auch der Kaiser fühlte sich durch die trotz aller Siege täglich steigenden Kriegslasten schwer bedrückt und war deshalb schon im Anfang des Jahres 1627 entschlossen einen neuen Deputationstag zu berufen, der die zu Regensburg getroffenen, aber seither so sehr angefochtenen Verfügungen sanktionieren sollte. Er hoffte, daß sich die Protestanten infolge der erlittenen Niederlagen diesmal nachgiebiger zeigen würden und daß der Friede hergestellt werden könnte. Als man in Deutschland von dieser Absicht Kunde erhielt, richteten die vier katholischen Kurfürsten an den Kaiser das Gesuch, er möchte auch einem englischen und pfalzgräflichen Gesandten Zutritt zum Deputationstage gewähren, da kein Friede Aussicht auf Dauer habe, wenn er nicht die Zustimmung dieser beiden Fürsten fände. Diese Bitte, die offenbar eine teilweise Restitution des Pfalzgrafen in Aussicht nahm, wurde in Wien berücksichtigt und durch die Vermittlung der Herzoge von Würtemberg und Lothringen mit dem Pfalzgrafen oder vielmehr mit seinen beiden Vertretern Rustorf und Pawel zu Kolmar (5.—18. Juli 1627) Verhandlungen angeknüpft. Der Fürst von Eggenburg hatte als Bedingungen für eine allfällige Begnadigung des Pfalzgrafen folgende Punkte festgestellt: der Pfalzgraf solle dem Kaiser Abbitte leisten, die Übertragung der Kur an Baiern anerkennen, die katholische Religion in allen Orten der untern Pfalz, wo sie jetzt eingeführt sei, dulden und dem Kaiser einen

Schadenersatz zur Auslösung von Oberösterreich und der Lausitz leisten. Wir bemerken, daß man sich in Wien wahrscheinlich begnügt hätte, wenn der Pfalzgraf die Kur aufgegeben und sich zur Abtretung von der Oberpfalz verstanden haben würde. Friedrich lehnte die Bedingungen nicht in der früheren schroffen Weise ab, ja er wollte sich zur Abbitte bequemen, auch in einigen der wieder errichteten Klöster den katholischen Kultus gestatten, ja sogar dem Herzog Maximilian den kurfürstlichen Titel gönnen und mit ihm in der Ausübung der kurfürstlichen Befugnisse alternieren, wenn ihm die Kur nach seines Nebenbuhlers Tode wieder ungeteilt zufallen würde. Von einem Schadenersatze wollte er jedoch nichts wissen, diejenige Bedingung, die allein eine Einigung mit dem Kaiser hätte herbeiführen können, lehnte er ab und so endeten die Verhandlungen resultatlos.

In Wien hatte man mittlerweile die ursprüngliche Absicht geändert und sich zur Berufung eines Kurfürstentages entschlossen, der in Mühlhausen zusammentreten sollte und hatte Vorsorge dafür getroffen, daß auch Maximilian von Baiern an demselben teilnehmen durfte. Im Jahre 1624 hatte sich Sachsen zur Anerkennung seiner kurfürstlichen Würde entschlossen und jetzt that dies auch der Kurfürst von Brandenburg, der angesichts der ihn bedrohenden Gefahren nicht anders thun konnte, wiewohl er ausdrücklich erklärte, daß er durch diesen Schritt den Rechten der pfalzgräflichen Kinder nicht präjudizieren wolle. Der Kurfürstentag begann am 18. Oktober (1627) seine Beratungen. Anwesend waren Kurköln und Kursachsen, die übrigen Kurfürsten waren durch Gesandte, der Kaiser durch den Vizepräsidenten des Reichshofrates, Freiherrn von Strahlendorf, vertreten. Im Namen seines Herrn verlangte der letztere von dem Kollegium auf mehrere bedeutsame Fragen eine eingehende Antwort und ein entsprechendes Gutachten. Sie betrafen 1. die Bedingungen, unter denen der Frieden im Reiche wieder hergestellt und der Feindseligkeit Dänemarks und des Pfalzgrafen „aus dem Grunde" abgeholfen werden könnte, 2. die Entschädigung, auf die der Kaiser für den erlittenen Scha-

den Anspruch machte, 3. die Beschaffung der Geldmittel, mittelst deren das kaiserliche Kriegsvolk entlohnt und abgedankt werden sollte und 4. die Reichshilfe, auf die der Kaiser Anspruch machte, im Falle der Friede nicht zustande käme.

Es zeigte sich schon wenige Tage nach Beginn der Beratungen, daß der Kaiser aus dem Kollegialtag keinen besonderen Nutzen ziehen und daß vor allem von einem gemeinschaftlichen Auftreten desselben zu Gunsten seiner Politik keine Rede sein werde, denn Brandenburgs Feindseligkeit hatte sich seit dem Jahre 1623 nur noch gesteigert, wiewohl es ihr nicht offen Ausdruck geben durfte und Sachsen bewahrte auch jetzt seine (allerdings dem Kaiser wohlwollende) Neutralität. Wie sollte also eine Einigung mit den katholischen Kurfürsten zur Unterstützung der kaiserlichen Politik erfolgen? So kam kein gemeinsamer Beschluß zustande, auf welcher Grundlage mit Dänemark und dem Pfalzgrafen der Friede geschlossen werden solle. Es wurde entweder alles dem kaiserlichen Ermessen anheimgestellt oder aber angeraten, die braunschweiger Kreistagsverhandlungen da wieder aufzunehmen, wo sie abgebrochen wurden. In dieser scheinbaren Einigkeit steckte eine Welt von Widersprüchen, sobald die katholischen und protestantischen Kurfürsten zu den vom Kaiser gestellten Friedensbedingungen hätten Stellung nehmen müssen, denn nie und nimmer hätten die letzteren die Bedingungen gebilligt, die Tilly im Einverständnisse mit Waldstein und offenbar hiezu von den Direktoren der Liga bevollmächtigt, am 4. September dem König von Dänemark für den Frieden stellte. Sie lauteten dahin, daß er die geistlichen Stifter im niedersächsischen und westfälischen Kreise aufgeben, Holstein an den Kaiser abtreten und eine Kriegskostenentschädigung zahlen solle. — Nur bezüglich der Begnadigung des Pfalzgrafen einigte sich das kurfürstliche Kollegium zu einem Vorschlage, der in den wichtigsten Punkten mit den vom Kaiser bei den Kolmarer Verhandlungen gestellten Bedingungen übereinstimmte. Auf die Frage, wie der Kaiser für die erlittenen Verluste entschädigt werden solle, gab das Kollegium keine bestimmte

Antwort und zwar unter dem Vorwand, daß sie erst bei der wirklichen Friedensverhandlung beantwortet werden könne, thatsächlich aber, weil weder die Katholiken noch die Protestanten dem Kaiser für den erlittenen Schaden oder für die Bezahlung seines Heeres gutstehen wollten. — Bezüglich der Unterstützung versprachen die Kurfürsten für den unverhofften Fall, daß die Friedensverhandlungen mit Dänemark zu keinem Resultat führen würden, dem Kaiser Hilfe zu leisten. Dieses Versprechen hätte der Kaiser als eine wertvolle Errungenschaft ansehen können, wenn es von Seite der protestantischen Kurfürsten aufrichtig gemeint gewesen wäre. Aber dies war nicht der Fall, denn im geheimen reservierten sie sich die Freiheit nach Belieben zu handeln.

Wenn der Kaiser also gehofft hatte, daß er in Mühlhausen eine volle Einigkeit mit dem kurfürstlichen Kollegium erzielen und daß sich ihm die Kurfürsten innig anschließen und seine Autorität stärken würden, so hatte er sich getäuscht; die Protestanten, namentlich Brandenburg, ärgerten sich nach wie vor über die den Katholiken günstigen Konsequenzen des Krieges und auch auf seine Glaubensgenossen konnte sich der Kaiser nicht mehr unbedingt verlassen. Diese letzte Bemerkung mag unsere Leser überraschen, da ja bisher nichts vorgekommen zu sein schien, was diese Allianz gelockert hätte. Thatsächlich waren aber seit Anfang des Jahres 1627 arge Differenzen zwischen dem Kaiser und der Liga ausgebrochen, die wir nun eingehend schildern wollen, weil sie auch auf dem Kurfürstentage zu Mühlhausen einen der Beratungspunkte bildeten.

III. Diese Differenzen hatten ihren Grund in den Drangsalen, die das kaiserliche Heer nicht bloß in den protestantischen, sondern auch in den katholischen Gebieten Deutschlands verbreitete. Als Waldstein im Jahre 1626 seinen Zug nach Ungarn antrat, ließ er einen Teil seiner Truppen zur Unterstützung Tillys zurück und gab zugleich den Befehl zu neuen Werbungen. Diese mußten

im darauffolgenden Winter um so eifriger betrieben werden, als er in dem ungarischen Feldzuge einen großen Teil seiner Armee eingebüßt hatte und nach Besiegung der in Schlesien stationierten Gegner mit entscheidender Macht auf dem deutschen Kriegsschauplatze auftreten wollte. Die Werbeplätze auf dem Gebiete der Reichsstädte und einiger kleinerer protestantischen Fürsten genügten nicht mehr, dazu mußten auch die Gebiete der ligistischen Fürsten, also vor allem die der Bischöfe herhalten, die nun ebenso für die erste Ausrüstung und den Unterhalt der Truppen sorgen mußten, wie früher die Reichsstädte. Vielleicht hätten sie dieses Opfer gebracht, wenn Waldstein die geworbenen Truppen rasch auf den Kriegsschauplatz geführt und so die bischöflichen Besitzungen entlastet hätte. Allein davon war keine Rede, kaum waren die geworbenen Truppen abberufen worden, so wurden neue Werbungen angeordnet und so hatte die Qual kein Ende. Als demnach die Liga noch vor dem Mühlhausner Kurfürstentage einen Bundestag in Würzburg abhielt, beschloß sie über diese Schädigung Klage zu führen und schickte deshalb eine Gesandtschaft nach Wien ab (April 1627). Die Antwort, die sie da bekam, war nicht tröstlich. Der Kaiser verhieß, daß seine Armee bessere Disziplin halten und daß bei künftigen Werbungen der Herr des betreffenden Gebietes vorerst von denselben verständigt werden solle; er versprach also weder die Abführung der Truppen noch das Aufhören weiterer Werbungen. Als die ligistischen Gesandten gegen die kaiserliche Entscheidung Einsprache erhoben, wurden ihnen einige Versprechungen gemacht, dieselben aber später nicht eingehalten. Thatsächlich mag Waldstein im Frühjahr 1627 ungefähr 60 000 Mann unter den Fahnen gehabt haben. Der Forderung, daß er einen Teil derselben entlasse, entgegnete man in Wien, daß man kein Geld habe, um den zu entlassenden Truppen den rückständigen Lohn zu bezahlen, eine Antwort, die natürlich nur den Schrecken vermehrte. Denn was sollte in der Zukunft geschehen, wenn die Schuldenlast noch höher anwuchs?

Waldstein weilte um diese Zeit in Wien und er war es

hauptsächlich, der dem Kaiser die abschlägige oder ausweichende Antwort auf die Klagen der Liga einblies. Wenn er diese Klagen nicht beachtete, weil er nur auf Kosten der Liga die nötige Truppenzahl unterhalten konnte, so lassen sich hundert Entschuldigungsgründe dafür anführen, worunter hauptsächlich der, daß der Kaiser nicht verpflichtet werden konnte, für einen Krieg, der in Deutschland zu Gunsten der Katholiken geführt wurde, seine eigenen Einkünfte bis zum letzten Heller zu verwenden. Es war Krieg und für die Kosten desselben mußten jene Gebiete eintreten, wo er geführt wurde. Dieser Einsicht hätten sich auch die Ligisten nicht verschlossen, ihre Klage bezog sich nicht auf die notwendigen, sondern auf die überflüssigen Rüstungen, denn es war jetzt augenscheinlich, daß Waldstein über eine weit größere Armee verfügte, als zur Besiegung der Gegner in Schlesien und Christians IV notwendig war. Was war die Ursache dieser auffälligen und gefährlichen Handlungsweise?

Von dem bairischen Gesandten in Wien, Leucker, liefen gerade in diesen Tagen eigentümliche Berichte an seinen Herrn ein: man spreche am kaiserlichen Hofe von der Wiederaufrichtung der kaiserlichen Autorität in Deutschland und von der Notwendigkeit, die kurfürstliche Gewalt einzuschränken. Hat Waldstein dem Kaiser derartige Luftschlösser vorgespiegelt und damit seine Zustimmung für die steigende Erhöhung des Kriegsheeres, dessen man dann allerdings nicht bloß gegen Christian IV, sondern auch gegen die Liga bedurfte, erlangt? Es mag sein, daß er den Kaiser durch derartige Bilder in guter Stimmung zu erhalten suchte, aber dieser selbst ließ sich durch dieselben nicht allzuweit verlocken, denn anfangs August 1627, als Waldstein in Schlesien weilte, ließ er ihn dringend ersuchen, er solle den Klagen der katholischen Kurfürsten Rechnung tragen und einen Teil seines Kriegsvolkes entlassen. Trotzdem gab der kaiserliche Feldherr nicht nach, und wir wissen für sein Verhalten keinen andern Grund anzugeben, als daß er sein Augenmerk auf die Erwerbung eines oder des andern der bedeutenden Reichsfürstentümer gerichtet hatte und vielleicht

die Ächtung des Kurfürsten von Brandenburg beabsichtigte, der zwar heimlich und unter allerlei Vorwänden, aber stets gleich entschieden die kaiserlichen Maßregeln durchkreuzte. Wenn Waldstein dessen Besitz vom Kaiser erbitten wollte, so mußte er zur Behauptung desselben stark gerüstet dastehen. Thatsächlich hatte er sein Augenmerk auf Mecklenburg gerichtet, und wir haben bereits erzählt, wie er sich dieses Herzogtum aneignete.

Da man also von kaiserlicher Seite trotz mancherlei Vertröstungen die auf den ligistischen Fürsten lastenden Drangsale nicht herabminderte, sondern erhöhte, so steigerte sich ihr Groll, und diesem Groll gaben die katholischen Kurfürsten auf der Zusammenkunft in Mühlhausen offenen Ausdruck. Zu ihren Klagen gesellten sich die der brandenburgischen Gesandten, deren Herr schon im Jahre 1626 unter der kaiserlichen Einquartierung zu leiden hatte, gegen den Waldstein aber seitdem systematisch jegliche Unbill und Beraubung übte, um, wie mit Grund vermutet wurde, den Kurfürsten zur Verzweiflung und zur offenen Erhebung gegen den Kaiser zu reizen. Auch der Kurfürst von Sachsen, dessen Gebiet Waldstein nur gestreift, demselben aber doch Schaden zugefügt hatte, dann der von Baiern, der unter den Einquartierungen und Werbungen wohl nicht gelitten hatte, aber als Mitdirektor der Liga sich seiner Freunde annahm, kurz alle Kurfürsten richteten eine Klageschrift an den Kaiser, worin sie sich gegen die räuberische Art und Weise verwahrten, mit der sein Heer vergrößert und nicht etwa gegen den Feind verwendet werde, sondern in den Werbeplätzen stehen bleibe. Die Schrift war voll beleidigender Schmähungen, allein wenn man liest, welche furchtbare Tyrannei von dem kaiserlichen Kriegsvolk geübt wurde, wie Kontributionen in beliebiger Weise eingefordert oder dem Landmann alles entzogen wurde, was er zum Betriebe seiner Wirtschaft brauchte, dann begreift man die Klagen und findet die Schreibweise berechtigt. Die Versammlung in Mühlhausen wollte einen Kurfürsten mit der Überreichung der Klageschrift betrauen, Johann Georg von Sachsen sollte nach Wien

gehen und sich zum Dolmetscher der allgemeinen Entrüstung machen, allein da er sowohl wie die andern Kurfürsten Anstand nahmen, sich mit dieser Mission zu belasten, schickte man einen einfachen Gesandten mit derselben ab.

Die Einstimmigkeit, mit der die Beschwerden erhoben und die Gesandtschaft an den Kaiser beschlossen wurde, würde den letztern in die größte Verlegenheit gebracht und wahrscheinlich zur Reduktion seines Heeres bewogen haben, wenn Maximilian von Baiern ihm nicht hilfreiche Hand geboten und ihn nicht wieder beruhigt hätte. Der Kurfürst spielte diesmal eine Doppelrolle. In Mühlhausen hatten seine Gesandten den Vorwürfen beigestimmt und später hatte er auch seinen Namen unter die Klagschrift gesetzt; in Wien ließ er sich dagegen für seine Haltung in Mühlhausen durch einen eigenen Gesandten, den Hofoberrichter Tanner von Buchenriedt entschuldigen. Er erklärte durch diesen, daß er es begreife, wenn der Kaiser sein Heer nicht reduziere und da einquartiere, wo er wolle, nur rate er ihm Anordnungen zu treffen, daß den Ausschreitungen seiner Truppen ein Ende gemacht werde. Zwei Gründe veranlaßten den Kurfürsten zu dieser zweideutigen Haltung. Erstens fürchtete er, wenn der Kaiser seine Truppen von den katholischen Gebieten abberufen würde, so würden auch die Protestanten das gleiche Verlangen bezüglich seiner und der ligistischen Truppen stellen. Es lag also im Interesse Maximilians so gut wie Ferdinands, von vornherein jede Einflußnahme auf die Aufstellung des Heeres abzuweisen. Der zweite Grund war der, daß Maximilian bestrebt sein mußte, sich das Wohlwollen des Kaisers zu erhalten, denn noch immer war ihm die Kur nur persönlich übertragen, sein glühendster Wunsch war aber ihr erblicher Besitz. Wenn er den Kaiser wegen des Heeres bedrängte und zur Abrüstung zwang, so lief er zugleich Gefahr, daß dieser mit Christian IV Frieden schloß und den Pfalzgrafen zu Gnaden aufnahm oder wenigstens seinen Kindern die Wiedererlangung der Kur in Aussicht stellte. Damit dieses nicht geschehe und sich der Kaiser unwiderruflich zu seinen

Gunsten entscheide, mußte sich Maximilian gegen ihn nachgiebig zeigen und deshalb seine Doppelrolle.

Die freundliche Gesinnung des Kurfürsten von Baiern veranlaßte den Kaiser, den Grafen von Trauttmannsdorff nach München abzusenden, um sich durch diesen mit dem Kurfürsten über alle wichtigen Fragen, namentlich über die dänischen Friedensverhandlungen und über die Publikation des Restitutionsedikts zu einigen. Diese letztere Angelegenheit war auf dem Mühlhausner Tage von den geistlichen Kurfürsten in der Art angeregt worden, daß sie die Abstellung ihrer „Gravamina" verlangten und damit vor allem die Wiedereinräumung der ihnen seit dem Augsburger Religionsfrieden entrissenen Stifter bezweckten. Am kaiserlichen Hofe war man geneigt diesem Gesuch zu willfahren, denn man konnte vorläufig die Verwaltung der zu konfiszierenden Stifter und das daraus hervorgehende Einkommen für sich verwerten, und wenn die Stifter an die Kirche zurückgegeben wurden, so konnte man nachgeborene Söhne mit denselben dotieren und so festen Fuß in Norddeutschland fassen. Der Kaiser fürchtete nur, daß die Beraubung der bisherigen Besitzer ein neues Bündnis gegen ihn wachrufen werde und wollte daher das betreffende Edikt erst nach der Beendigung des Krieges mit Dänemark publizieren, gleichzeitig aber sich die weitere Hilfe der Liga vertragsmäßig sichern. Der Kurfürst von Baiern verlangte in der Beantwortung der an ihn gestellten Fragen, daß der Kaiser das Restitutionsedikt sogleich publiziere und ertheilte ihm bezüglich des mit Dänemark abzuschließenden Friedens einige allgemein lautenden Ratschläge. Im ganzen zeigte seine Antwort, daß er das gute Einvernehmen mit dem Kaiser hochschätze, weil der letztere sich jetzt erboten hatte, in der Kurfrage seinen Wünschen vollständig zu genügen. Graf Trauttmannsdorff schloß am 22. Februar (1628) einen Vertrag mit ihm ab, durch welchen er endgiltig auf die Pfandschaft von Oberösterreich verzichtete und dafür in Form eines Kaufes als Entschädigung für seine Auslagen die Oberpfalz samt den am rechten Rheinufer gelegenen Teilen der Unterpfalz über-

nahm. Bei dieser Gelegenheit ließ der Kaiser dem Kurfürsten entbieten, daß er ihm die Kur erblich übertragen wolle. Diese heimlich getroffene Entscheidung genügte dem Kurfürsten bald nicht mehr, er ersuchte den Kaiser im Monat Juni, daß er sie den Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg bekannt gebe, damit sie zur allgemeinen Anerkennung gelange. Ferdinand erfüllte diesen Wunsch nicht und so wußte man noch mehrere Jahre lang in Deutschland nicht, daß in der pfälzischen Kurfrage diejenige Entscheidung getroffen sei, welche durch das einmütige Auftreten der Protestanten auf dem Deputationstage von Regensburg verhindert worden war. In den Arkaden des Münchner Residenzschlosses stellt ein Freskogemälde die feierliche Übertragung der erblichen Kur im Jahre 1628 vor. Die Übertragung fand weder feierlich noch einfach statt, sie erfolgte bloß schriftlich; nur das dabei angegebene Jahr 1628 ist richtig.

Während der mit dem Kurfürsten von Baiern geführten Verhandlungen fühlte sich der Kaiser nicht veranlaßt, die Mühlhausener Klageschrift freundlich zu beantworten. An Versprechungen bezüglich besserer Disziplin ließ er es zwar nicht fehlen, allein was halfen diese, wenn gleichzeitig von Waldstein neue Werbepatente ausgeteilt und die Armee auf die effektive Höhe von 130 000 Mann erhoben werden sollte. Zu keiner Zeit sah man am kaiserlichen Hofe trotz der steigenden Finanznot so rosig in die Zukunft, oder besser gesagt, nie trug man sich mit so weitgreifenden Plänen, wie im Jahre 1628. Man hatte Oberösterreich zurückerhalten und hoffte ein gleiches bezüglich der Lausitz; man bereitete das Restitutionsedikt vor, welches durch längere Zeit den kaiserlichen Einkünften zu gute kommen mußte, ja man dachte sogar an Eroberungen. Im Monat Dezember 1627 wurde der kaiserliche Gesandte am spanischen Hofe beauftragt, dem König Philipp IV Jütland und Schleswig, welche beiden Länder man Dänemark entreißen wollte, zum Kauf anzubieten; im Januar 1628 änderte man den Auftrag dahin, daß man bloß Jütland verkaufen, Schleswig aber für sich behalten wollte. Man wollte sogar in der Ächtung

einiger deutschen Fürsten fortfahren, nachdem der gegen die Herzöge von Mecklenburg geführte Streich, wie es schien, gelungen war. Die Vorteile dieser Ächtungen wären dem Kaiser wohl weniger zu gute gekommen, wie Waldstein, der sich auf diese Weise seine Dienste bezahlen lassen wollte; Waldstein war es auch, der den Kaiser in seine aggressive Politik hinein trieb, und in seinem Hauptquartier ertönten ähnliche drohende Worte, wie sie das Jahr zuvor Leucker an seinen Herrn berichtet hatte. „Man muß die Kurfürsten Mores lehren (so ließ sich Waldstein ungescheut vernehmen), die Succession im Reiche gebührt dem Sohne des Kaisers, es bedarf dazu der Wahl nicht, er (Waldstein) hoffe dem Hause Österreich einen guten Dienst zu thun.“ Man wollte an der Ostsee festen Fuß fassen, Stralsund sollte erobert und Lübeck zum Anschluß an die kaiserliche Politik bewogen werden. Die deutschen Katholiken hätten gegen manche dieser Pläne keinen Einwand erhoben, weil sie zu ihrem Vorteile gereichen mußten, aber sie wollten ihre faktisch errungene Landeshoheit auch weiter behaupten und deshalb weder den Kaiserthron erblich machen, noch auch ihren materiellen Ruin durch weitere Ertragung der an ihnen verübten Räubereien besiegeln und deshalb das Waldsteinsche Heer in der bisherigen Zahl und Verfassung nicht dulden.

Der Unwille der ligistischen Fürsten erreichte seinen Höhepunkt, als sie erfuhren, wie wenig ihre Klagen von den Wiener Staatsmännern berücksichtigt wurden, und als es so weit kam, daß Tilly einen Teil seiner Truppen auf katholischem Gebiete die Winterquartiere beziehen lassen mußte, weil das kaiserliche Kriegsvolk alle ergiebigen protestantischen Besitzungen besetzt hielt. Die Bedeutung dieses Unwillens steigerte sich plötzlich, als er von Maximilian von Baiern nicht nur geteilt wurde — dies war schon lange der Fall —, sondern als sich dieser Fürst zum Hauptvertreter der Beschwerden machte. Der Umschwung in der bisherigen Haltung des Kurfürsten trat seit dem Frühjahr 1628 ein, seit ihm die Kur erblich übertragen worden war; jetzt wollte er nicht länger dulden, daß das alte deutsche Staatswesen, in dem er

durch seinen Ehrgeiz und seine Tüchtigkeit eine so hervorragende Stellung erlangt hatte und das ihm deshalb ganz genehm war, durch das Treiben eines Soldatenführers zugrunde gerichtet werde.

Seine Aktion leitete Maximilian dadurch ein, daß er dem Kurfürsten von Mainz einen Bericht über die bedrohlichen Reden Waldsteins erstattete und ihn aufforderte sich mit seinen übrigen Kollegen zu beraten, ob sie nicht samt und sonders zum Kaiser reisen und über die furchtbaren Plünderungen seines Heeres Klage führen und dessen Reduktion verlangen sollten. Der neue Kurfürst von Mainz Georg Friedrich von Greifenklau — Schweikard war im Jahre 1626 gestorben — war zu diesem auffälligen Schritt nicht zu bewegen, weil er wußte, daß der Kaiser die Reden Waldsteins nicht billigte. Ferdinand, für den das innige Verhältnis zur Liga der Ausgangspunkt seiner Politik war, hatte ihn nämlich durch den Mainzer Domdechant Metternich versichern lassen, daß „so wahr als er Gottes Angesicht zu schauen begehre, seine Intention, Wille oder Meinung nie gewesen sei und auch jetzt nicht sei, die Libertät und die Freiheiten der Kurfürsten und Stände des römischen Reiches zu schwächen und in ihrer Verfassung etwas zu derogieren, und wenn er wüßte, daß einer seiner Diener oder Offiziere mit solchem Vorhaben umginge, so wolle er demselben den Kopf nehmen lassen". Kurmainz war von der Wahrheit dieser Worte überzeugt und wollte deshalb die Bemühungen Maximilians nicht anders unterstützen, als daß er den Kaiser um die Berufung eines Kurfürsten-Konventes, bei dem er auch selbst erscheinen müßte, ersuchen wollte. Auf diesem Konvente könnte über die Wahl Ferdinands III auf den deutschen Thron und über das Heerwesen beraten werden.

Als Maximilian die ausweichende Antwort des Erzbischofs erhielt, beschloß er auf eigene Verantwortung hin, an den damals in Prag weilenden kaiserlichen Hof einen Gesandten zu schicken (21. April 1628) und zu verlangen, daß die kaiserlichen Truppen aus Schwaben und Franken entfernt und diese Gegenden den

ligistischen Truppen zum Unterhalte angewiesen würden. Seinen Gesandten beauftragte er eine energische Sprache zu führen: wenn der Kaiser das ligistische Volk nicht in Schwaben und Franken dulden wolle, so könne man das nicht anders erklären, als daß er es auf den Ruin der ligistischen Armee abgesehen habe. Der Gesandte entledigte sich seines Auftrages und besuchte auch Waldstein, der damals in Prag weilte, konnte aber nichts erreichen, denn der Kaiser bestand darauf, daß Tilly die in Franken einquartierten Regimenter zurückziehe, damit sich das kaiserliche Volk daselbst ausbreiten könne.

Nach der Abreise Waldsteins blieb die Stimmung am Hofe nicht so vertrauensselig, man konnte die Berechtigung der ligistischen Klagen nicht verkennen und entschloß sich, denselben einigermaßen Rechnung zu tragen, indem man zu diesem Behufe den Grafen Collalto nach München abschickte. Wenn sich die Zusagen desselben verwirklichten, so wäre einem Teil der ligistischen Klagen abgeholfen worden; der Kaiser versprach, daß er 4000 Reiter abdanken und 4000 Reiter teils nach Polen, teils nach den spanischen Niederlanden abschicken werde, also die katholischen Gebiete von der Erhaltung von 8000 Reitern entlasten würde; wenn der Friede mit den Türken zum definitiven Abschluß gelange, so sollte die Entlassung noch größere Dimensionen annehmen. Der Kaiser beauftragte auch den General Collalto, Waldstein gegen die üblen Nachreden, als ob er den Sturz der alten Reichsverfassung beabsichtige, in Schutz zu nehmen und auf seine großen Dienste hinzuweisen. Maximilian zeigte sich in seiner Antwort durch diese Erklärungen nicht befriedigt: er wolle bezüglich der versprochenen Reduktion noch in keinen Jubel ausbrechen, sondern warten bis sie durchgeführt sein würde. Bezüglich Waldsteins bemerkte er, daß er für seine Person keine Klage gegen ihn erhebe, daß er es aber für ungehörig halte, wenn er Reden dulde oder gar selbst führe, die mit der bestehenden Ordnung der Dinge in Deutschland nicht vereinbar seien.

Maximilian hatte nur zu sehr Recht, wenn er über die kaiser-

lichen Zusagen kein Freudengeschrei erhob, weil die Erfüllung derselben ausblieb. Statt der versprochenen 8000 entließ man nur 3000 Reiter, indem man 30 Reiterkompagnien auflöste. Aber auch diese Reduktion war nur scheinbar, weil die entlassenen Reiter in die andern ohnedies nicht kompleten Regimenter aufgenommen wurden. Da man diese Perfidie dem Herzog von Friedland allein zur Last legte, so beschlossen die katholischen Kurfürsten auf einer zu Bingen gehaltenen Beratung nicht bloß darüber beim Kaiser Klage zu führen, sondern geradezu die Entlassung Waldsteins zu fordern. Maximilian machte sich zum Dolmetscher dieser Klagen und Forderungen, er schickte den Grafen von Wolkenstein nach Wien und trug ihm auf, sich zu Drohungen zu versteigen, wenn er kein Entgegenkommen finden würde. Wenn trotz der gemeinsamen Bitten der Kurfüsten das kaiserliche Heer nicht reduziert werden würde, so würden die Reichsstände sich in ihrer äußersten Not gezwungen sehen, „zu ihrer und ihrer Länder Defension und Konservation andere Mittel zu ergreifen, als noch länger unter der Diskretion der kaiserlichen Soldateska und ihrer Offiziere zu stehen". Es wurde mit diesen Worten angedroht, daß die Reichsstände die kaiserlichen Truppen als Feinde behandeln und sich nicht länger von ihnen berauben lassen würden. Die Entlassung Waldsteins sollte Wolkenstein nicht fordern, so weit wollte Maximilian in die kaiserlichen Rechte nicht eingreifen.

Wir haben wiederholt bemerkt, daß dem Kaiser alles daran lag, mit der Liga in gutem Einvernehmen zu bleiben, und so war er augenblicklich bereit, nachzugeben. Von den 240 Reiterkompagnien, die im Reich einquartiert waren, wollte er 200 entlassen, die Zahl der Reiter sollte also um 20000 vermindert werden. Zur Durchführung dieses Beschlusses genügte jedoch sein guter Wille nicht; wenn die Reiter abgedankt werden sollten, so mußten sie auch bezahlt werden, man war ihnen aber den ganzen Sold vom Augenblick der Anwerbung an schuldig, denn alles, was die Offiziere und die Mannschaft geraubt hatten und was in manchen Fällen das hundertfache des ihnen schuldigen

Betrages erreichte, wurde ihnen nicht als Sold angerechnet. In Wien hatte man nicht die nötigen Geldmittel, man begreift also, in welcher Verlegenheit sich der Kaiser befand, als er trotzdem ein Versprechen gab, das im besten Falle nur durch das bereitwillige und uneigennützige Eingreifen seines Feldhauptmanns und durch die rasche Erhebung neuer Kontributionen in Deutschland gelöst werden konnte. Entschlossen alles zu thun, was in seiner Macht lag, schickte Ferdinand seinen Kriegsrat Freiherrn von Questenberg an Waldstein ab (5. September 1628), durch den er ihm nicht befehlen, sondern ihn so rücksichtsvoll als möglich „bitten" ließ, die versprochene Entlassung zu befördern und den zu Entlassenden nachträglich die erhobenen Kontributionen in ihren Sold einzurechnen. Er ersuchte ihn auch durch seine Reden das Mißtrauen der Reichsstände nicht weiter zu wecken, ihm (dem Kaiser) liege nichts ferner als der Umsturz der Reichsverfassung und wenn er jetzt die Erhebung seines Sohnes auf den deutschen Thron wünsche, so wolle er dieselbe nur der freien Wahl verdanken.

Der Wunsch des Kaisers fand bei Waldstein insofern Gehör, als er die in Süddeutschland stationierten Truppen auf 5000 Mann zu Fuß und 3000 Reiter herabminderte. Da er aber gleichzeitig in Norddeutschland die meisten Quartiere mit seinem Volk belegte, das nominell auf 100 000 Mann zu Fuß und 30 000 Reiter angegeben wird, so nötigte er dadurch Tilly einen Teil seiner Truppen auf katholisches Gebiet einzuquartieren. Man sah sich also in Süddeutschland in der Hoffnung auf Erleichterung getäuscht, denn statt der kaiserlichen Truppen rückten nun die ligistischen ein, ja noch mehr, man fürchtete, daß Waldstein systematisch das ligistische Heer zugrunde richten und auf dessen Trümmern seine Allgewalt begründen wolle. Gegen diese Eventualität wollte man gerüstet sein und beschloß deshalb einen Bundestag nach Heidelberg zu berufen.

Die sämtlichen ligistischen Fürsten kamen entweder persönlich oder durch Abgesandte vertreten in Heidelberg am 1. Februar 1629


INSULÆ RUGEN PARS
MARIS BALTICI
PARS
Die Beldt
Oost See
Der Holm
POMERANIÆ
Verdröcken
landt.
STRALSUNDIA.
DUCATUS
Verdroncken
landt.
Marckt
Popenhagen
PARS
Ein Maß von 530. Rüthen.

Stralsund.



zusammen und einigten sich nach mehrwöchentlicher Unterhandlung abermals dahin, eine Gesandtschaft nach Wien abzusenden, die um eine ausgiebige Herabsetzung des kaiserlichen Heeres und um Milderung der an Dänemark zu stellenden Friedensbedingungen ersuchen sollte. Gleichzeitig beschloß man, 27 000 Mann zu Fuß und 4000 Reiter so lange in Bereitschaft zu halten, bis man hören werde, welches Resultat man in Wien erlangt habe. Den Waldsteinschen Truppen wollte man sich gewaltsam widersetzen, wenn sie die Ligisten aus ihren Quartieren verdrängen würden. Mit der Gesandtschaft wurden zehn Personen betraut, unter denen die hervorragendsten der Mainzer Domdechant Reinhard von Metternich und der Graf Wolkenstein waren. Bevor wir über das von ihnen erreichte Resultat berichten, müssen wir zuerst unsere Aufmerksamkeit anderen wichtigen Ereignissen zuwenden, nämlich dem Abschlusse des dänischen Friedens, der Publikation des Restitutionsedikts und den Bemühungen Waldsteins in Magdeburg festen Fuß zu fassen.

IV. Die Friedensverhandlungen mit Dänemark wurden erst im Jahre 1629 ernstlich in Angriff genommen, nachdem das Jahr zuvor der Kampf mit stets gleichem Erfolge fortgesetzt worden war. Waldstein beschäftigte sich im Jahre 1628 nicht allein mit der Bekämpfung des Dänenkönigs, sondern hatte sein Auge auf die Besetzung einiger der wichtigsten Häfen an der Ostsee gerichtet. Er versuchte sich zuerst an der Belagerung von Stralsund, durch dessen Einnahme er an der Ostsee eine dominierende Stellung eingenommen hätte. Schon wurden Unterhandlungen eingeleitet, infolge welcher die Stadt eine Kontribution zahlen, den kaiserlichen Truppen freien Durchzug durch ihre Mauern gewähren und alle feindlichen Verbindungen aufgeben sollte (14. Juli 1628). Allein diese Verhandlungen wurden von der Stadt nur zum Schein geführt, denn schon einige Tage vorher hatte sie eine Allianz mit Gustav Adolf abgeschlossen, welcher darauf eine schwedische Truppenabteilung in Stralsund landen ließ und ihr die weitere Verteidigung übertrug. Da die Kaiserlichen wegen mangelhafter Ver-

pflegung große Einbuße erlitten und die Zufuhr noch sparsamer wurde, als die dänische Flotte sich Stralsund näherte, so mußte Waldstein, der geschworen hatte, die Stadt einzunehmen, auch wenn sie mit eisernen Ketten an den Himmel befestigt wäre, die Zustimmung zur Aufhebung der Belagerung geben. Der König von Dänemark suchte sich nun der Insel Rügen zu bemächtigen, die von 8000 Mann kaiserlicher Truppen besetzt war, allein er gelangte damit nicht zum Ziele, dagegen eroberte er die Insel Usedom und breitete sich darauf auf dem Festlande aus. Waldstein zog nun rasch die nötige Mannschaft zusammen, um sich den weiteren Fortschritten des Dänenkönigs entgegenzustellen, und schlug ihn bei Wolgast (2. September 1628). Diese Niederlage bewirkte, daß Christian IV die Friedensverhandlungen jetzt ernstlich betrieb.

Auf welcher Grundlage der Kaiser den Frieden schließen wollte, haben wir bereits angedeutet; aus einer Mitteilung, die er dem König von Spanien zukommen ließ, entnehmen wir auch, daß er Jütland zu gewinnen hoffte und diese Halbinsel gegen die Lausitz an Sachsen abtreten und zugleich verlangen wollte, Christian solle den Sund allen seinen Feinden versperren. Waldstein und Tilly wurden beauftragt die Verhandlungen zu führen, thatsächlich beteiligte sich aber keiner von beiden an denselben, sondern jeder schickte seine Bevollmächtigten nach Lübeck, wo sie mit den dänischen Kommissären am 24. Januar 1629 zusammentrafen. Am 10. Februar waren die Formfragen erledigt und nun traten die Dänen mit ihren Friedensbedingungen auf. Sie lauteten auf die Wiederherstellung des Besitzstandes im niedersächsischen Kreise, wie er vor dem Kriege bestand und auf den Ersatz des von den kaiserlichen und ligistischen Truppen angerichteten Schadens. Der Kaiser sollte sich auch noch verpflichten dem Könige von Dänemark beizustehen, wenn dieser um des Friedens willen von jemand angegriffen werden würde. Man kann nicht sagen, daß diese Bedingungen im Munde eines geschlagenen Fürsten bescheiden klangen und so war selbstverständlich von einer Annahme

derselben keine Rede. Die Gegenpartei beschloß nun mit ihren Vorschlägen hervorzutreten, über die zuerst zwischen Waldstein und Tilly, die sich nicht am gleichen Orte befanden, hin und her verhandelt werden mußte, bis sie endlich am 12. März in Lübeck überreicht wurden. Der Sieger verlangte, daß Christian Holstein, Schleswig und das ditmarsische Land abtreten und Jütland dem Kurfürsten von Sachsen so lange überlassen solle, bis sich dieser, der die Lausitz wieder ihrem ehemaligen Herrn zurückstellen müsse, für seine dem Kaiser geleisteten Dienste bezahlt gemacht habe. Weiter sollte der König für sich und seinen Sohn allen Ansprüchen auf die norddeutschen Stifter entsagen, den Kaiser und die Ligisten für die Kriegskosten entschädigen und den kaiserlichen Feinden den Sund verschließen. Als die dänischen Bevollmächtigten diese Bedingungen vernahmen, erklärten sie, daß sie die Verhandlungen abbrechen müßten, denn wozu bedurfte es der Verhandlungen, wenn man ihrem König nur das lassen wolle, was ihm nicht genommen werden konnte, nämlich die Inseln, und wenn er auch noch zahlen sollte.

Auf kaiserlicher Seite mäßigte man jetzt die Forderungen, Waldstein bevollmächtigte seine Vertreter, dem König von Dänemark keine Gebietsabtretungen und keinen weitern Schadenersatz zuzumuten, wenn er auf die ihm gehörigen Stifter verzichten und 5 000 000 Thaler zahlen würde. Diese Bedingungen stachen gewaltig gegen die ersten ab, trotzdem wollte sich Christian IV nur zum Aufgeben der Stifter, aber zu keiner Kriegsentschädigung verpflichten. Bei der Stellung, welche die Liga um diese Zeit gegen den Kaiser einnahm, konnte von einem gemeinschaftlichen Vorgehen gegen Dänemark keine Rede sein, und da Waldstein jetzt mehr gegen die Liga auf seiner Hut sein zu müssen glaubte als gegen Dänemark, so nahm er die von Dänemark gebotenen Bedingungen an und ratifizierte den Frieden im Verein mit Tilly durch seine Unterschrift am 7. Juni 1629. Der Friedensschluß, der auch später vom Kaiser bestätigt wurde, bestimmte, daß Christian für sich und seinen Sohn allen Ansprüchen auf die

norddeutschen Stifter entsagen, daß er wieder in den Besitz seiner Länder treten, daß die Konfiskationsprozesse in Holstein rückgängig gemacht und beiderseits auf jede Kriegskostenentschädigung verzichtet werden solle. — Die in diesen Friedensbedingungen deutlich sich kundgebende Nachgiebigkeit des Kaisers hatte nicht bloß in der Sorge vor der Liga, sondern auch darin ihren Grund, daß er fürchtete, Schweden werde sich Dänemark anschließen und so den Brand von neuem anfachen. Es gab kein besseres Mittel, das Bündnis der ohnedies auf einander eifersüchtigen Mächte zu hindern, als wenn man Dänemark bei dem Friedensschlusse schonte. Gustav Adolf verlangte in seinem und Stralsunds Namen die Zulassung zu den Lübecker Verhandlungen, allein seine Forderung wurde abgelehnt und so der Friede ohne weiteren Zeitverlust geschlossen.

V. Unsere Leser werden sich erinnern, daß die Katholiken bei Gelegenheit des Mühlhausner Konvents die Bitte um die Abstellung ihrer Beschwerden an den Kaiser richteten. Sie wollten nicht bloß gegen weitere Unbill geschützt sein, sondern verlangten auch die Rückgabe aller ihnen von den Protestanten seit dem Jahre 1555 entrissenen geistlichen Güter. Man war in Wien gern dazu bereit, die Katholiken in den Wiederbesitz ihrer Stifter einzuführen und bereitete diese Maßregel schon seit einigen Jahren in den Reichsstädten dadurch vor, daß man dieselben zwang, die Klöster und Kirchen, deren sie sich nach dem Jahre 1555 bemächtigt hatten, ihrer ursprünglichen Bestimmung zurückzugeben. Man wollte sogar in Wien auch die vor dem Augsburger Religionsfrieden eingezogenen reichsunmittelbaren Stifter zurückfordern, angeblich weil man im Religionsfrieden nur auf die mittelbaren Stifter verzichtet hatte, und ersuchte deshalb die Kurfürsten von Mainz und Baiern um ihr Gutachten, die diesen Vorschlag wohl belobten, aber für verfrüht erklärten. So kam das **Restitutionsedikt** nach mancherlei Vorberatungen zu Ende des Jahres 1628 zustande und wurde am 6. März 1629 vom Kaiser unterzeichnet. Es verfügte, daß diejenigen Klöster und geistlichen Stif-

tungen, die einem Reichsfürsten unterworfen, also nicht reichsunmittelbar seien und bis zum Passauer Vertrag katholisch waren, den Katholiken wieder eingeräumt werden müßten und daß dasselbe auch mit den reichsunmittelbaren Stiftern, deren sich die Protestanten seit dem Augsburger Religionsfrieden bemächtigt hatten, geschehen solle. Durch dieses Dekret wurden nicht bloß zahlreiche fürstliche Besitzer in ihrem Einkommen bedroht und Tausende von Familien in ihrem Wohlstand, den sie auf den seit 1552 veränderten Verhältnissen begründet hatten, angegriffen und zu Bettlern gemacht, sondern auch die religiöse Überzeugung von hunderttausenden von Menschen der gewaltsamen Umgestaltung preisgegeben, denn Ferdinand reservierte den künftigen Besitzern ausdrücklich das Reformationsrecht. Norddeutschland sollte also in ähnlicher Weise unter der Konfiskation und Gegenreformation leiden wie Böhmen, und daß die Konfiskationen sich auch über andere als die geistlichen Ländereien erstrecken sollten, dafür war ebenfalls gesorgt: sie sollten über alle reichsunmittelbaren und mittelbaren Stände verhängt werden, die sich dem Könige von Dänemark angeschlossen und ihm Kriegsdienste geleistet hatten. Wenn alle diese Verfügungen durchgeführt wurden, so mußte sich Grabesstille in Norddeutschland ausbreiten und ein Teil des großen Grundbesitzes in die Hände von Fremdlingen gespielt werden.

Wenige Tage nach der Publikation des Restitutionsedikts ernannte der Kaiser eine Anzahl Kommissäre für jeden einzelnen Reichskreis und trug diesen auf nachzuforschen, was der Kirche entfremdet worden sei; bei der Restitution sollten sie nötigenfalls die Hilfe der kaiserlichen oder ligistischen Truppen in Anspruch nehmen. Da man nur schrittweise und nur da vorgehen konnte, wo man die bewaffnete Hilfe zur Seite hatte, so wurde im Laufe dieses und des folgenden Jahres nur die geringere Hälfte der konfiszierten Bistümer und Klöster mit Beschlag belegt, diese Maßregel traf namentlich die Erzstifter Magdeburg und Bremen und die Bistümer Minden, Werden, Halberstadt und Ratzeburg. Die von den Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg in Besitz

genommenen sechs Bistümer wurden nicht mit Beschlag belegt und zwar aus verschiedenen Gründen. Bei dem Kurfürsten von Brandenburg wollte man erst anfangen, wenn die Exekution in den anderen Kreisen fortgeschritten sein würde, den Kurfürsten von Sachsen wollte man aber schonen, weil man sich im Jahre 1620 auf dem Mühlhausner Tage verpflichtet hatte, jene Fürsten, die dem Kaiser bei der Wiedererwerbung von Böhmen helfen würden, nicht gewaltsam aus den von ihnen besetzten Stiftern zu vertreiben. Wir wollen die Leser mit der Schilderung der einzelnen Vorkommnisse bei der gewaltsam durchgeführten Restitution nicht weiter behelligen, nur die Vorgänge in Magdeburg und Halberstadt wollen wir wegen ihrer besondern Wichtigkeit anführen.

VI. Schon vor Erlassung des Restitutionsedikts hatte Waldstein den Kaiser ermahnt, er möge die Stifter Magdeburg und Halberstadt mit Beschlag belegen und sie seinem Sohne Leopold Wilhelm mit päpstlicher Zustimmung übertragen. Es war nicht die Sorge für die Größe des Kaiserhauses, die Waldstein zu diesem Rate vermochte, sondern die Rücksicht auf die Bedürfnisse seines Heeres, denn er erklärte gleichzeitig, daß der Erzherzog vorläufig auf die Einkünfte aus beiden Stiftern verzichten müsse, da dieselben für die Armee verwendet werden müßten. Der Kaiser war mit diesem Ratschlag einverstanden und bemühte sich zuerst das Bistum Halberstadt in seine Gewalt zu bekommen, wobei ihm der Umstand zugute kam, daß dasselbe eben vakant war. Als nämlich der bekannte Administrator Christian kurz vor seinem Tode, der ihn im Laufe des dänischen Krieges ereilte, auf sein Bistum zu Gunsten des zweiten Sohnes des Dänenkönigs verzichtet hatte, erkannte das Kapitel diese Übertragung nicht an, sondern nahm eine Neuwahl vor, welcher wiederum der Kaiser die Anerkennung versagte. Der päpstliche Nuntius Caraffa bemühte sich nun die Wiener Staatsmänner zum entschlossenen Handeln anzueifern, da die Gelegenheit zur Erwerbung dieses Stiftes sich insofern günstig zeigte, als eine Anzahl Domherren katholisch waren und die protestantischen durch Drohungen eingeschüchtert werden

konnten. Der Rat wurde befolgt und bei der vorgenommenen Neuwahl der Sohn des Kaisers, Erzherzog Leopold Wilhelm, auf den bischöflichen Stuhl erhoben und so das Bistum, das bereits neunzig Jahre, also noch vor dem Passauer Vertrag in den Händen der Protestanten war, ihnen entwunden, ohne daß von einer eigentlichen Gewalt die Rede war.

Was in Halberstadt so glücklich vollführt worden war, sollte nun auch in Magdeburg vor sich gehen. In den Besitz dieses Erzstiftes war ein der Familie Hohenzollern angehöriger Prinz Christian Wilhelm gekommen, der dasselbe als Administrator verwaltete und beim Beginn des 30jährigen Krieges eine dem Kaiser jedenfalls nicht unfreundliche Rolle spielte. Als jedoch im weiteren Verlaufe der Ereignisse auch die friedfertigsten Fürsten Partei nehmen mußten, schlug er sich auf die Seite des Dänenkönigs, wurde aus seinem Erzbistum vertrieben, vom Domkapitel abgesetzt und an seine Stelle der Sohn des Kurfürsten von Sachsen postuliert. Der Kaiser erkannte jedoch diese Postulation nicht an und da er die Domherren zu keiner anderen Wahl zwingen konnte, so ersuchte er einfach den Papst, das Erzbistum auf seinen Sohn, den Bischof von Halberstadt, zu übertragen, welchem Wunsche Urban VIII willfahrte.

Waldstein, der das Stift Magdeburg bereits nach allen Richtungen ausgesogen hatte, suchte nun in der Stadt selbst festen Fuß zu fassen und verlangte von derselben die Aufnahme und Erhaltung eines Regiments Fußvolkes. Die Magdeburger, die wohl einsahen, daß jede Nachgiebigkeit sie unablässigen Quälereien und schließlich dem Ruin entgegenführen würde, schlugen das Verlangen ab und begannen eilig ihre Festungswerke auszubessern, um sowohl gegen einen Handstreich, wie gegen eine Belagerung gesichert zu sein. Ihre Vorsicht reizte den kaiserlichen General, er verfügte deshalb schon zu Ende März (1629) von Güstrow aus, wo er damals wegen der Lübecker Friedensverhandlungen residierte, die Blokade der Stadt, die nun von einigen tausend Mann so bewacht wurde, daß nicht bloß der Handelsverkehr und die Zu-

fuhr von Lebensmitteln abgeschnitten wurden, sondern auch die Bürger sich nicht ohne Gefahr für ihr Leben aus ihren Mauern entfernen durften.

Unter diesen Umständen mußten die Magdeburger auf das äußerste gefaßt sein. Sie suchten zwar durch eine Deputation an Waldstein und durch das Anerbieten einer Geldsumme sich aus der Klemme zu ziehen, rüsteten aber dabei nach Möglichkeit und machten sogar Ausfälle auf das Blokadekorps, weil sie sich nur so die Zufuhr der Lebensmittel sichern konnten. Die Erfolge, die sie ab und zu erlangten, reizten den kaiserlichen Feldherrn je länger je mehr und er wäre gern anfangs Juli aus Güstrow zur Belagerung der Stadt aufgebrochen, wenn ihn nicht die Organisation der Verwaltung von Mecklenburg und Sorgen aller Art festgehalten hätten. Die Hansestädte suchten bei ihm zu Gunsten Magdeburgs zu vermitteln, dieses selbst richtete eine Bittschrift an den Kaiser und bat ihn, er möge die Zerwürfnisse durch eine Kommission, zu deren Präsidenten es den Kurfürsten von Sachsen vorschlug, untersuchen lassen und den zu erwartenden Vergleich bestätigen. Um ihren guten Willen zu beweisen, war die Stadt erbötig, das Getreide, dessen sie sich bei einem Ausfall auf Kosten der Kaiserlichen bemächtigt hatte, wieder herauszugeben. Die Bittschrift fand in Wien insofern eine gute Aufnahme, als man einsah, daß Waldstein es nur auf die Beraubung Magdeburgs abgesehen habe und man die Erbitterung, welche sich in Deutschland gegen das kaiserliche Heer entwickelt hatte, nicht steigern wollte. Man gab also durch eine Botschaft an Waldstein dem Wunsche Ausdruck, er möge den Streit in friedlicher Weise schlichten und sich mit einer Zahlung begnügen.

Noch wußte der kaiserliche General nichts von dieser Entschließung, als sich eine Deputation der Hansestädte in seinem Hauptquartier in Wollmirstedt einfand und im Namen Magdeburgs die Restitution des erbeuteten Getreides und eine Zahlung für das kaiserliche Kriegsvolk anbot. Als die Deputation in das fürstlich[illegible]mach eintrat, ließ Waldstein sie gar nicht zu Worte kom-

men, sondern fuhr sie an, daß er sich nicht zum Narren halten lasse und sich mit der Auslieferung der Beute nicht begnügen werde, er wolle der Stadt selbst sicher sein und deshalb eine Besatzung hineinlegen. Einige Tage später versuchte es der Magdeburger Syndicus Dr. Denhardt auf derselben Grundlage wie die Hansestädte mit dem Herzog zu verhandeln; dieser schnaubte ihn aber noch gröber an und verlangte nicht nur die Zulassung einer Garnison sondern auch daß eine Anzahl jener Personen, die sich an dem letzten Ausfall beteiligt hatten, zum Tode verurteilt und zwei namentlich benannte ihm ausgeliefert würden. „Ich muß die Garnison haben," so schloß er seine Rede, „ich komme doch hinein, so viel ist gewiß. Und daß ich die beiden Kerle heraushaben will geschieht zu dem Zwecke, daß ich ihnen die Köpfe abschlage .... Und wo ich die beiden Köpfe nicht bekomme, soll es noch 2000 Köpfe kosten. Das ist meine Meinung."

Von Wollmirstedt begab sich Waldstein nach Halberstadt und man vermutete, daß er die Belagerung Magdeburgs nun ernstlich in Angriff nehmen werde, da die Stadt trotz aller Drohungen nicht nachgab, sondern sich nur noch entschlossener gegen die Kaiserlichen wehrte. Es kam aber nicht zur Belagerung, vielmehr zur größten Überraschung der Magdeburger zu einer Aussöhnung und zwar infolge der steigenden Zerwürfnisse zwischen Waldstein und den Ligisten, die es dem ersteren rätlich erscheinen ließen, die Saiten nicht allzustraff zu spannen. Die friedliche Vereinbarung zwischen Waldstein und Magdeburg wurde dadurch herbeigeführt, daß der Graf Pappenheim, der, wie es scheint, mit dem Kommando über die Blokadetruppen betraut war, der Stadt einen Waffenstillstand bewilligte, damit die von den Hansestädten neuerdings angebotene Vermittlung ihren Fortgang finden könnte. Wie warm sich die Hansestädte Magdeburgs annahmen, zeigt ihr Beschluß, der bedrängten Stadt bewaffnete Hilfe zu senden, wenn ein friedlicher Ausgleich nicht gelingen würde. Als sich ihre Gesandten im Verein mit einigen Magdeburgern in Halberstadt ein-

zusammen und einigten sich nach mehrwöchentlicher Unterhandlung abermals dahin, eine Gesandtschaft nach Wien abzusenden, die um eine ausgiebige Herabsetzung des kaiserlichen Heeres und um Milderung der an Dänemark zu stellenden Friedensbedingungen ersuchen sollte. Gleichzeitig beschloß man, 27 000 Mann zu Fuß und 4000 Reiter so lange in Bereitschaft zu halten, bis man hören werde, welches Resultat man in Wien erlangt habe. Den Waldsteinschen Truppen wollte man sich gewaltsam widersetzen, wenn sie die Ligisten aus ihren Quartieren verdrängen würden. Mit der Gesandtschaft wurden zehn Personen betraut, unter denen die hervorragendsten der Mainzer Domdechant Reinhard von Metternich und der Graf Wolkenstein waren. Bevor wir über das von ihnen erreichte Resultat berichten, müssen wir zuerst unsere Aufmerksamkeit anderen wichtigen Ereignissen zuwenden, nämlich dem Abschlusse des dänischen Friedens, der Publikation des Restitutionsedikts und den Bemühungen Waldsteins in Magdeburg festen Fuß zu fassen.

IV. Die Friedensverhandlungen mit Dänemark wurden erst im Jahre 1629 ernstlich in Angriff genommen, nachdem das Jahr zuvor der Kampf mit stets gleichem Erfolge fortgesetzt worden war. Waldstein beschäftigte sich im Jahre 1628 nicht allein mit der Bekämpfung des Dänenkönigs, sondern hatte sein Auge auf die Besetzung einiger der wichtigsten Häfen an der Ostsee gerichtet. Er versuchte sich zuerst an der Belagerung von Stralsund, durch dessen Einnahme er an der Ostsee eine dominierende Stellung eingenommen hätte. Schon wurden Unterhandlungen eingeleitet, infolge welcher die Stadt eine Kontribution zahlen, den kaiserlichen Truppen freien Durchzug durch ihre Mauern gewähren und alle feindlichen Verbindungen aufgeben sollte (14. Juli 1628). Allein diese Verhandlungen wurden von der Stadt nur zum Schein geführt, denn schon einige Tage vorher hatte sie eine Allianz mit Gustav Adolf abgeschlossen, welcher darauf eine schwedische Truppenabteilung in Stralsund landen ließ und ihr die weitere Verteidigung übertrug. Da die Kaiserlichen wegen mangelhafter Ver-

pflegung große Einbuße erlitten und die Zufuhr noch sparsamer wurde, als die dänische Flotte sich Stralsund näherte, so mußte Waldstein, der geschworen hatte, die Stadt einzunehmen, auch wenn sie mit eisernen Ketten an den Himmel befestigt wäre, die Zustimmung zur Aufhebung der Belagerung geben. Der König von Dänemark suchte sich nun der Insel Rügen zu bemächtigen, die von 8000 Mann kaiserlicher Truppen besetzt war, allein er gelangte damit nicht zum Ziele, dagegen eroberte er die Insel Usedom und breitete sich darauf auf dem Festlande aus. Waldstein zog nun rasch die nötige Mannschaft zusammen, um sich den weiteren Fortschritten des Dänenkönigs entgegenzustellen, und schlug ihn bei Wolgast (2. September 1628). Diese Niederlage bewirkte, daß Christian IV die Friedensverhandlungen jetzt ernstlich betrieb.

Auf welcher Grundlage der Kaiser den Frieden schließen wollte, haben wir bereits angedeutet; aus einer Mitteilung, die er dem König von Spanien zukommen ließ, entnehmen wir auch, daß er Jütland zu gewinnen hoffte und diese Halbinsel gegen die Lausitz an Sachsen abtreten und zugleich verlangen wollte, Christian solle den Sund allen seinen Feinden versperren. Waldstein und Tilly wurden beauftragt die Verhandlungen zu führen, thatsächlich beteiligte sich aber keiner von beiden an denselben, sondern jeder schickte seine Bevollmächtigten nach Lübeck, wo sie mit den dänischen Kommissären am 24. Januar 1629 zusammentrafen. Am 10. Februar waren die Formfragen erledigt und nun traten die Dänen mit ihren Friedensbedingungen auf. Sie lauteten auf die Wiederherstellung des Besitzstandes im niedersächsischen Kreise, wie er vor dem Kriege bestand und auf den Ersatz des von den kaiserlichen und ligistischen Truppen angerichteten Schadens. Der Kaiser sollte sich auch noch verpflichten dem Könige von Dänemark beizustehen, wenn dieser um des Friedens willen von jemand angegriffen werden würde. Man kann nicht sagen, daß diese Bedingungen im Munde eines geschlagenen Fürsten *bescheiden klangen* und so war selbstverständlich von einer Annahme

derselben keine Rede. Die Gegenpartei beschloß nun mit ihren Vorschlägen hervorzutreten, über die zuerst zwischen Waldstein und Tilly, die sich nicht am gleichen Orte befanden, hin und her verhandelt werden mußte, bis sie endlich am 12. März in Lübeck überreicht wurden. Der Sieger verlangte, daß Christian Holstein, Schleswig und das ditmarsische Land abtreten und Jütland dem Kurfürsten von Sachsen so lange überlassen solle, bis sich dieser, der die Lausitz wieder ihrem ehemaligen Herrn zurückstellen müsse, für seine dem Kaiser geleisteten Dienste bezahlt gemacht habe. Weiter sollte der König für sich und seinen Sohn allen Ansprüchen auf die norddeutschen Stifter entsagen, den Kaiser und die Ligisten für die Kriegskosten entschädigen und den kaiserlichen Feinden den Sund verschließen. Als die dänischen Bevollmächtigten diese Bedingungen vernahmen, erklärten sie, daß sie die Verhandlungen abbrechen müßten, denn wozu bedurfte es der Verhandlungen, wenn man ihrem König nur das lassen wolle, was ihm nicht genommen werden konnte, nämlich die Inseln, und wenn er auch noch zahlen sollte.

Auf kaiserlicher Seite mäßigte man jetzt die Forderungen, Waldstein bevollmächtigte seine Vertreter, dem König von Dänemark keine Gebietsabtretungen und keinen weitern Schadenersatz zuzumuten, wenn er auf die ihm gehörigen Stifter verzichten und 5 000 000 Thaler zahlen würde. Diese Bedingungen stachen gewaltig gegen die ersten ab, trotzdem wollte sich Christian IV nur zum Aufgeben der Stifter, aber zu keiner Kriegsentschädigung verpflichten. Bei der Stellung, welche die Liga um diese Zeit gegen den Kaiser einnahm, konnte von einem gemeinschaftlichen Vorgehen gegen Dänemark keine Rede sein, und da Waldstein jetzt mehr gegen die Liga auf seiner Hut sein zu müssen glaubte als gegen Dänemark, so nahm er die von Dänemark gebotenen Bedingungen an und ratifizierte den Frieden im Verein mit Tilly durch seine Unterschrift am 7. Juni 1629. Der Friedensschluß, der auch später vom Kaiser bestätigt wurde, bestimmte, daß Christian für sich und seinen Sohn allen Ansprüchen auf die

Viertes Kapitel.

Der Regensburger Kurfürstentag.

I. Weitere Klagen der Ligisten über das kaiserliche Heer. II. Die Absetzung Waldsteins auf dem Kurfürstentage von Regensburg und die Neugestaltung des kaiserlichen Heerwesens. III. Die Verhandlungen über den italienischen Frieden. IV. Ablehnung der Wahl Ferdinands III und die übrigen Verhandlungen in Regensburg. V. Die Verhandlungen Frankreichs über den Abschluß eines umfassenden Bündnisses gegen die Habsburger und zwar namentlich mit Maximilian von Baiern und mit Gustav Adolf.

I. Die Gesandten, welche im Auftrage des Heidelberger Ligatages in Wien über das kaiserliche Heer Klage führen sollten, trafen daselbst im Mai 1629 ein und verlangten, daß die Besitzungen der ligistischen Fürsten fortan mit allen Einquartierungen verschont bleiben und daß die kaiserlichen Truppen deshalb aus dem fränkischen und schwäbischen Kreise zurückgezogen werden sollten; ferner sollten die ligistischen Truppen in ihren Quartieren nicht von den kaiserlichen angegriffen und verdrängt und endlich alle weiteren Werbungen eingestellt werden. Ihre Forderungen wurden abgewiesen. Der Kaiser wollte die beiden Kreise um 1000 Reiter entlasten, aber 4000 Reiter sollten sie noch ferner verpflegen; die neuen Werbungen könne er angesichts der Gefahren, die ihm von Schweden und anderen Ländern wegen der Durchführung des Restitutionsedikts drohten, nicht aufgeben, nur bezüglich seiner Offiziere versprach er bessere Disziplin zu halten und die Ligisten gegen gewaltsame Ausquartierungen zu schützen. Die ligistischen Gesandten mußten also unverrichteter Dinge in ihre Heimat zurückkehren.

Bei den feindseligen Verhältnissen, die sich allmählich zwischen der Liga und der kaiserlichen Regierung entwickelten, ist es begreiflich, daß der Heidelberger Tag auch die wiederholte Bitte Spaniens an Herzog Maximilian und die Liga um eine Truppenhilfe gegen die freien Niederlande abschlägig beschied. In Spanien war es seit dem Jahre 1623 ein Gegenstand der heißesten Wünsche, die Liga und den Kaiser in den Krieg gegen die Niederlande zu verwickeln; Philipp IV hatte dies, wie wir gesehen haben, im Jahre 1626 auf den Verhandlungen in Brüssel zu erreichen gehofft. Die Liga wollte sich jedoch um keinen Preis in irgend ein Unternehmen einlassen, ehe sie nicht des kaiserlichen Kriegsvolkes los und ledig geworden war und so wies sie das spanische Gesuch ab.

Als die abschlägige Antwort des Kaisers auf die Forderungen der Liga bekannt wurde, verschlechterten sich die Beziehungen zwischen ihm und der letzteren zusehends und gestalteten sich noch schlimmer, als thatsächlich nicht einmal die geringen Versprechungen Ferdinands eingehalten wurden. Nach wie vor verdrängten kaiserliche Truppenabteilungen die Ligisten gewaltsam aus ihren Quartieren, forderten Kontributionen in den katholischen Gebieten und legten es, wie sich Maximilian gegen den Grafen Collalto ausdrückte, darauf an, das ligistische Volk wegen Mangels am Unterhalt zugrunde zu richten. Nach vorherigem Übereinkommen beschwerten sich die vier katholischen Kurfürsten abermals bei dem Kaiser. In dem ihm (am 15. Oktober 1629) überschickten Schriftstück warnten sie ihn vor den Gefahren, die er durch sein Kriegsvolk und durch die Ächtung der Herzöge von Mecklenburg auf sich herabbeschworen habe, Schweden sei im Bunde mit den Hansestädten, Holland beteilige sich auch an demselben, Bethlen lauere nur auf eine Gelegenheit, um über den Kaiser herzufallen, und wenn diese Feinde zum Angriff übergingen, dann würden sich ihnen die deutschen Stände anschließen, denn sie seien durch das kaiserliche Kriegsvolk zur Verzweiflung gebracht. Der Kaiser müsse die „mecklenburgische Sache auf mildere Wege

richten" (also die Ächtung der Herzöge zurücknehmen und Waldstein des Herzogtums entkleiden) und unbedingt bei seinem Kriegsvolk eine andere und bessere Ordnung einführen. Diese Botschaft unterstützte Maximilian durch die Abschickung eines eigenen Gesandten, des Hofkammerdirektors Mandl, durch den er dem Kaiser die Gefahren, die ihn bedrohten, noch augenfälliger schildern ließ.

Ferdinand war nicht gleichgiltig gegen diese Vorstellungen und Klagen; er vergoß Thränen, als er den bairischen Gesandten empfing und behauptete, daß ihm nichts teurer sei, als der Bund mit seinem alten Freunde dem Kurfürsten von Baiern. Aber das war auch alles, er konnte seinem General die Reduzierung der Armee nicht anbefehlen, dazu war Geld nötig, um den rückständigen Sold zu bezahlen und daran mangelte es stets in Wien. Als die Gesandten des Heidelberger Bundestages noch in Wien weilten, hatten die kaiserlichen Räte dem Kaiser geraten, das nötige Geld von den katholischen Ständen zu verlangen; da man aber andererseits in voraus überzeugt war, daß man in schroffer Weise abgewiesen werden würde, so stellte man dies Verlangen nicht; dadurch aber verschlechterten sich die Verhältnisse noch mehr, weil die Soldrückstände wuchsen. Bei den protestantischen Ständen konnte man eine Geldforderung mit noch geringerer Aussicht auf Erfolg erheben, denn bei ihnen hatten die Kaiserlichen und die Ligisten alles ausgeraubt, namentlich war die Mark Brandenburg in haarsträubender Weise verwüstet; größere Summen also, wie sie nötig waren, konnten nicht mehr erpreßt werden. Der Kaiser stand ratlos da: von der einen Seite bedrängte ihn die Liga und forderte die Entlassung des Heeres, von der anderen forderten die zu Entlassenden ihren Sold und er konnte ihn nicht bezahlen! Nur ein einziger Mann hätte da helfen können und das war Waldstein.

Da es dem letzteren nur zu wohl bekannt war, welchen grimmigen Haß er auf sich geladen hatte, und da er denselben durch seine fortgesetzten Werbungen täglich steigerte, so drängt sich die Frage auf: was beabsichtigte er und weshalb schädigte

er die Interessen seines Herrn so sehr? Wenn Waldstein die erreichte Stellung in Mecklenburg behaupten und sie durch neue Erwerbungen sichern wollte, so mußte er kampfgerüstet dastehen, denn wenn es zum Frieden und zur Entlassung der Heere kam, so unterlag er dem ersten besten Angriffe in Mecklenburg, der Kaiser konnte ihn da nicht schützen und die übrigen Reichsfürsten hätten sich gewiß für ihn nicht eingesetzt. Durch mancherlei Vorspiegelungen, deren wir bereits Erwähnung thaten, hatte er in dem Kaiser die kaum je ernstlich festgehaltene Sehnsucht nach einer umfassenden Herrschaft in Deutschland geweckt, er hatte ihn zur Achtung der Herzöge von Mecklenburg bewogen und nun er sich hier einmal festgezt hatte, waren seine begehrlichen Augen auf Brandenburg gerichtet. Wenn er nicht alles erreichte, so ging alles für ihn verloren, er setzte deshalb seine bisherigen Erfolge als Einsatz ein und nötigte den Kaiser, sich an dem Spiele zu beteiligen, dessen Gewinn ihm ausschließlich zu Teil geworden wäre. Sein Interesse allein entschied, daß man in Wien die Klagen der Ligisten nicht günstig erledigte. Man meinte zwar damals, daß sich der Kaiser mit dem Plane der Knechtung Deutschlands trage und zahlreich waren die Anschuldigungen und Klagen, die deshalb von den Protestanten und Ligisten erhoben wurden; nur wenige Personen und darunter Maximilian von Baiern, beurteilten die Lage richtig, indem sie nie den Kaiser, sondern nur allein Waldstein anschuldigten. Die Art und Weise, wie der letztere damals auftrat, verdunkelte den Glanz aller Fürstenhöfe. Für seine persönlichen Bedürfnisse mußten an allen Orten, wo er seinen Aufenthalt aufschlug, 646 Pferde bereit gehalten werden und zwar je 6 Pferde für 46 Herrenwagen, je 4 für eine gleiche Zahl anderer Wagen, 80 Reitklepper, 40 Reitpferde u. s. w. Für sein Gefolge waren noch außerdem 413 Pferde nötig, es bestand aus dem Obersthofmeister, dem Kanzler, mehreren Kammerherren und Truchsessen, aus vier Jesuiten, zahlreichen Edelknaben, Kammerdienern, Lakaien, fünfzehn Köchen; im ganzen aus 225 Personen, dazu kamen noch die Sattler, Riemer und Schnei-

der und eine Leibkompagnie von 100 Kroaten. Für die Verpflegung des ganzen Hofstaates mußte in verschwenderischer Weise vorgesorgt werden und geradezu haarsträubend sind die Requisitionen an Fleisch, Geflügel, Butter, Mehl und Delikatessen aller Art, die hiefür in dem jeweiligen Quartier erpreßt wurden. Die Gesandten und Bittsteller, die an diesem Hofe sich einfanden und regelmäßig unverrichteter Dinge wieder abzogen, empfanden bei der königlichen Bewirtung, die ihnen zu Teil wurde, doppelt den Jammer, welchen sie durch ihre Bitten und Vorstellungen vergeblich zu lindern sich bemühten.

Obgleich sich Waldstein also trotz aller ligistischen Klagen von seinem Vorhaben nicht abwendig machen ließ, so übten sie doch eine Wirkung auf ihn aus, indem er, wie wir bei der Behandlung der Magdeburger angedeutet haben, in der religiösen Frage eine andere Haltung anzunehmen begann und Äußerungen fallen ließ, die man nur zu Gunsten einer billigen Behandlung der Protestanten deuten konnte. Man kann ihn nicht beschuldigen, daß er bis dahin einen besonderen Eifer in der Verfolgung der Protestanten an den Tag gelegt habe, er betrachtete die religiöse Frage als eine Staats- und nicht als eine Gewissensfrage, aber jedenfalls befolgte er willig die reformatorischen Dekrete Ferdinands, duldete auf seinen Gütern in Böhmen keinen Protestanten und nur in seinem Heere und in wichtigen Geschäften, bei denen es auf Wissen und Talent ankam, bediente er sich derselben. Er entschuldigte dies Gebahren in Wien mit der Notwendigkeit; gegen den Kurfürsten von Sachsen stellte er es aber so hin, als ob es der Ausfluß seines unparteiischen Rechtsgefühls sei, daß er zwischen Katholiken und Protestanten keinen Unterschied machen wolle. Vielleicht war dem wirklich so, es mag sich ja in ihm allmählich eine Gleichgiltigkeit gegen die kirchlichen Unterschiede und Streitigkeiten entwickelt haben, je mehr er seinen ehrgeizigen Gedanken nachging und je mehr er die Menschen, die ihm willig dienten, zu verachten lernte. Wenn er aber mit dieser Gesinnung nicht mehr hinter dem Berge hielt, so

war dies ein Beweis, daß er es auf einen Bruch mit der Liga ankommen lassen wollte. Bei dem Kaiser konnten ihm derartige Bemerkungen nicht schaden, da derselbe ganz in seiner Hand war. Nach seinen eigenen Mitteilungen an den sächsischen Gesandten, befehligte er im Augenblicke über mehr als 100 000 Mann, von denen ein Teil nach Italien aus Gründen, die wir später erörtern werden, abgeschickt worden war. Er wollte die Zahl auf 150 000 Mann bringen, den nach Italien abgeschickten Succurs auf 50 000 erhöhen und für sich in Deutschland 100 000 Mann behalten. So gerüstet wollte er die Liga ebenso bändigen, wie er die Protestanten bis dahin gebändigt hatte.

Als der Kaiser im Herbst 1629 die Absicht zur Berufung eines Kurfürstentages kundgab, auf dem er Hilfe in seinen finanziellen Schwierigkeiten finden und die Wahl seines Sohnes auf den deutschen Thron durchsetzen wollte, waren die katholischen Kurfürsten mit dieser Berufung einverstanden, weil sie ihrerseits die Absetzung Waldsteins erzwingen wollten. Auf einem im Winter von 1629/30 in Mergentheim abgehaltenen Bundestage beschlossen die Ligisten trotz des zu Lübeck geschlossenen Friedens, 20 000 Mann so lange zu unterhalten, bis man sehen würde, welchen Verlauf der Kurfürstentag nehmen würde. Die Truppen sollten sie eventuell gegen die Kaiserlichen verteidigen, wenn die Drangsale kein Ende nehmen würden. Diese Beschlüsse mögen in Wien viel Kopfweh verursacht haben, man wollte ihnen sogar Rechnung tragen und zur Absetzung Waldsteins schreiten (!), wenigstens wurde Tilly vom Kaiser (am 23. März 1630) gefragt, ob er das Oberkommando übernehmen wolle. Der greise Feldherr entschuldigte sich zwar mit seinem „Alter und seiner Inkapazität“, war jedoch im äußersten Fall erbötig, dem Rufe zu folgen, wenn ihm die Liga hiezu die Erlaubnis geben würde. In Wien ließ man nach dieser halben Ablehnung den Gegenstand fallen und beeilte sich, dem Kurfürsten von Mainz den Auftrag zur Ausschreibung des Kurfürstentages zu geben. Man trug sich mit der Absicht auf demselben die Unterhaltung des kaiserlichen Kriegs-

volkes und die Kosten seiner Verabschiedung endgiltig auf das Reich zu wälzen und sonst noch einige streitige Angelegenheiten, über die wir später berichten werden, zur Entscheidung zu bringen. Die finanziellen Schwierigkeiten sollten also dadurch beseitigt werden, daß das Reich für die Kriegslasten haftbar gemacht wurde. In Anbetracht des Mißerfolges, den dieser Plan in Regensburg erfuhr und den alle einsichtigen Leute voraussahen, muß man die kaiserlichen Staatsmänner der Kurzsichtigkeit beschuldigen. Dieselbe Kurzsichtigkeit zeichnete aber auch die spanischen Staatsmänner aus, denn sie glaubten in allem Ernste, der Kaiser könne es in Regensburg durchsetzen, daß ihm allein in Deutschland das Recht zur Aufstellung von Truppen zuerkannt werde. So hoch wähnten sie das kaiserliche Ansehen gestiegen, während es thatsächlich vom Einsturze bedroht war.

Während sich die kaiserliche Partei mit so glänzenden Hoffnungen trug, die deutschen Reichsfürsten sich dagegen zu einer grimmigen Opposition vorbereiteten, schürte Frankreich schon zu Anfang des Jahres 1630 den allgemeinen Haß gegen das Waldsteinsche Heer, eiferte die Kurfürsten an, auf seine Entlassung zu dringen und bot ihnen eine Hilfe von 50000 Mann an. Die Absicht, welche Richelieu bei diesen Anerbietungen leitete, war die, daß er dem Kriege, der in Italien im Jahre 1629 zwischen Frankreich, Spanien und dem Kaiser entbrannt war und über dessen Ursache wir weiter unten berichten werden, ein Ende machen wollte. Als der Kurfürstentag eröffnet werden sollte, schickte der Kardinal zwei geriebene Diplomaten nach Regensburg den Mr. Leon de Bruslart und den bekannten Kapuziner Joseph mit Aufträgen, deren Zweck auf die Herstellung des italienischen Friedens berechnet war. Die beiden Franzosen kamen ihrem Auftrage mit großer Geschicklichkeit nach, sie bildeten das Verbindungsglied zwischen den katholischen und protestantischen Kurfürsten, waren die vertrauten Ratgeber und Freunde beider Parteien und nahmen überhaupt eine Stellung ein, als ob sie die natürlichsten Freunde Deutschlands wären.

II. Der Kurfürstentag trat im Juni 1630 in Regensburg zusammen und wurde von den katholischen Kurfürsten in Person besucht, von Sachsen und Brandenburg aber durch Gesandte beschickt; der Kaiser selbst traf in Begleitung der Kaiserin, seines ältesten Sohnes und zweier Töchter am 19. Juni in der genannten Stadt ein. Später fanden sich daselbst auch Vertreter des Pfalzgrafen Friedrich, der englische Gesandte Anstruther, die beiden französischen Gesandten, der päpstliche Nuntius und die spanischen Gesandten, der Herzog von Tursi und Jaques Bruneau ein. Dieser zahlreiche Besuch zeigt, daß man die Bedeutung dieses Tages erkannte und von demselben wichtige Entscheidungen erwartete. Thatsächlich wurde hier die größte diplomatische Schlacht des Jahrhunderts geschlagen. Gegen seine Freunde machte Maximilian kein Hehl daraus, daß er den Kaiser zur Entlassung Waldsteins zwingen wolle und so wurde er der Mittelpunkt der ganzen Aktion in Regensburg, denn alles, was da erschien, gehörte mit Ausnahme der kaiserlichen Diener und der spanischen Gesandten zur unerbittlichen Opposition, die in dem genannten Kurfürsten ihr geistiges Haupt und ihren einzigen Retter sah. Richelieu, der in ihm eine ihm verwandte Natur erkennen mochte, bereitete nach Möglichkeit den Boden für seine Thätigkeit vor, indem er durch seine Gesandten die einzelnen Kurfürsten ermahnte, die Leitung ihrer Angelegenheiten ganz und gar dem Herzoge von Baiern zu überlassen.

Die Verhandlungen nahmen am 3. Juli damit ihren Anfang, daß der Kaiser den Kurfürsten persönlich seine Proposition übermittelte. Er berührte in derselben die Wahlfrage nicht, wünschte aber inbetreff des Heerwesens, daß zur besseren Ordnung desselben bezüglich der notwendigen Kontributionen, der Einquartierung oder der Durchzüge ein bestimmter Plan entworfen werde, durch den für alle Bedürfnisse vorgesorgt würde. Wurde diese Forderung ohne Widerrede bewilligt, dann trat der von Spanien erwartete Fall ein und die Kaisermacht bekam eine feste Grundlage. Aus eben diesem Grunde begreifen wir, daß der

Kurfürst von Sachsen, als ihm die Nachricht zukam, daß der Kaiser mit diesem Vorschlage in Regensburg auftreten wolle, die Hoffnung ausdrückte, er werde dies nicht thun, denn auf diese Weise müßten „alle Reichsfreiheiten über den Haufen geworfen werden“ und es wäre „eine unerhörte Neuerung, wenn die freien Reichsstände dergestalt zur Kontribution verbunden“ werden sollten. Die Besorgnis des Kurfürsten war vollständig begründet, denn wenn das Reich die Unterhaltung des kaiserlichen Kriegsvolkes auf sich nahm und wenn dies nach spanischer Anschauung Regel wurde, dann blieb für die bisherige Fürstenmacht kein Raum übrig und das, was man deutsche Freiheit nannte, war dann begraben.

Unter den übrigen Punkten der Proposition warf der erste die Frage auf, in welcher Weise eine „rechtschaffene Konjunktion“ unter den Reichsständen hergestellt werden könnte, wenn der Friede nicht zu Stande käme; der zweite enthielt den Antrag, daß dem Pfalzgrafen wegen seiner Umtriebe die Gnadenpforte endgiltig verschlossen werden solle; in zwei anderen wurden die Kurfürsten um ihr Gutachten ersucht, in welcher Weise die Holländer vom Reichsboden vertrieben und die Mantuanischen Streitigkeiten beigelegt werden sollten. Zum Verständnis dieser Angelegenheiten bemerken wir, daß sich die Holländer im Laufe des niedersächsischen und dänischen Krieges einiger festen Plätze in Jülich bemächtigt hatten und daß über den Besitz von Mantua seit dem Tode des letzten Herzogs Vincenz ein Streit zwischen Frankreich und dem Kaiser ausgebrochen war. Der Kaiser betrachtete Mantua als ein erledigtes Reichslehen und wollte dasselbe nach seinem Gutdünken, also im Einverständnis mit Spanien vergeben; Frankreich dagegen wollte den spanischen Einfluß nicht wachsen lassen und trat für den Herzog von Nevers auf, einen Agnaten des herzoglichen Geschlechtes von Mantua, dessen Sohn zum Überfluß eine Tochter des drittletzten Herzogs geheiratet hatte. Dieser Streit hatte bereits zu einem Kriege in Italien zwischen Spanien und dem Kaiser einerseits und Frankreich andererseits geführt

Waldstein hatte zu diesem Ende einen Teil seiner Truppen im Jahre 1628 nach Italien geschickt.

Das kurfürstliche Kollegium erledigte die vorgelegten Fragen nicht auf einmal, sondern beantwortete zunächst die dringlichste, die bezüglich des kaiserlichen Heerwesens; es beeilte sich mit seiner Antwort um so mehr, weil es die Absetzung Waldsteins beantragen wollte.

Die Absetzung Waldsteins war das Programm, in welchem sich nicht nur die Teilnehmer des Kurfürstentages, die Katholiken so gut wie die Protestanten, sondern auch alle fremden Besucher einten; die einzige Ausnahme bildete neben dem spanischen Gesandten, der für Waldstein auftrat, der Kurfürst von Brandenburg, der sich neutral verhielt. Nur übergroße Angst veranlaßte den letzteren zu dieser zaghaften Haltung; er fürchtete sich derart vor den Raubgelüsten Waldsteins, daß er sich nicht bloß scheute, seine Gesandten zu beauftragen für die Absetzung zu wirken, sondern ihnen geradezu befahl, sich neutral zu verhalten, und nur das Beispiel der übrigen Kurfürsten veranlaßte die Gesandten und später auch ihren Herrn sich der Majorität anzuschließen. Maximilian übernahm in der folgenden diplomatischen Schlacht die Rolle des Führers und stellte sich in den Vordergrund des Treffens, weil er von der Verderblichkeit Waldsteins für das deutsche Staatswesen überzeugt und der Hilfe Frankreichs gewiß war, wenn es aus diesem Anlaß zwischen ihm und dem Kaiser zum Bruche kommen sollte. Seit dem vorigen Herbste hatten zwischen Frankreich und Baiern Verhandlungen über einen Vertrag stattgefunden, der nach dem Wunsche Ludwigs XIII die Liga vom Kaiser trennen und ihre Streitkräfte ihm zur Verfügung stellen sollte. Der Vertrag war zwar noch nicht abgeschlossen, als der Konvent zu Regensburg zusammentrat, allein Maximilian konnte sicher sein, daß er in dem Punkte, welcher ihm Hilfe gegen alle Angriffe des Kaisers zusicherte, augenblicklich in Kraft treten würde, sobald er dieser Hilfe bedurfte. Maximilian brach im Vertrauen auf die französische Hilfe alle Brücken hinter sich ab und lehnte aus diesem Grunde

auch ein Gesuch Waldsteins um eine persönliche Zusammenkunft ab, das dieser aus Memmingen, wo er zur Zeit des Regensburger Tages weilte, an Maximilian richtete. Was würde der letztere wohl für Mitteilungen und Anerbietungen gemacht haben, wenn die Zusammenkunft stattgefunden hätte?

Unter dem maßgebenden Einflusse des Kurfürsten von Baiern wurde an den Kaiser in Form einer Antwort auf den betreffenden Punkt seiner Proposition (am 16. Juli) der Antrag gestellt, er möge sich mit den Kurfürsten über die Stärke seiner Armee — wenn dieselbe noch weiter nötig sein sollte — und über die Art und Weise ihrer Besoldung vergleichen und die Kontributionen nicht willkürlich von den Kriegsoffizieren erpressen lassen, sondern um ihre Bewilligung in Kreisversammlungen ansuchen. Man war also gewillt, für das kaiserliche Heer streng innerhalb der Reichssatzungen und nach vorher eingeholter Zustimmung der Kreistage Sorge zu tragen, was allerdings wenig Tröstliches in sich schloß. An diesen Antrag knüpften die Kurfürsten die Bitte um die Entlassung Waldsteins, weil „an dem Haupt alles gelegen sei", und wenn hiezu nicht ein Mann gewählt werde, zu dem die Reichsstände Zutrauen hätten, alle neuen Bestimmungen nichts helfen würden.

Als der Kaiser Kenntnis von dieser Schrift genommen hatte, war er erbötig, die Stärke seines Kriegsheeres von der Zustimmung des Kurfürstentages abhängig zu machen, nur hatte er kein Zutrauen in die von den Kreistagen zu bewilligenden Kontributionen und ebenso wenig wollte er die Entlassung Waldsteins zusagen, sondern nur alle Exzesse in seiner Armee abstellen. Es war dies das alte, so oft wiederholte Versprechen, dem nie die That auf dem Fuße folgte. Aus eben dem Grunde verwarf das kurfürstliche Kollegium dieses Anerbieten mit der Erklärung, daß es bei der Bitte um die Abstellung weiterer Exzesse vor allem die „Exzesse im Direktorium" im Sinne gehabt habe. Daß ein Feldhauptmann ohne Zustimmung der Reichsstände ernannt und mit absoluter Gewalt ausgerüstet werde, daß ihm für die Unter-

haltung seiner Armee keine ordentlichen Geldmittel angewiesen und ihm die Anstellung neuer Werbungen freigestellt werde, widerspreche den Fundamentalgesetzen des Reiches; sie ersuchten deshalb den Kaiser um die Ernennung eines neuen Feldhauptmanns, der im „Reiche deutscher Nation geboren und ein Stand- und Mitglied desselben sei".

Über diese Eingabe wurde am 2. August infolge kaiserlichen Auftrages von den Grafen von Fürstenberg, dem Freiherrn von Strahlendorf und den Herrn von Rech, Nostitz und Arnoldin Rat gehalten und zuletzt beschlossen, daß jeder seine Meinung abgesondert, im geheimen und schriftlich dem Kaiser übergeben solle. Diese Bestimmung läßt keine andere Erklärung zu, als daß die Räte sich selbst vor einander scheuten und sich, wenn sie gegen Waldstein stimmten und er doch nicht entlassen würde, seiner Rache nicht preisgeben wollten. Die Mehrzahl oder vielleicht alle abgegebenen Gutachten mögen nicht zu Gunsten Waldsteins gelautet haben, indessen entschied ihr Gutachten nicht allein in einer Frage, die alle hervorragenden Personen am kaiserlichen Hofe beschäftigte, voran die Kaiserin, den P. Lamormain, den Fürsten von Eggenberg, den Grafen von Trauttmansdorff und den Abt von Kremsmünster, den damaligen Finanzminister; alle diese Personen waren mit Ferdinand nach Regensburg gekommen, und ihre Meinung mußte jedenfalls mit zehnfacher Schwere in die Wagschale fallen. Eggenberg allein mag für Waldstein gesprochen haben, es geht dies aus der Anerkennung hervor, die man später von spanischer Seite seiner Haltung in Regensburg zollte. Lamormain trat nicht für, sondern gegen Waldstein auf und zwar, wie die spanischen Depeschen vermuten lassen, infolge von Weisungen, die er aus Rom erhalten hatte, und in demselben Sinne scheint auch die Kaiserin gewirkt zu haben, da sie Mantua gern ihrem Neffen, dem Sohne des Herzogs von Nevers, gegönnt hätte und dies Ziel nur gegen Spanien und also gegen den von Spanien unterstützten Waldstein erreichen konnte. Der Abt von Kremsmünster galt bisher als treuer Anhänger des kaiserlichen

Generals, allein da er sich keiner besondern Achtung erfreute, so übte er nur geringen Einfluß aus, im Fall er sich für ihn aussprach. Graf Trauttmansdorff kann mit Sicherheit als ein Gegner Waldsteins angesehen werden.

Von den hervorragenden Personen erhob also mit Bestimmtheit Eggenberg allein seine Stimme zu Gunsten des vielfach angefeindeten Mannes, aber auch er konnte dies nicht mit jener Schärfe und Entschiedenheit thun, die ihm vielleicht innegewohnt haben würde, wenn er eine bessere Sache vertreten hätte. Er konnte nur auf die Gefahren hinweisen, welche die Entlassung Waldsteins für das kaiserliche Heerwesen im Gefolge haben würde, aber zugleich nicht in Abrede stellen, daß er einen fluchbeladenen Mann und dessen fluchbeladenes Werk verteidige. Es darf uns nicht Wunder nehmen, daß der schwache Kaiser sich in einer wahren Seelenangst befand: auf der einen Seite das eigene Interesse, dem Gefahr drohte, auf der andern Seite das ganze Reich, also nicht bloß die Protestanten, sondern auch die Katholiken, die ihm bisher treu zur Seite gestanden waren!

Um eine günstige Entscheidung herbeizuführen, beschlossen die vier katholischen Kurfürsten sich persönlich bei Ferdinand einzufinden und ihm ihre Bitte ans Herz zu legen. In der Audienz, die ihnen (am 1. August) erteilt wurde, trat der Kurfürst von Mainz — es war dies Anselm Casimir von Wambold, der im Jahre 1629 den erzbischöflichen Stuhl bestiegen hatte — tapfer für die gemeinsame Sache ein und verwahrte sich und seine Kollegen fast mit derselben Rücksichtslosigkeit, die bisher gegen sie geübt wurde, gegen den ferneren Druck. Ferdinand, durch diese Audienz und die dabei geführte Sprache mehr erschüttert als durch alle bisherigen Klagen, versicherte die Kurfürsten auf „Kavaliersehre“, daß er Hilfe schaffen werde und forderte darauf von den Mitgliedern seines Geheimrates ein Gutachten ab. An der betreffenden Beratung nahmen alle in Regensburg anwesenden Geheimräte mit Ausnahme des Freiherrn von Werdenberg, also Eggenberg, Slawata, Meggau, Strahlendorf, der Abt von Krems-

münster, Mansfeld, Trauttmansdorff, Fürstenberg, Nostitz und Reck Teil, und nunmehr rieten alle einstimmig ihrem Herrn die Entlassung Waldsteins an, der General sollte geopfert und der Versuch zu einer Neugestaltung des Heerwesens gemacht werden. Der Kaiser war mit dem Ratschlag einverstanden.

Am 13. August ließ er das ganze Kurfürstenkollegium, also wahrscheinlich auch die sächsischen und brandenburgischen Gesandten, vor sich kommen und teilte ihnen mit, daß er sich zur Entlassung seines Feldhauptmanns entschlossen habe. Katholische und mitunter auch protestantische Historiker sind der Ansicht, daß dieser Entschluß für ihn von den bittersten Folgen begleitet war und ihn von der erreichten Machthöhe herabgestürzt habe. Abgesehen davon, daß diese Machthöhe mehr scheinbar als wirklich vorhanden war, wie unsere Erzählung sattsam darthut, müssen wir entschieden die Berechtigung dieser Ansicht bestreiten. Derjenige, der die damalige Lage der Dinge genau kennt, muß die Überzeugung gewinnen, daß sich gegen Ferdinand, wenn er nicht nachgab, eine Koalition zwischen sämtlichen deutschen Fürsten und Frankreich und Schweden gebildet hätte, unter der seine Macht vielleicht noch herbere Schläge erleiden konnte, als dies später wirklich der Fall war. Der Kaiser durfte sich nur dann dem Haß seiner Gegner kühn entgegenstellen, wenn er selbst an der Spitze seiner Armee gestanden wäre und wenn er in den Offizieren tüchtige und kenntnisreiche Männer zur Seite gehabt hätte und nicht jene vaterlandslosen Haudegen und jene italienischen Diebe und Räuber, von denen es in seinem Heere wimmelte: kurz, er selbst hätte den Kampf aufnehmen müssen und nicht durch einen Diener wie Waldstein führen dürfen, der nur seine eigenen Interessen im Auge hatte. Wir sehen jetzt klar in dieser Angelegenheit und können demnach mit ziemlicher Sicherheit die Folgen, die mit der Unnachgiebigkeit des Kaisers verbunden gewesen wären, bestimmen. Damals jedoch litt man noch zu sehr unter der Angst vor Waldstein und glaubte sich allein durch seine Entlassung gerettet, und so war das Urteil damals ebenso verwirrt wie zum Teil

noch heuzutage. Johann Georg von Sachsen bewahrte deshalb dem Kurfürsten Maximilian ein dankbares Andenken und erklärte viele Jahre später, daß man ihm stets für die durch ihn bewirkte Entlassung Waldsteins dankbar sein müsse.

Nachdem der Kaiser seinen Entschluß gefaßt hatte, mußte er den in Memmingen weilenden General davon verständigen. Nichts zeigt die herabwürdigende Stellung, die der Kaiser demselben gegenüber einnahm, auffälliger an, als die Art und Weise, wie sich seine Gesandten, die Herren von Werdenburg und Questenberg, ihres Auftrages entledigen sollten. Ferdinand trug ihnen auf, dem General seine Entlassung so schonend als möglich mitzuteilen und ihn im eigenen Interesse aufzufordern, sich in dieselbe zu fügen und keine unannehmbaren Bedingungen für die Aufrechthaltung der von ihm erworbenen Herrschaft zu stellen. Es klingt durch diese Aufträge die Bitte durch, Waldstein möge sich in seinem Zorne nicht zu einem Gewaltschritt hinreißen lassen, andererseits deuten sie auch an, daß er sich bezüglich Mecklenburgs zu Konzessionen herbeilassen müsse.

Die beiden Gesandten versahen sich in Anbetracht ihrer Botschaft eines üblen Empfanges und wohl wäre derselbe unfreundlich genug ausgefallen, wenn Waldstein nicht bereits von seinem Vetter, dem Grafen Maximilian, von der Absetzung verständigt worden wäre und so Muße gehabt hätte, sich sein Benehmen zurechtzulegen. Wie hart ihn auch der Schlag getroffen haben mochte, so viel sah er ein, daß er sich gegen den Beschluß des Kaisers nicht auflehnen dürfe, denn er konnte sich doch nicht mit ihm und den deutschen Fürsten in einen Kampf einlassen. Da er sich also in das Unvermeidliche fügen wollte, so that er dies mit Würde: er empfing die kaiserlichen Gesandten auf das zuvorkommendste und ließ sie ihre Rede gar nicht beendigen, sondern unterbrach sie mit den Worten, daß er sein Schicksal bereits in den Sternen gelesen habe. „Der Kurfürst von Baiern dominiert über den Kaiser, und daher kann ich dem letzteren keine Schuld beimessen, leid thut es mir nur, daß Seine Majestät sich meiner

so wenig angenommen, ich will aber Gehorsam leisten.“ Nachdem er noch die Bitte hinzugefügt hatte, Ferdinand möge keine Schmälerung seines Besitzes (also namentlich in Mecklenburg) zulassen, entließ er die Gesandten mit königlichen Geschenken.

Noch vor der Abreise Werdenburgs und Questenbergs nach Memmingen verhandelte man bereits in Regensburg darüber, wer an Waldsteins Stelle mit dem Kommando betraut werden solle. Die Kurfürsten schlugen Maximilian von Baiern vor und glaubten hiedurch ihre Sicherheit gewahrt, den Katholiken gefiel dieser Vorschlag, weil sie wußten, daß neben Maximilian Tilly das Kommando führen und demnach ein tüchtiger General an der Spitze der gesamten Truppenmacht stehen werde. Dagegen waren die kaiserlichen Minister mit dem Vorschlage wenig einverstanden, denn sie sahen ein, daß die Bedeutung des Kaisers in Deutschland vollständig brachgelegt sein würde, wenn Maximilian über das Heer verfügte wie Waldstein. Aus diesem Grunde rieten sie ihrem Herrn, den Vorschlag der Kurfürsten zwar anzunehmen, aber dem Herzog das Kommando nur mit verminderter Gewalt zu übertragen, ihm also weder in der Ernennung der Obersten und sonstigen Offiziere, noch in den anzustellenden Werbungen, weder in der Austeilung der Quartiere und in der Wahl der Musterplätze, noch sonst in allen wichtigen Angelegenheiten freie Hand zu lassen, sondern von Wien aus alles zu dirigieren. Der Kaiser war damit einverstanden und verlangte auch, daß die kaiserlichen und ligistischen Truppen zu einem einzigen Körper vereint und als kaiserliche Armee angesehen werden sollten. Gegen diese Forderung und die Schmälerung seiner Befugnisse sperrte sich aber der Kurfürst von Baiern auf das heftigste, und sein Widerstand fand den Beifall seiner geistlichen Kollegen. In den Verhandlungen, die bei dieser Gelegenheit zwischen den kaiserlichen Ministern und den katholischen Kurfürsten geführt wurden, lehnten die ersteren auch jeden Beitrag zur Instandhaltung der Armee ab, weil der Kaiser seine Einkünfte für die Bewachung Ungarns und für seinen Hof aufbrauche.

Die Beratungen über diesen Gegenstand wurden durch mehrere Wochen fortgesetzt, brachten aber keine Annäherung zwischen den Ligisten und den Kaiserlichen zustande: der Kaiser blieb dabei, daß er keinen Beitrag leisten und die Gewalt des Oberfeldherrn beschränken wolle, wogegen der Kurfürst von Baiern unter diesen Umständen das Kommando nicht annehmen mochte. Schließlich einigte man sich über folgende Punkte: 1) die kaiserliche Armee sollte auf 40 000 und die ligistische auf 20 000 Mann reduziert und beide aus den von den Kreistagen einzufordernden Kontributionen ernährt werden und 2) das oberste Kommando sollte an Tilly, der dem Kaiser und der Liga gleichmäßig verpflichtet sein und sich mit einer beschränkten Gewalt zufrieden geben sollte, übertragen werden. Das Zugeständnis bezüglich der auf Reichskosten zu erhaltenden kaiserlichen Armee thaten die katholischen Kurfürsten nur im Hinblick auf die von Schweden drohende Gefahr, dessen König im Monat Juli in Stralsund gelandet war. Dagegen ersuchten die Katholiken den Kaiser auf das dringendste, er möchte dem Kriege in Italien ein Ende machen und auf diese Weise zu Frankreich in ein freundliches Verhältnis treten. Wenn dieses Ansuchen Gehör fand, so war die mantuanische Streitfrage erledigt.

III. Wir haben oben erzählt, daß nach dem Tode des Herzogs Vincenz von Mantua der Herzog von Nevers, ein Agnate des Gonzagaschen Geschlechtes, der wegen der Heirat mit einer französischen Erbtochter seinen Namen geändert hatte, den Besitz von Mantua beanspruchte. Um nicht in seinen Ansprüchen durchkreuzt zu werden, hatte er sich des Herzogtums (zu Anfang des Jahres 1628) bemächtigt und später um die kaiserliche Belehnung angesucht. Die Kaiserin, eine Tochter des Gonzagaschen Geschlechtes, gönnte dem Herzoge von Nevers die Erwerbung von Mantua und setzte es durch, daß der Sohn desselben, als er sich im selben Jahre in Wien einfand, freundlich aufgenommen und mit Hoffnungen vertröstet wurde. Vielleicht hätte der Kaiser diese Hoffnungen erfüllt, wenn Spanien nicht Einsprache erhoben und den Herzog von Quastalla für die Belehnung vorgeschlagen

hätte. Philipp IV konnte seine Bitte nicht bloß mit dem Hinweis auf die von Spanien dem Kaiser geleisteten Dienste unterstützen, sondern sich auch auf den im Jahre 1617 geschlossenen Vertrag berufen, durch welchen Ferdinand seine Ansprüche auf die Kronen von Ungarn und Böhmen mit dem Versprechen abgekauft hatte, alle vakanten Lehen in Italien ihm zu übertragen. Aus Rücksicht auf Spanien verweigerte also der Kaiser dem Herzog von Nevers die unmittelbare Belehnung und verlangte von ihm, daß er keine Herrschaft in Mantua ausübe, sondern den kaiserlichen Urteilsspruch erwarte.

Die Herzöge von Nevers und Guastalla waren übrigens nicht die einzigen Bewerber um die Hinterlassenschaft, um einen Teil derselben und zwar um Montferrat bewarben sich die Herzogin von Lothringen und der Herzog von Savoyen aus verschiedenen verwandtschaftlichen Gründen. Auch Spanien wollte nicht leer ausgehen, und deshalb traf der spanische Statthalter in Mailand Anstalten, um das feste in Montferrat gelegene Casale zu belagern, das von französischen Truppen als sogenannten Freiwilligen besetzt worden war und von ihnen gegen spanische Angriffe verteidigt wurde. Der Herzog von Savoyen besetzte auch einige Orte in diesem Gebiete unter dem Vorgeben, im Auftrage des Kaisers zu handeln, was natürlich den Herzog von Nevers veranlaßte, sich um so inniger an Frankreich und Venedig anzuschließen, welche beide seine Ansprüche mit aller Gewalt durchsetzen wollten.

Der Kardinal Richelieu, der seit der Eroberung von La Rochelle die Arme frei hatte, beschloß den Kampf gegen die Habsburger in Italien aufzunehmen, da er gewiß war, daß er im Laufe desselben Savoyen für sich gewinnen werde und der moralischen Unterstützung des Papstes versichert war. Am 15. Februar 1629 langte Ludwig XIII deshalb in Grenoble an, wo die Armee versammelt war, an deren Spitze er seinen Einzug in Italien halten wollte. Allein der Herzog von Savoyen stellte sich entschlossen den Franzosen entgegen, als sie bei Susa nach Piemont vor-

dringen wollten, weil Frankreich den Preis nicht zahlen wollte, den er für seine Allianz begehrte. Da er jedoch zurückgeschlagen wurde, sah er sich (am 11. März) zu einem Vertrag genötigt, durch den er die Allianz mit Spanien aufgab und sich gegen einige unwesentliche Versprechungen verpflichtete, die Successionsansprüche des Herzogs von Nevers zu fördern. Sein Eifer für die neue Allianz erkaltete aber bald, als er sah, daß man ihn in seinen Vergrößerungsplänen gegen Spanien nicht unterstützen wollte.

Ludwig XIII konnte indessen seinen Zug nach Italien nicht fortsetzen, sondern mußte den größten Teil seiner Streitkräfte wieder zurückführen, um dem Kampfe mit den Hugenotten im Languedoc ein Ende zu machen. Richelieu hatte gehofft, daß der Fall von La Rochelle auf die Hugenotten derart entmutigend einwirken werde, daß sie die Waffen niederlegen würden, allein der Herzog von Rohan, ihr Anführer, wollte dies nur unter der Bedingung thun, wenn der König von England zu den Friedensverhandlungen zugelassen und die Garantie für die Erhaltung der vereinbarten Bedingungen übernehmen würde. Diese Forderungen wollte der Kardinal um keinen Preis erfüllen, lieber verharrte er noch weiter im Kriegszustand mit England, da wie es schien, beide Ziele, der Friede mit den Hugenotten und der mit England, nur vereint zu erlangen waren. Karl I, der jedoch wegen der steigenden Schwierigkeiten in seinem Königreiche sich mit auswärtigen Sorgen nicht weiter belasten wollte, schloß endlich selbständig Frieden (4. April 1629) und überließ die Hugenotten ihrem Schicksal. Gegen diese ging man nun im Laufe des Frühjahres mit großer Übermacht vor, infolge deren sie überall den kürzern zogen und zuletzt zum Frieden und zur Übergabe ihrer festen Plätze genötigt wurden. Fortan sollten sie nur als religiöse Partei geduldet werden und da ihnen eine allgemeine Amnestie zugestanden wurde, so konnten sie sich vorläufig in ihre neue Lage fügen.

Als der König von Frankreich im Beginn des Jahres 1629

seinen Zug nach Italien unternommen und damit offen die Autorität des Kaisers in der Entscheidung der Mantuanischen Streitfrage angetastet hatte, rieten zahlreiche Personen dem letzteren, den Schlag ruhig hinzunehmen und den Herzog von Nevers zu belehnen, da dieser erbötig war, ihn für seine Übergriffe um Verzeihung zu bitten. Der Kaiser wäre damit einverstanden gewesen, allein die Rücksicht auf Spanien, der Groll gegen Frankreich und der Wunsch, von dem großen Waldsteinschen Heere einen entsprechenden Nutzen zu ziehen, veranlaßten ihn im Einverständnis mit Waldstein 26 000 Mann nach Italien abzusenden, die unter der Anführung Collaltos durch die Pässe von Graubünden ihren Weg dahin einschlugen und im Oktober im Mantuanischen einrückten.

Während Collalto sich vergeblich bemühte Mantua einzunehmen, bereitete Richelieu nach Besiegung der aufrührerischen Bewegung im Languedoc einen neuen Zug nach Italien vor, an dem er sich nicht bloß selbst beteiligte, sondern dem sich auch der König im folgenden Jahre (1630) anschloß. Er verwendete seine Truppen zunächst zur Besetzung einiger savoyischer und piemontesischer Städte, da das frühere Bündnis mit Savoyen mittlerweile in das Gegenteil umgeschlagen war. Die Franzosen beschuldigten den Herzog eines falschen Spieles und behandelten ihn deshalb als Feind. Der französische Kriegszug brachte dem Herzog von Nevers indessen keine Hilfe, denn als er zum zweitenmale in Mantua belagert wurde, fiel die Stadt nach einer hartnäckigen Verteidigung in die Hände der kaiserlichen Truppen, die nun furchtbar in derselben hausten und auch das herzogliche Schloß seiner Kostbarkeiten beraubten. Man berechnete den Schaden, den Mantua erlitt, und den Wert der geraubten Kostbarkeiten auf 18 Millionen Scudi.

Die Eroberung von Mantua ging gerade in den Tagen vor sich, als Gustav Adolf auf deutschem Boden gelandet war. Die katholischen Kurfürsten, welche die Gefahr wohl erwogen, die ihnen von diesem Manne drohte, wenn sie sie gleich nicht in ihrer gan-

zen Größe würdigten, wünschten den Frieden in Italien aufrichtig herbei und begünstigten deshalb die Ansprüche Nevers, wodurch sie sich zugleich gegen Frankreich für die angebotene Hilfe dankbar erweisen wollten. Ununterbrochen lagen sie dem Kaiser in den Ohren, er möge die Hand zum Frieden bieten. Ihre mündlichen und schriftlichen Bitten führten sie diesmal um so schneller zum Ziele, als Ferdinand seit der Entlassung Waldsteins sich auch nach Frieden sehnte; doch verlangte er, daß derselbe sich nicht bloß auf Italien, sondern auch auf Deutschland beziehen solle, Frankreich also da die kaiserlichen Gegner nicht unterstütze. Die französischen Gesandten in Regensburg ließen sich anfangs August in die entsprechenden Unterhandlungen ein, doch bemerkten sie, daß sie nicht bevollmächtigt seien die beschlossenen Artikel zu unterzeichnen, sondern hierüber erst nach Hause berichten müßten. Da sie aber erbötig waren, um eine erweiterte Vollmacht nachzusuchen, so wurden die Verhandlungen weiter geführt und schließlich einigte man sich am 13. Oktober über einen Friedensvertrag, ohne daß diese Vollmacht angelangt wäre.

Man kann die katholischen Kurfürsten nicht beschuldigen, daß sie bei der Empfehlung des Friedens bloß die Befriedigung Frankreichs im Auge gehabt hätten, schon der erste Artikel zeigt deutlich, daß sie den Kaiser und sich selbst nicht vergaßen. Sie verlangten für die Begünstigung der französischen Interessen in Italien als Gegenpreis, daß Frankreich die Unterstützung der Feinde des Kaisers, also namentlich Gustav Adolfs aufgebe und in der That enthielt der erste Artikel des Friedensvertrages diese Zusicherung. In den übrigen Artikeln wurde Mantua und Montferrat dem Herzoge von Nevers zugesprochen, während die Herzöge von Savoyen und Guastalla mit einigen Ländereien abgefunden wurden, deren Reinertrag für Savoyen jährlich 18 000, für Guastalla 6000 Scudi betragen sollte. Man dürfte sich wundern, daß die französischen Gesandten, denen doch die gleichzeitigen Verhandlungen Richelieus mit Gustav Adolf bekannt waren, sich zur Unterzeichnung des ersten Artikels ohne gehörige Vollmacht bereit

zeigten. Allein abgesehen davon, daß der Kaiser und die Kurfürsten sich nur unter dieser Bedingung dem Frieden zuneigten und sie hoffen konnten, daß die Unterstützung Gustav Adolfs, die man von Frankreich aus nur mit Geld beabsichtigte, geheim bleiben würde, wurden sie auch durch die Nachricht von einer gefährlichen Erkrankung des Königs in Bestürzung versetzt und zur Unterzeichnung bewogen. Denn sie sahen voraus, daß nach dem Tode des Königs die Leitung der Staatsgeschäfte in Frankreich in andere Hände als die des Kardinals Richelieu übergehen würde und daß dann keine weitgreifenden Pläne verfolgt werden würden. Auf alle Fälle sicherten sie aber dem König die letzte Entscheidung, indem sie vor der Unterzeichnung ausdrücklich erklärten, daß sie nicht genug bevollmächtigt seien.

Wir wollen hier gleich anführen, welches Schicksal der mit Frankreich geschlossene Vergleich hatte. Ludwig XIII, dem bei dem glücklichen Verlauf des von Gustav Adolf unternommenen Krieges mehr als je daran gelegen war, mit ihm ein Bündnis abzuschließen, wollte sich nicht durch den Regensburger Vertrag daran hindern lassen und verweigerte die Ratifikation desselben. Bruslart, der nach Wien geschickt wurde, sollte seine Weigerung damit begründen, daß diejenigen Artikel, welche die Entschädigung der Herzöge von Savoyen und Guastalla und die Belehnung des Herzogs von Nevers festsetzten, unklar gehalten seien, zum Nachteil des letztgenannten Herzogs ausgelegt werden könnten und deshalb umgearbeitet werden müßten. Die kaiserlichen Minister wollten diese Einwendungen nicht anerkennen, allein zu dem Mittel, welches ihnen allein hätte helfen können, nämlich den Krieg in Italien mit größerer Energie aufzunehmen, konnten sie nicht greifen, weil die katholischen Kurfürsten diesen Krieg unter keinen Umständen gutgeheißen hätten und weil Gustav Adolf die kaiserlichen Waffen bereits sattsam in Anspruch nahm, so daß die Rückberufung der in Italien weilenden Truppen dringend nötig wurde. Man setzte deshalb nicht bloß in Wien die Verhandlungen mit Bruslart fort, sondern bevollmächtigte auch den General Gallas,

der in Italien an des mittlerweile verstorbenen Collalto Stelle das Kommando führte, zu Unterhandlungen mit den Franzosen und dieser schloß mit ihnen nicht ohne Mühe einen neuen Vertrag zu Chierasco ab, der den französischen Wünschen genügte, indem er namentlich die Aufgebung der Graubündner Pässe feststellte und damit dem österreichischen Einflusse in Graubünden ein Ende machte. Das war nun wieder nicht nach dem Sinne des Kaisers, er versagte die Bestätigung des Vertrages und trug Gallas auf, neue Verhandlungen mit den beiden französischen Vertretern, Servien und dem Marschalle Toiras, einzuleiten, welche zu einem abermaligen Abschluß führten. Daß auch in diesem modifizierten Vertrage den französischen Wünschen Rechnung getragen wurde, ergiebt sich daraus, daß Gallas gleichzeitig 21 000 Mann kaiserlicher Truppen nach Deutschland abschickte und sonach Italien räumte. Der Kaiser billigte den zweiten Vertrag von Chierasco, weil er nicht anders konnte.

Nachdem sich Ferdinand entschlossen hatte, den französischen Forderungen in Italien nachzugeben und damit auch den päpstlichen Wünschen Rechnung zu tragen, glaubte er seinerseits an Ludwig XIII das Ansuchen stellen zu können, von der Allianz mit Gustav Adolf, deren Bedingungen damals so ziemlich bekannt waren, abzulassen. Er schickte zu diesem Behufe den Reichshofrat Kurz von Senftenau nach Paris und verlangte vom König, daß er getreu den Versprechungen seiner Gesandten in Regensburg den Schweden keinerlei Unterstützung zukommen lasse. Richelieu hätte in gewohnter Weise die Allianz mit Gustav Adolf in Abrede stellen können, da Frankreich ihn nur mit Geld unterstützte und die Zahlung heimlich geschehen konnte, allein diesmal hielt es der Kardinal schon um des moralischen Eindruckes willen nicht für angezeigt, etwas zu verheimlichen. Der Gesandte erhielt also die trockene Antwort, daß der König die Allianz mit einem alten befreundeten Königreich, wie Schweden, nicht aufgeben und sonach auf die kaiserlichen Wünsche nicht eingehen könne.

IV. Durch die Entlassung Waldsteins und durch die sicht-

liche Begünstigung, die der Kaiser den Friedensverhandlungen zu Teil werden ließ, glaubte er seinerseits gerechten Anspruch auf die Erfüllung jenes Wunsches zu haben, der ihn bei der Berufung des Kurfürstentages geleitet hatte, nämlich auf die Wahl seines Sohnes zu seinem Nachfolger auf dem deutschen Throne. Daß der kaiserliche Hof diese Absicht in Regensburg verfolgen werde, wußte man bereits seit Monaten, alle Kurfürsten ohne Ausnahme waren aber entschlossen, die Wahl ebenso abzulehnen, wie sie (mit Ausnahme Brandenburgs) einmütig in der Waldsteinfrage gewesen waren. Der Kardinal Richelieu mahnte sie, ihre Stimmen keinem andern Kandidaten als dem Kurfürsten von Baiern zu geben, wenn sie nicht etwa die Wahl auf den König von Frankreich lenken würden. Der Kapuziner Joseph handelte im Sinne dieser schon einige Monate vorher gegebenen Instruktion, indem er mehr als je seine wühlerische Thätigkeit fortsetzte. Trotzdem hielten die Kurfürsten mit ihrer Opposition noch im Monate August hinter dem Berge, so daß der Fürst von Eggenberg gegen den Herzog von Tursi die Hoffnung aussprach, die Wahl werde ohne besondere Schwierigkeit vor sich gehen. Am 1. September stellte er direkt das betreffende Ansuchen an den sächsischen Gesandten und wahrscheinlich auch an die anderen Kurfürsten. So lange der Friede in Italien nicht geschlossen war, gaben dieselben keine bestimmte Antwort, als dies aber der Fall war, liefen von Sachsen und Brandenburg Schreiben ein, in welchen beide Kurfürsten die Teilnahme an der Wahl ablehnten und dasselbe thaten nun auch die Katholiken.

Wie bitter auch Ferdinand diese Niederlage empfunden haben mochte und wie deutlich sich ihm die Einbuße an Macht zeigte, die er durch Waldsteins Entlassung erlitten hatte, so fühlte sich der Hof von Madrid doch noch mehr getroffen, denn dort empfand man die Niederlage des Kaisers als einen den spanischen Interessen angethanen Schimpf. Mit welchen Hoffnungen hatte man sich getragen, als der Kurfürstentag eröffnet wurde! Man hatte dem Herzog von Tursi den Auftrag gegeben, eine Offensiv- und

Defensiv-Allianz mit dem Reiche in Ansehung Hollands abzuschließen; man hatte geglaubt, daß der Kaiser diesen Antrag gleich im Beginne der Verhandlungen stellen und seiner Proposition einverleiben werde. Der Kaiser hatte es indirekt gethan, als er an den Konvent die Frage richtete, wie man den Holländern, die den Reichsboden verletzten, entgegentreten solle, aber die Antwort, die er darauf erhielt, schnitt von vornherein jede Hoffnung auf ein Eingehen in die spanischen Wünsche ab. Die Kurfürsten gingen in ihrer Opposition so weit, daß sie die Spanier auf gleiche Stufe mit den Holländern stellten, sie beschuldigten, daß sie den Reichsboden ebenso verletzten und deshalb vorschlugen, man solle das Anerbieten der Holländer, den Reichsboden zu räumen, wenn die Spanier dasselbe thun würden, annehmen. Man konnte das Ansuchen um eine Allianz nicht höhnender ablehnen, als dies mit diesen Bemerkungen geschah.

Unter den Propositionen des Kaisers bei Eröffnung des Kurfürstentages betraf auch eine den geächteten Kurfürsten von der Pfalz, dem nunmehr definitiv die „Gnadenpforte" verschlossen werden sollte. Diese Absicht fand beim kurfürstlichen Kollegium mit Ausnahme Brandenburgs keine wesentliche Opposition, weil man Maximilian von Baiern um keinen Preis beleidigen durfte und weil auch Frankreich ausdrücklich durch seine Gesandten jede Beeinträchtigung des neuen Kurfürsten abgelehnt hatte. Das Kurfürstenkollegium riet also dem Kaiser, den Pfalzgrafen nur dann zu begnadigen und ihm einen Teil seines früheren Besitzes zurückzugeben, wenn er alle feindlichen Verbindungen aufgeben und um Verzeihung bitten würde. Nur der König von England nahm sich des geächteten Kurfürsten vorbehaltlos an, indem er den Ritter Anstruther nach Regensburg schickte und zugleich um die Zulassung des Herrn von Rustorf, als Gesandten seines Schwagers ersuchte. Das Spiel von Kolmar wiederholte sich nun in Regensburg, die Vertreter des Pfalzgrafen wollten nicht zugeben, daß er auf die kurfürstliche Würde und einen Teil seines Erbes Verzicht leiste und von kaiserlicher Seite wollte man dem

Pfalzgrafen höchstens die Niederpfalz überlassen. Man kam einander auf diese Weise nicht näher und die Vertreter Friedrichs mußten Regensburg verlassen, ohne ihrem Herrn etwas genützt zu haben, es sei denn, daß der Kaiser, um einen Beweis seiner friedlichen Gesinnung zu geben, die Ächtung des Pfalzgrafen insofern aufhob, als er ihm freien Aufenthalt in Deutschland gestatten wollte. Rustorf, der trotz seines diplomatischen Geschickes kein besseres Resultat herbeizuführen vermochte, legte den Mißerfolg dem Kurfürsten von Baiern allein zur Last. Welches Ansehens sich der letztere um diese Zeit erfreute, ersehen wir nicht bloß aus den oben erwähnten französischen Instruktionen, sondern aus dem gewiß noch unverdächtigeren Zeugnisse Rustorfs. „Der Herzog von Baiern," so schrieb er nach dem Haag, „ist so mächtig und gefürchtet, daß der Kaiser, seine Räte und die Kurfürsten zu ihm aufblicken und von seiner Autorität und Entscheidung sich abhängig fühlen. Ich würde nie geglaubt haben, daß dieser Prinz so geachtet, so angesehen, so geehrt und zugleich so gefürchtet sein könnte."

Da der Kaiser die Überzeugung gewonnen hatte, daß er auf dem Konvent nichts mehr erreichen werde, so schloß er ihn am 12. November. Zwei Tage vorher hatte er an die Liga eine Zuschrift ergehen lassen, worin er sich mit der Reduktion ihrer beiderseitigen Truppen auf 60000 Mann und ihrer Erhaltung mittelst Kreishilfe einverstanden erklärte und nun wiederholte er diesen Beschluß (doch ohne Angabe jener Ziffer von 60000 Mann) in dem dem gesamten Konvente erteilten Abschiede. Bezüglich der Holländer gab er die Versicherung ab, daß er sie nicht angreifen werde, wenn sie nicht weiter ins Reich rücken würden; er trug also dem Wunsche der Kurfürsten Rechnung, die wegen der Spanier um keinen Preis mit Holland brechen wollten. Des Königs von Schweden geschah in dem Abschiede insofern Erwähnung, als seine Landung in Deutschland als die alleinige Ursache angeführt wurde, um derentwillen nicht vollständig abgerüstet werden und nicht völliger Friede eintreten könnte. Wir bemerken

zu der obigen Angabe wegen der Reduktion der Truppen, daß das Versprechen später im Einverständnisse mit der Liga nicht erfüllt wurde, denn diese behielt statt der stipulierten 20 000 Mann etwa 10 000 Mann mehr unter ihren Fahnen und auch der Kaiser mag nur wenige Truppen entlassen haben, da die steigende Kriegsgefahr seit Gustav Adolfs Landung die Reduktion unmöglich machte.

Noch eine Angelegenheit kam in Regensburg und zwar in vertraulicher Weise zur Sprache: das Restitutionsedikt. Sachsen und Brandenburg verlangten von den katholischen Kurfürsten, daß sie ihre in der Waldstein- und Wahlfrage zur Schau getragene freundschaftliche Gesinnung auch bezüglich des Restitutionsediktes kundthäten. Georg Wilhelm von Brandenburg trug seinem in Regensburg weilenden Kanzler auf, die Kurfürsten von Baiern und Trier aufzusuchen und ihnen zu erklären, daß er nur unter der Bedingung auf das von Frankreich zwischen den katholischen und protestantischen Reichsfürsten vorgeschlagene Bündnis eingehen könne, wenn man von der Exekution des Restitutionsediktes ablassen würde; würde man ihn aber weiter bedrängen, so müßte er zu seiner Erhaltung zu den äußersten Mitteln greifen. Da er dieselbe Drohung gegen die übrigen katholischen Kurfürsten wiederholen ließ, so ersuchten die letztern den Landgrafen Georg von Darmstadt, einen Sohn des seither verstorbenen Landgrafen Ludwig, um einen Vermittlungsvorschlag. Da es aber nicht ihr ernster Wille war, den Klagen des Brandenburgers gerecht zu werden, so kam es über diesen Gegenstand in Regensburg zu keinen eingehenden Verhandlungen. Alles, wozu sich die Katholiken zuletzt herbeiließen, war, daß sie mit den Protestanten einen Konvent im künftigen Mai in Frankfurt am Main abhalten wollten, auf dem sie sich voraussichtlich höchstens zu einigen unbedeutenden Konzessionen entschlossen hätten.

V. Während die französischen Gesandten offiziell in Regensburg die Herstellung des Friedens in Italien und die Einräumung Mantuas in den Besitz des Herzogs von Nevers betrieben, be-

mühten sie sich, wie aus unserer Erzählung ersichtlich ist, die Kurfürsten zum entschlossenen Widerstande gegen die kaiserlichen Wünsche zu stimmen und durch sie dem Kaiser die Entlassung Waldsteins abzupressen. Hätte es sich den Franzosen bloß um die Beschränkung des habsburgischen Einflusses in die Grenzen des eigenen Besitzes gehandelt, so hätten sie sich jetzt zufrieden geben können; die Habsburger hatten in Regensburg die größte diplomatische Niederlage erlitten, niemand bewarb sich um ihre Allianz oder bot ihnen Hilfe an. Aber selbst diese Isolierung und die damit verbundene Ausschließung des habsburgischen Einflusses aus Deutschland genügte nicht mehr der französischen Herrschsucht. Richelieu beabsichtigte, dem Kaiser und dem König von Spanien einen positiven Verlust zuzufügen und deshalb verhandelte er mit dem Könige von Schweden und reizte ihn zum Angriffe, der im Falle des Gelingens die böhmische Frage nochmals anregen und unzweifelhaft zu Ungunsten des Kaisers entscheiden mußte, und zu gleichem Zwecke betrieb er von neuem eine Allianz mit England und Holland. Nach dem Plane des französischen Ministers sollte der Krieg nicht im Innern Deutschlands geführt werden, hier sollten sich die katholischen und protestantischen Fürsten vertragen und miteinander sogar ein Bündnis abschließen, Gustav Adolf dagegen sollte, unterstützt durch französische, englische und holländische Subsidien, bis in die kaiserlichen Erbländer vordringen!

Dieser Plan, der auf die Beraubung des Kaisers berechnet war, hatte mancherlei Schwierigkeiten im Gefolge. Stand zu erwarten, daß die protestantischen Fürsten, sobald sich die Verhältnisse günstig für sie gestalteten, das ihnen durch das Restitutionsedikt zugefügte Unrecht gutwillig ertragen oder sich in die Beraubung des Pfalzgrafen fügen würden? Und andererseits konnte man glauben, daß die Katholiken freiwillig auf die Vorteile des Restitutionsedikts verzichten oder der Kurfürst von Baiern das erworbene Kurfürstentum und die Oberpfalz hergeben würde? Beide Gegenfragen müßte man mit Nein beantworten. Wie konnte also Frankreich auf eine Einigung zwischen den deutschen Fürsten

hoffen, um sich ihrer gegen Ferdinand zu bedienen? Und endlich konnten die Katholiken den Kaiser dem Angriffe Gustav Adolfs preisgeben und die böhmische Krone den Protestanten ausliefern, ohne sich selbst zu gefährden? Wenn man auch diese Frage mit Nein beantwortet, so kann es uns nicht überraschen, wenn wir sehen, daß Frankreich sein kompliziertes Ziel nicht erreichen und die Katholiken nicht endgiltig vom Kaiser trennen konnte. Allein die Geschicklichkeit, die es bei den Verhandlungen an den Tag legte, ist beachtenswert, und die verschiedenen Phasen, welche dieselben durchmachten, sind voll bedeutsamer Wendungen, so daß sie der Schilderung wert sind und zwar umsomehr, als die Franzosen doch so viel erreichten, daß sie die Habsburger in ihrer Bedeutung noch tiefer herabdrückten als in Regensburg und sich auf Kosten der deutschen Linie des Elsasses bemächtigten. Die Verhandlungen teilten sich, wie aus dem Vorangehenden ersichtlich ist, nach vier Richtungen: sie betrafen erstens ein Bündnis zwischen Maximilian von Baiern und Frankreich, zweitens das schwedisch-französische Bündnis, drittens ein Bündnis zwischen den Katholiken und Protestanten Deutschlands und viertens ein Bündnis mit England und Holland.

Der Zeit nach begannen die Verhandlungen mit Baiern schon ein Jahr vor dem Regensburger Reichstag und zwar unter der Vermittlung des päpstlichen Nuntius in Paris, des Kardinals Bagni, der dabei als Vertrauensmann des Papstes fungierte, und so kam schon am 5. Oktober 1629 ein Vertragsentwurf in der französischen Kanzlei zustande, der das Substrat für die weiteren Erörterungen bildete. Maximilian ging auf dieselben mit Eifer ein, denn der Haß und die Furcht vor Waldstein erreichten damals bei ihm ihren Höhepunkt und er hätte sich dem Teufel verschrieben, wenn er durch dessen Hilfe die erlangte Würde behaupten und sich vor der Knechtung durch Waldstein sichern konnte. In das Geheimnis der Unterhandlungen sollten nach seinem ausdrücklichen Wunsche allein Ludwig XIII und die beiden Kardinäle, Richelieu und Bagni, eingeweiht werden, denn es handelte sich nicht bloß um die Festsetzung einer Truppenhilfe

gegen den Kaiser, sondern um die Wahl seines eventuellen Nachfolgers auf dem deutschen Thron, der nach Richelieus Wunsche niemand anderer als Maximilian sein sollte. Aber da dieser seine Bedenken gegen ein französisches Bündnis doch nie ganz unterdrücken konnte und persönlich von der Ehrenhaftigkeit des Kaisers überzeugt war, so minderte sich seine Sehnsucht nach der Einigung mit Frankreich in dem Grade, als Ferdinand durch seine Nachgiebigkeit das Mißtrauen beseitigte, Waldstein entließ und mit dem Kommando über sein Heer Tilly, der den ligistischen Interessen treu ergeben war, betraute. Maximilians Bedenken gegen das vorgeschlagene Bündnis steigerten sich später, als trotz der Versicherungen Frankreichs, daß der König von Schweden sich demselben anschließen und die ligistischen Besitzungen mit jedem Angriffe verschonen werde, der letztere nach seiner Landung in Deutschland und nach den ersten Erfolgen offen erklärte, daß er im niedersächsischen Kreise alles in den alten Zustand restituieren, also die infolge des Restitutionsediktes daselbst eingetretenen Änderungen abschaffen werde. In Ansehung des Restitutionsedikts wollten aber die Ligisten keinen Zoll breit nachgeben und deshalb zögerte Maximilian, je länger je mehr, sich definitiv an Frankreich zu binden. Erst als der König von Schweden immer größere Fortschritte in Deutschland machte und es augenscheinlich war, daß die deutschen Katholiken sich statt mit Gustav Adolf gegen ihn einigen mußten, erst da wurden die Verhandlungen mit Frankreich wieder eifrig aufgenommen und führten im Mai 1631 zum Abschluß des Bündnisses, dessen Spitze nach der Intention Maximilians gegen Schweden gerichtet sein sollte und über welches Bündnis wir am gehörigen Orte nähere Mitteilungen machen werden.

Die Verhandlungen zwischen Frankreich und Schweden nahmen im Winter von 1629/30 ernstlich ihren Anfang. Richelieu bezweckte durch das Bündnis nicht bloß den Angriff auf die Habsburger und die Restitution der Herzöge von Mecklenburg, sondern auch die Stärkung der protestantischen Reichspartei. Der fran-

zösische Gesandte Baron de Charnacé sollte Gustav Adolf mitteilen, daß Richelieu mit den Ligisten in Unterhandlungen stehe, um sich ihrer Neutralität zu versichern, wogegen auch der König versprechen müsse, sich jedes Angriffes auf die ligistischen Besitzungen zu enthalten. Von dem Restitutionsedikt war keine Rede, Frankreich wollte also die dadurch herbeigeführten Änderungen weder aufrecht halten noch bekämpfen. In dem Vertragsentwurf, den Gustaf Adolf dagegen dem Baron Charnacé zur Annahme vorlegte, erklärte er, daß er mit einem Heere nach Deutschland gehen wolle, wenn Ludwig ihn mit 300 000 Thalern jährlich unterstützen würde, und daß der Zweck seines Einmarsches die Wiederherstellung der früheren Verhältnisse in Deutschland sei. Mit der Liga war er erbötig einen Freundschafts- und Neutralitätsvertrag abzuschließen, wenn sie ihn in der versuchten Wiederherstellung der alten Verhältnisse nicht bekämpfen würde. Dieser Vorschlag entsprach nicht genau den Wünschen Richelieus. Charnacé meinte daher, daß als Zweck des Vertrages nicht die „Wiederherstellung der alten Verhältnisse“ bezeichnet werden solle, weil dadurch Baiern gefährdet würde, sondern daß der Vertrag nur die Wiederherstellung „der deutschen Freiheit“ ins Auge fasse. Außerdem sollte der König sich verpflichten, nicht bloß den Kaiser zu bekämpfen, sondern auch die Spanier in ihren pfälzischen Besitzungen anzugreifen. Sonst war Charnacé erbötig die Geldforderungen des Königs in vollem Maße zu befriedigen, er wollte ihm sogar 400 000 Thaler zahlen und bestimmte zuletzt die Summe auf eine Million Livres.

Da Gustav Adolf jedoch auf die französischen Wünsche nicht einging und namentlich den Krieg gegen die Spanier als eine zu weitgehende Verpflichtung ablehnte und man ihn andererseits in Frankreich in Verdacht hatte, daß er es nur auf den Besitz von Stralsund abgesehen habe und die französischen Subsidien ohne eine Gegenleistung einheimsen wolle, so zögerte man mit dem Abschluß des Vertrags bis in den Januar 1631, also bis zu dem Augenblicke, wo man sich durch den Augenschein überzeugte,

daß Gustav Adolf die kaiserlichen Truppen nicht verschone. So kam schließlich zu Bärwald (am 23. Januar 1631) ein Vertrag zustande, dessen Inhalt von dem Ansehen zeugt, das sich Gustav Adolf bereits erworben hatte, da der erste Artikel ein Zugeständnis barg, das Frankreich später gegenüber Baiern in große Verlegenheiten bringen konnte. Es wurde nämlich ausdrücklich erklärt, daß das Bündnis „die Restitution der Unterdrückten“ zum Zweck habe, was nicht bloß eine Deutung zu Gunsten der durch das Restitutionsedikt Geschädigten, sondern auch zu Gunsten des Pfalzgrafen und sonach zur Kürzung der bairischen Interessen zuließ. Gustav Adolf verpflichtete sich zur Aufstellung eines entsprechenden Heeres, Frankreich dagegen zur Zahlung von einer Million Livres jährlicher Subsidien, ersterer noch außerdem zur Neutralität gegen die Liga, wenn diese sich zu derselben verstehen, selbstverständlich also die Restitution nicht anfechten würde.

Wie stand es nun während dieser Verhandlungen zwischen Frankreich, Schweden und Baiern um das von Richelieu zwischen den katholischen und protestantischen Fürsten geplante Bündnis? Charnacé suchte Kurbrandenburg für dasselbe zu gewinnen und hätte auch die Einwilligung des Kurfürsten dazu erlangt, wenn ihm die Katholiken auf seine in Regensburg bezüglich des Restitutionsedikts vorgebrachten Klagen eine günstige Antwort erteilt hätten. Da das aber nicht der Fall war, so konnte Georg Wilhelm auf ein wertloses Bündnis kein Gewicht legen und suchte allein Rettung in einer Allianz mit Kursachsen, mit dem er sich Anfang September (1630) und nach Schluß des Regensburger Konvents nochmals über das einzuschlagende Verhalten besprach. Schon bei der ersten Zusammenkunft erklärte er, daß er für die kaiserlichen Truppen keine weiteren Kontributionen zahlen, noch seine eigenen Truppen mit ihnen verbinden, also sich den Regensburger Beschlüssen widersetzen wolle und empfahl zugleich die Berufung eines protestantischen Konvents, wo man sich über die einzuschlagenden Schritte beraten sollte. Auf der zweiten Zusammenkunft beharrte Georg Wilhelm noch entschlossener auf diesen Vorschlägen

und meinte sogar, daß man sich mit Schweden ins Einvernehmen setzen solle. Der Kurfürst von Sachsen wollte aber weder mit Gustav Adolf in Verbindung treten noch einen Konvent berufen, weil man die bevorstehende Verhandlung mit den Katholiken zu Frankfurt am Main nicht durchkreuzen dürfe. Nur die augenscheinliche Gefahr und das siegreiche Auftreten Gustav Adolfs bewogen ihn zur Nachgiebigkeit (24. September 1630) und zur Berufung eines von allen protestantischen Ständen Deutschlands zu besuchenden Konvents nach Leipzig. Es war das der folgenschwerste Entschluß: er brachte eine Einigung zwischen den Protestanten Deutschlands zuwege, löste die Verbindung Sachsens mit dem Kaiser und seiner Partei auf, bewirkte umfassende Rüstungen, wodurch die katholischen Streitkräfte paralysiert wurden und bahnte das spätere Bündnis mit Schweden an. Alles dieses wäre nicht erfolgt, wenn die Katholiken in Bezug auf das Restitutionsedikt rasch und vollständig nachgegeben hätten, die Protestanten hätten sich mit ihnen und namentlich mit Maximilian, der ihr Zutrauen für kurze Zeit gewonnen hatte, geeint, und der König von Schweden hätte dann seinen Zug nicht fortsetzen können, weil er an Brandenburg und Sachsen entschiedene Gegner gefunden hätte.

Man sah nach diesen Vorgängen in Frankreich wohl ein, daß man das Bündnis zwischen den katholischen und protestantischen Reichsständen nicht mehr zustande bringen werde und so schickte Richelieu einen eigenen Gesandten Namens Delisle zu dem Konvent nach Leipzig ab, der bloß eine Neutralität zwischen den katholischen und protestantischen Reichsständen anbahnen sollte, wobei der König von Frankreich seine Vermittlung und die Abschaffung des Restitutionsedikts anbot. In Bezug auf das letztere trat also Richelieu aus seiner Reserve heraus und stellte sich auf die Seite der Protestanten, dagegen verlangte er von ihnen und namentlich von dem Kurfürsten von Brandenburg, daß sie sich entschlossen zeigen, ein Heer aufstellen, für die gemeinsame Unterhaltung desselben Sorge tragen, sich dem König von Schweden anschließen und den König von Frankreich zu Hilfe rufen sollten.

Er stellte also fast genau jenes Programm auf, für das sich der Kurfürst von Brandenburg und der Landgraf von Hessen-Kassel auf dem Leipziger Konvent, über den wir noch berichten werden, vergeblich abmühten und das erst durch den Zwang der Ereignisse zur That wurde.

In Bezug auf Holland und England bemühte sich Richelieu zunächst den König Karl I zu einem innigen Bunde zu bewegen, der Frankreich, England und Schweden umfassen und gleich von vornherein auf vier bis fünf Jahre abgeschlossen werden sollte. Diese Bemühungen hatten wenigstens das Resultat, daß Karl I ungefähr 6000 Mann auszurüsten beschloß, die im Verein mit den schwedischen Truppen die Restitution des Pfalzgrafen anstreben sollten. Dieser Entschluß wurde thatsächlich durchgeführt, so daß englische Soldtruppen im Jahre 1632 an dem Kampfe in Deutschland teilnahmen. Mit Holland schloß Richelieu im Jahre 1631 ein Bündnis ab, welches dasselbe zur Teilnahme am Kriege verpflichtete, wofür Frankreich jährliche Subsidien im Betrage von 1 000 000 Livres leistete. Durch die Bemühungen des Kardinals kam demnach im Jahre 1631 ein Bündnis zustande, das Schweden, England, Frankreich und Holland umfaßte und das sich mit Sicherheit auch auf die deutschen Protestanten ausdehnen mußte, gegen welche formidable Macht das Haus Habsburg auf die eigenen Kräfte und auf die Hilfe der Ligisten angewiesen war.

Fünftes Kapitel.

Gustav Adolf, Magdeburg und Breitenfeld.

I. Gustav Adolf und seine Landung in Deutschland. II. Seine ersten Erfolge. Vertrag zwischen Maximilian und Ludwig XIII. Tillys Maßregeln zur Bekämpfung des Gegners. Frankfurt an der Oder. III. Der Fall von Magdeburg. IV. Der Leipziger Konvent und der von Frankfurt am Main. V. Die schwedischen Bündnisverhandlungen mit Hessen-Kassel und mit Brandenburg. VI. Das Bündnis Gustav Adolfs mit Kursachsen und die Schlacht bei Breitenfeld.

I. Gustav Adolf, dessen wir schon vielfach erwähnt, ohne ihn unseren Lesern näher geschildert zu haben, war im Jahre 1594 zu Stockholm als Sohn des nachmaligen Königs von Schweden, Karl XI, geboren. Seine durch sorgfältige Erziehung erworbenen Kenntnisse und seine hohe Begabung lenkten frühzeitig die Aufmerksamkeit ihm nahestehender Kreise auf seine Person. Der übrigen Welt wurde er erst bekannt, als er sich im Kriege gegen Polen als Feldherr und Soldat hervorthat, so daß der spanische General Spinola schon damals das künftige Feldherrengenie in ihm erkannte und seine Glaubensgenossen davor warnte, ihn zu reizen und sich mit ihm in einen Kampf einzulassen. In seiner Jugend entbrannte Gustav Adolf in Liebe zu der schönen Emma Brahe und wollte sie heiraten, aber den Vorstellungen und Bitten seiner Mutter brachte er seine Neigung zum Opfer und bewarb sich später um die Hand der älteren Schwester des Kurfürsten Georg Wilhelm von Brandenburg, weil ihm die Allianz des letzteren in seinen Kämpfen mit Polen von Wert schien: nicht

Liebe also, sondern politische Rücksichten leiteten den neuen Ehebund ein. Er war ein aufrichtiger Protestant und für seine Überzeugung zu großen Anstrengungen und Opfern bereit, aber man darf nicht übersehen, daß seine eigene Sicherheit mit der des Protestantismus innig verknüpft war, denn nur so konnte er sich vor den berechtigten Erbansprüchen der Könige von Polen auf die Krone von Schweden sichern, und daß dieser Umstand seine Opferwilligkeit und Thatkraft erhöhte, unterliegt keinem Zweifel. Es ist nicht leicht in die Seele eines Mannes hineinzusehen und mit Sicherheit anzugeben, welches die Triebfedern seiner Handlungsweise sind, wie sich Ehrgeiz und Überzeugung decken, oder wo der eine über die andere die Oberhand gewinnt, wo die Verteidigung aufhört und die Eroberungssucht beginnt. Nach den verschiedenen Phasen, die Gustav Adolf in seiner Entwicklung durchmachte und die sich genau verfolgen lassen, ließ er sich in den ersten Jahren seiner Thätigkeit ziemlich gleichmäßig von beiden Triebfedern leiten, nur in den letzten Lebensjahren überwog der Ehrgeiz, und wenn er sich seinen Anhängern als Rächer der ihnen widerfahrenen Unbill hinstellte, so war er sich selbst am besten bewußt, daß er die Rache im eigenen Interesse übe.

Schon als junger Mann zeigte sich Gustav Adolf gegen seine Umgebung verschlossen, streng, unnahbar und kalt, aber auch leidenschaftlich erregt, wenn er sich in seinen Berechnungen gehindert sah, und dann entschlossen den Gegner rücksichtslos niederzuwerfen. Mäßig und jeder Anstrengung fähig verlangte er dieselben Eigenschaften von seinen Gehilfen und Dienern. In seinen Entschlüssen zeigte er ebenso viel Klugheit wie Energie in ihrer Durchführung, die Unermüdlichkeit, die er dabei an den Tag legte, sicherte ihm die glänzendsten Erfolge. Die meisten seiner Fähigkeiten teilte er mit tausenden von anderen hochbegabten Menschen, daß er sie aber — ungleich anderen für die Krone bestimmten Personen, die sie durch ihre Erziehung und Lebensweise einbüßen — sich zu bewahren wußte, sicherte ihm eine hervorragende Bedeutung auf dem Throne. Um wieviel höher mußte diese werden,

da er auch die seltene Gabe einiger wenigen Sterblichen, das Feldherrengenie, besaß. Wenn man sich nach einer geschichtlichen Persönlichkeit umsehen wollte, die mit ihm zu vergleichen wäre, so könnte dies nur Alexander der Große sein. Beide erlangten ungeahnte Erfolge und hatten vor anderen niedrig gestellten, aber durch ihre Thatkraft zu hoher Stellung emporgekommenen Männern den Vorteil voraus, daß sie zu derselben nicht durch Gewalt oder Verbrechen gelangten und demnach sich auch nicht durch dieselben Mittel in ihr festzuhalten suchen mußten, und daß ihre Schritte nicht durch Neider und Feinde, die sie auf ihrer Laufbahn hinter sich zurückgelassen hatten, bekämpft und bemäkelt wurden. Ihr Charakter und ihre Entwickelung zeigen nicht jene moralischen Untiefen, die wir bei Männern wie Waldstein oder Napoleon finden, ihre glänzenden Erfolge verhüllen keine widrigen Schattenseiten, es sei denn, daß man auch ihnen ihren Ehrgeiz zum Verbrechen anrechnen wollte. Aber auch da haben beide vortreffliche Entschuldigungsgründe: der eine den Sieg hellenischer Kultur über asiatische Barbarei, der andere die Verteidigung des Protestantismus vor dem in Deutschland drohenden Untergange.

In seiner äußeren Gestalt zeichnete sich der nordische Löwe, wie Gustav Adolf genannt wurde, durch stattliche Größe, breite Schultern, blondes Haar und weiße Gesichtsfarbe aus; in den Bewegungen war er auffallend langsam und später, als er etwas dickleibig wurde, sogar schwerfällig. Seine Entschlossenheit litt jedoch nie unter diesem Gebrechen, denn er wußte stets seine Gegner durch die Schnelligkeit seiner Angriffe zu überraschen. — Nicht geringes Interesse erregt Gustav Adolf in seinem schriftlichen Gedankenausdruck. Von jener Weitschweifigkeit, durch die sich damals Gelehrte und Ungelehrte in Deutschland zu ihrem Nachteil auszeichneten, findet sich in seinen eigenhändigen Briefen keine Spur. Er kam öfters in die Lage, die wichtigsten Interessen in vertraulicher Weise gegen hervorragende Personen zu vertreten. Wie klar und präzis ist seine Schreibweise, wie scharf geht er auf sein Ziel los, man könnte diese Briefe als Muster ihrer Art erklären.

Aus unseren Mitteilungen über die Allianzverhandlungen im Jahre 1624 ergiebt sich, daß Gustav Adolf sich nicht erst jetzt in die deutschen Angelegenheiten einmischte, sondern daß er ihnen schon lange seine Aufmerksamkeit zuwandte, ja schon im Jahre 1620 wollte er den Pfalzgrafen Friedrich in der Behauptung der böhmischen Krone unterstützen und plante in seinem Enthusiasmus die Errichtung eines Protestantenbundes. Obwohl er nicht zustande kam, so bewies er dem Pfalzgrafen doch mit der Zusendung einiger Kanonen seine Anhänglichkeit an die gemeinsame Sache. Als später die Niederlage des Königs von Dänemark in Wien und Madrid jenes Ostseeprojekt zur Reife brachte, wornach die Gebote und Interessen der Habsburger auch in diesem Meere maßgebend sein sollten, fühlte sich Gustav Adolf durch das steigende Übergewicht des Kaisers nicht bloß in seinen protestantischen Anschauungen verletzt, sondern auch in seinem Besitzstand bedroht, da er sich als geborenen Herrn der Ostsee ansah und diese Herrschaft mit niemandem teilen, noch weniger ganz aufgeben wollte. Das Bündnis des Kaisers mit dem Könige von Polen, der noch immer seine Erbansprüche auf Schweden geltend machte, konnte noch weitere Gefahren für ihn im Gefolge haben und so entschloß er sich, nicht länger der Entwicklung der Dinge ruhig zuzusehen. Um sich und Schweden zu sichern, strebte er den Besitz einiger Häfen an der deutschen Ostseeküste an, und wir werden sehen, wie dieser Plan allmählich in ihm zur Reife gedieh und wie er ihn nach seinen glänzenden Erfolgen erweiterte.

Als die Friedensverhandlungen in Lübeck geführt wurden, verlangte Gustav Adolf zu denselben zugelassen zu werden, um die Sache der von ihm besetzten Stadt Stralsund zu vertreten. Der Kaiser und Waldstein schlossen ihn aber aus und ließen im Jahre 1629 16 000 Mann kaiserlicher Truppen in polnische Dienste treten, die sich an seiner Bekämpfung beteiligen sollten. Da die Polen trotzdem geschlagen wurden, schloß König Sigismund einen mehrjährigen Waffenstillstand mit den Schweden ab (26. September 1629), durch welchen Gustav Adolf vollkommen freie Hand

bekam, in Deutschland mit Macht aufzutreten. Der König von Dänemark, ebenso eifersüchtig auf Schweden wie der Kaiser, bot jedoch seine Vermittlung an, um die Differenzen zwischen den beiden Gegnern in friedlicher Weise beizulegen, und so begannen im folgenden Frühjahr Verhandlungen zwischen dem kaiserlichen Vertreter, Hanibal von Dohna, der in Danzig residierte, und dem in Elbing wohnenden schwedischen Kanzler Oxenstierna, die aber zu keinem Resultate führten, weil Gustav Adolf auf der Gewährung einiger unannehmbarer Bedingungen bestand. Einige der wichtigsten, die wir hier anführen wollen und die er schon bei Gelegenheit der Lübecker Friedensverhandlungen stellen wollte, dürften dies zur Genüge erweisen, denn sie waren derart, daß sie dem Kaiser nur nach schweren Niederlagen hätten abgerungen werden können. Der Kaiser sollte jeden Einfluß auf die deutschen Ostseehäfen aufgeben und keine Kriegsschiffe in ihnen bauen dürfen, er sollte seine Truppen aus den beiden sächsischen Kreisen zurückziehen und alle ehemaligen Besitzer geistlicher Güter in ihre früheren Besitzungen restituieren; Vergehungen gegen ihn und das Reich sollte er nicht selbständig strafen dürfen, sondern dem Urteile der Reichsstände unterstellen und sie höchstens mit einer Geldstrafe belegen. Es war das eine Einmischung in die deutschen Angelegenheiten, der sich weder ein protestantischer noch ein katholischer Kaiser gefügt hätte; auf dieser Grundlage wollte weder Ferdinand verhandeln noch Dänemark vermitteln und so zerschlugen sich die Verhandlungen.

Während dem bereitete Gustav Adolf seinen Zug nach Deutschland vor. Schon im Frühjahr 1629 hatte er an die schwedischen Stände den Antrag stellen lassen, daß sie im Interesse der Sicherheit vor den aggressiven Plänen der Habsburger und zum Schutze des bedrohten Glaubens die nötigen Mittel zur Ausrüstung eines tüchtigen Heeres und einer ausreichenden Flotte bewilligen möchten. Die Stände bewilligten alles, was er wollte, und so konnte er eifrig an den Rüstungen arbeiten, namentlich nachdem ihm der polnische Waffenstillstand freie Hand gelassen hatte. Zu gleicher

Zeit knüpfte er mit Frankreich und mit den freien Niederlanden Unterhandlungen über eine Allianz an, aber die Vorsicht, die er dabei an den Tag legte, zeigt zur Genüge, daß er sich zunächst nur auf die eigenen Kräfte verließ. Er rüstete 43 000 Mann in Schweden aus, trat aber den Zug vorläufig nur an der Spitze von etwa 13 000 an. Die schwedischen Reichsstände wünschten ihm vor seiner Abreise nach Deutschland Glück und baten Gott, daß er alle heroischen und christlichen Unternehmungen Seiner Majestät segnen und lenken möge, damit nicht allein sie (die Reichsstände), sondern auch ihre Freunde und unterdrückten Religionsverwandten und Nachbarn Trost und Linderung dabei finden mögen. Als Gustav Adolf sich zu Ende Mai (1630) von ihnen verabschiedete und hiebei seine einjährige Tochter Christine einige Augenblicke auf den Armen hielt, versicherte er sie, daß er sich nicht leichtsinnigerweise und nicht aus eitler Lust in den Krieg stürze, sondern daß er dies zur eigenen Verteidigung und um der Religion willen thue, die der Kaiser in den Staub trete. Dringend flehten ihn die deutschen Stände um Hilfe an, und wenn es Gott gefalle, so wolle er sie ihnen leisten. — Am 6. Juli landete er auf der Insel Usedom, an der Spitze der ursprünglich bestimmten 13 000 Mann, die er jedoch noch vor Jahresfrist durch zahlreiche Nachschübe auf 40 000 Mann verstärkte.

Staunend wird man fragen, warum die kaiserliche und die ligistische Armee, die nahezu gegen 100 000 Mann stark waren, den König mit seinem kleinen Häuflein Bewaffneter an der Landung nicht hinderten oder gleich nach derselben nicht mit überlegenen Kräften angriffen? Allein wenn wir uns erinnern, daß Waldstein damals noch nicht entlassen war und daß die ligistischen Fürsten deshalb von der größten Feindschaft gegen das kaiserliche Heer beseelt waren und lieber gegen dasselbe als gegen Gustav Adolf Front gemacht hätten, wenn wir ferner nicht vergessen, daß der Generalissimus des Heeres nicht auf dem Kriegsschauplatze, sondern in Memmingen weilte, um seiner Absetzung vorzubeugen, so begreifen wir, daß bei den katholischen Truppen von einer systematischen Ab-

wehr des Gegners keine Rede sein konnte. Dazu kam noch, daß die kaiserlichen Truppen in Deutschland zerstreut waren, weil sie nur von Raub und Kontributionen lebten, die ihnen nicht gestatteten, in großen Massen beieinander zu bleiben. Gustav Adolf begegnete also bei seiner Landung keinem Widerstande, und die geringe Truppenmacht, die eine Schanze auf der Insel Usedom, gegenüber von Wolgast, besetzt hielt, dachte nur an Flucht, als er sie mit einem Angriff bedrohte. So fiel die Insel Usedom ohne Widerstand in seine Gewalt, und ein Gleiches geschah mit der Insel Wollin. Erst auf dem Festlande mußte er auf den Angriff der über größere Truppenkontingente gebietenden kaiserlichen Generale, des Principe Savelli und des Torquato Conti, bedacht sein; ersterer kommandierte die kaiserlichen Streitkräfte in Vorpommern und Mecklenburg, letzterer in Hinterpommern.

II Am 19. Juli schiffte sich der König mit seinen Truppen ein, um längs der Oder nach Stettin zu gelangen und diese wichtige Stadt, durch die er in Deutschland selbst festen Fuß fassen wollte, in seinen Besitz zu bekommen. Zum erstenmale begegnete er hier jenen Schwierigkeiten, die in der Furcht der protestantischen Fürsten vor dem damals noch mächtigen Kaiser begründet waren. Er hatte gehofft, daß der Kurfürst von Brandenburg seine Landung mit Freuden begrüßen und sich ihm anschließen würde, allein statt dessen schickte derselbe einen Gesandten an ihn und riet ihm von dem weiteren Angriff ab; er könne besser durch Verhandlungen mit dem Kaiser sein Ziel erreichen und solle lieber einen Waffenstillstand schließen und den Kurfürsten mit der Friedensvermittlung betrauen. Wie wir sehen, wurde also dem Könige keine Unterstützung angeboten, ja seine Hilfe sogar abgelehnt. Ebenso benahm sich der Herzog Bogislaw von Pommern, als Gustav Adolf ihn um die Einräumung Stettins während des Krieges ersuchte und ihm seine Allianz antrug. Bogislaw wollte sich neutral verhalten und Stettin nicht einräumen, allein diesmal kehrte sich der König nicht an diese Zaghaftigkeit, sondern zwang den Fürsten zur Nachgiebigkeit und zum Abschluß eines

Vertrages, durch den ihm nicht bloß Stettin eingeräumt, sondern auch Bedingungen zugestanden wurden, die ihn in den Stand setzen sollten, den Traum seines Lebens, die Begründung einer Herrschaft über die beiden Ufer der Ostsee, der Verwirklichung näher zu bringen, die aber zugleich den Grund enthielten, um dessentwillen sich der Kurfürst von Brandenburg später nie mit ganzer Seele dem schwedischen Bündnis anschließen konnte und dasselbe zuletzt aufgab. Eine der Bedingungen besagte nämlich, daß das nunmehrige Bündnis zwischen Pommern und Schweden für ewige Zeiten gelten solle und daß nach dem Tode Herzog Bogislaws Gustav Adolf und seine Nachfolger Pommern so lange in Sequestration behalten sollen, bis des Herzogs Erbe dem schwedischen Könige die Kriegskosten aus eigenen Mitteln und ohne Zuziehung der Stände Pommerns ersetzt haben würde. Bei diesen Bedingungen war es gewiß nicht im Bereich der Möglichkeit, daß irgend ein noch so reicher Fürst die Rechnung Gustav Adolfs würde begleichen und das Land seinen Händen entreißen können. Da Herzog Bogislaw kinderlos war und sein Besitz vermöge alter Erbverträge an Brandenburg fallen sollte, so sah sich der Kurfürst von Gustav Adolf mit einem noch ärgeren Schaden bedroht, als ihm die Kaiserlichen bisher zugefügt hatten.

Nachdem Gustav Adolf sich in Stettin niedergelassen hatte, bemühte er sich, die kaiserlichen Garnisonen aus den festen Plätzen in Vor- und Hinterpommern zu vertreiben und es gelang ihm dies ohne viel Zeitverlust fast überall und namentlich in Anklam und Wolgast. Als er sich so den Weg frei gemacht hatte, rückte er von Wolgast nach Mecklenburg, um dieses Land von der Herrschaft Waldsteins zu befreien und sich dessen Mittel nutzbar zu machen. Der Angriff wurde im Monat September zu Land und zur See eingeleitet. Bei der Stadt Ribnitz, einem im Mecklenburgischen gelegenen Orte griff der König selbst die kaiserliche Besatzung an, schlug sie in die Flucht oder nahm sie gefangen und erzwang sich so den Einzug in Mecklenburg. Nun erließ er eine Proklamation an die Einwohner, denen er

seine Ankunft anzeigte und die er aufforderte sich zum Schutze ihrer alten Obrigkeit zusammenzuthun und die Anhänger Waldsteins zu erschlagen.

Als die Kaiserlichen den Abzug Gustav Adolfs nach Mecklenburg erfuhren, versuchten sie einen Angriff auf das schwedische Lager bei Stettin, wurden aber zurückgeschlagen. Ein gleiches Schicksal widerfuhr aber auch dem schwedischen General Horn, als er Kolberg, einen der wichtigsten Punkte an der Ostseeküste, in seine Gewalt zu bringen versuchte. Der König von Schweden drang jetzt nicht weiter in Mecklenburg vor, weil er mit seinen durch die Kriegsstrapazen geschwächten Streitkräften nicht zum Ziele zu kommen fürchtete und statt von Ort zu Ort zu eilen, lieber einen Hauptschlag gegen die Kaiserlichen führen wollte, der nur da möglich war, wo sie am zahlreichsten vertreten waren, nämlich bei Greifenhagen und Gartz an der Oder. Er kehrte deshalb aus Mecklenburg zurück und rückte an der Spitze von 14 000 Mann von Stettin nach Greifenhagen, wo er die unter dem Kommando des Grafen Schaumburg stationierten Gegner angriff, die ihm an Zahl wohl gleichgekommen wären, wenn sie nicht um der Schwierigkeit der Verproviantierung willen ihre Mannschaft hätten in verschiedenen Orten einquartieren müssen. Die Lage der Kaiserlichen, die an Lebensmitteln und Kleidung dem äußersten Mangel ausgesetzt waren, muß über alle Beschreibung elend gewesen sein. Obwohl bei so erbärmlichen Verhältnissen von mutiger Entschlossenheit bei den Offizieren und Soldaten wenig die Rede sein konnte, so setzten sie sich doch tapfer zur Wehr, als Gustav Adolf Greifenhagen angriff (3. Januar 1631). Es half ihnen aber nichts, sie wurden herausgeworfen und nun richtete Gustav Adolf seinen Angriff auf Gartz, wo dasselbe Resultat die schwedischen Anstrengungen krönte. Zum erstenmale waren hier die Schweden auf bedeutende Streitkräfte der Kaiserlichen gestoßen, der glückliche Erfolg hob das Selbstgefühl des Königs und triumphirend gab er hiervon seinem Kanzler Oxenstierna Nachricht.

Nach dem Erfolge bei Greifenhagen und Gartz verlegte Gustav

Adolf sein Hauptquartier nach Bärwald und brachte hier die Verhandlungen mit Frankreich über das Bündnis, dessen Bedingungen wir bereits mitgeteilt haben, zum Abschluß. Gleichzeitig erließ er eine Verordnung, nach welcher sich seine Truppen in den eingenommenen Gebieten verhalten sollten, es wurde festgesetzt, daß der Soldat außer der Lagerstätte nur Salz und Essig verlangen und demnach keine Kontributionen willkürlich erheben dürfe. Für die Verpflegung wurde von dem Oberkommando gesorgt und da dieses sich keine willkürlichen Plünderungen erlaubte, so kehrte das Gefühl der Beruhigung in die durch jahrelange Mißhandlung zur Verzweiflung getriebenen Einwohner der Ostseeküste zurück.

Der kaiserliche General Schaumburg hatte sich nach seiner Niederlage nach Landsberg und Frankfurt an der Oder zurückgezogen und schrieb von dort aus an Tilly die kläglichsten Briefe über den Zustand seiner Truppen. Der neue Obergeneral der kaiserlichen und ligistischen Armee, der in Anbetracht seines hohen Alters nur ungern das Oberkommando übernommen hatte, rechtfertigte seine Unlust zu diesem Amt durch die geringe Thätigkeit, die er entfaltete, wobei allerdings zu seiner Entschuldigung angeführt werden muß, daß sein früherer Herr, Maximilian von Baiern, durch Frankreich über eine Neutralität mit Schweden verhandeln ließ und sonach den anfänglichen Niederlagen der kaiserlichen Truppen ziemlich teilnahmlos zusah. Zum Abschluß eines Neutralitätsvertrages mit Schweden kam es zwar nicht, wohl aber (und zwar im Mai 1631) zu einem Bündnis zwischen Ludwig XIII, Maximilian von Baiern und der Liga, in welchem sich Ludwig XIII und der Kurfürst wechselseitige Truppenhilfe gegen alle Feinde versprachen und zwar sollte der erstere 17 000 Mann, der letztere im Verein mit seinen Bundesgenossen (worunter stillschweigend die Liga verstanden wurde) 12 000 Mann Hilfstruppen stellen; sollte jedoch Baiern keine Bundesgenossen besitzen, so sollte die von dem Kurfürsten zu leistende Hilfe auf 7000 Mann beschränkt sein. Ferner verpflichtete sich Ludwig den Kurfürsten

und seine Erben in der Behauptung der neu erworbenen Besitztümer und der kurfürstlichen Würde zu unterstützen. Alle diese Versprechungen geschahen unter der Voraussetzung, daß Maximilian sich in dem Kampfe zwischen Ferdinand und Gustav Adolf neutral verhalten werde und dieser Voraussetzung entsprachen auch die geheimen Bündnisartikel, in deren erstem sich Ludwig XIII das Recht wahrte, das Bündnis einiger deutschen Fürsten zum Schutze ihrer Freiheit (worunter die sich auf dem Leipziger Konvent anbahnende Verbindung der deutschen Protestanten verstanden wurde) zu unterstützen.

Da Maximilian im Namen der Liga diese Verhandlungen mit Ludwig führte, so ist es begreiflich, weshalb seine Truppen nicht gleich nach der Landung Gustav Adolfs alle Anstrengungen machten, um die den schwedischen Angriffen ausgesetzten kaiserlichen Regimenter nach Möglichkeit zu unterstützen. Zudem befand sich Tilly nicht einmal in der Nähe des Kriegsschauplatzes, denn er wurde durch die Verhandlungen wegen Übernahme des Oberkommandos bis zum November in Regensburg festgehalten. Ihn trifft also eigentlich kein Vorwurf, ja er widersetzte sich der Durchführung des Beschlusses bezüglich der Reduktion der kaiserlichen und ligistischen Armee auf 60000 Mann, da er die von Gustav Adolf drohende Gefahr nicht unterschätzte und in das politische Intriguenspiel, welches eine Neutralität mit Schweden anbahnen wollte, nicht eingeweiht war. Nachdem er bewirkt hatte, daß die Liga 10000 Mann mehr unter den Fahnen behielt, als ursprünglich bestimmt war, reiste er von Regensburg nach Hameln, seinem Hauptquartier und rückte später nach Halberstadt vor. Maximilian hinderte ihn nun nicht daran dem Kaiser die gleiche Treue zu bewahren, wie bisher der Liga, denn seit der Entlassung Waldsteins war das Mißtrauen des Kurfürsten gegen Ferdinand völlig geschwunden, dagegen traute er dem französischen König und seinem Minister trotz aller Bündnisverhandlungen nicht und am allerwenigsten wollte er zugeben, daß Gustav Adolf sich auf dem deutschen Boden festsetze.

Von Halberstadt brach Tilly am 12. Januar (1631) auf, um sich mit dem Grafen Schaumburg zu verbinden und seinen Klagen ein Ende zu machen. Nachdem die Vereinigung in Frankfurt an der Oder stattgefunden hatte, wollte Tilly nach Landsberg ziehen, um diese Stadt vor dem drohenden Angriff Gustav Adolfs zu schützen, allein das Elend und die Niedergeschlagenheit, die unter dem kaiserlichen Kriegsvolk herrschte, schreckte ihn von einem Unternehmen ab, in dem er seine ganze „Reputation hasardieren“ konnte. Glücklicherweise ging Landsberg dadurch nicht verloren, denn Gustav Adolf, der einige Tage vorher vor diesen Platz gerückt war, hatte sich wieder zurückgezogen, weil er die von dem kaiserlichen Kommandanten, dem Obersten Kratz, getroffenen Vorbereitungen zum Widerstande überschätzte. Tilly rückte Ende Januar nach Landsberg vor und überzeugte sich selbst von der schlechten Widerstandsfähigkeit der Stadt und von der elenden Lage der Besatzung. Da er sich bei längerem Verweilen dem Angriffe des Schwedenkönigs ausgesetzt hätte und diesem, der über etwa 18 000 Mann im freiem Felde verfügte, nur 16 000 Mann hätte entgegenstellen können, so beschloß er sich wieder nach Frankfurt an der Oder zurückzuziehen und dies um so schneller, als der Kurfürst von Brandenburg immer feindlicher in seinem Verhalten wurde und dem Könige von Schweden sogar den Paß bei Küstrin gestattete, wenngleich er ihm die Übergabe dieser Festung verweigerte.

Gustav Adolf war jetzt noch mehr davon überzeugt, daß ihm die Eroberung von Landsberg, dessen Besatzung Tilly verstärkt hatte, nicht gelingen werde, er beschloß daher statt weiter auszugreifen zuvor die in Pommern und Mecklenburg vom Feinde besetzten Orte einzunehmen. Nachdem er seine Armee geteilt und die eine Hälfte dem Kommando des Generals Horn untergestellt und ihm die Deckung von Pommern und der Neumark aufgetragen hatte, zog er an der Spitze der anderen gegen Mecklenburg, auf welchem Wege sich ihm General Kniphausen, der Greifswalde belagerte, anschloß. Er griff zuerst Demmin, einen

der wichtigsten Pässe zwischen Mecklenburg und Pommern, an und setzte den Principe Savelli, der sich mit einer zahlreichen Besatzung in dieser Festung eingeschlossen hatte, so in Schrecken, daß derselbe aus Feigheit seine Pflicht verriet und schon nach zwei Tagen kapitulierte (25. Februar 1631). Weitere Erfolge wurden durch Tilly in Frage gestellt, der aus Frankfurt an der Oder herangezogen kam, als er merkte, was die Schweden im Sinne hatten, und an der Spitze von 15 000 Mann seinen Marsch nach Neubrandenburg richtete, welches Gustav Adolf kurz vordem eingenommen hatte. Kniphausen, der diesen Ort besetzt hielt, wurde von seinem König zur Ausdauer ermahnt und auf baldigen Entsatz vertröstet. Derselbe konnte dieses Versprechen um so leichter geben, als mittlerweile auch Kolberg in seine Hände gefallen war und er dadurch den größten Teil der Hornschen Truppen an sich ziehen und die Beobachtung Schaumburgs einer kleineren Abteilung übertragen konnte. Er zog Horn entgegen und vereinigte seine gesamte Truppenmacht bei Pasewalk, teilte sie aber wieder und zog mit seiner Abteilung nach Süden, da er nicht glaubte, daß Tilly es wirklich auf Neubrandenburg abgesehen habe. Vielleicht wich er dem kaiserlichen Feldherrn auch deshalb aus, weil er es nicht auf eine Schlacht ankommen lassen wollte, denn nach den Aussagen seiner Obersten stand seine Kavallerie der Tillys weit nach und er wollte die gewonnenen Erfolge nicht in einer Schlacht aufs Spiel setzen. Unter diesen Umständen wurde es Tilly nicht schwer, Neubrandenburg mit Sturm zu nehmen, da der Ort nur schlecht befestigt war.

Der König fürchtete, daß sich der feindliche General nach diesem Erfolge gegen ihn kehren werde und traf seine Dispositionen, um den Angriff zurückzuschlagen. Allein statt vorwärts zu gehen, ging Tilly zurück und zwar um dem Wunsche Maximilians nachzukommen und, wie dies der General Pappenheim riet, Magdeburg mit aller Macht anzugreifen und diese wohlbefestigte und wohlgelegene Stadt in seine Gewalt zu bekommen. Nach Pappenheims Versicherungen konnte der Erfolg nicht lange

ausbleiben und obwohl Tilly dies nicht glaubte, gab er nach und ließ dem Könige von Schweden freies Feld, sich in Norddeutschland weiter auszudehnen. Als dieser von dem Zuge Tillys Nachricht erhalten hatte, beschloß er seine Schritte gegen Frankfurt an der Oder zu wenden, in dessen unmittelbarer Nähe er am 12. April mit 14000 Mann anlangte. Das Kommando über die Besatzung von 5—6000 Mann, die also zahlreich genug war, um eine längere Belagerung auszuhalten, führte der kaiserliche Feldmarschall Tiefenbach, der tags vorher an die Stelle Schaumburgs getreten war. Als Gustav Adolf am folgenden Morgen die Stadt mit Sturm angriff, krönte ein vollständiger Erfolg seine Bemühungen und fiel sie in seine Hände. Die Schweden richteten unter der Besatzung ein furchtbares Blutbad an, sie nahmen Rache für die Metzelei, welche unter Tilly in Neubrandenburg stattgefunden hatte. 1700 kaiserliche Soldaten wurden getötet, gegen 1000 gefangen genommen und der Rest zur Flucht nach Schlesien genötigt. Dieser Schlag erregte das größte Aufsehen in Deutschland. Als der Kaiser Nachricht davon erhielt, seufzte er tief auf und frug bestürzt seine Umgebung, welche Folgen dieses Unglück haben werde und weshalb ihn seine Obersten nicht früher von den Übelständen in Kenntnis setzten, unter denen sie litten. Dann fiel er auf die Kniee und betete und als er sich erhob, fuhr er in die Stephanskirche, um dort sein Gebet fortzusetzen. Er beachtete nur die erste Hälfte jenes altbewährten Spruches „Bete und arbeite"; mit Beten war in seiner Lage nicht viel gethan, er mußte auch arbeiten, d. h. Ordnung in seinen Finanzen halten und die zerrüttete Armee neu organisieren und da er für diese Arbeit nicht geschaffen war, so war seine spätere Rettung nicht sein Verdienst, sondern die Folge von Ereignissen, auf die er einen sehr geringen Einfluß ausgeübt hatte.

Das Unglück von Frankfurt entfesselte die Zungen der kaiserlichen Obersten zu Anklagen gegen Tilly, als ob er die Interessen ihres Herrn absichtlich vernachlässige. Der König von Schweden benützte aber den erlangten Erfolg und versuchte die

Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen und überhaupt die protestantische Partei zu einem Bündnisse zu zwingen, er wollte sonach niemandem eine Neutralität zugestehen. Konnte er über die Kräfte der einen Hälfte Deutschlands nicht ebenso verfügen, wie sein Gegner über die andere, so glaubte er sich des Erfolges nicht sicher, und jetzt war der Augenblick gekommen, um den Anschluß zu erzwingen, nachdem der Leipziger Konvent soeben das protestantische Deutschland geeint hatte.

III. Der Verlust von Frankfurt und die den Kaiserlichen zugefügte schwere Niederlage wurde einzig und allein dadurch verursacht, daß Tilly gegen Magdeburg gezogen war und so dem Könige von Schweden freies Feld gelassen hatte. Die Belagerung und Eroberung von Magdeburg spielte schon seit dem vergangenen Dezember einen der wichtigsten Beratungsgegenstände im Kriegsrate Tillys. Als er damals in Hameln eintraf und sich mit Pappenheim vereinte, verlangte der letztere die freie Verfügung über 2000 Reiter und 2000 Fußknechte, um Magdeburg zu erobern. Tilly lachte über diese sanguinische Äußerung, gab statt der verlangten 2000 Fußknechte 3000 her, die der Feldmarschall, zu welcher Würde Pappenheim eben ernannt worden war, mit den vor Magdeburg liegenden kaiserlichen Soldaten verband; aber trotzdem er nun im Verein mit dem kaiserlichen General Wolf von Mansfeld über 10000 Mann verfügte, so konnte er nichts weiter thun als Magdeburg blokieren.

Seit Magdeburg im Jahre 1629 dem Angriffe Waldsteins ausgesetzt war und nur durch den Zwiespalt desselben mit der Liga aus der Gefahr gerettet wurde, wachte es mehr als je über seine Freiheit und begrüßte freudig jede den Kaiser neu bedrohende Gefahr, hielt aber äußerlich an der Neutralität fest.

Der ehemalige Administrator von Magdeburg, Christian Wilhelm von Brandenburg, irrte mittlerweile arger Not preisgegeben in der Welt herum, bot überall seine Dienste zur Bekämpfung der Katholiken an und kam mit dem Antrag auch nach Schweden, nachdem ihn die Holländer mit den nötigen Mitteln zu dieser Reise

versehen hatten. Er machte sich gegen Gustav Adolf anheischig, eine Armee von 20000 Mann im Stifte Magdeburg anzuwerben, ohne daß die daselbst einquartierten kaiserlichen Truppen etwas davon merken sollten; er wollte sie dann überfallen und vernichten oder gefangen nehmen. Es war zu viel, was Christian Wilhelm versprach, und der vorsichtige König war weit davon entfernt, seinen Geldbeutel zur Förderung eines so abenteuerlichen Planes aufzuthun. Aber die Aufmerksamkeit Gustav Adolfs war dadurch auf Magdeburg gelenkt worden und er erwog, welche wichtige Hilfe ihm bei seinem gegen Deutschland geplanten Feldzuge zu Teil werden konnte, wenn diese Stadt sich ihm anschließen, einen Teil der feindlichen Streitkräfte binden und den freien Elbeverkehr hemmen würde. Kurz vor seiner Landung setzte er sich deshalb mit einem Agenten des Administrators mit Namen Stalmann in Verbindung und versprach die Bürgschaft für 100000 Thaler, die sich Christian Wilhelm irgendwo ausleihen sollte, zu übernehmen. Einige Anhänger des letztern bemühten sich nun in Magdeburg für seine Pläne Propaganda zu machen und seine Wiederanerkennung als Administrator vorzubereiten, aber sie hatten weder das hinreichende Ansehen noch einen so großen Anhang, um das Gewünschte zu bewerkstelligen. Gustav Adolf hatte sich jedoch je länger je mehr mit dem Gedanken befreundet, Magdeburg gegen den Kaiser aufzuwiegeln, und er forderte nun den Markgrafen auf, alle Hebel anzusetzen, um sich der Stadt zu bemächtigen.

In Magdeburg versuchte mittlerweile ein bankerotter Kaufmann Namens Pöpping offen für den Administrator aufzutreten, aber obwohl er ein Schreiben desselben vorlegte, welches bestimmte Versprechungen enthielt und auf die Hilfe des Schwedenkönigs hinwies, gelang es ihm doch nicht, das städtische Ratskollegium zu bestimmen, aus seiner Neutralität herauszutreten und dem Kaiser den Fehdehandschuh hinzuwerfen. Nun aber kam Stalmann als offizieller Abgesandter des Königs und sparte nicht mit Versprechungen schwedischer Hilfe, er richtete damit die gedrückten

Gemüter der Magdeburger auf und trieb sie zu gewagten Entschlüssen. Trotz alledem würden sie vielleicht den äußersten Schritt nicht gethan haben, wenn Christian Wilhelm nicht als Kaufmannsgehilfe verkleidet in Stalmanns Gesellschaft nach Magdeburg gekommen wäre und sein Inkognito abgestreift hätte, als er den Umschwung in der öffentlichen Stimmung wahrnahm. Die Bewegung in der Stadt stieg zu einer beträchtlichen Höhe, das niedere Volk schwärmte für das schwedische Bündnis und selbst in dem Ratskollegium wurden zahlreiche Stimmen für dasselbe laut. Die Entscheidung wurde dadurch herbeigeführt, daß Stalmann am 11. August in Begleitung des Administrators den Sitzungssaal im Rathause betrat, eine glänzende Schilderung von den Mitteln des Königs und seinen zahlreichen Bundesgenossen entwarf, den Ratsherren goldene Berge versprach und zugleich mit den Fäusten des zu Tausenden vor dem Rathause angesammelten Volkes drohte, wenn das Bündnis mit Gustav Adolf nicht abgeschlossen würde. Furcht und Hoffnung und die Kenntnis der Thatsache, daß die Schweden nach ihrer Landung mannigfache Erfolge errungen hatten, machten aller ruhigen Erwägung ein Ende, das Bündnis wurde beschlossen und der Administrator in seiner Würde wieder anerkannt.

Gustav Adolf war von dem Verlaufe der Bewegung sehr befriedigt und schickte, da er schon vorher die Zusendung eines militärischen Gehilfen versprochen hatte, seinen Hofmarschall Dietrich von Falkenberg nach Magdeburg ab, trug demselben die Anwerbung von 6000 Mann auf und wies ihn an, dem Markgrafen hilfreiche Hand in allen Verteidigungsmaßregeln zu leisten. Der Jubel des Königs über den Anschluß von Magdeburg machte sich damals in zahlreichen Äußerungen Luft, vor allem freute er sich, daß er dem Gegner eine tiefe Wunde versetzt habe. Ohne Widerrede ratifizierte er das von Stalmann abgeschlossene Bündnis, das die Stadt ausdrücklich von jedem Beitrag zu den Kriegskosten freisprach. Seine Freude wurde noch größer, als der Administrator die Werbungen anfangs energisch betrieb und mit den

ihm zuströmenden Soldaten einige Erfolge gegen mehrere kaiserliche Besatzungen im Stifte erlangte. Es zeigte sich jedoch binnen kurzem, daß er kaum imstande sein würde, die besetzten Plätze zu halten und daß er sich auf Magdeburg allein werde beschränken müssen. Da nun der Administrator seine Truppen nicht anders beisammen halten konnte, als indem er sie nährte und besoldete, die Stadt ihm aber die Mittel dazu versagte und der König selbst ihn nur mit Versprechungen hinhielt, so fing seine Mannschaft an, sich wieder zu verlaufen. Die Verhältnisse gestalteten sich auf diese Weise sehr bedrohlich, als durch die Ankunft Falkenbergs neues Leben in die Organisation der Streitkräfte kam, da derselbe mit einigen, wenn auch nicht beträchtlichen Geldmitteln versehen war. Durch seine Energie und sein sichtliches Verständnis für die Sache bewirkte Falkenberg, daß die Stadt sich zu bedeutenden Opfern entschloß, obwohl sie durch das Bündnis dazu nicht verpflichtet war, daß die Bürger namentlich eine größere Anzahl Soldaten in ihre Häuser aufnahmen und verpflegten, und wenn sie auch nach einigen Wochen wieder schwieriger wurden, so ist dies bei der steigenden Last nur zu begreiflich.

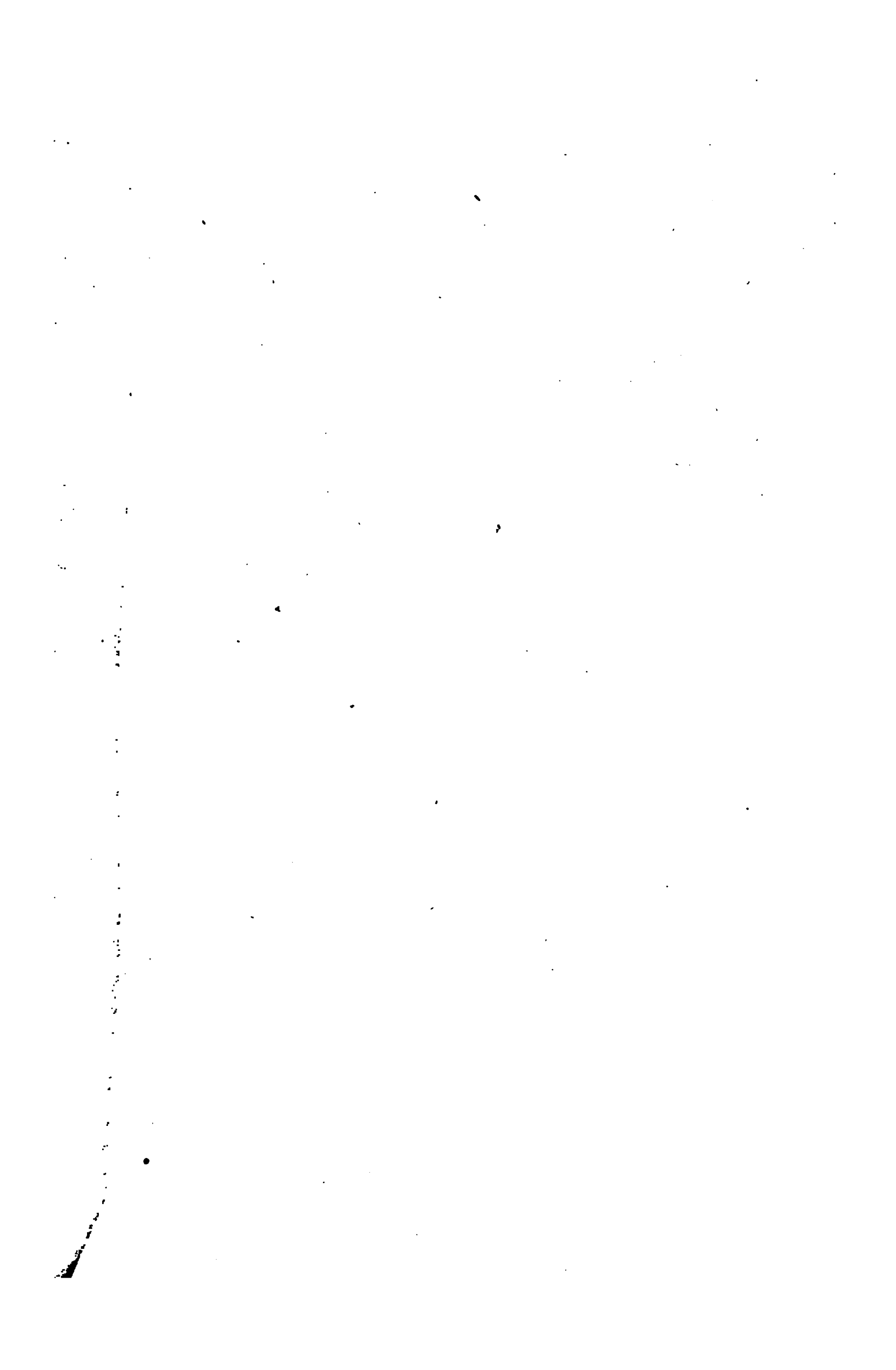
Wir haben erzählt, daß Tilly dem Pappenheim zum beabsichtigten Angriff auf Magdeburg 3000 Fußknechte zur Verfügung stellte, an deren Spitze der letztere gegen Mitte Dezember Hameln verließ und sich gegen Magdeburg in Bewegung setzte. Tilly gab ihm die Weisung, seine Truppen nicht mit den kaiserlichen zu verbinden, sondern auf der entgegengesetzten Seite von Magdeburg zu postieren. Pappenheim leitete seine Operationen dadurch ein, daß er Neuhaldensleben, welches in der Entfernung von zwei Meilen gelegen die Straße nach Magdeburg beherrschte, angriff und schon am 15. Dezember (1630) zur Kapitulation zwang. Als Tilly über Halberstadt herangerückt kam, fand er dies Unternehmen, für welches er Pappenheim viel zu schwach gehalten hatte, vollbracht und nun wollte er die etwaige Bestürzung der Magdeburger ausnützen und sie auf friedliche Weise zur Abschaffung des Administrators und seiner Ge-

hilfen bewegen. Sein Versuch mißlang jedoch und da er sich nicht aufhalten, sondern dem Schwedenkönig entgegenrücken wollte, so ordnete er vorläufig nur die Blokade der Stadt an, in die sich Pappenheim und Wolf von Mansfeld teilen sollten.

Bei seinem feurigen und nach raschen Entscheidungen verlangenden Charakter wurde Pappenheim der Blokade, die sich wochenlang hinzog ohne irgend einen Erfolg zu verheißen, allmählich überdrüssig. Er versuchte, ob er nicht Falkenberg durch Anbietung einer Summe von 400000 Thalern und eines Landgutes zum Verrat bewegen könnte, allein dieser wies das Anerbieten mit Verachtung von sich und so stand Pappenheim wieder dort, wo er früher gewesen. Im Laufe der Monate Februar und März beschäftigte er sich mit allerlei abenteuerlichen Plänen, die Stadt durch eine Verstärkung seines Belagerungskorps oder durch einen plötzlichen Angriff in seine Hände zu bekommen, allein Tilly, der vor seinem Zuge gegen Neubrandenburg sich Magdeburg genähert hatte, mißbilligte einen derartigen Handstreich, weil er nur mit einem Verluste endigen würde. Endlich wurde der Ungeduld des Feldmarschalls ein Ende gemacht, indem Tilly nach der Eroberung von Neubrandenburg die weitere Bekämpfung der Schweden aufgab und sich den Rücken durch die Einnahme von Magdeburg zu sichern beschloß. Es war dies ein Entschluß von außerordentlicher Tragweite, er ermöglichte dem Schwedenkönig den Angriff auf Frankfurt an der Oder und die Vernichtung der dortigen zahlreichen Besatzung, und dieser Erfolg allein beweist, daß Tilly Unrecht hatte, seinen Gegner unbeachtet zu lassen und sich nicht mit der bloßen Blokade von Magdeburg zu begnügen.

Bevor sich Tilly mit Pappenheim vereinigte, versuchte Falkenberg durch einen Ausfall dem Feinde eine Niederlage beizubringen (10. oder 11. März 1631), was ihm in der That gelang, da Pappenheim während des Ausfalls nicht am Orte anwesend war. Am 5. April traf Tilly selbst ein und mit ihm eine beträchtliche Verstärkung des Blokadekorps, dessen Zahl sich im


Elbe Flü:



Laufe der nächsten Wochen auf etwa 30000 Mann hob und sonach zur ordentlichen Belagerung übergehen konnte. Die Außenwerke von Magdeburg fielen jetzt in seine Hände, seine Truppen eroberten eine Redoute nach der andern, und was noch schlimmer für die Magdeburger war, sie verloren dabei viele Geschütze, viel Munition und einen Teil der erprobten Mannschaft. Pappenheim gebührt das größte Verdienst an diesen Erfolgen, aber auch der kaiserliche General Wolf von Mansfeld, über den er sich bisher nur beklagt hatte, beteiligte sich an denselben, indem er in der Nacht vom 10. auf den 11. April drei Schanzen im Sturm nahm. In der Anlegung dieser weit vor den Thoren Magdeburgs liegenden Redouten und Schanzen hatte Falkenberg einen Fehler begangen, sie konnten nur gegen einen ohnmächtigen Feind gehalten werden, nicht aber gegen ein starkes Belagerungsheer. Sie konnten jetzt nur mit Hilfe der ganzen Besatzung verteidigt werden, da aber Falkenberg diese nicht aufs Spiel setzen wollte, so mußte er die Nachteile dieser Halbheit mit schweren Verlusten büßen.

Gustav Adolf, der von diesen Unfällen Kunde bekam und nicht übersehen konnte, daß Magdeburg sich in einer gefährlichen Lage befand, vertröstete die Stadt wiederholt auf seine Hilfe, namentlich als Frankfurt und Landsberg gefallen waren. Das Schreiben, welches er (am 27. April 1631) von dem letztgenannten Orte an Falkenberg richtete, war jedoch nicht sehr verheißend, erst in ein paar Monaten versprach er zu erscheinen, bis dahin sollte Falkenberg die Verteidigung weiter leiten, die ihm ohnedies durch die Erfolge des Königs und dadurch, daß Tilly seine Aufmerksamkeit auch anders wohin richten müsse, erleichtert werde. Seine Voraussetzung, daß der kaiserliche Feldherr seine Kräfte teilen müsse, erwies sich als irrig. Tilly sah es als einen Ehrenpunkt an, die Festung, auf welche sich jetzt die Aufmerksamkeit von ganz Europa richtete und deren Einnahme allein den Schlag bei Frankfurt wettmachen konnte, zu erobern und traf die energischesten Anstalten dazu. Zunächst verlegte er

sein Hauptquartier vom rechten auf das linke Elbeufer, verstärkte sich dann durch frische Zuzüge und neue Werbungen, um dem Feinde überall Widerstand leisten zu können und ihn von Magdeburg fernzuhalten. Das Belagerungsheer hob sich infolge dessen auf 40000 Mann, aber dadurch steigerte sich wieder die Schwierigkeit der Verproviantierung so sehr, daß nahezu die halbe Belagerungsmannschaft infolge der Entbehrungen krank darniederlag.

Am 28. April erteilte Tilly den Befehl, Pappenheim solle den Brückenkopf der Festung, die sogenannte Zollschanze, angreifen. Der Angriff wurde so energisch unternommen, daß Falkenberg die Räumung der Schanze beschloß, diesen Beschluß in der Nacht auf den 1. Mai durchführte und gleichzeitig die Brücke zerstörte, um den Feinden den Elbeübergang daselbst unmöglich zu machen. Für Tilly war der erlangte Erfolg von der größten Bedeutung, es genügte, wenn er jetzt auf dem rechten Elbeufer 2—3000 Mann postierte, alle übrigen Truppen konnte er auf die Belagerung der Stadt am linken Ufer verwenden. Nachdem Falkenberg die Vorstädte, die er nicht weiter halten konnte, den Flammen überliefert hatte, setzten sich die Gegner in dem preisgegebenen Terrain fest und zogen einen eisernen Ring um die Stadt selbst. Bald wäre derselben das drohende Schicksal erspart worden, wenn Tilly einem Befehle des Kaisers gehorcht, seine Truppen geteilt und einen Teil derselben gegen Schlesien geschickt hätte, um, wie man dies in Wien wünschte, den drohenden Einfall des Schwedenkönigs zurückzuschlagen. Allein Tilly gab nicht nach und setzte die Belagerung nur um so eifriger fort; zu gleicher Zeit schickte er aber auch ein Schreiben an den Administrator und die Bürgerschaft ab, worin er sie zur Kapitulation aufforderte. Diese Aufforderung wurde durch den Eifer Falkenbergs, der nichts von Nachgiebigkeit wissen wollte und die Furchtsamen zum Schweigen brachte, zurückgewiesen; nur zu Unterhandlungen boten sich die Bürger an, durch die sie offenbar Zeit gewinnen wollten. Tilly willigte auch ein, ließ aber dabei in seinen Angriffen nicht nach, weil Gustav Adolf bereits

im Anzuge war. Deshalb erteilte er auch den Befehl zur Zerstörung der Dessauer Brücke, um dem Könige den Übergang über die Elbe an dieser Stelle zu erschweren. Welche Fortschritte aber auch der Feldherr in der Belagerung seit Anfang Mai gemacht haben mochte, es war ihm noch immer nicht gelungen, eine Bresche zu schießen, und die Belagerten konnten hoffen, daß der König sie retten würde. Pappenheim war aber entschlossen, einen Sturm zu wagen, um nicht das Resultat aller bisherigen Anstrengungen aufs Spiel zu setzen, und seinen feurigen Worten gelang es in dem Kriegsrat, der am 19. Mai abgehalten wurde, die anderen Befehlshaber für seine Meinung zu gewinnen. Auch Tilly fügte sich, da er einsah, daß ihm nur im Falle des Gelingens die schwersten Verlegenheiten erspart würden.

Hatte man in Magdeburg keine Ahnung von der sich vorbereitenden Katastrophe, hoffte man in der That auf das unmittelbare Erscheinen Gustav Adolfs? Einige Bürger erkannten die drohende Gefahr, denn das unausgesetzte Bombardement hatte die Wälle so erschüttert und untergraben, daß ihr Einsturz jeden Augenblick erfolgen konnte, und deshalb protestierte auch am Tage vor dem Falle der Stadt der Syndikus Dr. Dernhardt feierlich gegen den weiteren nutzlosen Widerstand und empfahl dringend die Anknüpfung von Kapitulationsverhandlungen. Einer der bedeutendsten Schwedenfreunde, Konrad Gerold, stimmte ihm bei und beider Meinung wurde von einem höheren Offizier geteilt. Falkenberg war aber taub gegen alle diese Mahnungen und Warnungen, er schwur, daß der schwedische Succurs längstens binnen zwei Tagen eintreffen werde, und um den von ihm selbst befürchteten Angriff des Feindes zu vereiteln, wachte er in der folgenden Nacht auf den Wällen. Am frühen Morgen begab er sich auf das Rathaus, um die dort versammelten Ratsherren zum weiteren Widerstande anzueifern, aber diesmal hatten seine Worte nicht die gewohnte Wirkung, denn wie sehr er sich auch bemühte und durch die drohende Haltung seiner Anhänger unterstützt wurde, die Mehrzahl wollte sich doch in Kapitu-

lationsverhandlungen einlassen. Er ließ sich trotzdem nicht einschüchtern und suchte durch eine lange Rede seine Gegner zum Schweigen zu bringen, in der er nicht müde wurde zu versichern, daß man der Ankunft des Königs stündlich gewärtig sein könne. Während er noch sprach, brachten Boten die Nachricht, daß die Kaiserlichen auf der Nord- und Südseite zum Sturme vorgingen. Unerschüttert durch diese Kunde, die ihm doch deutlich zeigte, daß die Gegner die Entscheidung herbeiführen wollten, sprach er den Wunsch aus, daß es mit dem Sturm Ernst werde, er werde die Kaiserlichen so empfangen, daß es ihnen übel gefallen werde. Seine heldenhafte Entschlossenheit übte ihre begeisternde Wirkung auf seine Zuhörer aus, denn als er sich auf das Pferd schwang, um dem Feinde entgegenzueilen, folgten ihm die Bürger, so weit sie waffenfähig waren, in den entscheidenden Kampf.

Nach den Verabredungen, die Tilly mit seinem Kriegsrat am 19. Mai getroffen hatte, sollte der Sturm am frühen Morgen vorgenommen werden, aber gegen Sonnenaufgang widerrief Tilly den Befehl, weil er doch kein Zutrauen in das Gelingen hatte, und erneuerte ihn erst nach Tagesanbruch. Gerade diese Zögerung war dem Unternehmen förderlich, denn die Wachen auf den Wällen gaben sich nach der schlaflos durchwachten Nacht der Ruhe hin, so daß kaum die Hälfte auf ihrem Posten war, als Pappenheim den Angriff bei der hohen Pforte begann. Mit nicht zu bändigendem Ungestüm stürzte er sich auf den ihm zugewiesenen Stadtteil, brach in denselben ein, wurde aber von dem eben herbeieilenden Falkenberg in die Enge getrieben. Ein furchtbarer Kampf entspann sich da: der wechselseitige Glaubenshaß, die Erinnerung an die erlittenen Drangsale, die Angst um das eigene Leben stürmten aufeinander ein und stählten die Kraft der Einzelnen zu heroischen Thaten. Nur die eilig heranrückenden Verstärkungen retteten Pappenheim vor dem Verderben und bewirkten die Niederlage der ermatteten und wenig zahlreichen Scharen Falkenbergs. Es heißt, daß ihm die Sieger Pardon angeboten hätten, daß er ihn aber nicht angenommen und den Tod im Kampf gesucht habe,

jedenfalls endete mit ihm ein Mann, der mit den größten Helden aller Zeiten auf eine Stufe gesetzt zu werden verdient. Die Gegner breiteten sich nun immer mehr in der Stadt aus und konnten sogar von innen das Thor öffnen, durch welches Wolf von Mansfeld einzudringen suchte. Jetzt erfolgte ein Blutbad, wie es schauerlicher nicht gedacht werden kann, Soldaten und ihre Weiber, Bürger mit ihren Frauen, Knaben und Mädchen, Alt und Jung, alles wurde erbarmungslos von dem Sieger hingeschlachtet. Ein Teil der Bürger gedachte dieses Los nicht erst abzuwarten und war entschlossen, lieber unter den Trümmern ihrer Stadt zugrunde zu gehen, als die drohende Knechtschaft zu ertragen. Sie hatten sich schon seit mehr als acht Tagen auf die Katastrophe vorbereitet, in Bußkleidern die Kirchen besucht und ähnliche fromme Übungen mitgemacht; nun als die letzte Stunde gekommen war, waren sie entschlossen das Beispiel von La Rochelle zu überbieten und den Untergang der Heimat nicht zu überleben. Ihren Entschluß führten sie aus, als der Feind nicht mehr abzuhalten war und man die Gewißheit hatte, daß Falkenberg gefallen sei. An mehr als zwölf Orten zugleich wurde die Stadt in Brand gesteckt, die nun bis auf den Dom und etwa 50 Häuser in Schutt und Asche zusammensank. Nicht Tilly und seine Truppen haben demnach Magdeburg angezündet, sondern die Magdeburger selbst. Welchen Anteil Falkenberg an dieser tragischen Katastrophe hatte, ob er den Befehl gab, das Rathaus in Brand zu stecken, ist durch authentische Zeugnisse nicht zu erweisen; allein zahlreiche Angaben machen es wahrscheinlich, daß er diese Katastrophe vorbereitet habe und dem Feinde nur einen Trümmerhaufen überlassen wollte.

Die Behauptung, daß die Verteidiger von Magdeburg selbst den Untergang der Stadt herbeigeführt haben, wird durch gleichzeitige protestantische Zeugnisse und durch die eingehendsten und mit glänzendem Erfolge belohnten Untersuchungen eines neuen protestantischen Historikers (Wittich) bestätigt. Auch Tillys Bericht wird nach den gegnerischen Zeugnissen und nach den erwähnten

kritischen Untersuchungen umsomehr in die Wagschale fallen, als derselbe an Maximilian von Baiern gerichtet ist, dem gegenüber er gewiß kein Hehl aus allen von ihm verfügten Maßregeln machte. Nachdem er erwähnte, daß die Stadt durch göttlichen Beistand mit stürmender Hand erobert worden sei, erzählt er weiter, „daß sich dabei ein großes Unglück zugetragen, indem während des Sturmes eine große Feuersbrunst entstanden sei, die der Feind nach der allgemeinen Aussage der Gefangenen mit Fleiß und aus Bosheit angestiftet, damit die Stadt den unsrigen nicht zugute komme“.

Der Markgraf wurde bei der Einnahme Magdeburgs gefangen und an den Kaiser ausgeliefert und von diesem in Österreich interniert. Die Schrecken der Belagerung und die folgende Katastrophe übten nach seiner Versicherung auf sein Gemüt einen so tiefen Eindruck aus, daß es einigen katholischen Priestern, darunter auch dem P. Lamormain leicht wurde, den Vereinsamten seinem früheren Glauben abwendig zu machen. Sein Glaubenswechsel hatte für ihn die gute Folge, daß sich der Kaiser später in den Prager Friedensverhandlungen seiner annahm und ihm von dem Kurfürsten von Sachsen eine Pension für das aufgegebene Magdeburg zu erwirken suchte und so für seine leiblichen Bedürfnisse sorgte. — Gustav Adolf fühlte sich durch die Nachricht von dem Falle Magdeburgs und von dem grausamen Schicksale dieser Stadt tief erschüttert, aber obwohl er unzweifelhaft davon unterrichtet war, daß Falkenberg und die Magdeburger selbst den Brand verursacht hatten, stellte er in seinen späteren Proklamationen die Sache so hin, als ob die Schuld auf die Kaiserlichen falle. Das schreckliche Schicksal der Stadt ließ sich allzugut zu Anklagen wieder die Gegner verwerten und der König nahm keinen Anstand gegen sein besseres Wissen Tilly damit zu belasten. Wiederholt rief er seine Anhänger zur Rache gegen das grausame Verfahren Tillys in der Behandlung von Magdeburg auf, doch ging er nie soweit, ihn direkt der Brandlegung anzuklagen.

IV. Wir haben an betreffender Stelle erzählt, daß sich der

Kurfürst von Sachsen nach seiner persönlichen Zusammenkunft mit dem Kurfürsten von Brandenburg (Ende 1630) entschloß, als Haupt der protestantischen Partei in Deutschland einen Konvent der Glaubensgenossen zu berufen, um sich darüber zu besprechen, welche Haltung die Protestanten bei der mit den Katholiken in Frankfurt am Main abzuhaltenden Beratung über das Restitutionsedikt einnehmen sollten. Johann Georg bemühte sich, den Kaiser zu überzeugen, daß die Berufung des Konvents nur im Zusammenhange mit dem Frankfurter Tage stehe und suchte denselben in ein möglichst loyales Gewand zu hüllen, allein so viel war trotz aller nicht zu bezweifelnden Friedfertigkeit des Kurfürsten gewiß, daß eine Versammlung protestantischer Reichsstände in Erwägung ihrer erlittenen Leiden keine dem Kaiser günstigen Beschlüsse fassen und jedenfalls auch darüber beraten werde, ob sie nicht zu dem Könige von Schweden in freundliche Beziehungen treten solle.

Zu dem Konvent, der (am 20. Februar 1631) in Leipzig eröffnet wurde, fanden sich neben den Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg acht Reichsfürsten persönlich ein, zwölf andere waren durch Gesandte vertreten und ebenso sechs Reichsstädte; dazu kamen noch zahlreiche Räte, Juristen und Theologen, welche die Sache ihrer Herren vertreten sollten.

Den ersten Gegenstand der Beratung bildete die Frage, ob und mit welcher Instruktion man den Tag in Frankfurt beschicken solle und da zeigte sich, daß die Rücksicht auf den Kaiser nicht lange vorhielt. Der Kurfürst von Brandenburg, der doch seit Jahren keine besondere Energie gezeigt und sich aus Vorsicht den Schweden nicht angeschlossen hatte, machte jetzt den Vorschlag: man solle in Frankfurt die Kassierung des Restitutionsediktes verlangen und den Kaiser ersuchen, daß er seine Truppen aus allen evangelischen Gebieten zurückziehe. Als Johann Georg darauf die Frage stellte, wie man sich gegen weitere „Kriegspressuren“ verhalten solle, trat auch hier der Kurfürst von Brandenburg entschlossen auf und riet keine weitere Gewalt zu dulden,

keine Kontributionen zu zahlen, keine Einquartierung, keine Musterung und keinen Durchzug zu gestatten und zu den Waffen zu greifen, damit man alle diese Beschlüsse durchsetzen könnte. Indem der sonst so vorsichtige und ängstliche Fürst einen Vorschlag von dieser unabsehbaren Tragweite machte, wurde der Bann gebrochen, der bisher auf der Versammlung lastete. Seine mutige Sprache fand den Beifall des Konvents mit Ausnahme der Städte, deren Vertreter sich mit mangelnder Instruktion entschuldigten, aber zugleich die Versicherung abgaben, daß sich ihre Gemeinden gewiß nicht absondern würden. Als nun der Kurfürst von Sachsen erklärte, daß er auf eigene Rechnung 11 000 Mann zu Fuß und zu Roß anwerben und damit jenen Ständen Hilfe leisten werde, die sich zur Gegenhilfe verpflichten würden, zeigten sich alle fürstlichen Teilnehmer des Konvents damit einverstanden und die Vertreter der Städte stellten einen gleichen Beschluß in Aussicht. Zugleich wurde der Antrag gestellt, daß sich das Bündnis nicht auf die anwesenden Mitglieder beschränken, sondern das gesamte protestantische Deutschland, den Norden und Süden umfassen und so wie die Liga organisiert sein solle. Alle diese Erklärungen und Anträge fanden allgemeinen Beifall; der Kurfürst von Brandenburg gab an, daß er 5000 Mann ausrüsten werde, die sächsischen Fürsten und die Grafen und Herren des obersächsischen Kreises bestimmten die Geldsumme, mit der sie die allgemeinen Rüstungen, die hauptsächlich unter Kursachsens Vermittlung in Angriff genommen werden sollten, unterstützen würden. Auf allen Seiten zeigte sich Opferwilligkeit und wenn Johann Georg mehr Entschlossenheit besessen hätte, so wäre schon in diesem Augenblicke der Krieg gegen den Kaiser erklärt worden und er hätte jene Stellung unter den Protestanten eingenommen, die Maximilian unter den Katholiken inne hatte. Aber Johann Georg wollte nichts von einem unmittelbaren Angriff wissen und widersetzte sich deshalb mit Beharrlichkeit einem Antrage des Kurfürsten von Brandenburg, der alle Zaghaftigkeit verloren zu haben schien, zum Abschlusse eines Bündnisses mit Schweden riet

und hiebei die wärmste Unterstützung an dem Landgrafen Wilhelm von Kassel fand, der treu den Fußtapfen seines Vaters folgend diejenigen der Feigheit beschuldigte, die nicht zu den Waffen greifen würden. Die Entschlossenheit der beiden letztern Fürsten fand aber nicht den Beifall des Konvents, der schon genug gethan zu haben glaubte, wenn er zu rüsten beschloß. Wir bemerken nur noch, daß dieser Beschluß von allen protestantischen Reichsständen befolgt wurde, obgleich sie sich nicht alle am Leipziger Konvent beteiligt hatten; auch Würtemberg, Baden und die süddeutschen Reichsstädte rüsteten und verweigerten dem kaiserlichen Heere jede Kontribution, verhinderten die Durchzüge kaiserlicher Truppen mit Gewalt und bereiteten damit, wie wir sehen werden, den Katholiken viele schwere Stunden. Nur der einzige Landgraf von Darmstadt blieb der katholischen Allianz treu.

Bevor sie auseinander gingen, richteten die Konventsmitglieder noch ein Schreiben an den Kaiser, worin sie erklärten, daß sie das Restitutionsedikt nicht als rechtsgiltig ansähen und nur unter dieser Voraussetzung sich in Frankfurt einfinden würden; Kursachsen und Kurbrandenburg fügten noch hinzu, daß sie keine Kontributionen erlegen und keine Musterplätze dulden würden; ja der letztere verstieg sich zu der kühnen Erklärung, daß er die weitere Zahlung der Kontributionen, die nur zur Unterdrückung der Protestanten verwendet würden, für schimpflich halte, denn man könnte auf ihn und seine Bundesgenossen die Worte des Tacitus anwenden, die dieser Historiker bezüglich Britanniens brauche, daß es **servitutem suam quotidie emat et quotidie pascat.** Ein ähnliches, doch etwas milder gehaltenes Schreiben richtete der Konvent auch an die katholischen Kurfürsten; es sollte ihnen zur Mahnung dienen, ihren Gesandten zu den Verhandlungen in Frankfurt am Main gemäßigte Instruktionen zu erteilen. Wenn Deutschland von den Greueln des Krieges bewahrt werden konnte, so war dies nur durch einen Ausgleich zwischen den Katholiken und Protestanten möglich, dem sich der Kaiser sowie der König von Schweden hätten fügen müssen.

Der Frankfurter Konvent sollte schon im Monat Februar 1631 stattfinden und thatsächlich wurde im Januar am kaiserlichen Hofe die Instruktion für den betreffenden Gesandten entworfen. Durch die Zusammenkunft in Leipzig verzögerte sich jedoch die Eröffnung des Konvents und man hätte ihn katholischerseits vielleicht ganz fallen gelassen und also die Leipziger Mahnung gar nicht beherzigt, wenn sich die Ereignisse auf dem Kriegsschauplatze nicht täglich trüber gestaltet hätten. So entschloß man sich aber doch im Juli zur Beschickung des Konvents, weil auch Sachsen dem nicht entgegen war; aber die unendliche Langwierigkeit, mit der man damals die Geschäfte betrieb, bewirkte, daß die beiderseitigen Vertreter erst im August und anfangs September in Frankfurt erschienen und daß die kaiserlichen Kommissäre erst am 15. September, also zwei Tage vor der Schlacht von Breitenfeld, auftraten.

Da der Frankfurter Konvent nur eine nichtssagende Episode bildet, so wollen wir den Verlauf desselben hier kurz abthun. Von katholischer Seite waren 14 Reichsstände, von protestantischer 21 auf demselben vertreten. Nach den Instruktionen, welche die kaiserlichen und katholischen Kommissäre von ihren Herren bekommen hatten, war kein guter Ausgang zu erwarten. Die kaiserlichen Gesandten sollten keine der Bestimmungen des Restitutionsedikts preisgeben und sich höchstens in „modo executionis“ zu einigen Konzessionen herbeilassen. Die Gesandten der ligistischen Fürsten hatten den Auftrag, den Passauer Vertrag und das Restitutionsedikt zum Ausgangspunkt der Verhandlungen zu nehmen und sich nicht eher auf dieselben einzulassen, als bis die Gegner diese Basis anerkannt hätten. Die Protestanten wollten dagegen absolut nichts von dem Restitutionsedikt wissen und verlangten die Herstellung des Besitzstandes, wie er im Jahre 1620 gewesen war. Als demnach am 15. September der Reichshofrat Hildebrand im Namen des damals erkrankten kaiserlichen Prinzipalgesandten, des Hoch- und Deutschmeisters Freiherrn von Stadion, den Konvent eröffnete, lautete seine Proposition im

Sinne der kaiserlichen Instruktion und da die Protestanten nicht hinter dem Berge hielten, sondern die Herstellung der Zustände vom Jahre 1620 verlangten, so platzten die Gegensätze aufeinander. Als die Nachricht von der Niederlage bei Breitenfeld nach Frankfurt gelangte, stimmte sie die Katholiken nicht nachgiebiger und die kaiserlichen Gesandten drohten sogar, daß Ferdinand etwaige Konzessionen der Ligisten nicht ratifizieren würde, doch bedurfte es bei den letzteren keiner Drohung, denn sie hielten auch jetzt starr und steif an dem Restitutionsedikte fest.

Diese unvernünftige Halsstarrigkeit teilte man nach der Schlacht bei Breitenfeld weder in Wien noch in München; der Kaiser und der Kurfürst waren zu neuen Verhandlungen bereit und daß diese auf einer anderen Basis als der bisherigen beruhen sollten, zeigt uns eine Zuschrift Maximilians an seine Vertreter, in der er ausdrücklich erklärte, man habe jetzt auf katholischer Seite alle Ursache, mit gütlichen Mitteln aufzutreten. Er sage das nicht „weil er gleich die Hand fallen lassen und der gegenteiligen Diskretion sich ergeben“, sondern weil er nur den drohenden Gefahren begegnen wolle. Da diese Erklärung jedoch keine bestimmten Weisungen enthielt und die kaiserlichen Gesandten keine anderen Aufträge erhalten hatten, weil man in Wien zu bestürzt war, so nahmen die Verhandlungen keinen besseren Verlauf und die katholischen Gesandten brachen dieselben am 13. Oktober angeblich deshalb ab, weil es sich zeige, daß beide Parteien nicht mit genugsamer Instruktion versehen seien. Indessen führte nicht diese Einsicht, wohl aber die Angst, daß sie den Schweden, die damals schon in Würzburg standen, in die Hände fallen könnten, dieses rasche Ende herbei.

V. Gustav Adolf, der es gern gesehen hätte, wenn er zum Leipziger Konvent eingeladen worden wäre, setzte große Hoffnungen auf dessen Beschlüsse und erwartete, daß sich die protestantischen Stände ihm anschließen würden. In dieser Beziehung sah er sich getäuscht, aber er konnte versichert sein, daß schon die in Leipzig beschlossenen Rüstungen die Bewegungen der katholischen

Kriegsheere einigermaßen paralysieren würden und schließlich zu einem Zusammenstoß führen mußten. Da er sich jedoch auf keine unsicheren Voraussetzungen stützen, sondern festen Boden unter den Füßen haben wollte, so verhandelte er mit dem Landgrafen Wilhelm von Hessen-Kassel über einen unmittelbaren Anschluß, auf welchen Wilhelm mit Eifer einging. Der nur vorläufig abgeschlossene Vertrag war von schwerwiegender Bedeutung, denn abgesehen davon, daß Gustav Adolf dem Landgrafen die Rückerstattung aller ihm in einem Erbprozesse mit seinem Vetter durch kaiserliche Entscheidung entrissenen Gebiete versprach und ihn auch in der Behauptung aller der Liga entrissenen Städte und Ländereien schützen wollte, verpflichtete sich der Landgraf zu einem „beständigen Bündnis“ mit Schweden, das so lange dauern sollte, als man nicht sicher gegen Religionsunterdrückungen sei, also wahrscheinlich für immer, und wobei dem König von Schweden das oberste Kommando über die beiderseitigen Truppen und die Direktion der gemeinsamen Kasse übertragen wurde. Durch dieses Bündnis, nach dessen Muster Gustav Adolf später noch mehrere abschloß, wurde dem deutschen Staatswesen eine Wunde versetzt, für die der Kurfürst von Brandenburg später seinen sächsischen Kollegen verantwortlich machte. Nach seiner Behauptung hätte der Schwedenkönig sich nie derartige Rechte stipulieren können, wenn der Leipziger Konvent mit ihm das gewünschte Bündnis abgeschlossen hätte. Vorläufig aber war Gustav Adolf auf das Bündnis mit Hessen-Kassel, Pommern und die Stadt Magdeburg beschränkt und bemühte sich daneben seinen Schwager, den Kurfürsten von Brandenburg, halb durch Überredung, halb durch Zwang zu einem engen Anschluß zu bewegen, indem er zu diesem Behufe die Verhandlungen über den freien Durchzug durch Küstrin und Spandau in entsprechender Weise benützte.

Der König konnte sich nämlich in dem eroberten Frankfurt an der Oder nicht sicher fühlen, wenn ihm im Falle eines Mißerfolges nicht der Rückzug längs der Oder, also namentlich durch Küstrin, stets offen stand und wenn diese Festung nicht zugleich

den Kaiserlichen verschlossen blieb. Er begnügte sich deshalb nicht mit dem freien Durchzug, den ihm der Kurfürst anbot, sondern verlangte die Einräumung von Küstrin und Spandau, durch welchen letztern Ort sein allfälliger Vormarsch längs der Havel gegen die Elbe gestützt werden sollte. Dies wollte der Kurfürst teils aus Rücksicht gegen den noch immer gefürchteten Kaiser, teils aus Angst vor Gustav Adolf nicht bewilligen, und so zogen sich die Verhandlungen durch vierzehn Tage resultatlos hin. Um dieselben zum Abschluß zu bringen, begab sich der König von Frankfurt nach Berlin und bot dem Kurfürsten eine „Totalkonjunktion“ an mit der Drohung, daß er, wenn Georg Wilhelm in dieselbe nicht einwilligen würde, ihn als Feind behandeln müsse, da er keine Neutralität dulden könne. Diese Drohung bewirkte, daß der Kurfürst eine schwedische Besatzung in Spandau aufnahm und bezüglich Küstrins einen Revers ausstellte, nach welchem die schwedischen Truppen jeder Zeit bei der Festung frei vorbeiziehen durften, wogegen dies den Kaiserlichen verwehrt bleiben sollte.

Kaum hatten sich die beiden Fürsten in dieser Weise geeinigt, als die Nachricht von dem Falle Magdeburgs nach Berlin gelangte. Der König war jetzt mit den gemachten Konzessionen weniger zufrieden als je, er verlangte abermals einen vollständigen Anschluß und gleichzeitig den Oberbefehl über die gemeinsamen Truppen. Auch jetzt kam der Kurfürst diesen Forderungen nicht vollständig nach, er wollte zwar seine früheren Verpflichtungen um eine neue erhöhen, nämlich dem König täglich 15 000 Pfund Brot oder eine entsprechende Menge Getreide liefern, aber seine Truppen wollte er mit den schwedischen erst dann verbinden, wenn er sich darüber mit Kursachsen geeinigt haben würde.

Gustav Adolf hatte nach dem Leipziger Konvente auch den Kurfürsten von Sachsen wiederholt um seine Allianz ersucht und dieses Ansuchen mit der Bemerkung gestützt, daß er nur im Bunde mit Kursachsen Magdeburg retten könne, weil er nur dann über die nötigen Kräfte zu einem Angriff auf Tilly verfügen würde. Allein Johann Georg wollte von dieser Allianz nichts wissen, er

glaubte durch seine Rüstungen bereits ein Übriges für die protestantische Sache gethan zu haben, und mißtraute auch dem Könige von Schweden und seinen Eroberungsgelüsten; zudem hatte der Kaiser durch einen Gesandten, der eine verschwommene (keinerlei positive Zusagen enthaltende) Erklärung bezüglich des Restitutionsediktes überbrachte, neue Hoffnungen auf einen friedlichen Ausgleich in ihm erweckt. Da sonach von Sachsen keine günstige Erklärung einlief, wurde Georg Wilhelm wieder stutzig und verlangte sogar die Wiedereinräumung von Spandau, so daß die Allianzverhandlungen abermals eine schlechte Wendung nahmen. Jetzt hatte aber die Geduld des Königs ein Ende. Von Spandau aus stellte er die kategorische Aufforderung an den Kurfürsten, sich mit ihm zu verbinden, widrigenfalls er ihn als Feind behandeln würde. Da Georg Wilhelm sich durch diese Drohung nicht zur Nachgiebigkeit bewegen ließ und wiederum erklärte, daß er ohne Zustimmung Kursachsens sich zu keiner definitiven Zusage verstehen könne, ließ ihm der König entbieten, daß er Spandau am folgenden Tage (19. Juni 1631) räumen, ihn aber fortan als Feind behandeln werde. Thatsächlich rückte der König mit seinen Truppen gegen Berlin und traf schon Anstalten, die Stadt zu beschießen, verlangte aber noch eine letzte Erklärung von dem Kurfürsten. Als er diese erhalten, aber als nicht genügend zurückgewiesen hatte, begaben sich die Mutter des Kurfürsten und alle anderen Prinzessinnen zu ihm ins Lager, um ihn zu beschwören, sich jeder Feindseligkeit zu enthalten. Durch die Freundlichkeit ermutigt, mit der er die Frauen empfing, verfügte sich der Kurfürst am Nachmittag selbst zu ihm, und im mündlichen Gedankenaustausch gelang es nun dem Könige, den Kurfürsten soweit zu bringen, daß er in alle seine Forderungen einwilligte. In dem Bündnis, das jetzt zwischen Schweden und Brandenburg abgeschlossen wurde, verpflichtete sich der Kurfürst, den König monatlich mit 30 000 Thaler zu unterstützen und ihm die vollständige Verfügung über seine Truppen und Festungen zu übertragen. Gleichzeitig mußte er zu dem Vertrag zwischen

Gustav Adolf und dem Herzoge von Pommern seine Zustimmung geben und so seinen Ansprüchen auf dieses Herzogtum den Todesstoß versetzen, da es nicht wahrscheinlich war, daß er die unerschwinglichen Kriegskosten aus eigenen Mitteln je werde bezahlen können, um dasselbe aus dem schwedischen Sequester zu lösen. Es waren bittere Pillen, die der Kurfürst verschlucken mußte, um so bitterer, als er deutlich merkte, daß sein Schwager die Herrschaft über die Ostsee und die Seestädte an derselben anstrebe und sonach seine Interessen auf das äußerste bedrohe. Aber die Überzeugung, daß er durch den Sieg der kaiserlichen Waffen ganz zu grunde gehen würde, und die Versicherungen Gustav Adolfs, daß er ihm nicht schaden werde, halfen ihm beim Verschlucken derselben.

VI. Der Krieg wurde jetzt von Gustav Adolf mit frischem Mute aufgenommen. Zunächst erfreute ihn die Nachricht, daß Greifswalde am 15. Juni in seine Gewalt gefallen sei und daß die Herzöge von Mecklenburg mit einigem Volke, das sie geworben, zur Offensive übergehen und die übrigen kaiserlichen Garnisonen aus ihrem Lande vertreiben wollten. Er erließ nun von Spandau, wohin er zurückgekehrt war, Befehle zur Konzentration größerer Truppenmassen bei Altbrandenburg und setzte sich von da aus gegen die Elbe in Bewegung (9. Juli). Gern wäre er jetzt den Strom aufwärts gezogen, um Magdeburg den feindlichen Händen zu entreißen, aber da er sich zu schwach dafür hielt, so beschloß er vorläufig bei Werben Fuß zu fassen und die Ankunft der englischen Hilfstruppen, mit denen König Karl I die Restitution seines Schwagers unterstützen wollte, zu erwarten. Würde Tilly nach der Eroberung Magdeburgs rasch vorgedrungen sein, wie der stets schlagfertige Pappenheim riet, so würde er vielleicht den nur über die schwachen brandenburgischen Streitkräfte verfügenden Schwedenkönig geschlagen haben. Aber der Greis war nicht mehr so rasch und kühn in seinen Entschlüssen wie ehedem und fühlte sich überdies durch die überall betriebenen Rüstungen der protestantischen Fürsten in seinen Bewegungen

gehemmt; er wollte deshalb nicht eher einen entscheidenden Schlag wagen, als bis das kaiserliche Kriegsvolk aus Italien zurückgekehrt sei und den Herzog von Würtemberg sowie den Markgrafen von Baden zu Paaren getrieben haben würde und dann seine Reihen verstärkt hätte. Zudem flößte ihm auch der Landgraf von Hessen-Kassel je länger je mehr Besorgnisse ein, denn derselbe betrieb energisch seine Rüstungen und entschuldigte sie gegenüber den kaiserlichen Abmahnungen mit dem in Leipzig gefaßten Beschlusse. Die Herzöge Wilhelm und Bernhard von Weimar unterstützten ihn und so brachte er im Verein mit ihnen im Juni 1631 ungefähr 7000 Mann zusammen, die in den Festungen Kassel und Ziegenhain untergebracht waren. Tilly beschloß sich erst dieses Gegners zu entledigen und rückte deshalb gegen Ende Juli nach Mühlhausen vor, blieb aber dort drei Wochen unthätig stehen und marschierte zuletzt wieder gegen die Elbe nach Wollmirstedt zurück, ohne den schwachen Gegner angegriffen zu haben.

Gustav Adolf, der bei Werben ungefähr nur zehn Meilen entfernt von Tilly stand und dessen Angriff erwartete, beschloß alle seine Truppen, soweit sie nicht zur Besetzung wichtiger Plätze innerhalb der Elbe und Oder verwendet werden mußten, an sich zu ziehen. Als er am 27. Juli die Nachricht erhielt, daß sich der Feind bei Burgstall blicken lasse, ließ er augenblicklich drei Brigaden aufbrechen und lieferte der feindlichen Vorhut, die aus drei Regimentern bestand, ein Gefecht, in dem sie fast aufgerieben wurde. Er zog sich darauf wieder zurück, um bei Werben alles für den Empfang des Feindes vorzubereiten. Tilly rückte trotz der erlittenen Schlappe mit seiner ganzen Armee, die ungefähr 21 000 Mann zählte, gegen das schwedische Lager vor, allein als er abermals (am 6. August) eine Schlappe erlitt, zog er sich zurück. Zum erstenmal waren Gustav Adolf und Tilly einander entgegengetreten und war es zwischen ihnen auch zu keiner förmlichen Schlacht gekommen, so hatten doch nicht unbedeutende Gefechte stattgefunden, in denen die Schweden gesiegt hatten. Das allgemeine Aufsehen, welches der plötzliche Fall von Frankfurt

an der Oder erregt hatte, wurde durch diese wenn auch nicht maßgebenden Erfolge gesteigert; schon erblickten die deutschen Protestanten in Gustav Adolf ihren unüberwindlichen Helden. Jetzt mehrten sich auch die Erfolge in Mecklenburg, wo nur noch drei Orte in den Händen der Kaiserlichen waren, so daß die Herzöge in Gegenwart Gustav Adolfs ihren feierlichen Einzug in ihre alte Residenz halten konnten. Alle diese Erfolge wurden aber überboten, als in der bisherigen Haltung des Kurfürsten von Sachsen ein Umschwung eintrat, der ihn in die Arme des Königs trieb.

Aus unserer Erzählung ist ersichtlich, wie Johann Georg durch die Berufung des Leipziger Konvents und die darauf folgenden Rüstungen in eine dem Kaiser feindliche Bahn gedrängt wurde, wobei er aber doch Anstand nahm, die letzte Konsequenz zu ziehen und sich den Schweden anzuschließen. Von allen anderen Gründen abgesehen, that er es auch deshalb nicht, weil er den König als einen Fremden ansah, der auf deutschem Boden herrisch auftrat, und so hemmte die nationale Eifersucht und das damit in Zusammenhang stehende treue Festhalten an dem gemeinsamen Vaterlande seine Entschließungen. Dazu kam, daß ihm der Kaiser einige wenn auch keineswegs bestimmt bezeichnete Konzessionen im Restitutionsedikt und die Revision des Mecklenburger Prozesses, mithin also die Restitution der Herzöge in Aussicht stellte. Endlich schreckte ihn auch der Fall von Magdeburg von der Verbindung mit Schweden ab und er gab deshalb dem bei ihm weilenden kaiserlichen Gesandten die Versicherung, daß er sich neutral verhalten werde. Mit dieser Versicherung war man jedoch in Wien nicht zufrieden, man verlangte, daß er seine Waffen mit denen des Kaisers verbinden, und wenn dies nicht zu erreichen war, daß er entwaffnen solle. Tilly bekam den Auftrag entsprechend vorzugehen und da er in seinem Vormarsch stets durch die Angst, daß ihm die sächsischen Truppen in den Rücken fallen könnten, gehindert wurde, war ihm dieser Befehl erwünscht, und er forderte den Kurfürsten in kategorischer Weise zur Be-

folgung desselben auf. Ob der Kurfürst der Aufforderung nachgekommen wäre, wenn sich die Verhältnisse nicht geändert hätten, kann man billig bezweifeln, jetzt aber hatte er einen besondern Grund es nicht zu thun. Tilly hatte ihn einige Wochen vordem dadurch erbittert, daß er von ihm die Restitution aller geistlichen Güter verlangt und sonach keine Rücksicht auf die ihm in Mühlhausen (im Jahre 1620) gemachten Zusagen genommen hatte. Die Antwort Johann Georgs auf die ihm zugemutete Entwaffnung fiel deshalb verneinend aus.

Da Tilly den Kurfürsten mit Gewalt bedrohte, wenn er seiner Aufforderung nicht nachkommen würde, so mußte dieser den so lange aufgeschobenen Schritt thun und mit Schweden über eine Allianz in Verhandlung treten. Vor dem Abschlusse derselben traf er mit dem Kurfürsten von Brandenburg in Torgau zusammen, wo sie sich über die Bedingungen besprachen, deren Gewährung Johann Georg von Gustav verlangen sollte. Während ihrer Anwesenheit fand sich daselbst Mr. Delisle im Namen Ludwig XIII ein, um einen Ausgleich zwischen der Liga und den Protestanten zu vermitteln. Frankreich hatte einige Wochen vorher jenen oben mitgetheilten Vertrag mit Maximilian von Baiern abgeschlossen, sollte derselbe aber einen Nutzen bringen, so durften sich die Liga und die Protestanten nicht bekämpfen und die erstere den Kaiser nicht schützen. Delisle hatte nicht den Auftrag, ein Bündnis zwischen den Katholiken und Protestanten zu vermitteln, wie solches im Jahre 1630 projecktiert wurde, sondern nur ein friedliches Nebeneinanderleben und zwar unter einer Bedingung, die Frankreich den Protestanten bis dahin nicht ausdrücklich zugestanden hatte, nämlich der, daß das Restitutionsedikt „accomodiert und moderiert“, also bei den weiteren Verhandlungen eigentlich aufgehoben werde. So lange aber die katholischen Stände nicht die gewünschte Nachgiebigkeit zeigen würden, sei der König von Frankreich damit einverstanden, daß die Protestanten im Verein mit Schweden in die ligistischen Besitzungen mit Feuer und Schwert vorzudringen suchten. Diese Erklärungen wurden

in Torgau mit Genugthuung begrüßt und beschleunigten den Abschluß der Verhandlungen mit Schweden.

Der Allianzvertrag, der am 1. September zustande kam, verpflichtete beide Verbündeten zum engsten Anschluß, übertrug dem König die oberste Leitung des ganzen Kriegswesens und war insofern vorteilhafter für den Kurfürsten von Sachsen als der seinerzeit mit Brandenburg abgeschlossene, da er denselben zu keinerlei Subsidien verhielt und Gustav Adolf sich noch überdies durch einen Revers verpflichtete, die kurfürstliche Landeshoheit in keiner Weise zu gefährden. Einige Tage vor Abschluß des Vertrages hatte Tilly seinen Truppen den Befehl zum Einmarsch in Sachsen gegeben; der Augenblick, in dem der Vertrag seine Probe bestehen sollte, war demnach schon vor seinem Abschluß gekommen. Gustav Adolf ließ nun seine Truppen in das Kurfürstentum einrücken, nachdem schon früher einige schwache Abteilungen die Grenzen überschritten hatten. Am 15. September trafen die beiden neuen Bundesgenossen bei Düben zum erstenmal zusammen und hier vereinten sich auch die beiderseitigen Armeen, deren jede ungefähr 20 000 Mann zählte. Man hielt nun Kriegsrat; Gustav Adolf wollte den Feind in Verlegenheit bringen und zum Rückzuge zwingen, Johann Georg war aber für eine offene Feldschlacht. Dieser kühne Rat fand endlich auch den Beifall des Königs und es wurde demnach beschlossen, nach Leipzig vorzurücken und hier den Feind anzugreifen, der mittlerweile diese Stadt zur Zahlung einer Kontribution und zur Aufnahme einer Besatzung genötigt hatte. Am Tage nach dem Einzuge der kaiserlichen Truppen in Leipzig erschien die schwedische Armee, die sich durch neue Zuzüge auf etwas weniger als 27 000 Mann verstärkt hatte und daher mit der sächsischen etwa 47 000 Mann zählte, auf dem großen Felde, das sich von Wolkau gegen Leipzig hinzieht. Auch Tilly hatte alle verfügbaren Streitkräfte an sich gezogen und sich namentlich mit dem Grafen Fürstenberg verbunden, der an der Spitze von 10 000 Mann aus Italien herangezogen kam und zuvor die süddeutschen Protestanten zur

Entwaffnung genötigt hatte. Trotzdem zählte der kaiserliche Obergeneral einige tausend Mann weniger als der Feind, nur in der Aufstellung seiner Truppen hatte er einen Vorteil vor demselben: er beherrschte die Anhöhen und erschwerte damit dem Gegner den Angriff, und dazu kam noch, daß er durch die Windrichtung begünstigt war.

Es war am 17. September, als der König von Schweden die Schlacht, welche in der Geschichte als die von Breitenfeld oder von Leipzig bezeichnet wird, durch einige Manöver einleitete, infolge deren er dem Feinde den „halben Wind" abgewann. Ein gefährlicher Weg, den seine Armee bei dieser Gelegenheit passieren mußte, der Weg über den Loberbach, bot dem Gegner einen willkommenen Anlaß, um durch ein lebhaftes Geschützfeuer seinen Truppen großen Schaden zuzufügen. Gleichzeitig suchte Pappenheim durch einen seiner gewohnten stürmischen Reiterangriffe auf dem linken Flügel, wo er kommandierte, eine schnelle Entscheidung herbeizuführen, allein da er sich in seinem hitzigen Eifer zu weit vorwagte, geriet er in eine um so kritischere Lage, als Gustav Adolf selbst bei dem angegriffenen Flügel das Kommando führte und durch zweckmäßige Einteilung einiger ausgesuchten Musketierkompagnien zwischen die Reiterei den Vorteil der Waffen voraus hatte. Pappenheim sah sich verloren, wenn er von Tilly nicht in der ausgiebigsten Weise unterstützt wurde, er ließ ihm dies berichten und ersuchte um einige tausend Mann Succurs. Der Obergeneral kam dem Wunsche nach, befahl ihm aber auf das strengste, sich alsbald zurückzuziehen; Pappenheim konnte aber diesen Befehl nicht in der gewünschten Weise ausführen, er erlitt schwere Verluste, die noch schlimmere Folgen nach sich zogen. Tilly sah sich nämlich jetzt genötigt selbst in den Kampf einzutreten und die vorteilhafte Position, die er bis dahin inne hatte, aufzugeben. Es war ungefähr zwischen 1 und 2 Uhr nachmittags, als die Schlacht mit „großer Furie" ihren Anfang nahm. Indem Tilly vorrückte, maskierte er seine eigenen Batterien und beraubte sich so ihrer Unterstützung, setzte sich aber selbst

dem heftigsten feindlichen Feuer aus, als er den linken feindlichen Flügel angriff. Er wurde dadurch zu einer Rechtsschwenkung seiner Mannschaft veranlaßt, wodurch er zunächst mit den sächsischen Truppen zusammenstieß. Der gewaltige Angriff, den er durch ein paar Kürassierregimenter unter Oberst Kronenburg ausführen ließ, hatte ein ganz anderes Resultat, als die verunglückte Pappenheimer Attaque. Die Sachsen ließen ihre Kanonen im Stich und flohen trotz der Mahnungen ihres Kurfürsten, der sich endlich auch der Flucht anschließen mußte und erst in Eilenburg standhielt. Die Fliehenden bedeckten sich nicht bloß wegen ihres geringen Widerstandes mit Schmach, sondern verursachten auch durch ihre feigen Ausrufungen bei dem Train die größte Bestürzung, so daß ein Teil der Mannschaft seinen Posten verließ und sich den Flüchtenden anschloß. Nur der sächsische General Arnim hielt mit den unter seinem unmittelbaren Kommando stehenden Truppen tapfer an diesem Tage aus.

Gerade aus der Niederlage der Sachsen bereitete Gustav Adolf seinen Sieg vor. Die Kaiserlichen, kommandiert von dem Grafen von Fürstenberg, jagten über eine Stunde Wegs hinter den fliehenden Sachsen her, und derselben Richtung folgte auch das übrige Heer. Diesen Augenblick ersah nun der König, um einen Angriff auszuführen; die kaiserliche Reiterei war die erste, welche den gegen sie geführten Stoß nicht aushalten konnte und sich zur Flucht wandte, anders war es jedoch mit dem Fußvolk, welches trotz der steigenden Gefahr mutig Widerstand leistete. Es kam jetzt zu einem äußerst hartnäckigen und bis zur Verzweiflung sich steigernden Kampfe, der beiderseits mit der größten Todesverachtung geführt wurde, so daß man noch immer zweifeln konnte, auf wessen Seite sich der Sieg neigen würde. Die Entscheidung wurde endlich durch den General Horn herbeigeführt, der an der Spitze des westgothländischen Regiments und einer Abteilung Musketiere die feindlichen Bataillone mit Todesverachtung angriff und sie endlich zersprengte. Nur vier Regimenter retteten sich in ziemlicher Ordnung, alle übrigen, die nicht

auf dem Schlachtfeld geblieben oder gefangen waren, jagten in wirren Haufen dahin. Hätte Leipzig den Flüchtenden nicht als Deckung gedient und hätte die Nacht nicht ihren schützenden Mantel über sie ausgebreitet, so würde fast die ganze kaiserliche Armee zugrunde gegangen sein, da Gustav Adolf am Schlachttage den Sieg durch die energischeste Verfolgung der Gegner ausbeutete.

Aber auch so hatte diese Schlacht für die kaiserliche Armee die traurigsten Folgen, 10—12 000 Mann waren gefallen oder verwundet, 7000 gefangen und ein Teil zersprengt. Tilly, der selbst in der Schlacht verwundet wurde, rettete sich nach Halle und am folgenden Tage nach Halberstadt, begleitet von einer kleinen Truppenschar und etwa 30 Offizieren. Pappenheim entwickelte nach der Niederlage eine Thätigkeit, durch die er seinen in der Schlacht begangenen Fehler gutzumachen suchte. Nachdem er an dem Kampfe noch persönlich teilgenommen und selbst an „vierzehn Feinde mit eigener Hand erwürgt“ hatte, suchte er die Fliehenden wo möglich in Ordnung zu bringen, und es gelang ihm noch in der Nacht etwa 40 Schwadronen um sich zu sammeln und mit ihnen den Rückzug anzutreten. Seine Bemühungen hatten zur Folge, daß Tilly zwölf Tage später an den Kaiser berichten konnte, daß er wieder über 8000 Mann zu Fuß und 5000 Reiter verfüge, doch bemerkte er, daß sie zumeist ohne Waffen seien, daß es ihm auch an der nötigen Artillerie fehle und nur dann Rettung zu erwarten sei, wenn ihm die Verbindung mit den übrigen aus Italien herangekommenen, aber bis jetzt in Hessen stationierten Truppen gelingen und zugleich vom Kaiser eine neue Armee ausgerüstet werden würde.

In der That hatte diese Schlacht eine unendliche Bedeutung nach zwei Seiten hin. Zu allererst zeigte sie unwiderleglich, daß Gustav Adolf seinem Gegner als Feldherr weit überlegen sei und daß die von ihm eingeführten Neuerungen in der Einteilung der Truppen und ihrer Verwendung die Probe bestanden und selbst den tüchtigsten Gegner mit neuen Niederlagen bedrohten. Das weitere Resultat der Schlacht bestand aber darin, daß der Krieg

nicht mehr in den protestantischen Gebieten geführt zu werden brauchte, sondern in die ligistischen und kaiserlichen Besitzungen, die seit vielen Jahren von jedem Feind verschont waren, verlegt und auf ihre Kosten geführt werden konnte. Was konnte Gustav Adolf zustande bringen, wenn er über die katholischen Hilfsmittel verfügte und in ihrer Ausnützung durch keine Rücksichten gebunden war? Eine nicht geringe Sorge vor seinem Ehrgeiz beschlich schon jetzt seine protestantischen Bundesgenossen. Für den gemeinen Mann in Norddeutschland aber, der sich nur der von den Kaiserlichen geübten Räubereien und damit im Gefolge stehenden unsäglichen Leiden, sowie des drohenden Glaubensdruckes erinnerte und der kein Verständnis für die von seinen Fürsten gehegten Besorgnisse vor Gustav Adolfs Vergrößerungsplänen besaß, sondern gläubig seine Proklamationen, daß er nur für den Glauben das Schwert gezogen habe, hinnahm, hatte der bei Leipzig errungene Triumph keinen Wermutstropfen. Er sah zu Gustav Adolf wie zu einem Erlöser empor und vergötterte ihn, und diese Vergötterung wurde ihm um so leichter, als er wußte, daß er sich mit dem König, der vortrefflich deutsch sprach, auch verständigen könne. Der König war ihm kein Fremder, er fühlte sich eins mit ihm.

Sechstes Kapitel.

Die Neutralitätsverhandlungen mit der Liga und die Schlacht am Lech.

I. Die weitere Entwicklung des Krieges und der Bündnisse nach der Schlacht bei Breitenfeld. Einnahme von Mainz. II. Die Neutralitätsverhandlungen. Umfassende Pläne Gustav Adolfs. III. Die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg wünschen den Beginn der Friedensverhandlungen, um Gustav Adolfs wachsenden Ehrgeiz zu bändigen. Ende der Neutralitätsverhandlungen. IV. Die Bemühungen der Wiener Staatsmänner um neue Allianzen. Papst Urban VIII. V. Der Krieg bis zur Schlacht am Lech. Die Überflutung Süddeutschlands durch die Schweden.

I. Die Nachricht von der Niederlage verursachte in München beinahe noch größeren Schrecken als in Wien, weil sich der Kurfürst von Baiern durch dieselbe besonders bloßgestellt fühlte. Er hatte den kaiserlichen Befehl zum Angriff gegen Kursachsen nicht gut geheißen, sondern vielmehr verlangt, daß der Kurfürst um jeden Preis geschont werde, damit er dem Könige von Schweden nicht in die Arme getrieben werde und nun mußte er erfahren, daß Tilly zum Angriffe übergegangen war und dabei die ligistischen Truppen verwendet hatte und daß der Kurfürst von Sachsen jetzt alle Freundschaftsversicherungen der Ligisten für Heucheleien erklärte. Bei den übrigen Katholiken machte sich der Eindruck der Niederlage zunächst dadurch geltend, daß sie, wie wir erzählt haben, die Verhandlungen in Frankfurt a. M. abbrachen und die Stadt verließen. In der That konnten sie nicht annehmen, daß sie ihre Gegner zu dem kleinsten Zugeständnisse bewegen

würden und da sie sich auch noch nicht entschließen konnten nachzugeben, so mußten die Verhandlungen von selbst ein Ende nehmen. Dagegen glaubte der Landgraf von Darmstadt sich zum Friedensvermittler anbieten zu müssen und schlug als solcher den Zusammentritt eines Konvents zu Mühlhausen vor, in dem die streitigen Fragen zwischen den Katholiken und Protestanten entschieden werden sollten. Als der Kaiser und der Kurfürst von Baiern davon benachrichtigt wurden, waren sie bereit den Konvent zu beschicken, auch Sachsen wäre gekommen und man hätte sich vielleicht über die Zurücknahme des Restitutionsedikts geeinigt, aber Gustav Adolf wollte nichts von Verhandlungen hören. Seinem Ehrgeiz eröffnete sich ein unendliches Feld der Thätigkeit, die Aussicht auf die Erwerbung der „Ostseekante“ befriedigte ihn nicht mehr, es gährte in ihm und die Begründung einer Herrschaft auf katholischem Gebiete beschäftigte fortan seine Gedanken. Alle Verhandlungen mußten ihm um so unangenehmer sein, als er ja nicht einmal mit seinen Ostseegelüsten offen hätte auftreten können, um wie viel weniger mit seinen sonstigen Plänen und deshalb mußte der Krieg weiter geführt werden.

Es lag jetzt in dem Belieben Gustav Adolfs den Krieg in entscheidender Weise nach zwei Richtungen fortzusetzen: er konnte entweder Tilly verfolgen und zugrunde richten und die ligistischen Besitzungen überfallen oder den Krieg in die fast wehrlos dastehenden kaiserlichen Erblande hineintragen. Hätte Gustav Adolf die erstere Aufgabe seinen deutschen Bundesgenossen übertragen, so würden sie dieselbe kaum gelöst, aber gewiß so viel bewirkt haben, daß ihre Gegner keinen entscheidenden Vorteil davon getragen hätten. Dagegen würde er durch sein Vorrücken nach Böhmen und Mähren den Kaiser, dem nur armselige Heerestrümmer zu Gebote standen, niedergeworfen haben, denn alle die tausend und aber tausend Gegner des neuen Regierungssystems, die diese Länder noch immer beherbergten, hätten dem König auf seinem Zuge gegen Wien die wichtigsten Dienste leisten können. Der Sturz der Habsburger und die Wiederaufrichtung des böh-

mischen Wahlkönigtums beschäftigten jedoch den König nicht in erster Reihe, ihn lockte der Reichtum der Bistümer am Main und Rhein, durch deren Eroberung er sich die Mittel zur Begründung jener erträumten Herrschaft zu schaffen hoffte, die ihren Mittelpunkt nicht in Österreich, sondern in Deutschland haben sollte. Als er sich demnach mit Kursachsen über die Fortsetzung des Krieges beriet, teilte er die Aufgabe so, daß er sich die Bekämpfung der Ligisten vorbehielt, dem Kurfürsten aber den Zug nach Böhmen auftrug.

Es dürfte für unsere Leser nicht ohne Interesse sein zu vernehmen, daß der Kurfürst von Sachsen, bevor er diese Aufgabe auf sich nahm, von seinen Räten und dem Hofprediger Hoë ein Gutachten verlangte, ob er als Christ und als Vasall des Reiches zum Kriege gegen den Kaiser berechtigt sei. Wichtige Beschlüsse wurden in Dresden ebenso wie in Wien oder Madrid nicht eher gefaßt, als bis sie auch die Billigung der Theologen erlangt hatten. Die Laien hatten stets nur den wirklichen oder eingebildeten Vorteil des Staatswesens vor Augen und darnach konnte man von vornherein über ihren Rat begründete Vermutungen anstellen; die Theologen stützten sich auf christliche Prinzipien und demnach hätte ihr Urteil auch stets vorausbestimmt werden können. Allein in den Fällen dringender Notwendigkeit bequemten sie sich dem Laienurteil an, wenngleich sie, um den Anstand zu retten, für ihre Schwenkung nach theologischen Gründen suchten und sie auch fanden. Wir werden in dieser Beziehung interessante Beweise für Wien und Madrid beibringen und so bedarf es wohl auch hier kaum der speziellen Erwähnung, daß Hoë das christliche Gebot des Gehorsams gegen die Obrigkeit in einer Weise auszulegen verstand, nach welcher der Kurfürst zur Bekämpfung des Kaisers nicht bloß berechtigt, sondern auch verpflichtet war. Johann Georg konnte jetzt beruhigten Gewissens die übertragene Aufgabe auf sich nehmen.

Kaum hatte Gustav Adolf seinen Kriegszug gegen den Main und Rhein angetreten, so wollte er den Sieg bei Breitenfeld dazu

benutzen um die verschiedenen Allianzen mit den deutschen Fürsten noch enger zu knüpfen und sich neue Verbündete zu schaffen. Seine erste Bemühung galt Kurbrandenburg, an das er seinen Rat Salvius (Ende September 1631) sandte, der in seinem Auftrage nicht nur die fortgesetzte Zahlung der bisherigen Subsidien verlangte, sondern auch einen Allianzentwurf vorlegte, durch den das Bündnis zwischen Brandenburg und Schweden eine ewige Dauer haben, dem König das absolute Kommando im Kriege zustehen und der Kurfürst sich zur Anerkennung des pommerschen Vertrages verpflichten sollte. In Berlin war man nicht geneigt, auf diese Bedingungen einzugehen, da sie nicht nur die Aufgabe aller Erbansprüche auf Pommern in sich schlossen, sondern auch Brandenburg gegenüber Schweden in eine schlechtere Lage versetzten, als jene war, die es gegen das deutsche Reich einnahm. Die Verhandlungen endeten demnach resultatlos und es blieb bei dem früheren Bündnisse, das übrigens insofern modifiziert wurde, als Brandenburg nicht mehr die bedungenen Subsidien zahlte. Mindere Schwierigkeiten sollte, wie es schien, der Abschluß einer Allianz Schwedens mit dem niedersächsischen Kreise haben. Als sich der Kreistag in Hamburg zu Ende Oktober versammelte, verlangte Salvius, daß der Kreis die Ausrüstung und Unterhaltung von 6500 Mann übernehme, die sich mit den Truppen der Herzöge von Mecklenburg verbinden und dem Kommando Gustav Adolfs unterstellen sollten. Gegen letztere Bedingungen erhoben sich allerlei Bedenken, man wollte das oberste Kommando lieber Kursachsen übertragen und so kam vorläufig kein fester Beschluß zustande; doch wurde alsbald gerüstet und mehrere Kreisstände nahmen für sich die verlangten Bedingungen an, so daß Gustav Adolf auf diese Weise alsbald über einen Teil der Kräfte des niedersächsischen Kreises verfügte. Noch früher kam eine Allianz mit den weimarischen Fürsten auf Grundlage der Truppenhilfe und der Übertragung des obersten Kommandos an Gustav Adolf zustande und dieser folgte die Verbindung mit den anhaltischen Fürsten. Durch alle diese Vorbereitungen war

es dem König möglich geworden, an die Aufstellung einer zweiten Armee zu denken, die unter Banérs Befehl die im Norden zerstreuten Besatzungen an sich ziehen und durch frische Zuzüge verstärkt die Belagerung von Magdeburg unternehmen sollte, während eine dritte Armee, deren Bildung an der unteren Elbe unter Totts Kommando vor sich ging, Stade und die übrigen mecklenburgischen Orte einnehmen und sich im Erzstift Bremen festsetzen sollte. Gustav Adolf berechnete, daß er in kürzester Zeit über 68 000 eigener und bundesgenössischer Truppen verfügen werde, wobei er die sächsischen und brandenburgischen Kontingente nicht mitrechnete. Wir bemerken noch, daß die Schweden mit der Belagerung Magdeburgs keine Mühe hatten, da die Kaiserlichen den Platz freiwillig aufgaben.

Während der nächsten zehn Tage nach der Schlacht bei Breitenfeld marschierte der König bloß bis Halle, am 27. September zog er gegen die kurmainzische Stadt Erfurt und rückte in dieselbe ein, nachdem der Herzog Wilhelm von Weimar sie tags vorher ohne Widerstand besetzt hatte. Von Erfurt ging es gegen das Stift Würzburg, dessen Bischof vor Ankunft der Feinde floh und damit ein Beispiel gab, das von zahlreichen Prälaten und Domherren befolgt wurde. Die Stadt Würzburg bot schon am 10. Oktober ihre Übergabe an; das Schloß hielt dagegen eine Belagerung aus, die erst am 18. durch einen Sturmangriff zum Ziele führte. Mit dem Schlosse fiel eine unermeßliche Beute in die Hände der Sieger, da man aus nah und fern die kostbarsten Sachen der vermeintlichen Sicherheit wegen dahin geflüchtet hatte.

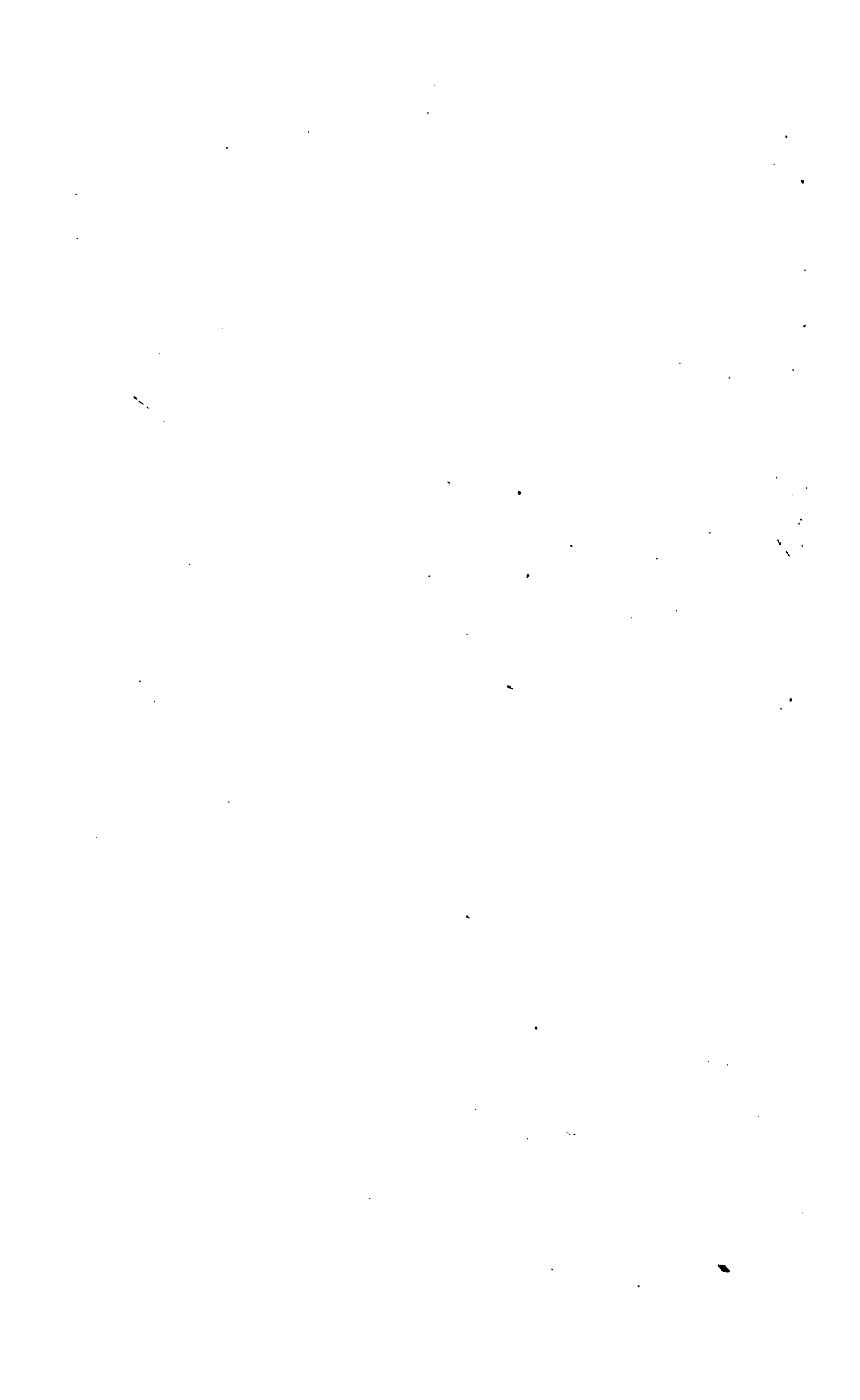
Nach diesem Erfolg that Gustav Adolf einige Schritte, die seinen auf die Errichtung einer Herrschaft im inneren Deutschland gerichteten Plan, der sich erst seit wenigen Tagen in ihm entwickelt hatte, andeuteten. Er organisierte die Verwaltung des herrenlos gewordenen Stiftes und verkündigte allen Ständen und Unterthanen „seines Herzogtums Franken“ (diesen Namen gab er dem Stifte und den anderen miteroberten geistlichen Besitzungen), daß er von ihnen die Erbhuldigung verlange und sich sonach als

ihren Erbherrn betrachte. Der Huldigungseid ließ darüber keinen Zweifel aufkommen, in welcher Weise er das meine, denn jedermann sollte schwören, daß er den König von Schweden und dessen Nachkommen für die alleinigen Landes- und Erbherren anerkennen wolle, doch wurde noch vorsichtsweise beigefügt, dieser Eid solle nur so lange gelten, bis der König eine „anderweitige Vereinigung“ getroffen haben würde. In diesem vieldeutigen Wort wurde der Verzicht auf Franken zu Gunsten des alten deutschen Reiches in Aussicht gestellt, es konnte sich aber auch jede beliebige Neugestaltung unter der „Vereinigung“ bergen, wenn weitere Erfolge auf dem Schlachtfelde dies ermöglichten. Die neue Regierung suchte alle Einkünfte des Landes dem Könige dienstbar zu machen und ging in rücksichtsloser Weise gegen alle geistlichen Besitzungen vor; die Klöster wurden aufgehoben und ihre Güter an einzelne schwedische Offiziere und an einige hervorragende Anhänger verschenkt, die Gustav Adolf unter dem deutschen Adel gefunden hatte. Die Katholiken mußten nun durch eigene Erfahrung den Jammer verkosten, unter dem ihre Gegner durch die von ihnen geübten Konfiskationen bisher geseufzt hatten.

Was that Tilly während dieser Vorgänge? Er war nach seiner Niederlage nach Halberstadt gezogen, hatte dort seine Truppen gesammelt und war mit ihnen nach Korvey gerückt, wo er sich mit dem kurkölnischen Volk vereinigte. Als er hier erfuhr, daß ihm Gustav Adolf nicht folge, sondern in das Thüringische eingerückt sei, zog er nach Hessen, vereinigte sich mit den dort unter Aldringen stehenden Resten des italienischen Volkes und mit Fugger, wodurch er sein Heer auf 18 000 Mann zu Fuß und 182 Reiterkornets brachte und nun den Entsatz von Würzburg versuchen wollte. Auf dem Wege dahin schloß sich ihm der Herzog von Lothringen mit 12 000 Mann an. Der Herzog Karl hatte seinen Anschluß an die kaiserliche Sache seit Jahren vorbereitet und wir haben gesehen, wie er sich gegen Ludwig XIII erklären wollte, als dieser La Rochelle belagerte. Im April 1630, als der Krieg noch in Italien wütete, ersuchte ihn der Kaiser um seinen Beistand

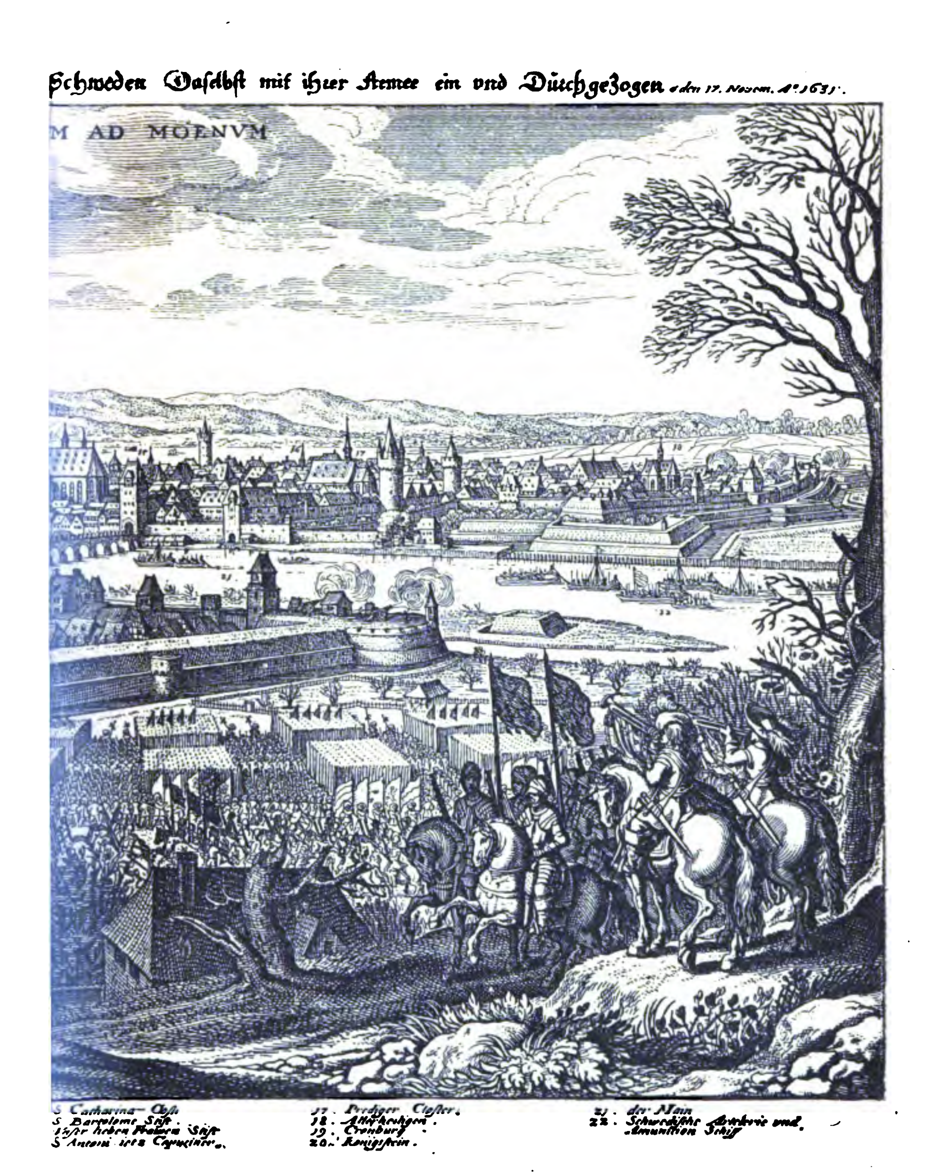
bei dem beabsichtigten Angriffe auf einige französische Grenzfestungen und der Herzog mag schon damals die besten Versicherungen gegeben haben, denn sein Plan ging auf nichts Geringeres, als auf die völlige Trennung von Frankreich und auf die Verbindung mit Deutschland. Erst jetzt trat er aber entschlossen auf die kaiserliche Seite und achtete nicht der Gefahr, welche die Allianz Frankreichs mit Schweden und die Siege Gustav Adolfs für ihn im Gefolge hatten.

Als Gustav Adolf von dem Herannahen der Gegner Kunde erhielt, brach er an der Spitze von ungefähr 6000 Mann auf, überfiel die Feinde zur Nachtzeit und fügte ihnen einen solchen Schaden zu, daß sie sich nicht mehr an ihn heranwagten, namentlich zeigte Tilly auf seinem Rückzuge eine derartige Niedergeschlagenheit, daß man auf ihn keine Hoffnungen mehr setzen konnte und seine Abberufung sich als dringend notwendig erwies. Zum Glück für die Geschlagenen verfolgte der König sie jetzt ebensowenig wie nach der Schlacht bei Breitenfeld, sondern zog Mitte November aus Würzburg nach Frankfurt am Main, zwang diese Stadt zur Allianz unter den bekannten Bedingungen und schloß endlich auch mit dem Landgrafen Georg von Darmstadt einen Vertrag ab, durch den sich dieser zur Einräumung der Festung Rüsselsheim für die Dauer des Krieges verpflichtete. Daß Gustav Adolf diesen Fürsten, der von den Protestanten als ein Abtrünniger betrachtet wurde, so milde behandelte, hatte seinen Grund darin, daß Landgraf Georg die Tochter des Kurfürsten von Sachsen geheiratet hatte. Der König konnte den Schwiegersohn seines Bundesgenossen nicht als Feind behandeln, wenn sich dieser bittend nahte und so begnügte er sich damit, ihm die kostbarste Feder aus seinem Gefieder herauszurupfen. Es galt nun Mainz, den Knotenpunkt der Main- und Rheingegend, in die Hand zu bekommen. Der Kurfürst von Mainz suchte das drohende Schicksal dadurch abzuwenden, daß er sich zu Verhandlungen erbot, in denen er sich wahrscheinlich zu einigen Zahlungen verpflichtet hätte, allein der König lehnte dieselben ab und ent-

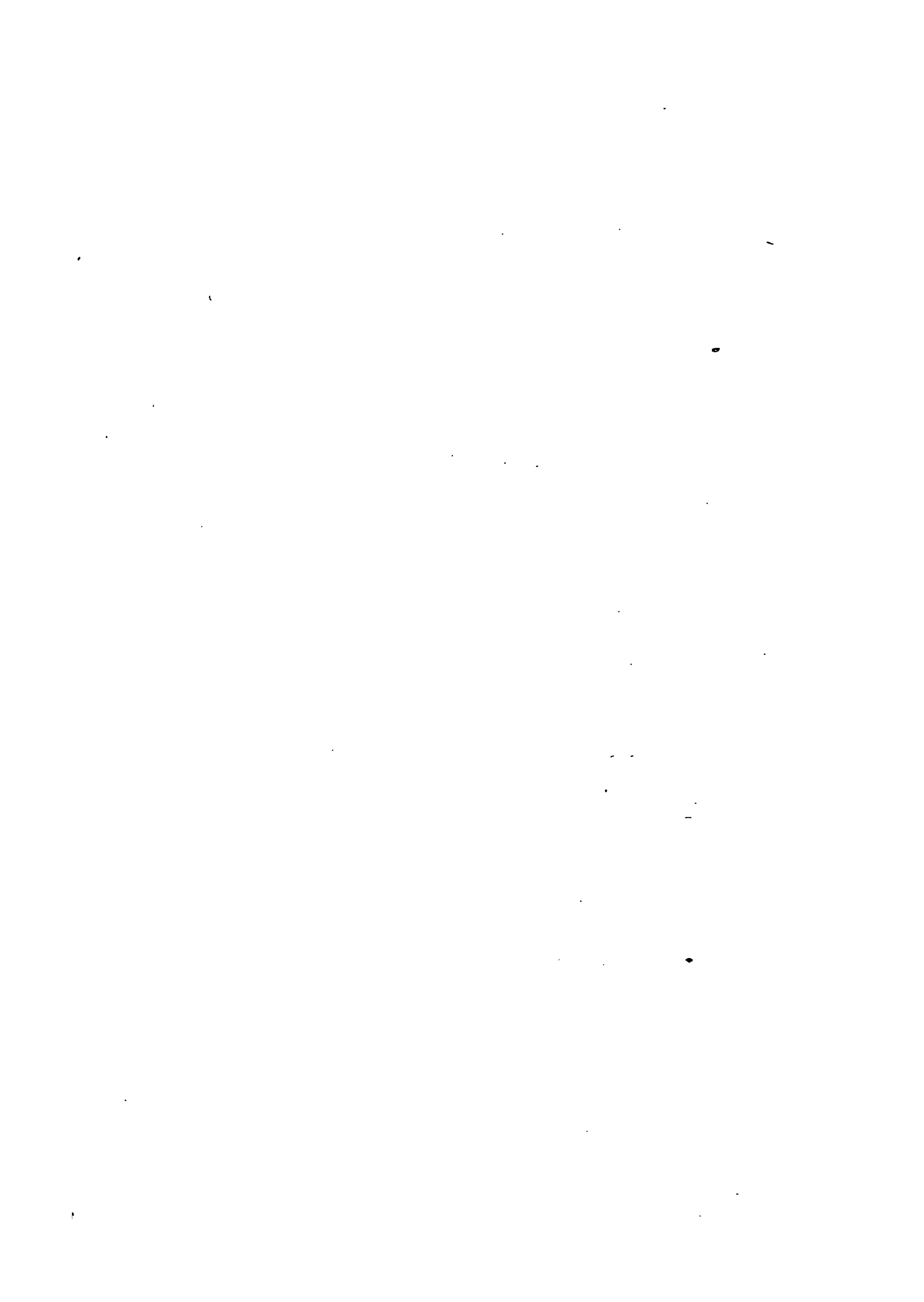




Die schwedische Armee auf dem Durchzuge



urch Frankfurt am Main im Jahre 1631.



schuldigte sich damit, daß der Kurfürst die „angebotene Freundschaft so liederlich ausgeschlagen habe“. Was es mit dieser (von Würzburg aus den drei geistlichen Kurfürsten angebotenen) Freundschaft für ein Bewandtnis hatte, ergiebt sich am besten aus den Forderungen, unter denen er sie zugestehen wollte. Jeder der Kurfürsten sollte 40 000 Thaler monatlich zahlen, Proviant liefern, alle seine Pässe dem König eröffnen, dem Kaiser keine Hilfe leisten und die Augsburger Konfession auf seinem Gebiete dulden.

Da der Kurfürst auf keine freundliche Behandlung von seinem Gegner rechnen konnte, so verließ er Mainz, nachdem er die Verteidigung der Stadt einer spanischen Besatzung von 2000 Mann übertragen hatte. Die schwedischen Truppen schweiften indessen bis an die Lahn, trieben überall Kontributionen ein und setzten sich vorläufig in dem Mainz gegenüber liegenden Kastel fest, von wo aus sie nun die Vorbereitungen zum Angriffe trafen. Fast schien es, als ob er nicht erfolgen würde, denn da Tilly Nürnberg bedrohte, welches mit Gustav Adolf ein Bündnis abgeschlossen hatte, riefen die Nürnberger den König zu Hilfe und da dieser dem Rufe folgen wollte, so brach er nach Frankfurt auf. Aber hier erhielt er die Nachricht von dem Abzuge Tillys, dessen Truppen zu keiner bedeutenden Leistung fähig waren und wie „der Schnee an der Sonne zergingen“ und so wendete er seine Aufmerksamkeit wieder Mainz zu, zwang die spanischen Truppen bei Oppenheim ihre daselbst errichteten Schanzen aufzugeben und bekämpfte so in direkter Weise Spanien, das noch immer einen Teil der untern Pfalz inne hatte und jetzt dem Kurfürsten von Mainz die erwähnte Hilfe leistete. Seine Maßregeln führten zum Ziele: schon am 23. Dezember übergab die Besatzung die Stadt Mainz gegen Akkord und nun benutzte Gustav Adolf diesen Erfolg, indem er die Mainzer mit einer hohen Kontribution belegte und hier wie in Würzburg eine Zivil- und Militärverwaltung einrichtete. — Ungefähr drei Monate waren seit der Schlacht bei Breitenfeld verflossen und was hatte

der König in dieser kurzen Zeit erreicht! Er hatte zahlreiche Bündnisse mit Leuten abgeschlossen, welche sonst nie ein Ende für ihre Bemerkungen und Einwendungeu fanden, er hatte das Verwaltungswesen in den eroberten Gebieten eingerichtet und unter mancherlei Schwierigkeiten siegreich ein Gebiet durchzogen, das ungefähr 60 Meilen in der Länge maß, eine Leistung, die in Anbetracht der winterlichen Jahreszeit und des elenden Zustandes der Straßen schon als Marschleistung anzuerkennen war, wie nun erst, wenn man bedenkt, daß er mit dem Gegner zu kämpfen und tausend andere Gegenstände zu beraten und zu bestimmen hatte. Kann es Wunder nehmen, wenn Gustav Adolf angesichts dieser Erfolge und im Bewußtsein der eigenen Kraft den ursprünglichen Zweck seiner Landung vergaß und das Schwert nicht mehr zum Schutze der bedrängten Glaubensgenossen, sondern zur Eroberung ziehen wollte? Die nun folgenden Neutralitätsverhandlungen geben für diese Anschuldigung den schlagendsten Beweis.

II. Die Verhandlungen zwischen Frankreich und Baiern hatten, wie erzählt wurde, im Mai 1631 durch Unterzeichnung einer Defensivallianz ihren Abschluß gefunden. Maximilian hatte lange gezögert, aber infolge der steigenden Kriegsgefahr sich zu der Allianz entschlossen und alsbald an Ludwig XIII die Bitte gerichtet, er möge ihm die bedungene Hilfe leisten, damit er sich gegen Gustav Adolf verteidigen könne. Der Wortlaut des abgeschlossenen Vertrages verpflichtete den König allerdings zur Hilfe gegen jeden Baiern bedrohenden Feind, allein in Paris war man um so weniger zu einer Hilfeleistung geneigt, als Maximilian jeden Augenblick durch Vermittlung Frankreichs einen Neutralitätsvertrag mit Schweden abschließen konnte. Dazu wollte sich jedoch Maximilian nicht verstehen und daher blieb man auch in Frankreich taub gegen seine Bitten und ließ dem Kriege seinen Gang. Die Schlacht von Breitenfeld änderte die Sachlage und machte Maximilian geneigt, die Vermittlung Frankreichs in Anspruch zu nehmen, damit ein annehm-

barer Friede zustande käme. Seine Besorgnis wurde auch von den Kurfürsten von Mainz und Trier geteilt, die den König Ludwig schriftlich auf das inständigste um seine Vermittlung ersuchten und ihm dabei einen solchen Lohn in Aussicht stellten, daß Ludwig XIII denselben leicht auf eine Art Schutzherrschaft über sie deuten konnte. Wir wissen jedoch nicht, ob das Schreiben jemals nach Frankreich gelangte, da Maximilian, dem es zur Unterschrift zugeschickt wurde, mit derselben zögerte.

Die Verhandlungen mit Frankreich führte jetzt der bairische Rat Jocher, der im Auftrag seines Herrn, welcher den Kaiser nicht preisgeben wollte, den Franzosen zu beweisen suchte, daß die Endabsichten Gustav Adolfs jedenfalls mit denen Frankreichs nicht übereinstimmten, weil er es auf den Untergang der katholischen Kirche abgesehen habe und dem Kaiser einige Provinzen entreißen wolle und daß es deshalb am besten wäre, wenn Frankreich einen allgemeinen Frieden vermitteln würde. Das wollte aber der Kardinal Richelieu durchaus nicht, denn wenn jetzt der Friede zustande gekommen wäre, so hätte der Kaiser keine Einbuße in seinem Besitze erlitten, die Verhältnisse in Deutschland wären auf den Zustand von 1621 zurückversetzt worden und das nicht ganz, weil man den Kurfürsten von Baiern seiner Erwerbungen nicht berauben wollte. Da der Kardinal nur um den Preis einer nachhaltigen Schwächung der Habsburger in ihrer Macht die Friedensverhandlungen unterstützt hätte, so fanden die Auseinandersetzungen des bairischen Bevollmächtigten nicht seinen Beifall, da er aber trotzdem hoffte zum Ziele zu gelangen, so schickte er den Herrn von Charnacé nach München, um die Neutralitätsverhandlungen daselbst zum Abschlusse zu bringen und so die Liga vom Kaiser zu trennen. Aber Maximilian wollte den Kaiser auf keinen Fall preisgeben und erklärte, daß er keinen einseitigen Neutralitätsvertrag mit Gustav Adolf abschließen könne, weil der letztere seine Waffen dann gegen den Kaiser kehren, ihm Böhmen entreißen und dadurch zum Kaisertum gelangen würde. Frankreich solle einen allgemeinen Waffen-

stillstand vermitteln, damit man über einen Frieden verhandeln könne (12. Dezember 1631).

Maximilian beharrte jedoch nicht bei diesem jedenfalls ehrenvollen Beschlusse und zwar aus Gründen dringender Not. Er hatte sich im Dezember nach Donauwörth verfügt, um dort mit Tilly persönlich zusammenzutreffen und von ihm über den Stand des Krieges und allfällige Aussichten eines weitern Widerstandes genaue Auskunft zu erhalten. Die gebeugte Gestalt und das gedrückte Benehmen Tillys gaben ihm einen grellern Aufschluß, als die langatmigsten Berichte hätten thun können. Der alte General bot ein Bild des Jammers; er zeigte sich „ganz perplex und irresolut in allen Ratschlägen, erklärte, daß er kein Mittel wisse, wie den großen Schwierigkeiten zu begegnen sei, daß dem Kaiser keine andern Mittel zu Gebote stünden, als die ihm Spanien zuschicke, und begleitete seine Klagen unaufhörlich mit Thränen". Wie sollte Maximilian nicht von steigender Besorgnis ergriffen werden, wenn er hörte, daß die ligistische im Felde verwendbare Armee nach Abmarsch von 10000 Mann kaiserlicher Truppen, die Ferdinand zur Verteidigung Böhmens abberufen hatte, nur noch 6000 Mann zähle? Wenn er sich in Verhandlungen mit Frankreich auf der von Richelieu aufgestellten Basis einließ, wußte er, daß er nicht bloß den Kaiser und dessen Besitz preisgab und der katholischen Kirche einen unheilbaren Schaden zufügte, sondern auch daß er dem deutschen Staatswesen den Todesstoß versetzte; aber die Unmöglichkeit, sich mit den hinschwindenden ligistischen Streitkräften gegen die stets anwachsende schwedische Macht zu verteidigen, zwang ihm den bittern Entschluß auf, sich den Umständen zu fügen, sich für die Neutralität zu erklären und den Kaiser sich selbst zu überlassen.

Am 24. Dezember setzte er einen Vertragsentwurf auf, der wenigstens die Liga sichern sollte, und überlieferte ihn dem in München neben Charnacé bevollmächtigten St. Etienne, damit ihn dieser dem König Ludwig überbringe, während Charnacé

zu Gustav Adolf reisen sollte, um dessen Zustimmung zu dem Vertrage zu erlangen. In demselben verpflichtete sich Maximilian für sich und die ligistischen Fürsten, soweit sie dem Vertrage beitreten würden, zur Neutralität, verlangte aber dafür, daß die Schweden sämtliche ligistischen Gebiete unverweilt räumen, ihm (dem Kurfürsten) weder seine Würde, noch den Besitz der pfälzischen Gebiete bestreiten und den kaiserlichen Truppen, die noch in Deutschland zerstreut seien, ungehindert den Rückzug in die Erbländer Ferdinands gestatten sollten. Die französischen Gesandten waren mit diesen Bedingungen einverstanden und versicherten, daß ihr König alsbald Truppen zu Hilfe schicken werde, um die Ligisten gegen einen allfälligen Angriff Gustav Adolfs zu sichern, sagten aber nicht, daß Richelieu befohlen hatte, die Truppen durch den Elsaß zu dirigieren, dessen Besitznahme bereits beschlossene Sache war. Charnacé verlangte von Maximilian die Überlassung von Mannheim, im Falle die französischen Truppen vorrücken würden, welches Begehren der Kurfürst nicht abzulehnen wagte, so schmerzlich ihm das auch ankommen mochte. Frankreich hatte jetzt seine Hand in den deutschen Angelegenheiten, es handelte sich ihm nun darum, auch seinen Fuß nach Deutschland zu setzen, um ihn nicht wieder zurückzuziehen. Zur Vervollständigung unseres Berichtes über die diplomatischen Beziehungen fügen wir hinzu, daß Ludwig XIII (am 21. Dezember 1631) einen Separatvertrag mit dem Kurfürsten von Trier schloß, durch welchen sich dieser mit seinem Lande unter den Schutz des Königs stellte. Dagegen schickte Maximilian einen Gesandten an Ferdinand ab und teilte ihm offen mit, in welche Verhandlungen er sich eingelassen habe und wie er nach den in Donauwörth gemachten Erfahrungen nicht anders habe handeln können. Er versicherte, daß er sich vom Kaiser nicht trennen, sondern mittlerweile frisch rüsten werde, um, wenn Gustav Adolf eine der Neutralitätsbedingungen verletze, sich gegen ihn zu kehren, jedenfalls werde er jede Gelegenheit ergreifen, um dem Kaiser gute Dienste zu leisten. Zum Schlusse riet er dringend

zum Frieden und zur Annahme der französischen Vermittlung.

Als Gustav Adolf die erste Nachricht von dem Entwurf des Neutralitätsvertrages empfing, residierte er in Mainz, wohin ihm seine Gemahlin nachgereist war und wo er einen Hof hielt, der, was die Zahl der fürstlichen Persönlichkeiten betrifft, die sich daselbst einfanden, alle andern gleichzeitigen Versammlungen übertraf. Der König war durchaus nicht gesonnen auf die ihm zugemutete Neutralität einzugehen, nur dem Kurfürsten von Baiern, dessen Land er kaum berührt hatte, wollte er sie zugestehen, die Besitzungen der übrigen ligistischen Fürsten aber, in denen sich seine Armee nährte, kleidete und stärkte, wollte er um keinen Preis aufgeben. Der Marquis von Brezé, der ihn im Verein mit Charnacé zur Nachgiebigkeit bewegen sollte, begegnete unüberwindlicher Hartnäckigkeit. Gustav Adolf wies jede Zumutung zur Schonung der Liga ab und erbitterte damit den Marquis, der sich als Franzose und Katholik fühlte, so sehr, daß er seinen König vor dem Ehrgeiz des Schwedenkönigs warnte. Nichts veranschaulicht deutlicher, welche Haltung der letztere um diese Zeit einnahm und welche ehrgeizigen Gedanken sein Inneres beschäftigten, als der Bericht, den Brezé nach Hause schickte. „Der Appetit," erzählt er, „hat sich bei Gustav Adolf infolge der gelungenen Eroberungen in dem Grade gesteigert, daß er bereits alles anstrebt, und das Vertrauen in sein Glück ist bei ihm so hoch gestiegen, daß er an keinem Erfolg mehr zweifelt und Angriff und Sieg für gleichbedeutend hält." Er kümmert sich nicht um die Verminderung der Zahl seiner Feinde, sondern behauptet, daß ihm dadurch nur das Quartier für seine Truppen entzogen wird, ebensowenig will er von dem Eintritt der französischen Truppen in den Elsaß etwas wissen und „auf alle unsere (Brezés und Chernacés) Vorstellungen" giebt er nur in unbedeutenden Dingen, aber nie in einem wesentlichen Punkte nach, er will den ganzen Rheinstrom beherrschen, Koblenz und *Mannheim* einnehmen, den Holländern die Hand reichen und uns

den Zugang nach Deutschland versperren. Spricht man ihm von einer Restitution, so weist er sie rundweg ab.

In dem persönlichen Benehmen Gustav Adolfs trat es jetzt noch deutlicher hervor als in seinen hohen Zielen, wie er sich aller Rücksicht entbunden und seine Bestrebungen für allein berechtigt hielt. So äußerte er sich gegen den genannten Marquis mißbilligend über den König von Frankreich, weil er sich nicht zum Reformator seiner Kirche aufwerfe, und spottete über den Papst. Er fing an die Krücken zu verachten, mit deren Hilfe er die schwindelnde Höhe erreicht hatte. Bei einem Gastmahl, an dem wie gewöhnlich mehrere Fürsten, darunter auch der unglückliche Winterkönig, der aus dem Haag zu ihm gekommen war, und der Landgraf von Darmstadt teilnahmen, entspann sich ein Monolog (denn von einer allgemeinen Unterhaltung konnte nicht die Rede sein, wenn Gustav Adolf das Wort ergriff und die anderen andächtig zuhörten), in dem der König alle Friedensverhandlungen mißbilligte und erklärte, daß er sich ebensowenig um den Kaiser kümmere, wie dieser ehedem um ihn, worauf er spöttisch zu dem Landgrafen bemerkte, er könne dies an Ferdinand berichten, da er ja gut kaiserlich sei. Der verhöhnte Fürst entfärbte sich und verschluckte schweigend den Spott, Gustav Adolf aber kümmerte sich nicht darum, daß er sich ihn vielleicht zum erbitterten Feinde gemacht hatte; so sehr war er des weitern Erfolges sicher und glaubte sich jeder Rücksichtnahme entbunden. Er begann übermütig zu werden.

Noch hatte Richelieu, der sich mit Ludwig XIII an der Spitze von ungefähr 20000 Mann nach Vicq und später nach Metz begeben hatte, um dem deutschen Kriegsschauplatze näher zu sein und zugleich den Herzog von Lothringen zu einem Bündnis und zur vorläufigen Abtretung der Festung Marsal zu zwingen, keine Kunde von der starren Unnachgiebigkeit Gustav Adolfs. Obwohl er also glauben konnte, daß der letztere die angebotene Neutralität annehmen werde, so mißtraute er ihm doch schon und ließ dem Kurfürsten von Baiern entbieten, er möge nur rüsten

und seine Armee auf mindestens 20000 Mann erhöhen, um gegen alle Eventualitäten gesichert zu sein. Richelieu dachte also an ein Bündnis mit der Liga selbst gegen Gustav Adolf. Dem Kurfürsten war durch die Befolgung dieses Rates die passendste Gelegenheit geboten sein dem Kaiser gegebenes Versprechen zu erfüllen, ohne das Mißtrauen Frankreichs wachzurufen. Als später die oben erwähnten schlimmen Nachrichten aus Mainz einliefen, beriet man sich am französischen Hofe, ob man das Bündnis mit Gustav Adolf nicht fallen lassen und gegen ihn auftreten solle. Dieser Plan wurde verworfen, weil er zum Vorteil der Habsburger ausgefallen wäre, aber er zeigt deutlich genug, welche Angst damals die Franzosen vor den Herrschergelüsten Gustav Adolfs hatten, wenn sie über Maßregeln beraten konnten, die zum Vorteil des Kaisers ausfallen mußten. Zuletzt beschloß man doch dem Kurfürsten von Baiern zu raten, den Neutralitätsvertrag mit Gustav Adolf abzuschließen und die von demselben neu formulierten Bedingungen anzunehmen. Der König verlangte die Überlassung des Mainzer, Würzburger, Fuldaer und Bamberger Stiftes, die Übergabe aller von der Liga besetzten protestantischen Plätze und die Reduktion ihrer Armee auf 12000 Mann. Einen ähnlichen Ratschlag zur Nachgiebigkeit erteilte Richelieu einige Tage später dem Bischof von Würzburg, als sich dieser im Namen der Liga in Metz einfand und um die Zuerkennung der Neutralität und die Räumung der geistlichen Gebiete ersuchte. Der Kardinal versüßte die Bitterkeit desselben nur durch das Versprechen, daß sich Frankreich später für die Liga einsetzen werde, wenn sie bei den künftigen Friedensverhandlungen nicht vollständig entschädigt werden würde.

Als Maximilian die betreffende Botschaft erhielt, war er so bestürzt, wie vielleicht noch nie in seinem Leben. Daß Frankreich die katholischen Interessen derart preisgeben werde, wie dies durch den ihm erteilten Ratschlag der Fall war und daß es so ohne allen Einfluß auf Gustav Adolf sei, hielt er für unmöglich und glaubte sich deshalb verraten und aufgegeben. Er

war jetzt entschlossen seine ganze Existenz in die Schanze zu schlagen und sich mit dem Kaiser wieder zu verbinden, wenn er bei ihm nur halbwegs ernstliche Vorbereitungen zur Verteidigung sehen würde. Die Mahnungen und Versprechungen, die er deshalb an den kaiserlichen Hof ergehen ließ, waren ebenso ernst wie aufrichtig gemeint, während die Verhandlungen, die er mit Frankreich und bald darauf auch mit Schweden fortsetzte, nur noch zum Schein betrieben wurden.

III. Bevor wir über das schließliche Resultat der Neutralitätsverhandlungen berichten, müssen wir der Schwierigkeiten erwähnen, mit denen Gustav Adolf von seinen deutschen Glaubensgenossen bedrängt wurde. Es wurde erzählt, daß der Landgraf von Darmstadt nach der Schlacht bei Breitenfeld die Berufung eines Konvents in Mühlhausen vorschlug, auf dem die Zwistigkeiten zwischen den Katholiken und Protestanten beglichen werden sollten, und daß der König von Schweden von dem Konvente nichts wissen wollte, wenngleich er den Plan einer Einigung nicht direkt bekämpfte. Nun waren aber die zwei protestantischen Kurfürsten des Krieges mehr als überdrüssig und da die Möglichkeit eines günstigen Friedens klar vorlag, so beschlossen sie den König um die Anbahnung der Verhandlungen zu ersuchen. Beide Kurfürsten schickten deshalb (im Februar 1632) eine Gesandtschaft an den König ab, welche ihm dieses Gesuch vortragen und um seine Zustimmung zur vorausgehenden Berufung eines protestantischen Konvents, auf dem man sich über die Friedensbedingungen einigen wollte, bitten sollte. Der sächsische Gesandte war noch insbesondere beauftragt, sich zu beschweren, daß die Teilnehmer des Leipziger Konvents die dem Kurfürsten Johann Georg versprochene Geldhilfe nicht zahlten und sich mit den Zahlungen, die sie Schweden leisten mußten, entschuldigten, deshalb sollte er von Gustav Adolf die Überlassung eines Teiles der Beisteuer verlangen. Keine von beiden Gesandtschaften fand für ihre Vorstellungen und Bitten Gehör. Wenn wir aber erfahren, daß der König mittlerweile von den Herzögen von Mecklenburg verlangte, daß sie ihre Verbindung mit dem Reiche

ganz und gar lösen und ihn für alle Zeiten als Lehensherrn anerkennen sollten (mit welchem Begehren er insofern durchdrang, als sie ein ewiges Bündnis mit ihm abschlossen) und daß er den Pfalzgrafen nur dann in seinen früheren Besitz einzusetzen versprach, wenn er ihn als bleibenden Schutzherrn annehmen würde, wenn wir ferner erwägen, daß er mit Rücksicht auf die okkupierten geistlichen Stifter zu dem Marquis von Brezé sagte: Was wird Euer Herr sagen, wenn ich mich zum „König von Franken“ erkläre — womit er doch nur einen Teil seiner Pläne, die sich ja auch auf die Herrschaft über die Ostsee bezogen, enthüllte, und daß er vielleicht „alles“ erreichen wollte, wie dies der Marquis von Brezé behauptete — so begreifen wir, daß er jetzt nicht auf Friedensverhandlungen eingehen wollte, denn „alles“ oder wenigstens einen großen Teil konnte er erst dann fordern, wenn er als alleiniger Herr dastand. Als demnach die brandenburgischen Gesandten zur Audienz bei dem König vorgelassen wurden, erklärte er ihnen rundweg, daß keine Aussicht zum Frieden sei, weil er noch zu wenig entscheidende Siege erfochten habe.

Noch waren die beiden Kurfürsten von der Erfolglosigkeit ihrer Bemühungen nicht benachrichtigt, als sie sich im Vorgefühl derselben in Torgau zusammenfanden, um über ihre weitere Haltung Beschluß zu fassen. Beide stimmten darin überein, daß keine Zeit so günstig zum Abschluß eines Friedens gewesen sei, als die gegenwärtige, weil man die Aufhebung des Restitutionsedikts und andere Konzessionen erwarten könne, und daß man deshalb im Verein mit dem in Leipzig gewählten Ausschusse die Friedensverhandlungen ernstlich betreiben solle. Da es zu denselben nicht kam, wollen wir nicht weiter auseinandersetzen, welche Konzessionen Kurbrandenburg dem Kaiser und den Katholiken abzwingen wollte, und bemerken nur, daß einige so weit gingen, daß man wohl nur durch eine glückliche Fortsetzung des Krieges sie den Gegnern hätte abringen können; doch lag die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die Protestanten in Anbetracht des allgemeinen Friedensbedürfnisses freiwillig auf ihre Gewährung verzichtet hätten.

Nur einer Forderung Kurbrandenburgs wollen wir erwähnen, weil sie imstande ist ein allgemeines Interesse zu erwecken Georg Wilhelm wollte nämlich beantragen, daß in ganz Deutschland Religionsfreiheit herrschen und zum mindesten das privatum exercitionis religionis (die häusliche Religionsübung) jedem freistehen solle. Da aber Sachsen mit diesem Antrage nicht einverstanden war, so wurde er fallen gelassen. Die beiden Kurfürsten kamen zuletzt überein einen Konvent der protestantischen Stände zu berufen, um auf demselben die Friedensbedingungen endgiltig festzustellen und an ihm zugleich eine Stütze gegen die übertriebenen Forderungen Gustav Adolfs zu gewinnen.

Die Forderungen Gustav Adolfs! Auch die Protestanten mußten endlich die Überzeugung gewinnen, — Kurbrandenburg wußte es längst — daß der König für seine ihnen geleisteten Dienste nicht bloß durch die Katholiken, sondern aus ihrem eigenen Besitze entlohnt zu werden wünsche und daß sie zu seinen Plänen Stellung nehmen müßten. Der Kurfürst von Sachsen fragte seinen Kollegen, ob er nicht wisse, wie weit die Ansprüche des Königs reichten, worauf Georg Wilhelm erklärte, daß er sich nie offen gegen ihn ausgesprochen habe, daß er aber vermute, er wünsche „1) ein ewiges Bündnis mit jenen Ständen aufzurichten, deren Länder an der See lägen, 2) die freie Zufahrt und Station für seine Schiffe auf dem Reichsboden, 3) einen Teil der Seeküste, es sei nun das Fürstentum Rügen oder der Stralsunder Hafen oder etwas mehr oder weniger, vor diesem (wir verstehen dies: in früherer Zeit) mag er wohl gar auf das ganze Herzogtum Pommern gezielt haben, 4) einen Zoll auf der See oder etlichen Strömen und 5) die Beibehaltung der Orte, die er den Katholiken abgenommen, bis zum Ersatz der Kriegskosten.“ Das sind die eigenen Worte des Kurfürsten von Brandenburg und man ersieht aus ihnen, daß Gustav Adolf durch jenes ewige Bündnis das deutsche Staatswesen sprengen und an der Seeküste sowie im Innern Deutschlands in den katholischen Gebieten festen Fuß fassen wollte, da von einem

Ersatz der Kriegskosten nicht die Rede sein konnte. Wir bemerken dazu, daß die Pläne Gustav Adolfs noch viel weiter reichten, als Georg Wilhelm vermutete.

Aus der weitern Haltung des Kurfürsten von Sachsen ist ersichtlich, daß ihn diese Mitteilungen gewaltig aufregten und daß er den König von Schweden als Feind anzusehen begann und sich deshalb gern mit dem Kaiser verständigt hätte. Auf alle Fälle einigte er sich mit seinem Kollegen in der Berufung des Protestantenkonvents. Bevor sie dem König, der ja auch zur Beschickung des Konvents eingeladen werden sollte, hiervon Nachricht gaben, erhielt Georg Wilhelm von ihm eine (vom 10. März 1632 datierte) Erklärung, die ihrem Inhalt nach der seinem Gesandten erteilten gleichkam. Der König erachtete den Beginn der Friedensverhandlungen in Anbetracht des bösen Willens des Feindes für zwecklos und verwarf damit indirekt die von ihm bereits vermutete Berufung des Protestantenkonvents. Sachsen und Brandenburg hätten sich jetzt dem König entgegenstellen müssen, wenn sie auf ihrem Beschluß beharrt hätten, da sie dies nicht thun wollten, weil sie dadurch Bundesgenossen des Kaisers geworden wären, so ließen sie dem König freie Bahn für seine weitern Entschlüsse und gaben die Berufung des Konvents auf. Das Resultat der Zusammenkunft in Torgau verlief also im Sande, sie erregte aber damals großes Aufsehen und namentlich fühlte Gustav Adolf, daß sie gegen ihn gerichtet sei, und gab seinem Unwillen lauten Ausdruck.

Kehren wir von dieser Abschweifung wieder zu den Neutralitätsverhandlungen zurück.

Bei den ehrgeizigen Plänen des Königs von Schweden wird es begreiflich, daß die Neutralitätsverhandlungen mit der Liga, die in Frankfurt am Main im März neuerdings aufgenommen wurden, zu keinem Resultate führten. Gustav Adolf schonte nicht einmal den Kurfürsten von Trier, obwohl er wußte, daß derselbe ein Spezialbündnis mit Frankreich abgeschlossen hatte, sondern bedrückte seine Besitzungen und wollte auch dem Bischofe von

Bamberg die Neutralität nicht zugestehen, obwohl er dessen Gebiet noch nicht besetzt hatte. Die Absendung des bairischen Gesandten nach Frankfurt half also nur dazu, in Maximilian die Überzeugung zu erwecken, daß für ihn und seine Partei nur durch energischen Anschluß an den Kaiser Rettung zu hoffen sei. Dabei unterließ er es aber nicht, an Frankreich die Bitte zu stellen, daß es ihm kraft des im Mai 1631 abgeschlossenen Vertrags Hilfe leiste. Die Verlegenheit, in der sich Ludwig XIII oder vielmehr Richelieu befand, war ganz außerordentlich: durfte er die Liga den weiteren Angriffen Gustav Adolfs in dem Augenblicke preisgeben, wo sie zum Frieden bereit war und ihre Verbindung mit dem Kaiser faktisch gelöst hatte und der letztere selbst alle seine Truppen in seine Erblande zurückgezogen hatte? Ein Angriff auf die Liga schädigte jetzt nicht mehr die kaiserlichen, sondern nur die katholischen Interessen und diese durfte man von französischer Seite aus schon wegen des Verhältnisses zu Rom nicht verletzen lassen. In dieser Verlegenheit half sich Richelieu damit, daß er den König von Schweden unaufhörlich zur Nachgiebigkeit ermahnte und dem Kurfürsten von Baiern Hilfe in Aussicht stellte, wenn sein Gegner die Neutralitätsbedingungen nicht mäßigen würde. Damit aber hinderte er nicht, daß Gustav Adolf im Beginn des Frühjahres energisch zum Angriffe überging und den ligistischen Streitkräften eine zweite Katastrophe bereitete.

IV. Als sich Maximilian von Baiern durch Vermittlung Frankreichs mit Schweden in Unterhandlung einlassen wollte, benachrichtigte er, wie erwähnt, den Kaiser davon und rief dadurch in Wien den größten Schrecken hervor. Ferdinand wagte nicht den Kurfürsten zu verdammen, sondern verlangte nur, daß er sich seiner annehme und daß dem König von Schweden der Angriff auf die kaiserlichen Erbländer verboten würde. Dafür erklärte er sich in den deutschen Angelegenheiten zu allen Konzessionen bereit und wollte sich ausdrücklich die französische Vermittlung gefallen lassen. Als nun aber Maximilian zur Kenntnis

der schwedischen Forderungen gelangte und erfuhr, wie gering der mäßigende Einfluß Frankreichs sei, setzte er auf die französische Vermittlung keine Hoffnung und ließ dem Kaiser durch seinen Kanzler Donnersperg die Botschaft zukommen, daß er bereit sei noch weiter an seiner Seite auszuharren, wenn er die Rüstungen in der energischsten Weise betreiben würde. Diese Wiederanknüpfung der alten Beziehungen erfüllte die kaiserlichen Staatsmänner mit der größten Freude und sie wurden nicht müde zu versichern, daß man mit Hilfe Waldsteins, dem das Oberkommando wieder übertragen worden sei, eine Armee von 150 000 Mann aufstellen und den Krieg auf drei verschiedenen Seiten in Angriff nehmen werde. Waren schon diese Zusagen etwas übertrieben und riefen dadurch Zweifel an ihrer Glaubwürdigkeit hervor, so mußte ein anderer Rettungsplan, den man dem bairischen Gesandten mitteilte, Zweifel an dem Verstande der Wiener Staatsmänner erwecken. Sie wollten einen großen Bund begründen, an dem sich nicht bloß die ligistischen Fürsten und Spanien, sondern auch Frankreich (!), der Papst, Venedig, Parma, Toskana, Lothringen, kurz fast ganz Europa zum Zwecke der Bekämpfung Gustav Adolfs und der Wiederherstellung der alten Verhältnisse vor seinem Einbruch beteiligen sollten. Daß man die Bildung einer aus so heterogenen Elementen bestehenden Allianz für möglich hielt, daß man hoffen konnte, auch Frankreich, dessen gegnerische Thätigkeit doch niemandem verborgen war, hiefür zu gewinnen, zeugt von einer unbeschreiblichen Naivität. Thatsächlich suchte man von Wien aus die verschiedenen Fürsten durch eigene Gesandte oder durch Briefe zu gewinnen. So reiste namentlich der Freiherr Peter von Schwarzenberg nach Frankreich, um dort die Erinnerungen an die früheren freundschaftlichen Verhältnisse und an die religiösen Beziehungen wachzurufen, aber alle seine Bemerkungen wurden entweder mit Ausflüchten beantwortet oder es wurden feste Versprechungen in Bezug auf einige beabsichtigten Erwerbungen verlangt. Für den Fall der Nachgiebigkeit von kaiserlicher Seite war König Ludwig wohl erbötig, die Ver-

mittlung mit Schweden in die Hand zu nehmen, nie aber eine Allianz mit Ferdinand abzuschließen (Mai 1632). Von der an ihn abgeschickten Gesandtschaft nahm Ludwig im Beginn des folgenden Jahres die Veranlassung einen eigenen Gesandten nach Wien zu schicken, um seine Vermittlung anzubieten. Welches Resultat dabei erzielt wurde, werden wir später mitteilen.

Nach Rom wurde der Erzbischof von Gran, Kardinal Pazmann, geschickt, um den Papst für die Allianz und für die Gewährung neuer Subsidien zu gewinnen. Urban VIII aus dem Hause Barberini, der im Jahre 1623 den päpstlichen Stuhl bestiegen hatte, befolgte nicht mehr die Politik seines Vorgängers Gregors XV, sondern war in die Fußtapfen jener Päpste getreten, die im 16. Jahrhundert im Bunde mit Frankreich die Herrschaft der spanischen Könige in Italien bekämpften. Dieselben Gründe, welche die Päpste zu allen Zeiten lenkten, waren auch diesmal maßgebend. Urban haßte die Bemühungen der Großmächte, festen Fuß in Italien zu fassen, und bekämpfte deshalb Spanien, wie seine Vorgänger im Mittelalter Deutschland angefeindet hatten. Er wollte Italien von der Teilnahme an den Streitigkeiten der übrigen Staaten ausscheiden, einen ewigen Frieden daselbst anbahnen und durch seine Stellung die maßgebende Rolle auf der Halbinsel spielen. Wenn man in jenen Tagen die politischen Schlagworte unserer Zeit gekannt hätte, so würde man sagen, daß sein Streben auf die Entfernung der Fremdherrschaft und auf die Anerkennung der Neutralität Italiens gerichtet war.

Bei diesen Gesinnungen des Papstes ist es begreiflich, daß er die Siege der Habsburger mit mißgünstigen Augen betrachtete und daß seine Gesandten seit dem Jahre 1626 eine mehr oder weniger feindliche Rolle gegen dieselben spielten. Sein Groll steigerte sich, als nach dem Tode des Herzogs von Mantua der Kaiser nicht den Herzog von Nevers in den Besitz des Herzogtums gelangen lassen, sondern über dasselbe im spanischen Interesse verfügen wollte, und erreichte den Höhepunkt, als endlich

darüber der Krieg mit Frankreich ausbrach und Oberitalien von den feindlichen Kriegsscharen die schmählichsten Bedrückungen erfahren mußte. Er wollte deshalb von der ihm zugemuteten Allianz nichts wissen, flüchtete sich aber in seinem abweislichen Bescheide hinter religiöse Gründe, die es ihm angeblich nicht erlaubten, einen Bund zu schließen, in den auch ketzerische Fürsten aufgenommen werden sollten, und noch weniger den Passauer Vertrag anzuerkennen, bis zu welchem der Kaiser vermöge dem Restitutionsedikt seine Reformen ausgedehnt hatte. Alle Bitten Ferdinands, ihn wenigstens mit Geld zu unterstützen, wurden rundweg abgewiesen (Mai 1632). Der Papst wollte sich höchstens dazu verstehen, dem Kaiser und der katholischen Liga ab und zu einen kleinen Geldbetrag, der mehr einem Almosen als einer Hilfe ähnlich sah, zuzuschicken, aber keinerlei Verbindlichkeit eingehen. Nur insofern trug er dem Friedensbedürfnisse des Kaisers Rechnung, als er Ludwig XIII dringend bat, er möchte allfällige Verhandlungen nicht von sich weisen: nie seien die Verhältnisse für Frankreich so günstig gewesen, um sich zum Schiedsrichter in den deutschen Angelegenheiten aufzuwerfen, wie jetzt und deshalb solle man das Gewonnene ungewissen Zufällen nicht preisgeben.

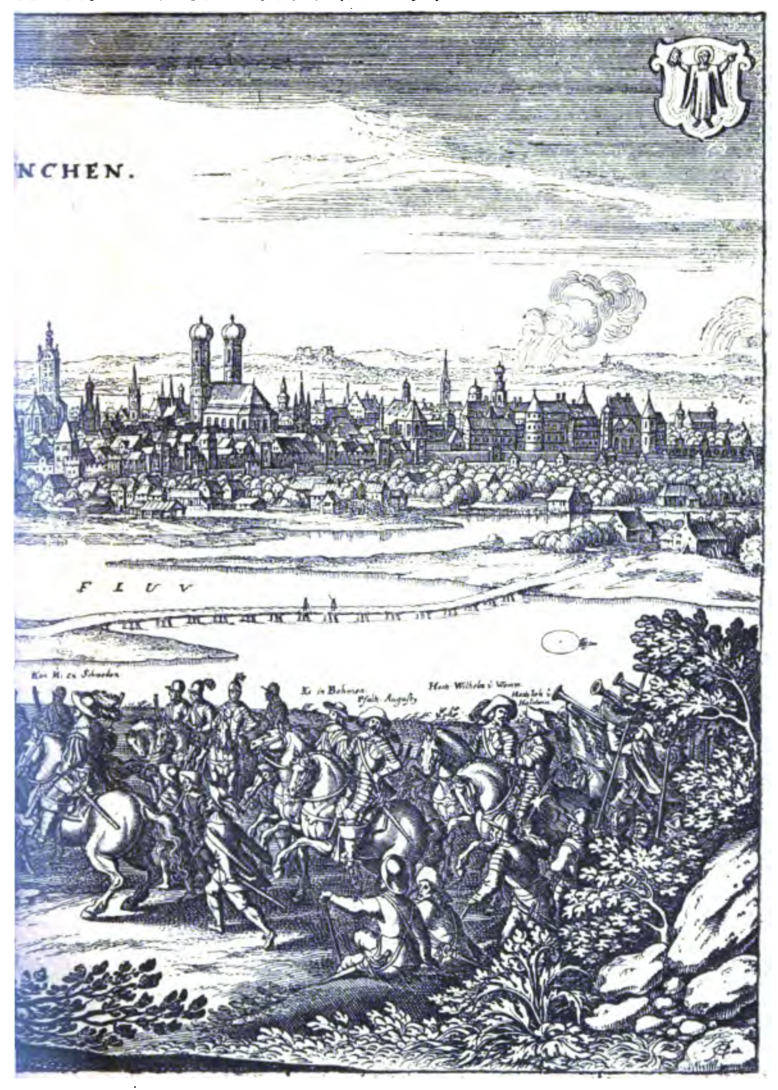
Wir können nicht umhin des Streites zu erwähnen, in den der Papst zu gleicher Zeit mit Spanien geriet und in dem er seiner Feindseligkeit gegen Philipp IV ungehinderten Ausdruck gab. Als die Nachricht von der Niederlage bei Breitenfeld nach Spanien gelangte, sah man ein, daß man es nicht bloß mit den schwedischen und holländischen Waffen, sondern auch mit den französischen Gelüsten zu thun haben werde und deshalb alle Mittel aufbieten müsse. Der König richtete ein eigenhändiges Schreiben an den Papst, worin er ihn um seine Hilfe und um die Erlaubnis bat, den spanischen Klerus in ausreichender Weise besteuern zu dürfen. Indem er zugleich auf seine und seiner Vorfahren der Kirche geleisteten Dienste hinwies, erklärte er, daß er auch künftighin alles thun werde, um den päpst-

MONACHIUM REGI SUECORVM



München im

CERTIS CONDITIONIBUS DEDITUR.



Jahre 1632.

lichen Stuhl in seinem Ansehen zu erhalten und daß Ströme von Blut fließen müßten, ehe er eine Schmälerung desselben zugeben würde. Zu gleicher Zeit trug er seinem Gesandten in Rom, dem Kardinal Borgia, auf (19. Dezember 1631), seine Bitte bei dem Papste zu unterstützen und die verschiedenen Zahlungen, die er dem Klerus auferlegen wolle, genau zu spezialisieren. Wenn er dabei auf kein bereitwilliges Entgegenkommen stoßen würde, so sollte er den Papst für alle folgenden Unfälle verantwortlich machen, gegen seine Handlungsweise protestieren und um diesem Protest das größte Ansehen zu geben, ihn in Gegenwart der spanischen Kardinäle erheben.

Borgia suchte seinem Auftrag gemäß den Papst für die Gewährung der gewünschten Subsidien zu gewinnen, fand aber für seine Bemühungen nur taube Ohren, da Urban dem Könige nur die Erhebung von 600000 Dukaten von den geistlichen Einkünften gestatten wollte. Diese Summe stand tief unter den in Spanien gehegten Erwartungen, denn der König wollte im Jahre 1632 19 1/2 Millionen Dukaten in seinen europäischen Besitzungen erheben und daß die Geistlichkeit bei ihrem riesigen Grundbesitz mindestens mit dem Drittel der Summe veranschlagt war, ist begreiflich. Borgia ließ nun dem Papst ein Memorial überreichen, in welchem er für den König um den Jahresbetrag des Einkommens aller Benefizien und um die Überlassung einiger geistlichen Taxen, die nach Rom flossen, ersuchte. Aber da weder seine, noch die Bemühungen und Anstrengungen der befreundeten Kardinäle das gewünschte Resultat herbeiführten, kam er seinem weitern Auftrage nach und brachte in einer Sitzung des Konsistoriums, umgeben von den spanischen Kardinälen (8. März 1632), seinen Protest vor, indem er feierlich erklärte, daß der Papst und nicht der König von Spanien für allen Schaden, welcher die Kirche treffen würde, verantwortlich sei, weil er die Hilfe verweigere. Diese Worte erregten ein ungeheures Aufsehen unter den übrigen Kardinälen und einen Sturm der Entrüstung bei denjenigen, die mit der päpstlichen Politik einverstanden waren.

Einer von ihnen erfaßte den Kardinal Borgia am Kleide, als ob er ihn hinausweisen wollte, der Papst aber bezeichnete in höchster Aufregung diese Anklage geradezu als eine Lüge.

Als die Nachricht von diesen Vorgängen und von der beleidigenden Äußerung des Papstes nach Spanien gelangte, steigerte sich daselbst die Erbitterung und äußerte sich in den verschiedenen Gutachten, die einige hervorragende Geistliche an den König richteten. Alle fanden den Protest begründet und lobten den Kardidinal dafür; einer riet, man solle dem Papste sämtliche Einkünfte aus Spanien sperren, ein anderer, man solle von ihm die Abstellung aller durch das Tridentiner Konzil verbotenen Mißbräuche verlangen, ein dritter, man solle für die Berufung eines allgemeinen Konzils Sorge tragen, mittlerweile aber ein spanisches Nationalkonzil berufen und ähnliches mehr. Diese Ratschläge erscheinen an und für sich bedeutsam, aber wenn man bedenkt, daß sie in einem Lande gegeben wurden, das seine unbedingte Ergebenheit gegen den päpstlichen Stuhl bei jeder Gelegenheit betonte und thatsächlich auch häufig bewährte, so wird man begreifen, daß es zuletzt doch bei den bloßen Worten blieb und daß man vor der Durchführung der vielleicht zum Schisma führenden Ratschläge zurückbebte. Da aber die Not immer mehr drängte, so beauftragte Philipp seinen neuen Gesandten in Rom, den Marques von Castel-Rodrigo, nochmals um die Gewährung der gewünschten Steuern zu ersuchen und falls der Papst nicht nachgeben würde, zu erklären, daß man auch ohne die erteilte Erlaubnis die Steuern erheben würde. Jetzt gab der Papst endlich nach, zum Teil weil er den König nicht auf das äußerste reizen wollte, zum Teil weil die Lage der Dinge auf dem Kriegsschauplatze Frankreich das Übergewicht bei allen künftigen Friedensverhandlungen sicherte. — Aus dem Mitgeteilten ist ersichtlich, daß Ferdinand weder bei Ludwig XIII noch bei dem Papste mit seinen Wünschen ans Ziel gelangte. Daß der Kaiser auch mit seinen andern Allianzverhandlungen keinen bessern Erfolg erreichte, bedarf wohl keiner Mitteilung, er konnte sich also nur

auf seine alten Bundesgenossen, auf Spanien und die Liga verlassen.

V. Als Maximilian sah, daß der Kaiser Waldstein mit der Anwerbung eines neuen Heeres beauftragt hatte, war er damit einverstanden, er faßte jetzt Zutrauen zu den kaiserlichen Streitkräften und ließ keine Woche hingehen, ohne seinen Entschluß auszuharren, in Briefen an den Kaiser immer energischer zu wiederholen. Ferdinand benachrichtigte ihn dagegen von den fortschreitenden Rüstungen Waldsteins und versprach, daß er sein Heer alsbald nach Deutschland vorrücken lassen werde, wenn die Sachsen, die mittlerweile in Böhmen eingefallen waren, von da verjagt sein würden. Maximilian, der einen Gesandten an Waldstein abgeschickt hatte, bekam von diesem die Nachricht, daß er (bis zum 18. April 1632) über 120 000 Mann verfügen, dem Kurfürsten so bald als möglich 3000 Reiter zu Hilfe schicken und Sachsen und Brandenburg zwingen werde, vom schwedischen Bündnisse abzulassen. Alle diese Versprechungen hoben den Mut Maximilians, dessen Bemühungen gleichzeitig darauf gerichtet waren, die Armee Tillys durch Aushebung von 14 000 Mann zu verstärken und auch Pappenheims Truppen, die im Norden von Deutschland standen, täglich zu vermehren. Dabei suchte er die Neutralitätsverhandlungen in Frankfurt wenigstens bis zum Monat April hinzuziehen und dieses Manöver wäre ihm vielleicht bei einem andern Gegner gelungen, nicht aber bei dem König von Schweden, der die Zeit nicht vergeudete, sondern wenn ihn die Verhandlungen nicht schnell zum Ziele führten, zum Angriff überging. Die Folge davon war, daß der Waldsteinsche Succurs noch nicht angelangt war, als Tilly nochmals sein Schwert mit dem des Schwedenkönigs kreuzen mußte.

Gustav Adolf hatte von Frankfurt aus dem Feldmarschall Horn den Befehl gegeben, in das Bistum Bamberg einzurücken und dasselbe einzunehmen. Horn trat den Marsch Mitte Januar (1632) an und langte am 10. Februar vor der Stadt Bamberg an, nahm dieselbe nach schwachem Widerstande ein und brand-

schatzte darauf das Bistum in herkömmlicher Weise. Tilly, der seine Scharen mittlerweile verstärkt hatte, wollte die Plünderungen Horns nicht ruhig hinnehmen, sondern brach am 23. Februar an der Spitze von ungefähr 18000 Mann von Nördlingen auf, verstärkte sich in den folgenden Tagen noch um 2000 Mann und zog darauf gegen Bamberg, vor dessen Thoren er am 9. März anlangte und das er nach einem glücklichen Angriff den Schweden entriß. Es blieb aber nicht bei diesem Vorteil allein, die abziehenden Feinde wurden von Tillys Reiterei mit solcher Energie verfolgt, daß sie 3—4000 Mann an Toten und Verwundeten einbüßten. Es war dies die erste bedeutende Schlappe, welche die Schweden seit ihrer Landung erlitten hatten, ein Ereignis, das natürlich ein bedeutendes Aufsehen erregte. Der Schwedenkönig sah sich deshalb veranlaßt, Frankfurt am 15. März zu verlassen und dem ligistischen General entgegenzurücken um ihm eine Schlacht zu liefern. Wenn man erwägt, daß während dieser Zeit der bairische Vertreter in Frankfurt weilte, um dort über die Neutralität zu verhandeln, so deutet der Abzug Gustav Adolfs allein schon an, welches Resultat die Verhandlungen nehmen mußten.

Der Kurfürst von Baiern wünschte, daß Tilly seine Schritte nach Böhmen richten, sich dort den Waldsteinschen Truppen anschließen und so den Krieg in ein fremdes Land spielen solle, allein der General wollte sich mit diesem Plane, der den Schweden die beste Gelegenheit gegeben hätte, ganz Süddeutschland auszuplündern, nicht befreunden und zog wohl von Bamberg gegen die Oberpfalz zu, aber nur um dann südlich gegen die Donau abzuschwenken. Er mußte diesen Rückzug antreten, da er sich dem Heere des Schwedenkönigs nicht gewachsen fühlte und langte auf demselben am 3. April in dem wohlbefestigten Ingolstadt an. Hier traf er mit seinem Herrn, dem Kurfürsten zusammen, der in diesen gefährlichen Zeiten es sich angelegen sein ließ, die gelähmten Geister durch seine Gegenwart zu erfrischen und anzueifern. Nach gepflogener Beratung beschloß man die Donau zu über-

setzen und gegen Rain und Donauwörth zu ziehen, um den Feind an dem Übergang über die Donau nach Möglichkeit zu hindern. Da aber die Besatzung von Donauwörth dem schwedischen Angriffe erlag, so konnte der Übergang nicht gehindert werden, und nun bot nur noch der Lech einen Schutz gegen die heranrückenden Schweden.

Die ligistischen Truppen lagerten an diesem Flusse zwischen Rain und Augsburg, welches letztere sich einige Zeit zuvor zur Aufnahme einer Besatzung von 1200 Mann bequemen mußte. Da die Ligisten auf dieser drei Meilen langen Linie nicht überall die nötige Aufmerksamkeit entwickeln konnten, so gelang es dem Könige, der den Lech sorgfältig nach einer Furt untersucht und hiebei die augenscheinliche Gefahr nicht gescheut hatte, bei Oberndorf mit seinen Scharen über den Fluß zu setzen (15. April), nachdem er durch eine weiter oberhalb gegen Augsburg angestellte Scheindemonstration den Gegner über den Punkt, wo er den Lech übersetzen wollte, getäuscht hatte. Als Tilly erfuhr, daß die Schweden im Begriffe seien den Übergang zu bewerkstelligen und auch über den Ort in Kenntnis gesetzt wurde, suchte er sie in ihrem Unternehmen zu hindern, allein alle seine Anstrengungen waren vergeblich, da der Herzog von Weimar während des Gefechtes eine Furt entdeckte, mit der schwedischen Reiterei durch dieselbe vordrang und die Ligisten zur Flucht zwang. Der Kampf wurde nun allgemein, Gustav Adolf und Tilly scheuten keine Gefahr, überall waren sie zugegen und feuerten ihre Truppen durch ihr Beispiel zur möglichsten Tapferkeit und Ausdauer an. Der König blieb unverletzt, schlimmer erging es aber seinen Gegnern, denn sowohl Tilly als Aldringen, der Anführer der kaiserlichen Hilfstruppen, die sich mit den Ligisten vereint hatten, wurden verwundet, was bei dem ersteren in Anbetracht seines hohen Alters von vornherein als gefährlich anzusehen war. Dieser Unfall wirkte entscheidend auf die ohnehin durch den bisherigen Mißerfolg entmutigten Truppen, sie gaben nach einem ungefähr sechsstündigen Kampfe die Schlacht am Lech, wie sie fortan bezeichnet wurde,

verloren und zogen sich begünstigt durch die einbrechende Nacht, gegen Ingolstadt zurück.

Tilly wurde in einer Sänfte nachgetragen und traf mit Maximilian am 18. April in der Festung ein. Zwölf Tage später erlag er seinen Wunden und endigte so gebeugt und besiegt eine Laufbahn, die sich bis zu dem Einfall des Schwedenkönigs in Deutschland ruhmvoll gestaltet hatte. Er war ein tüchtiger, um nicht zu sagen ausgezeichneter General, aber da er in den taktischen und strategischen Anschauungen seiner Zeit herangebildet und sein Gegner nicht bloß durch geniale Neuerungen, sondern durch eine noch höhere Begabung als Feldherr ihm überlegen war und durch die erhabene Stellung, die er persönlich einnahm, einen bedeutenden Vorteil vor ihm voraus hatte, so konnte es nicht anders kommen, als daß der an Geist und Körper gebrochene Greis im Kampfe mit seinem jugendlichen Gegner den kürzern zog und alle seine Lorbeern einbüßte. Immer aber bleibt ihm der Ruhm ungeschmälert, daß er ein treuer Diener seines Herrn war und nie an die eigene Bereicherung dachte, denn da er mäßig war und jeden unedlen Genuß verabscheute, so war ihm der von der Liga und dem Kaiser ausgeworfene Gehalt mehr als genügend zur Befriedigung seiner Bedürfnisse. Gleichwie er nach der Schlacht auf dem weißen Berge die Einwohner von Böhmen gegen die Raubsucht der kaiserlichen Obersten geschützt hatte, that er dasselbe später in Deutschland und vermehrte überhaupt nie die Schrecken des Krieges durch eine tyrannische Härte. Daß ihm der Brand von Magdeburg, unter dem sein Andenken Jahrhunderte lang dem Fluche preisgegeben war, nicht zur Last fällt, haben wir bereits erwähnt. In dem furchtbaren Kampfe, der Deutschland zerfleischte, darf man die einzelnen Personen nicht nach ihrer Parteistellung beurteilen, weil die wenigsten eine richtige Einsicht in die Tragweite oder Richtigkeit der Prinzipien besaßen, die sie vertraten, sondern man muß sie nach ihrem Privatleben und nach ihren eigenen Leistungen beurteilen und in beiden *Beziehungen steht* Tilly achtungswert da.

Die Niederlage am Lech war vorauszusehen, da der König von Schweden über ein zahlreicheres Heer gebot als seine Gegner, aber wenn das auch in den Augen der Nachwelt zur Entschuldigung für die Geschlagenen dient, ihnen selbst konnte diese spätere Anerkennung nichts helfen und so machte die Entmutigung unter ihnen reißende Fortschritte. Dem Kurfürsten blieb nichts anderes übrig, als sich in Ingolstadt einzuschließen und sein Land den Beutezügen des Gegners zu überlassen; seine Familie flüchtete sich nach Burghausen und später nach Salzburg. Gustav Adolf vervollständigte seinen Sieg zunächst dadurch, daß er die Augsburger Besatzung zur Kapitulation zwang und den protestantischen Bürgern, welche das Stadtregiment den Katholiken hatten überlassen müssen, wieder zum Besitz desselben verhalf. Die Stadt mußte eine schwedische Garnison aufnehmen, die Zahlung monatlicher Subsidien versprechen und einen Huldigungseid leisten, in dem sie sich zur Treue gegen den König und die Krone Schweden verpflichtete. Einige Tage später lenkte Gustav Adolf seine Schritte gegen Ingolstadt. Maximilian, der fürchtete, daß die Festung sich bis zum angehofften Entsatze durch Waldstein nicht würde halten können, zog sich nach Zurücklassung einer Besatzung nach Regensburg zurück. Indessen führten alle Anstrengungen der Schweden, sich der von 7000 Mann verteidigten Festung Ingolstadt zu bemächtigen, nicht zum Ziele, sie büßten nutzlos einige tausend Mann ein und zogen sich zuletzt unverrichteter Dinge zurück.

Diesen Zeitpunkt benützte Frankreich und suchte noch einmal zwischen Schweden und Baiern zu vermitteln. Der französische Gesandte St. Etienne, der in München residierte, hatte sich dem Kurfürsten als Vermittler angeboten und sich darauf zu Gustav Adolf in das Lager vor Ingolstadt begeben. Hier erfolgte nun eine leidenschaftliche Szene, welche schon in gleichzeitigen Flugblättern umständlich beschrieben wird, in welcher der König die angesuchte Neutralität barsch um nicht zu sagen grob zurückwies. Nach einem von Oxenstierna herrührenden

Bericht glaubte St. Etienne den abweislichen Bescheid mit einer Drohung beantworten zu müssen und erklärte, daß sein Herr den Kurfürsten von Baiern mit 40 000 Mann unterstützen werde, wenn Gustav Adolf mit seinen Angriffen fortfahren würde, worauf der König erwiderte, daß er von den Absichten Ludwigs besser unterrichtet sei, als der Gesandte. Wenn Etiennes Behauptung aber auch wahr wäre, so sei es ihm gleichgiltig, ob ihm neben den Baiern auch die Franzosen als Feinde gegenüber ständen, er werde sich ihrer auch erwehren. St. Etienne unterließ nicht, den Kurfürsten als einen bedeutenden Staatsmann und Fürsten zu rühmen, was den König noch unangenehmer berührte, als die obige Drohung, denn er wollte nicht bloß allein der ausgezeichnetste Feldherr, sondern auch allein der bedeutendste Fürst sein. Er meinte, es sei keine Kunst jemanden um gewisser Eigenschaften willen zu rühmen, fänden sich doch Leute, die eine Laus loben; und als Etienne beleidigt frug, ob Gustav Adolf etwa den Kurfürsten mit einer Laus vergleiche, erwiderte dieser, er habe jetzt genug von seinem Lob gehört und sei des Gespräches überdrüssig. Nach dieser wenig ermutigenden Einleitung zeigte sich der König schließlich geneigt, die Neutralität zuzugestehen, aber unter Bedingungen, die kaum härter gewesen wären, wenn er die deutsche Krone bereits auf dem Haupte gehabt hätte. Der Kurfürst sollte all sein Volk entlassen, alle seine festen Plätze namentlich Ingolstadt übergeben, allen Schaden, den er den Verbündeten Schwedens je zugefügt, ersetzen und noch überdies 4 000 000 Gulden Kriegskontribution zahlen.

Da Maximilian auf diese Bedingungen nicht eingehen wollte, so dauerte der Kampf weiter. Gustav Adolf zog, nachdem er die Belagerung von Ingolstadt aufgehoben hatte, über Landshut nach München und bezeichnete seinen Weg durch Gewaltthaten, die an das Treiben der kaiserlichen Truppen in Norddeutschland erinnerten. Am 17. Mai rückte er in Begleitung des Pfalzgrafen Friedrich und mehrerer andern Fürsten in die kurfürstliche Residenzstadt und versprach den ihn um Schonung

anflehenden Bürgern Sicherung ihres Eigentums vor Plünderung und Gewalt, legte ihnen aber eine Kontribution von 300 000 Thalern auf. Nachdem die Schweden durch drei Wochen in der Stadt gehaust, die Bürger gedrückt und beraubt und auch viel Geschütz erbeutet hatten, zogen sie ab und richteten ihre Schritte nach Schwaben, wo Gustav Adolf Memmingen einnahm und sich vorbereitete, das ganze feindliche Süddeutschland mit seinen Scharen zu überziehen, als ihn die Nachricht von den siegreichen Fortschritten Waldsteins gegen die Sachsen zur Umkehr nötigte. Welche glänzenden Erfolge hatte er bis jetzt errungen: vor nicht ganz zwei Jahren war er an der Ostseeküste gelandet und von Sieg zu Sieg durch Feindesland bis an die Grenzen Tirols gedrungen!

Siebentes Kapitel.

Der Kampf zwischen Waldstein und Gustav Adolf.

I. Die Übertragung des Oberbefehls an Waldstein. II. Gustav Adolfs endgiltiger Plan bezüglich seiner Herrschaft in Deutschland. Die Sachsen in Böhmen. III. Waldstein und Gustav Adolf vor Nürnberg. Die Verhandlungen Gustav Adolfs mit Friedrich von der Pfalz. IV. Der oberösterreichische Bauernaufstand und der Wechsel in der siebenbürgischen Herrschaft. V. Die Schlacht bei Lützen. VI. Ist Gustav Adolf durch Meuchelmord gefallen?

I. Als Maximilian sich entschloß, die Neutralitätsverhandlungen mit Schweden abzubrechen, geschah dies hauptsächlich auf die Nachricht hin, daß der Kaiser dem Herzoge von Friedland das Kommando über die Armee wieder übertragen habe und daß derselbe Rüstungen in großartigem Maßstabe anstelle. Der Kurfürst vergaß den früheren Groll, er hoffte, daß der Kaiser etwaige Erfolge auf dem Schlachtfelde zu einem raschen Friedensschluß benützen würde und daß Waldstein, gewitzigt durch die gemachte Erfahrung, sich hüten werde, Freund und Feind durch gleiche Mißhandlung zu reizen. Er glaubte den Friedländer um so mehr versöhnt zu haben, als er ihm den Titel eines Herzogs von Mecklenburg, den er ihm bis dahin beharrlich verweigert hatte, freiwillig erteilte und damit allen vernünftigen Ansprüchen desselben genügt zu haben meinte. Aber das herrschsüchtige und stolze Gemüt des böhmischen Edelmanns war durch die Vorgänge in Regensburg zu tief verwundet worden, als daß es so leicht *hätte versöhnt* werden können, vielleicht reizten ihn nicht einmal

die glänzenden Versprechungen, welche ihm der Kaiser bei der Übernahme des zweiten Kommandos machte, in dem Grade, wie die Aussicht, in dieser Stellung an dem Urheber seines Sturzes Rache üben zu können.

Man dachte übrigens in Wien nicht erst seit der Schlacht bei Breitenfeld an einen Wechsel im Oberkommando, schon als die Nachricht von der Eroberung Frankfurts an der Oder und von den schweren Verlusten der kaiserlichen Truppen nach Wien gelangte, beschäftigte sich der Kaiser mit diesem Plane. Da er die Ursache des Mißerfolges dem Umstande zuschrieb, daß Tilly nicht bloß mit dem Oberbefehl über seine, sondern auch über die ligistischen Streitkräfte betraut war, wünschte er denselben ausschließlich für seinen Dienst zu gewinnen und verlangte von ihm, daß er seine Würde als Feldherr der Liga niederlege und daß die letztere einen anderen Oberanführer über ihre Truppen ernennen möchte. Da weder Tilly noch der Kurfürst von Baiern bereitwillig auf diesen Wunsch eingingen, sondern ihre endliche Entscheidung verschoben, so durfte der Kaiser mit Recht an ihrer Zustimmung zweifeln und mußte nun seinerseits erwägen, wem er den Oberbefehl über seine Truppen anvertrauen könne. An Bewerbern um denselben fehlte es nicht, es waren dies namentlich der Herzog Viktor Amadeus von Savoyen, ein Sohn des alten nunmehr verstorbenen Gegners der Habsburger, der Herzog von Lothringen, der neue und waghalsige Freund derselben und der junge König Ferdinand III. Auf die Gesuche der beiden ersteren scheint man in Wien kein besonderes Gewicht gelegt zu haben, anders aber war es mit dem jungen König, der nicht nur eifrig diese Würde anstrebte, sondern auch versprach, „sich auf das äußerste zu befleißen,“ um das Wesen des Generalats und die Pflichten seiner Stellung zu begreifen, wobei er der Hoffnung Worte lieh „daß er genug Offiziere haben werde, die ihm mit getreuem Rat und That beistehen“ würden. Obwohl dieser Beisatz ihn von selbst hätte von jeder Beachtung ausschließen sollen, denn es mußte doch sonderbar erscheinen, wenn man einem Anfänger

ein Geschäft übertrug, für das nur ein Meister ausreichend war, so fiel doch sein Gesuch bei den Beratungen der Geheimräte (im Juni 1631) um so mehr in die Wagschale, als es aller Wahrscheinlichkeit nach von dem spanischen Gesandten unterstützt wurde, der damit nur einem Wunsche Philipps IV entsprach. Die Folge der mancherlei Beratungen, Anempfehlungen und Bitten war, daß sich der Kaiser ungefähr Mitte August entschloß, seinem Sohne das ersehnte Kommando zu übertragen. Ferdinand III meldete dies alsbald seinem Schwager Philipp und dieser lobte in einem eigenen Schreiben den Kaiser wegen des gethanen Schrittes. In Wien zögerte man jedoch die Ernennung zu veröffentlichen, weil die steigende Not auf dem Kriegsschauplatze mehr und mehr die Überzeugung weckte, daß der junge König den schwierigen Verhältnissen nicht gewachsen sei und weil die Freunde Waldsteins nicht müde wurden, auf diesen als den einzigen Retter hinzuweisen. So verging die größere Hälfte des September, ohne daß man einen entscheidenden Schritt gethan hätte, da traf die Nachricht von der Niederlage bei Breitenfeld ein und nun ließ man definitiv den Gedanken fallen, einen unerfahrenen Jüngling an die Spitze einer Armee zu stellen, die erst geworben werden sollte. Die öffentliche Meinung in den höheren Kreisen bezeichnete Waldstein als den alleinigen Retter.

Waldstein hatte sich nach seiner Absetzung in die Hauptstadt seines Herzogtums Friedland nach Gitschin zurückgezogen und von hier aus mancherlei Verfügungen getroffen, um Mecklenburg gegen die schwedische Invasion zu verteidigen, was ihm aber nicht gelungen war. Daß er ein aufmerksamer Beobachter der sich abspielenden Ereignisse war und bei den Mißerfolgen der kaiserlichen Waffen Schadenfreude empfand, bedarf wohl keines Beweises. Indessen hatte die Schadenfreude doch einen bitteren Beigeschmack, denn wenn die Erfolge der Feinde sich mehrten, so blieb nicht bloß Mecklenburg für ihn verloren, sondern er konnte in seinem Herzogtum Friedland, das zum größeren Teil aus konfiszierten Besitzungen zusammengesetzt war, beun-

ruhigt werden, wenn der Kaiser sich etwa nach bedeutenderen Niederlagen zur Restitution der Geächteten entschließen mußte oder gar Böhmen einbüßte. Sowohl um dieser Gefahr zu entgehen als um seinem Rachegefühl zu fröhnen, dürfte er (schon im Jahre 1631) mit Gustav Adolf in Verbindung getreten sein und ihm Hoffnung auf seinen Anschluß gemacht haben. Wenn der Kaiser dem Angriffe erlag, so mußte der Sieger jedenfalls die Dienste desjenigen belohnen, der ihm geholfen hatte und demselben die Herrschaft über ein bestimmtes Gebiet anweisen, der dann ruhig auf seine Privatgüter verzichten und sie den Geächteten wieder einräumen konnte. Doch das sind nur Vermutungen, wahrscheinlich ist nur die Thatsache, daß er in dem genannten Jahre in eine Verbindung mit dem Schwedenkönig trat, die nur zum Nachteil des Kaisers gemeint sein konnte.

Die Ereignisse nahmen mittlerweile einen raschen Verlauf. Tilly wurde bei Breitenfeld geschlagen und nun winkte dem entlassenen Feldherrn eine andere Gelegenheit wieder zur Macht zu gelangen und zwar auf dem ebenen Wege der getreuen Pflichterfüllung. Der Kaiser, der sich nur ungern dem Verlangen der Kurfürsten gefügt, hatte ihn auch nach der Entlassung wohlwollend behandelt, er hatte schon zu Ende des Jahres 1630 sowie später mehrmals seinen Rat eingeholt und die Meinung derjenigen, welche nur in der Berufung Waldsteins auf seinen früheren Platz Rettung sahen, nicht zurückgewiesen. Dennoch hatte er trotz aller Mißerfolge gezögert diesen Schritt zu thun und war sogar, wie wir gesehen haben, eine Zeit lang willens gewesen seinen eigenen Sohn mit dem Oberkommando zu betrauen, erst die Niederlage bei Breitenfeld veranlaßte ihn, den Haß nicht weiter zu berücksichtigen, den sich Waldstein allgemein in Deutschland zugezogen hatte und ihn in seine frühere Stellung wieder einzusetzen. Der Hofkriegsrat Questenberg reiste im Monat Oktober zu Waldstein, um ihm das Oberkommando offenbar unter den früheren Bedingungen anzubieten. Allein nun geschah das Unerwartete, Waldstein schlug das Anerbieten aus! Die

große Verlegenheit, in der man sich in Wien befand, zeigte sich darin, daß der Kaiser seine Ablehnung nicht annahm, sondern ihn durch einen neuen Gesandten ersuchen ließ, an einem bestimmten Ort mit einem kaiserlichen Vertrauensmann zusammenzutreffen. Waldstein ging darauf ein, die Zusammenkunft fand in Znaim (am 10. Dezember 1631) statt und die Bedeutung, welche Ferdinand ihr beimaß, ersieht man daraus, daß er den Fürsten von Eggenberg zu derselben abordnete. Allein auch jetzt erreichte der Kaiser nicht, was er wünschte, Waldstein wollte das Oberkommando nur für drei Monate übernehmen, so lange nämlich, als er zur Ausrüstung einer neu zu werbenden Armee Zeit brauchen werde. Schon dieses Eingehen auf die kaiserlichen Wünsche bewirkte Wunder, von allen Seiten strömten Offiziere und Soldaten herbei und mehrten täglich die Reihen der sich bildenden Armee. Angesichts dieser Erfolge konnte Ferdinand nicht daran denken, das Kommando jemand anderem zu übertragen, als dem Manne allein, der dieses Wunder bewirkt hatte. Eggenberg wurde zum zweitenmale zu ihm geschickt und seiner diplomatischen Geschicklichkeit gelang es den grollenden Feldherrn durch die Gewährung aller seiner Bedingungen zu beschwichtigen und ihn zur endlichen Übernahme des Oberkommandos zu bewegen (April 1632).

Man hat nie das Original dieser zwischen dem Kaiser und seinem Feldherrn vereinbarten Bedingungen zu Gesicht bekommen und weiß demnach nicht, welche Glaubwürdigkeit den darüber kursierenden Nachrichten beizumessen ist, nichtsdestoweniger kann man einige Punkte des Vertrages mit Gewißheit angeben, weil sie durch spätere Verhandlungen sichergestellt sind. In einem derselben hatte sich Waldstein das unbedingte Verfügungsrecht über die ganze Armee ausbedungen, der Kaiser sollte den Obersten keine Befehle erteilen, sondern mit Waldstein allein über seine Wünsche verhandeln. Weiter hatte der Kaiser seinem Feldhauptmann eine außerordentliche Entlohnung versprochen, die nach dem Berichte der spanischen Gesandten in einem Kurhut bestehen

sollte und ihm endlich alle im Reich zu verfügenden Konfiskationen zu seinem alleinigen Vorteil überlassen. Man sieht, es winkten ihm auf dem geraden Wege so glänzende Ziele, wie sie für einen Feldherrn nicht verlockender sein konnten und deshalb beschloß er zunächst auf demselben fortzuschreiten. Mit Gustav Adolf konnte er sich bei dessen zu Tage tretendem unersättlichen Ehrgeize nicht mehr verständigen, er mußte den Kampf gegen ihn aufnehmen. Um sich diesen zu erleichtern, machte er zuerst den Versuch, Sachsen zu gewinnen und den Kurfürsten mit dem Kaiser zu versöhnen. Er näherte sich zu diesem Behufe dem Generallieutenant Arnim, der ehedem unter ihm gedient, im Jahre 1629 den Dienst aufgegeben und zwei Jahre später in sächsische Dienste getreten war. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Verhandlungen die Wiederherstellung des Friedens auf Grund einer aufrichtigen Versöhnung zwischen Sachsen und Brandenburg einerseits und dem Kaiser andererseits ins Auge faßten und daß das Restitutionsedikt deshalb annulliert werden sollte. Wie Waldstein in diesem Falle zu dem Kurhute, wenn er ihm schon jetzt versprochen war, gekommen wäre, ist allerdings eine Frage, die man nur damit beantworten kann, daß er sich vielleicht in seinen Ansprüchen auf Belohnung gemäßigt hätte.

II. In Dresden zweifelte man nicht daran, daß man es kaiserlicherseits mit den Friedensanerbietungen ernst meine. Hoë von dem Kurfürsten befragt, ob er sich in Verhandlungen einlassen solle, gab ein zustimmendes Gutachten und Arnim selbst empfahl dieselben allerdings mit dem Zusatz, daß der König von Schweden zur Teilnahme an den Verhandlungen eingeladen werden müsse. Allein gerade dieser letztere wollte von ihnen ebensowenig hören, wie in Mainz und in Frankfurt; er schickte den Grafen Philipp von Solms nach Dresden, um dem Kurfürsten die Anbahnung der Friedensverhandlungen zu widerraten und der Graf that noch ein mehreres und warnte Johann Georg vor Arnim und seinen Verbindungen mit Waldstein. Die Warnung fiel auf keinen fruchtbaren Boden, da der Kurfürst

dem Frieden geneigt war und die Treue Arnims nicht bezweifelte. Da er aber keine selbständige Politik gegen den Schwedenkönig einzuschlagen wagte, so gab er die Verhandlungen mit Waldstein Ende Mai auf. Dafür versprach ihm Gustav Adolf mit 16000 Mann zu Hilfe zu kommen, damit er von dem täglich anwachsenden kaiserlichen Heere nicht erdrückt werde. Dieser Umstand und die Besorgnis, daß sich Sachsen vielleicht trotzdem mit dem Kaiser einigen könnte, veranlaßten den Abbruch der schwedischen Kriegsunternehmungen in Süddeutschland und den Marsch des Königs in die Gegend von Nürnberg.

Gustav Adolf hielt es gleichzeitig für nötig, dem Kurfürsten reinen Wein bezüglich der künftigen Friedensbedingungen einzuschenken und ihm als dem hervorragendsten protestantischen Fürsten unumwunden zu sagen, daß er sich später nicht mit leeren Händen aus dem Reich entfernen wolle. Er schickte zu diesem Behufe den Pfalzgrafen August in Begleitung des würtembergischen Kanzlers Löffler nach Dresden und ließ durch dieselben erklären, daß er zur Sicherung des Friedens gegen die Angriffe der Katholiken auf die Errichtung eines Corpus evangelicorum d. h. eines protestantischen Bundes bestehe, dessen „absolutes Direktorium“ ihm allein zustehen müsse, daß er ferner auf eine Satisfaktion Anspruch mache, welche in dem Besitz von Pommern und den gegen die Katholiken gemachten Eroberungen und in der Anerkennung jener Spezialverträge mit einzelnen Reichsständen, durch welche sie mit Schweden ein ewiges Bündnis eingegangen waren, bestehen müsse. Also Gustav Adolf verlangte den Besitz eines Teiles von Deutschland und die Errichtung eines Direktoriums zu seinen Gunsten, d. h. eines Regiments, welches das kaiserliche Scheinregiment weit hinter sich lassen sollte und offenbar erblich gemeint war und das, in der angedeuteten Weise durchgeführt, zu einer Teilung Deutschlands führen mußte. Das waren bittere Mitteilungen für den Kurfürsten, obschon er seit längerer Zeit auf dieselben gefaßt war, sie veranlaßten ihn zwar nicht dazu, die

Verhandlungen mit Waldstein wieder aufzunehmen, aber sie fanden auch nicht seinen Beifall und er behalf sich in seiner Antwort vorläufig damit, daß er sich nur bezüglich der „Satisfaktion" zu einer Unterstützung der schwedischen Wünsche, doch in einem beschränkten Grade bereit erklärte, die Aufrichtung des Corpus evangelicorum und das absolute Direktorium aber mit keiner Silbe berührte (19. Juli 1632). Während Gustav Adolf also vor Nürnberg lagerte und dort den Kampf mit Waldstein aufnehmen wollte, wußte er nicht, wie sich später sein Verhältnis zu Kursachsen gestalten würde.

Auch bezüglich Brandenburgs hieß es im Monat April, daß es sich den Verhandlungen Sachsens mit dem Kaiser anschließen werde und obwohl diese Nachricht nicht richtig war, so besorgten die Schweden dennoch, daß dies der Fall sein könnte. Um dieser Möglichkeit vorzubeugen, suchte Oxenstierna den Kurfürsten von Brandenburg mit der Aussicht zu ködern, daß sich Christine, die voraussichtliche Erbin des schwedischen Thrones mit dem Kurprinzen vermählen und damit die Herrschaft des Hauses Brandenburg einen ungeahnten Aufschwung nehmen werde. Für die Begründung eines Staates, der sich über die beiden Ostseeküsten erstreckt hätte, war diese Heirat das beste Auskunftsmittel und es ist begreiflich, daß man sich in Berlin nicht gleichgiltig dagegen verhielt und deshalb an der Freundschaft mit Schweden nicht rüttelte. Sachsen war also auf sich allein angewiesen und wagte deshalb nicht in die vom Kaiser dargebotene Hand einzuschlagen.

Es war ein großes Glück für den Kaiser und seinen Feldherrn, daß sie ihre auf ein Minimum zusammengeschmolzenen Streitkräfte im Winter 1631/32 durch frische Werbungen verstärken konnten, ohne von Gustav Adolf und dem Kurfürsten von Sachsen, der nicht wußte, ob er sich vor dem Ehrgeiz Gustav Adolfs oder vor der Tyrannei des Restitutionsedikts mehr hüten solle, darin besonders gestört zu werden. In Schlesien, Mähren, Österreich und im südlichen Böhmen wurde die Werbetrommel

eifrig gerührt und so brachte Waldstein bis zum Frühjahr 1632 eine Armee auf die Beine, die, sobald sie zum Angriff überging, die Sachsen ohne Schwierigkeit aus Böhmen jagen und darauf ins Reich vorrücken konnte. Bevor wir über den von Waldstein gegen die Sachsen eingeleiteten Feldzug berichten, müssen wir nachträglich erzählen, wann und wie dieselben nach Böhmen kamen.

Da sich Gustav Adolf nach der Schlacht bei Breitenfeld das westliche Deutschland zum Kriegstheater auserwählt hatte, so mußte sich der Kurfürst von Sachsen zum Angriffe auf die Besitzungen des Kaisers entschließen. Der sächsische General Arnim wollte gegen Schlesien ziehen, aber er wurde von dem Kriegsrat des Kurfürsten überstimmt und mußte sich nach Böhmen wenden. Am 4. November (1631) überschritten die Sachsen bei Schluckenau die böhmische Grenze und rückten, nachdem sie sich der Städte Tetschen und Außig bemächtigt hatten, unaufhaltsam die beiden Elbufer entlang stromaufwärts gegen Leitmeritz. Nachdem Arnim zwei Tage in dieser Stadt gerastet hatte, marschierte er nach Raudnitz, nahm dasselbe ein, nötigte die zahlreichen, daselbst seßhaften Juden zu einer tüchtigen Kontribution und zog darauf gegen Prag, in dessen unmittelbarer Nähe er am 14. November anlangte. Die Statthalter, denen der Kaiser die Regierung des Landes anvertraut hatte, waren schon vorher aus der Stadt geflohen, am 9. November beschloß auch Marradas, der das Kommando über die kaiserlichen Truppen führte, Prag zu verlassen und sich mit ihnen nach Tabor zurückzuziehen. Waldstein, der bis dahin seinen prachtvollen Palast in Prag bewohnt hatte, verließ nun auch die Stadt, deren Einwohner auf diese Weise sich selbst überlassen waren.

Da Niemand anderer als die Bürger zur Verteidigung zurückgeblieben waren, diese aber weder die nötigen Waffen, noch Entschlossenheit genug besaßen, um dem Feinde Widerstand zu leisten, so hatte Arnim leichtes Spiel, als er die Stadt zur Kapitulation aufforderte. Eine städtische Deputation begab sich

alsbald zu ihm, um die Verhandlungen einzuleiten und traf ihn hoch zu Roß vor dem Sterntiergarten, umgeben von einigen Männern, die ehedem eine große Rolle in Böhmen gespielt hatten, darunter dem Grafen Heinrich Mathias von Thurn, der nun hoffte, wieder seine alte Stellung einnehmen zu können. Die Prager Abgesandten wollten eigentlich Zeit gewinnen und boten dem sächsischen General einen Waffenstillstand an, da sie mit ihrem Ansinnen aber abgewiesen wurden, legten sie einen Kapitulationsentwurf vor, den Arnim nach kurzer Durchsicht annahm, worauf der Einmarsch der sächsischen Truppen unmittelbar erfolgte (15. November). Schon am folgenden Tage fanden sich einige Exulanten in der Stadt ein und ihre Zahl vermehrte sich fortan ununterbrochen.

Einige Tage später langte auch der Kurfürst in Begleitung eines Truppenkorps an, nachdem er von Aussig aus nochmals seine Räte und seinen Oberhofprediger um ihre Meinung befragt hatte, ob er ohne Gewissensskrupel den Krieg gegen den Kaiser weiter führen könne. Ihre zustimmende Antwort erreichte ihn bereits in Prag, Dr. Hoë ließ jetzt alle seine Bedenken bezüglich des verletzten Untertaneneides fallen und erklärte, daß der Kurfürst „selbst und sein Schwert verflucht gewesen wären, wenn er es nicht gezogen hätte,“ denn er sei dem Kaiser nur insofern zum Gehorsam verbunden, als dieser seinen Eid halte. Er könne den Krieg beruhigten Gewissens so lange fortführen, bis ein sicherer Friede erlangt und der Druck von den Evangelischen weggenommen würde. Trotz aller dieser Ratschläge hatte der Kurfürst keine besondere Lust zu dem Kriege, er beschränkte sich bloß auf die Bekämpfung der feindlichen Streitkräfte, dachte aber nicht an die Revolutionierung des Landes, die ihm mit Hülfe der Exulanten jedenfalls gelungen wäre.

Die Prager mußten sich seit dem Einzuge der Feinde vielfaches Ungemach, Gewalttätigkeiten und Raub gefallen lassen, zu einer eigentlichen Plünderung kam es aber nicht. Am 22. November nahm der von den nach Prag zurückgekehrten Exu-

lanten, „den drei evangelischen Ständen," wie sie sich nannten, zum Administrator erwählte Mr. Samuel Martinius von Dražov von der Teinkirche Besitz und am selben Tage wurden auch die vom Wetter gebleichten Schädel der am 21. Juni 1621 Hingerichteten, die bisher auf dem Altstädter Brückenturme hingen, herabgenommen und zur Erde bestattet. Der Verweser des Prager Erzbistums beschwerte sich beim Magistrat über die eigenmächtige Besitzergreifung der Teinkirche, worauf die Exulanten in der heftigsten Weise den Vorwurf der Eigenmächtigkeit ablehnten. In der Überzeugung, daß der Kurfürst ihre Angriffe gegen den Kaiser ebenso wenig abwehren werde, wie die gegen die katholische Kirche, setzten sie sich in den Besitz ihrer konfiszierten Güter, so weit natürlich der Einfluß der sächsischen Waffen reichte. Johann Georg hütete sich in beide Angelegenheiten einzugreifen, er blieb stumm auf die Appellationen, welche die streitenden Religionsparteien an ihn richteten und äußerte sich ebenso wenig über die Besitzergreifungen.

Während Marradas in Tabor lagerte, drang der kaiserliche Feldmarschall Freiherr von Tiefenbach aus Schlesien nach Böhmen vor und stellte sich bei Nimburg ungefähr sieben Meilen von Prag auf. Da er durch seine Stellung die sächsischen Garnisonen im Osten Prags bedrohte, marschierte Arnim am 5. September an der Spitze einiger Regimenter nach Nimburg ab, um diesem unleidlichen Zustande ein Ende zu machen. Tiefenbach, der von seinem Anmarsch benachrichtigt war, erwartete ihn wohl vorbereitet und schlug alle seine Angriffe zurück, so daß sich Arnim mit schwerem Verluste und unverrichteter Dinge zurückziehen mußte. Es zeigte sich, daß die sächsische Armee, die man auf ungefähr 10000 Mann schätzen kann, nicht ausreichte, um zahlreiche Städte des Landes besetzt zu halten und zugleich den Kampf mit dem Gegner aufzunehmen; deshalb setzte der Kurfürst die schon früher angeordneten Werbungen eifrig fort. Am 15. Dezember verließ er Prag, um nach Dresden zurückzukehren und Arnim that dasselbe, um den nordwestlichen Teil des Landes vom Feinde zu

säubern und später in diplomatischen Diensten außerhalb Böhmen verwendet zu werden. Zu Kommandanten der Prager Besatzung wurden die Obersten Solms und Hofkirchen ernannt.

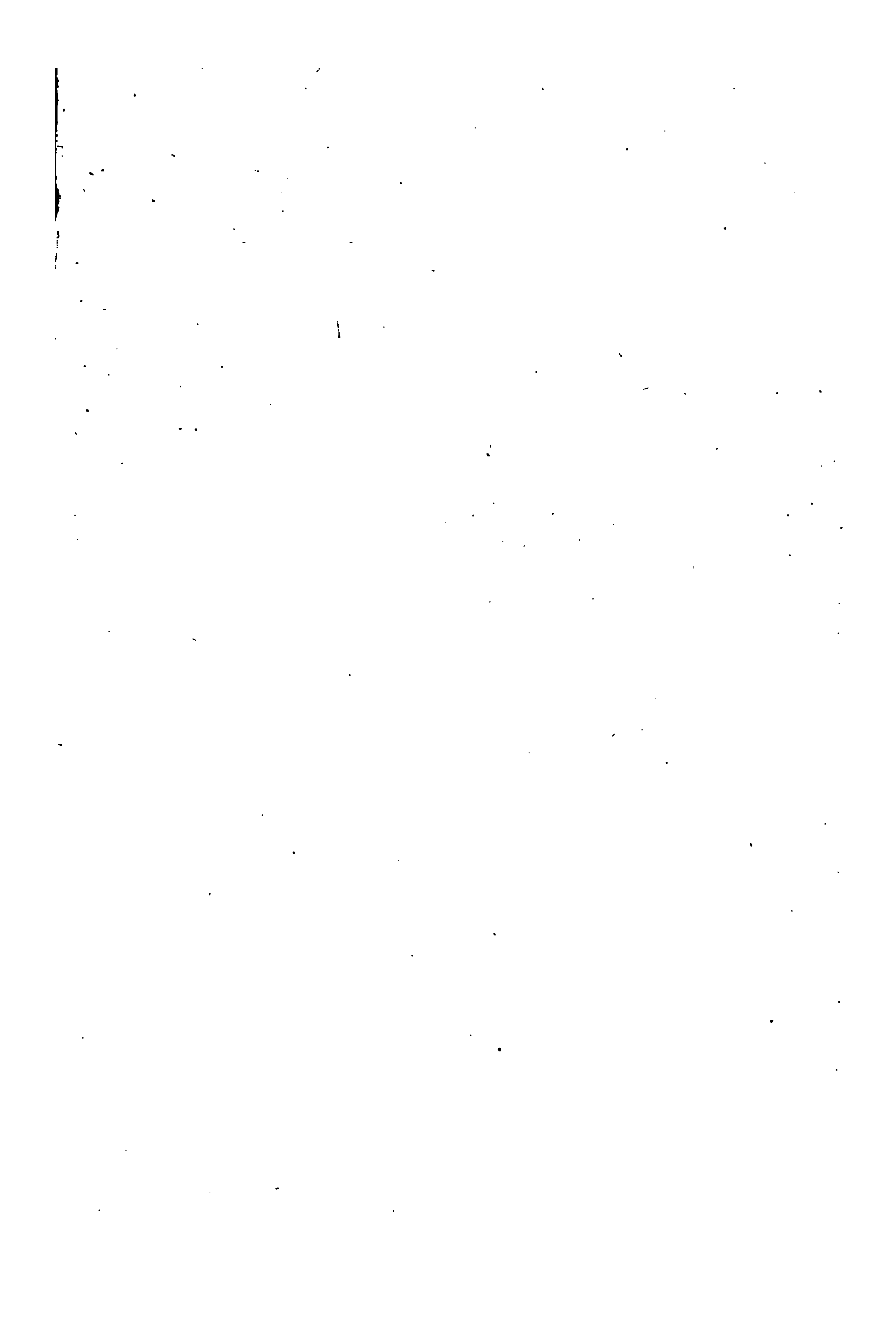
Die Lage der Sachsen in Böhmen gestaltete sich seit der Abreise der beiden Oberhäupter täglich ungünstiger. Zunächst rückten allmälig die kaiserlichen Truppen, die Ferdinand von Tilly abberufen hatte, vom Westen gegen Prag vor; zuerst kam Colloredo, ihm folgte Gallas an der Spitze von 10 000 Mann und auch Aldringen verlangte mit seinen Truppen zurückgerufen zu werden, allein sein Wunsch wurde nicht erfüllt, da der Kaiser den Bitten Maximilians Rechnung tragen mußte, wenn er ihn nicht in die Arme Frankreichs treiben wollte. Gallas, der im Verein mit Colloredo ungefähr 11 000 Mann zählte, rückte mit denselben über Pilsen gegen Prag, während Marradas von Tabor heranzuziehen versprach. Die sächsische Garnison wäre nicht imstande gewesen, den vereinten Angriff abzuschlagen, wenn Marradas Wort gehalten und wenn Gallas ihre Zahl nicht überschätzt und deshalb den Angriff vermieden hätte. Er befolgte nun die Befehle des mit der Organisation des kaiserlichen Heeres betrauten Herzogs von Friedland und lagerte sich in der Nähe von Prag.

Da die sächsischen Werbungen nicht den gehegten Erwartungen entsprachen und die sächsischen Truppen im Lande unter der mangelhaftesten Verpflegung litten, verminderte sich ihre Zahl durch Krankheiten und Desertionen täglich. Wenn Waldstein mit seiner Armee aus Mähren gegen Prag zog, so konnten die Sachsen ihre Rettung nur in dem eiligsten Rückzug finden. Gegen Ende April rückte der kaiserliche Obergeneral in der That in Böhmen ein und griff am 22. Mai Prag an, das die Sachsen nicht nur aufgaben, sondern sich auch aus dem nördlichen Böhmen in das Gebirge zurückzogen. Waldstein setzte nun seinen Marsch nach dem Westen fort und vereinigte seine Truppen (am 27. Juni) mit denen Maximilians von Baiern, der ihm mit seinen Scharen entgegenzog. Bei Eger fand das erste Zusammentreffen der

beiden äußerlich zwar verbündeten, innerlich aber einander um so feindlicher gesinnten Heerführer (am 1. Juli) statt. Als sie einander von Angesicht zu Angesicht entgegentraten, „waren“, so berichtet ein Zeitgenosse, „aller Augen auf sie gerichtet, denn Jedermann war bekannt, daß der Herzog von Friedland dem Kurfürsten seine Abdankung zur Last legte und daß der Kurfürst sich dagegen einbildete, der Herzog werde es ihm nicht vergessen und nicht ungerächt lassen. Allein beider Interessen und die Erhaltung von Land und Leuten hat aus der Not eine Tugend gemacht, beide haben ihre Leidenschaft unterdrückt und sind einander freundlich entgegengekommen. Doch haben die Neugierigen vermerkt, daß der Kurfürst die Kunst zu dissimulieren weit besser verstanden habe, als der Herzog von Friedland.“

III. Das Kommando über die beiden Armeen, die nach ihrer Vereinigung über 60 000 Mann zählten, übernahm mit Zustimmung Maximilians der Herzog von Friedland; teils die Einsicht, daß ein doppeltes Kommando dem Erfolge nur abträglich sein würde, teils die Scheu, den brennenden Ehrgeiz des kaiserlichen Feldherrn zu verletzen, veranlaßten den erstern zu dieser Nachgiebigkeit. Das verbündete Heer zog jetzt nach Amberg, stieß bei Neumarkt auf ein schwedisches Regiment, das Gustav Adolf zur Rekognoszierung ausgeschickt hatte, rieb es auf und richtete darauf seine Schritte nach Schwabach, wo Gustav Adolf mit seinen Truppen stand und sich auf die Nachricht von der überlegenen Stärke des Gegners nach Nürnberg zurückzog. Am 16. Juli traf Waldstein bei Fürth, also in unmittelbarer Nähe von Nürnberg ein, statt aber den schwächern Feind anzugreifen, errichtete er ein verschanztes Lager und wollte offenbar mit seiner den Schweden überlegenen Kavallerie denselben die Zufuhr abschneiden, sie aushungern und zum weitern Rückzuge zwingen.

Dem König von Schweden war diese Art von Kriegführung nicht angenehm, denn da er schwächer war, als der Gegner und die Hilfsmittel des zum Teile feindlichen Landes nicht gehörig

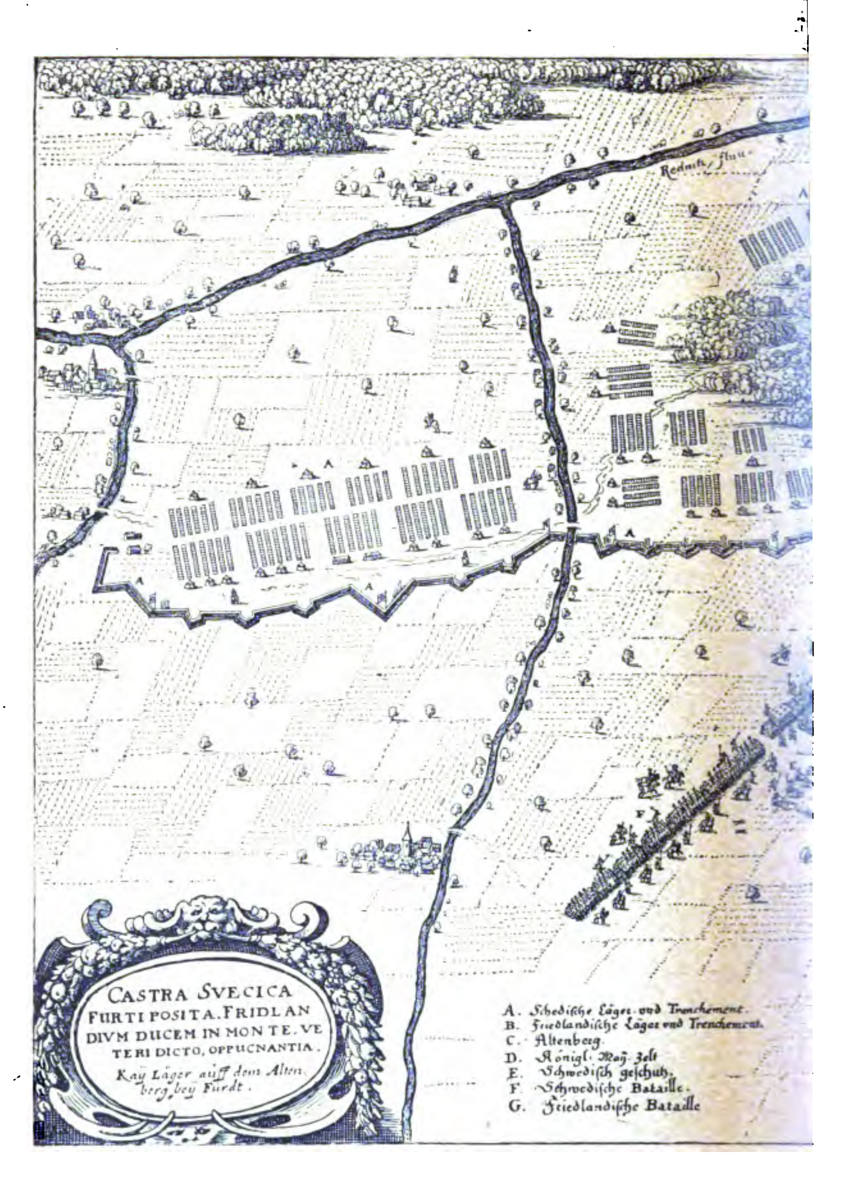


ausnützen konnte, so wollte er lieber eine rasche Entscheidung durch eine Schlacht herbeiführen. Zu diesem Behufe detachierte er zwei kleine Corps, um Waldstein durch die Hoffnung auf die leichte Besiegung derselben aus seinem Lager herauszulocken und dann anzugreifen, allein der vermutete Erfolg entging ihm, da die Kaiserlichen gegen den Angriff einen Stützpunkt an der von ihnen eroberten Veste Lichtenau gewannen. Gustav Adolf mußte also daran denken, seine Armee möglichst zu verstärken, auf seinen Wunsch zogen ihm in der That ungefähr 36 000 Mann kursächsische, hessische, weimarsche und andere Truppen zu Hilfe und verbanden sich Ende August mit ihm; auch Waldstein zog neue Verstärkungen in der Höhe von etwa 6000 Mann an sich. Die beiden feindlichen Heere waren jetzt ziemlich gleich stark und die Entscheidung konnte nicht lange mehr ausbleiben. Ganz Deutschland, ja ganz Europa harrte mit Bangen und Hoffnung auf Nachrichten von Nürnberg: wie gewöhnlich gab man dem künftigen Resultate des Kampfes eine entscheidende Bedeutung und sah sich oder den Gegner in den Abgrund hinabgestürzt. Selten mag wohl die Gottheit von den einander gegenüberstehenden Parteien inniger um den Sieg angefleht worden sein, als diesmal und noch seltener mag eine jede von der Gerechtigkeit ihrer Sache so überzeugt gewesen sein, wie hier. Die Häupter selbst, Gustav Adolf und Waldstein, mußten sich jedoch, wenn sie aufrichtig sein wollten, gestehen, daß nur ihr Interesse den allerdings ohne ihre Schuld entstandenen Brand zu dieser furchtbaren Höhe angefacht habe und daß sie sich also nicht mit reinem Gewissen an diesem Gebete beteiligen konnten: Gustav Adolf war aus einem Verteidiger seiner Glaubensgenossen ein Eroberer geworden und Waldstein hatte vom Anfang an nur seine eigenen Interessen im Auge gehabt.

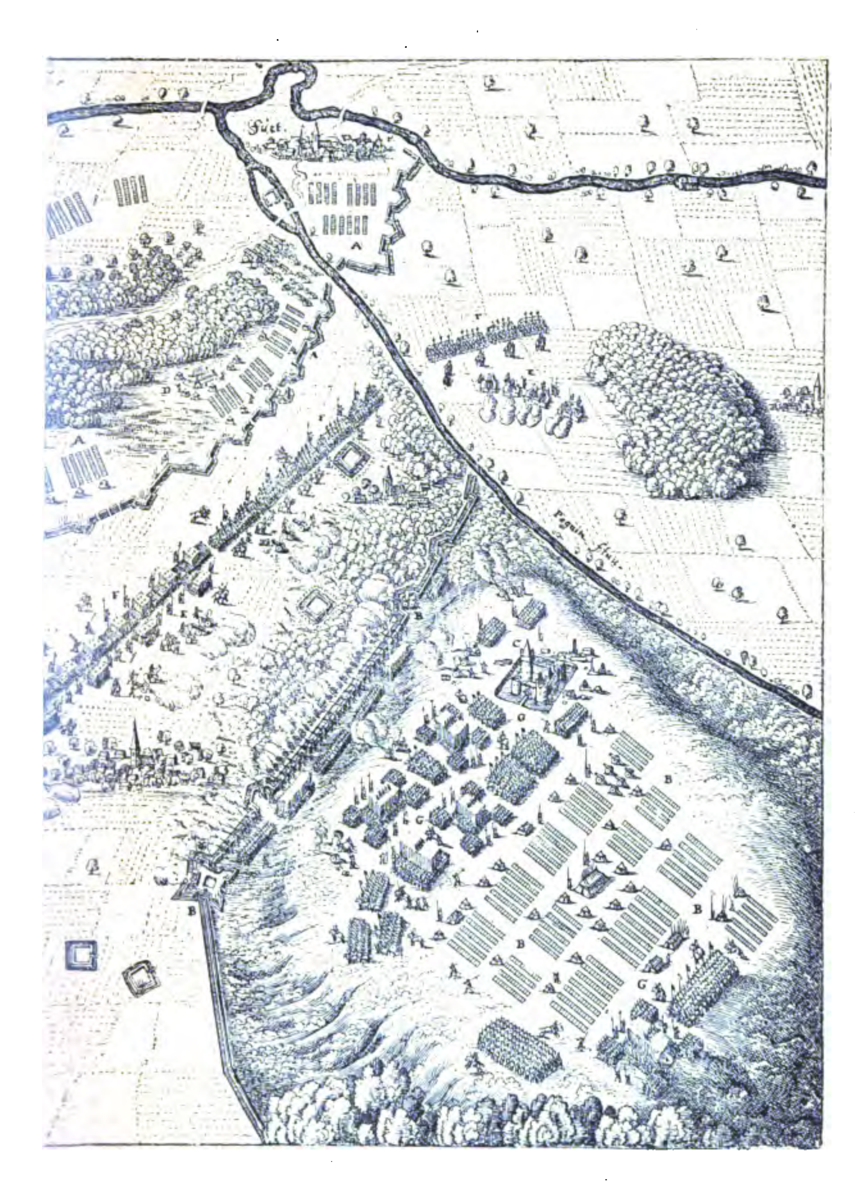
Der Schwedenkönig hätte nicht der geniale Feldherr sein müssen, der er war, wenn er sich nicht nach Vereinigung mit seinen Bundesgenossen zu einem Angriffe auf den in seinem wohl verschanzten Lager unbeweglich stehenden Waldstein entschlossen

hätte. Der Angriff erfolgte am 4. September unter dem Donner so vieler Geschütze, wie man sie bisher noch in keiner Schlacht gesehen hatte, aber da die kaiserlichen und ligistischen Truppen vortrefflich verschanzt waren, so konnten die Schweden trotz der größten Anstrengungen und trotz des Opfermutes einzelner Regimenter nicht zum Ziele gelangen. Der König mußte den Angriff als mißlungen aufgeben, nachdem er ungefähr 3000 Mann und eine Anzahl tüchtiger Offiziere eingebüßt hatte, während der Verlust der Kaiserlichen kaum 1500 Mann betrug. Der Mehrverlust an Mannschaft auf schwedischer Seite war also nicht sehr bedeutend, desto bedeutender war aber die moralische Einbuße, die Gustav Adolf erlitt. Die Welt kümmerte sich wenig darum, daß er unter den schwierigsten Verhältnissen einen Angriff unternommen hatte, der nur gegen eine desorganisierte Armee zum Ziele führen konnte. Man hielt sich allein an die Thatsache, daß er den kürzeren gezogen hatte und diese Thatsache wischte den Zauber der Unbesiegbarkeit von seiner Stirn. Er versuchte auch keinen zweiten Angriff mehr, sondern brach, nachdem er noch 14 Tage bei Nürnberg verweilt hatte, sein Lager daselbst ab, weil ihm die Lebensmittel auszugehen anfingen und Krankheiten sein Heer dezimierten und verließ die Gegend, nachdem er in der Stadt eine Besatzung von 4500 Mann zurückgelassen hatte.

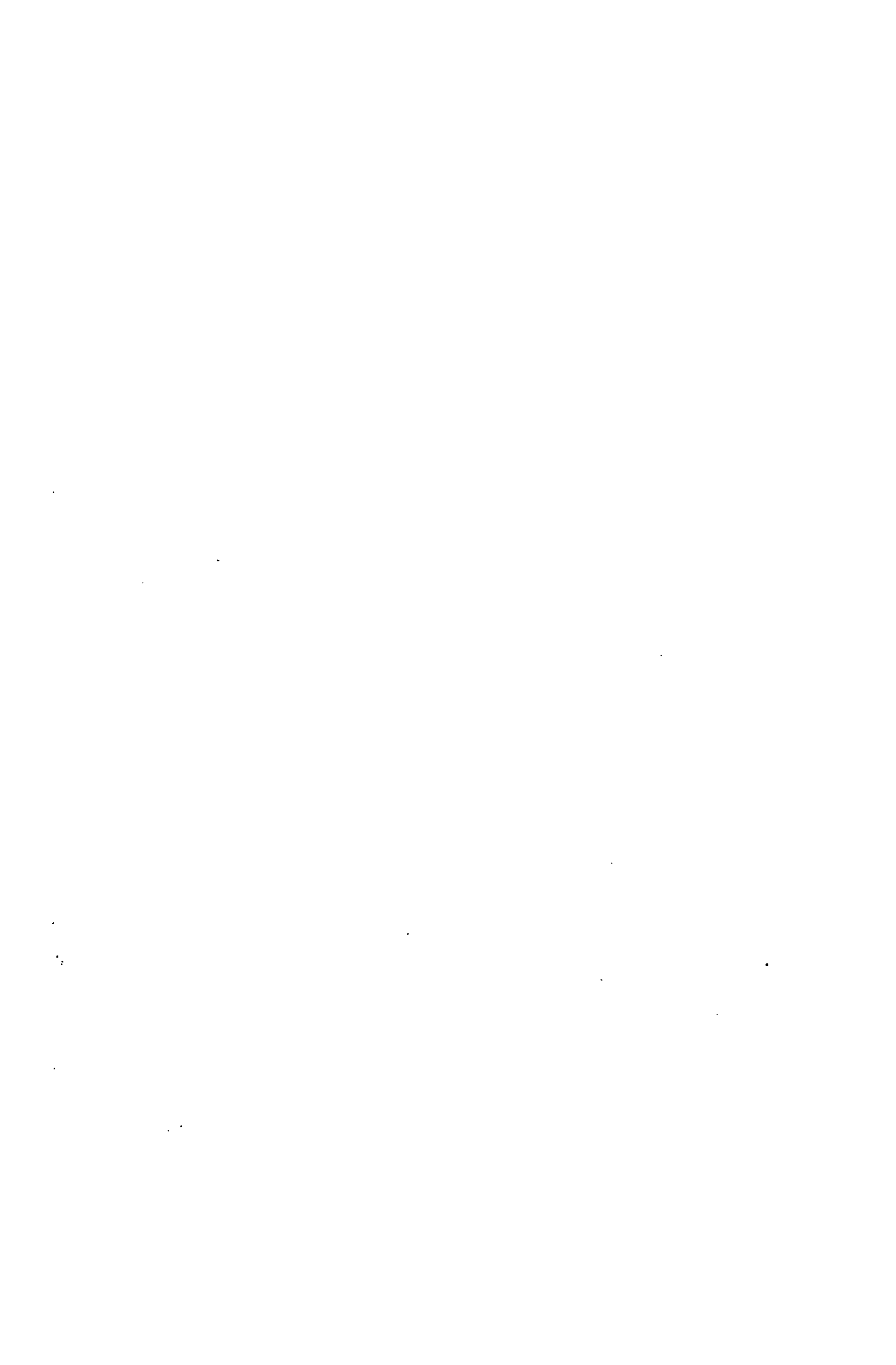
Auf dem Rückzug nahm er in Neustadt an der Aisch von dem Pfalzgrafen Friedrich, der ihn seit acht Monaten beständig begleitet hatte, Abschied. Er dankte seiner Vermittlung, daß der König von England ihn in der Hoffnung auf die Restitution seines Schwagers mit Hülfstruppen unterstützte, die in England geworben worden waren und zu den Erfolgen Schwedens einiges beitrugen. Friedrich selbst hatte sich im Monat Januar zu Gustav Adolf nach Frankfurt begeben und lag seitdem dem Könige von Schweden, von dem er als Freund und Bundesgenosse und als König von Böhmen anerkannt wurde, ununterbrochen in den Ohren, sich die Wiedererwerbung der Pfalz angelegen sein zu lassen. Der Schwede war hiezu unter einigen Bedingungen er-



Aufstellung der kaiserlichen und schwedischen Armee



vor ihrem Zusammenstoß bei Fürth im Jahre 1632.



bötig, die er kurz vor der Trennung in Neustadt definitiv formulierte und von denen eine den höchsten Unwillen des Pfalzgrafen erregte. Gustav Adolf stellte nämlich dasselbe Verlangen an ihn, welches er ursprünglich an die Herzöge von Mecklenburg gerichtet hatte, daß er ihn bleibend als sein Oberhaupt anerkenne, also mit ihm in einen Bund trete, der nicht den losen Charakter des Verhältnisses zwischen einem deutschen Reichsfürsten und dem Kaiser an sich tragen sollte. Gegen diese Bedingung lehnte sich der Stolz Friedrichs auf und er wollte unter dem Vorwand, daß er dem Reiche nichts vergeben dürfe, sich ihr nicht anbequemen. Zwei andere Bedingungen waren gleichfalls nicht nach seinem Geschmacke, er sollte nämlich für die Kosten der ihm geleisteten Hilfe aufkommen und den Anhängern der Augsburger Konfession in seinen Besitzungen volle Freiheit einräumen. Die ablehnende Erklärung Friedrichs, die dieser aus Frankfurt am Main dem König von Schweden zukommen ließ, beantwortete der letztere nicht ohne Ironie, indem er darauf hinwies, daß der Kaiser den Beistand von Sachsen und Baiern seiner Zeit mit der Abtretung der Lausitz und Oberösterreichs bezahlen mußte: wie könne also der Pfalzgraf verlangen, daß er ihm das umsonst zurückgebe, was er ohne jegliche Hilfe seinerseits erobert habe? Mit dieser Antwort, welche Gustav Adolf am 7. November abgab, endeten die Verhandlungen, denn einige Tage später fiel er bei Lützen. Friedrich wurde durch die Nachricht von diesem seine Restitution bedrohenden Unglücksfalle auf das schwerste betroffen; da er schon unwohl war, so steigerte sich sein Leiden derart, daß er vierzehn Tage später in Frankfurt am Main starb.

Wir wollen gleich hier bemerken, daß die Verhandlungen zwischen den Erben des Pfalzgrafen und dem schwedischen Reichskanzler nach dem Tode Gustav Adolfs neu aufgenommen wurden und fünf Monate später zu einem Vertrage führten, der den Schweden die Einkünfte der Unterpfalz zur Verfügung stellte, alle festen Plätze in ihre Hände lieferte und nur im Falle des Friedens den pfalzgräflichen Kindern die

volle Restitution zusicherte. Zugleich mußte sich der Bruder des Winterkönigs als Vormund der pfalzgräflichen Erben entschließen, den Anhängern der Augsburger Konfession freie Religionsübung in der Pfalz zuzusichern, die Teilnahme an jenem Bündnisse, das eine Anzahl Reichsstände bleibend mit der Krone Schweden schließen würde, versprechen und sich zur Beistellung einer Anzahl Truppen zu dem gemeinsamen Heere verpflichten. Schweden beabsichtigte also auch jetzt das Kurfürstentum durch eine neue Verpflichtung aus dem alten Reichsverbande zu trennen und erlangte diesmal die Zustimmung des Vormundes. Vergessen wir jedoch nicht, daß dieser Vertrag im Jahre 1633 abgeschlossen wurde, als die Schweden trotz des Todes ihres Königs noch mächtig dastanden, in den folgenden Jahren mußten sie von selbst auf diese erträumte Herrschaft verzichten und sich auf die Erwerbung desjenigen Gebietes beschränken, das sie zu erobern und ihrem Reiche einzuverleiben gedachten.

Fünf Tage nach dem Abzug Gustav Adolfs von Nürnberg verließ auch Waldstein mit dem Kurfürsten Maximilian sein Lager und beide zogen nach Coburg, wo sie sich jedoch trennten, der erstere wollte nach Sachsen ziehen, um den Kurfürsten zu Paaren zu treiben, der letztere aber mußte in seinem Lande bleiben, um es gegen Gustav Adolf, der über die Donau an den Lech gegangen war, zu verteidigen. In Koburg einigten sich die beiden Kriegsoberhäupter dahin, daß der kaiserliche General Aldringen mit etwa 10 000 Mann sich dem Kurfürsten anschließen und seinem Kommando folgen solle, dafür sollte Pappenheim, der in Niedersachsen an der Spitze von etwa 12 000 Mann stand, unter den Oberbefehl Waldsteins treten. Nach dieser Vereinbarung trennten sie sich um die Mitte Oktober. Maximilian war herzlich froh, die Verbindung lösen zu dürfen, er mußte sich mancherlei Demütigungen gefallen lassen, die er zwar geduldig hinnahm, die ihm aber das längere Zusammensein mit Waldstein täglich unerträglicher machten.

IV. Es erscheint eigentümlich, daß Gustav durch seinen

Abzug von Nürnberg den Gegner außer Acht ließ und es ihm freistellte, seinen Angriff dorthin zu richten, wohin es ihm beliebte. Da er jedoch annahm, daß sich Waldstein nach Sachsen wenden würde, um den Kurfürsten zu Paaren zu treiben, so teilte er seine Armee und schickte dem Kurfürsten ungefähr 7500 Mann zu Hilfe: er selbst begab sich an der Spitze der übrigen Truppen an die Donau und schien den Krieg nach Österreich spielen zu wollen, wo eine neue Bauernerhebung die größten Erfolge in Aussicht stellte. Schon im Frühjahr sammelten sich daselbst unter der Anführung eines gewissen Grindel gegen 6000 Mann, widersetzten sich dem gegen sie ausgeschickten kaiserlichen Volk und erlangten hie und da Erfolge. Wenn Gustav Adolf in Oberösterreich einrückte, so konnte sich die Bewegung auch nach Niederösterreich fortpflanzen und Waldstein hätte augenblicklich zu Hilfe eilen müssen. Da der König dies nicht that, so erlagen die Bauern der kaiserlichen Kriegsmacht bei Efferding. Die Untersuchungen, die gegen sie eingeleitet wurden, endigten damit, daß einige hingerichtet, 300 Personen eingesperrt, eine Anzahl verbannt, alle übrigen aber in strengster Weise gezwungen wurden, in den Schoß der katholischen Kirche zurückzukehren. Viele Bauern flüchteten sich nach Deutschland, kehrten aber im folgenden Jahre wieder nach Österreich zurück, als daselbst ein neuer Aufstand auszubrechen drohte, der jedoch nur zu einzelnen Widersetzlichkeiten führte, deren man bald Herr wurde.

Die Unterstützung von Seite der oberösterreichischen Bauern war übrigens nicht die einzige Hilfe, welche dem Schwedenkönig bei seinem 'allfälligen Vorrücken gegen Wien winkte, auch der Fürst von Siebenbürgen wollte sich ihm in der Bekämpfung Ferdinands anschließen. Wir haben die siebenbürgischen Verhältnisse seit Bethlens Tode (1629) nicht weiter berührt und tragen also nach, daß seine Witwe, die brandenburgische Prinzessin Katharina, die Regierung übernahm. War es schon an und für sich schwer für eine Frau, auf diesem unterhöhlten Boden die Herrschaft zu behaupten, so gestaltete sich dies für sie dadurch

noch schwieriger, daß sie sich dem Einflusse eines Günstlings hingab und zugleich in den Verdacht geriet, eine heimliche Katholikin zu sein, welcher Verdacht sich später durch ihr offenes Bekenntnis bestätigte. Die Unbeliebtheit der Fürstin benutzte der Bruder ihres verstorbenen Gemahls, welchen der letztere zum Gubernator an ihrer Seite ernannt hatte, um ihre Macht einzuschränken und Vorbereitungen zu ihrem Sturze zu treffen. Er schien zum Ziele gekommen zu sein, da ein nach Klausenburg (im September 1630) berufener Landtag die Fürstin absetzte und ihn mit der fürstlichen Würde bekleidete. Allein gegen ihn bewarb sich auch der weit tüchtigere Georg Rákóczy um dieselbe Würde, und da er ihn kurz vordem selbst dazu aufgefordert hatte, so befand er sich ihm gegenüber in nicht geringer Verlegenheit und mußte sich auf einen Kampf gefaßt machen. Sein jüngerer Sohn, der zu der Ausdauer des Vaters kein Zutrauen hatte, beredete ihn zu einer persönlichen Zusammenkunft mit Rákóczy, bei der sich beide dahin einigten, den Landtag zu einer neuen Wahl zu berufen. Der Landtag trat in Schäßburg zusammen und entschied sich nach hartem Wahlkampfe für Rákóczy, wobei Katharina aus Groll gegen Bethlen ihren ganzen Einfluß für diesen einsetzte. Die Türken erkannten ihn als Fürsten von Siebenbürgen an, nachdem er sich ihre Gunst durch reiche Geschenke erworben hatte. Katharina blieb nur noch kurze Zeit in Siebenbürgen, ging darauf nach Wien, wo sie als Katholikin gut empfangen wurde und später den Herzog Franz Karl von Sachsen-Lauenburg heiratete.

Der Kaiser hatte bei der Bewerbung um den fürstlichen Stuhl einen andern Kandidaten begünstigt und sich dann auf die Seite Stephan Bethlens geneigt, weil ihm dieser mehr Zutrauen einflößte als Rákóczy, auch der Palatin Eszterhazy war für Bethlen eingetreten, der Kardinal Pazman dagegen aus Eifersucht auf Eszterhazy für Rákóczy. Der Einfluß Eszterhazys siegte und Ferdinand, der den neuen Fürsten nicht anerkennen wollte, begann einen Krieg, bei dem er aber wegen Geld-

mangels keine sonderlichen Lorbeeren pflückte, so daß er sich mit Rákóczy in Friedensverhandlungen einließ und ihn nicht bloß als Fürsten von Siebenbürgen anerkannte, sondern ihm auch jene ungarischen Komitate überließ, die sein Vorgänger besessen hatte.

Kaum fühlte sich Rákóczy auf dem Fürstenstuhle sicher, als er in die Fußtapfen Bethlen Gabors trat und sich um Allianzen bewarb, mit deren Hilfe er den Kaiser bekämpfen wollte. Er schrieb zu diesem Ende an den Kurfürsten von Sachsen (1. Dezember 1631), bot ihm und dem Könige von Schweden seine Unterstützung an und verlangte dafür, daß eine Armee von 14000 Mann durch Mähren an die ungarische Grenze vorrücken und sich mit ihm verbinden solle. Der Kurfürst von Sachsen teilte diese Botschaft dem Könige mit und dieser schickte einen Gesandten nach Siebenbürgen, um mit dem Fürsten die Bedingungen eines Angriffs auf Österreich zu vereinbaren. Rákóczy zeigte sich zu allem bereit, versprach die Hilfe der Türken herbeizuschaffen und traf mancherlei Vorbereitungen, so daß sich in Wien im Oktober, also gerade zu der Zeit als Gustav Adolf von Nürnberg an die Donau zog, das Gerücht verbreitete, Rákóczy werde an der Spitze eines Heeres von 26000 Mann eigener und 20000 türkischer Hilfstruppen den Kaiser bekämpfen. Wäre Gustav Adolf in Oberösterreich eingefallen, so hätte sich dieses Gerücht wohl bewahrheitet, so aber wurde im Jahre 1632 der Friede zwischen Ferdinand und Rákóczy nicht unterbrochen.

V. Wie sehr Oxenstierna bei Kenntnis dieser Thatsachen und bei dem Umstand, daß Oberösterreich im Aufstande begriffen war, sich für den Einmarsch in das letztere Land ereifern mochte, er konnte es nicht bewirken, daß Gustav Adolf an diesem ursprünglich gefaßten Beschluß festhielt. Der König zog nach dem Bodensee, um den Südwesten Deutschlands von dem Feinde zu säubern und die bisher verschonten katholischen Gebiete mit Kontributionen zu belegen. Nachdem er bei Donauwörth die Donau passiert hatte, rückte er längs des Lechs vorwärts, aber hier traf ihn die Nachricht, daß Waldstein gen Norden ziehe und sich wahr-

scheinlich mit Pappenheim, der auf Hessen zu marschiere, verbinden wolle. Wenn diese Vereinigung gelang, so war Waldstein jedem im Norden befindlichen Gegner so sehr überlegen, daß er ihn erdrücken konnte, dies bewirkte, daß Gustav Adolf seine Operationen in Süddeutschland schleunig aufgab und Waldstein zu folgen beschloß. Er hatte jedenfalls einen groben Fehler gethan, indem er den Gegner ganz außer Acht gelassen, den unnützen Zug nach Süddeutschland unternommen und den ursprünglich geplanten Angriff auf Österreich nicht rasch genug durchgeführt hatte.

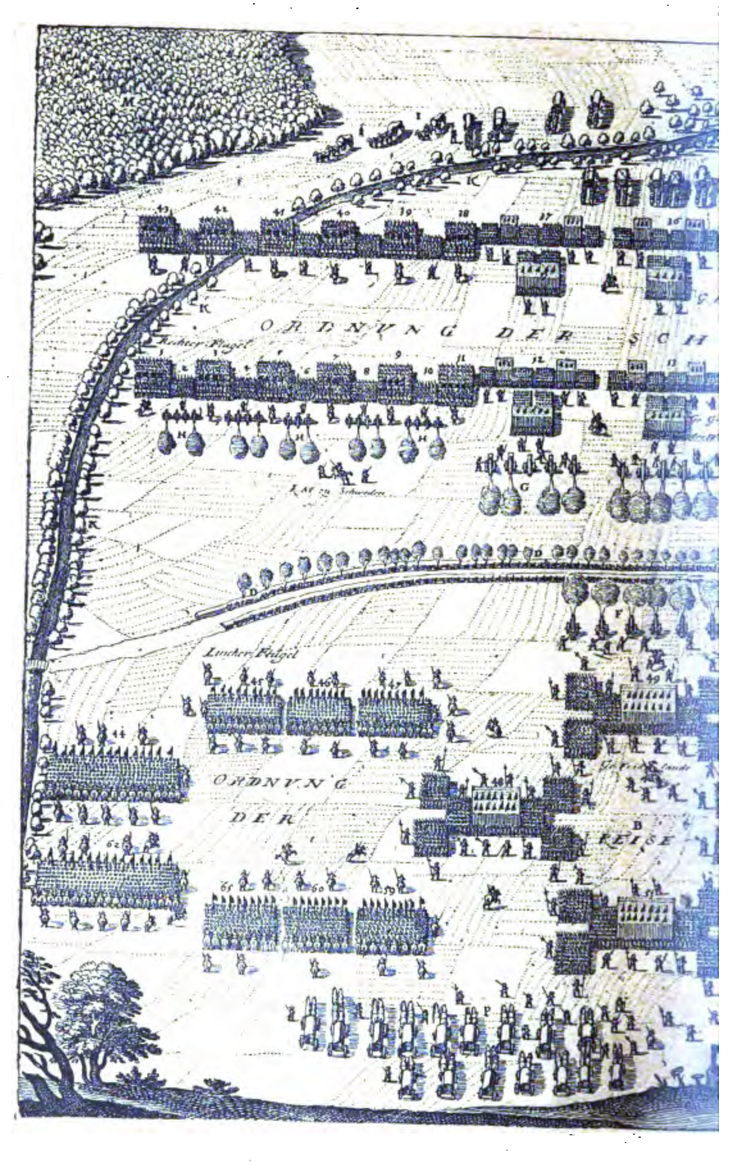
Der Kurfürst von Sachsen, der im Frühjahr durch Waldsteins Anmarsch aus Mähren zuerst bedroht schien, hatte nach dem Abzug desselben gegen Nürnberg freie Hand bekommen, seine Angriffe gegen Böhmen fortzusetzen, allein da er bald darauf einen Teil seiner Truppen dem Schwedenkönig nach Nürnberg zu Hilfe schickte, so mußte er trotzdem Böhmen räumen, weil dieses von Marradas mit überlegenen Kräften verteidigt wurde. Sein General Arnim vereinte sich jetzt mit den brandenburgischen und schwedischen Hilfstruppen, die von den Obersten Kötteritz und Duwall kommandiert wurden, und rückte so auf 16000 Mann verstärkt in Schlesien ein. Er erlangte bedeutende Erfolge und konnte nur mühsam von Marradas, der ihm nach Schlesien gefolgt war, im Zaum gehalten werden. Um die weitern Fortschritte der Sachsen zu hindern ließ Waldstein 6000 Mann unter Holks und 10—12000 Mann unter Gallas' Kommando in Sachsen einmarschieren, und stieß später mit dem Rest seiner Truppen bei Altenburg zu ihnen, zog dann gegen Leipzig, das er nach kurzem Bombardement zur Kapitulation zwang (am 1. November 1632) und eroberte zwei Tage später auch die Pleißenburg. Sein Sinnen und Streben war jetzt auf die Vereinigung mit Pappenheim gerichtet.

Wir haben bisher dieses kühnen und hervorragenden Generals nur flüchtig bei der Bekämpfung des oberösterreichischen Bauernaufstandes und bei der Belagerung von Magdeburg ge-

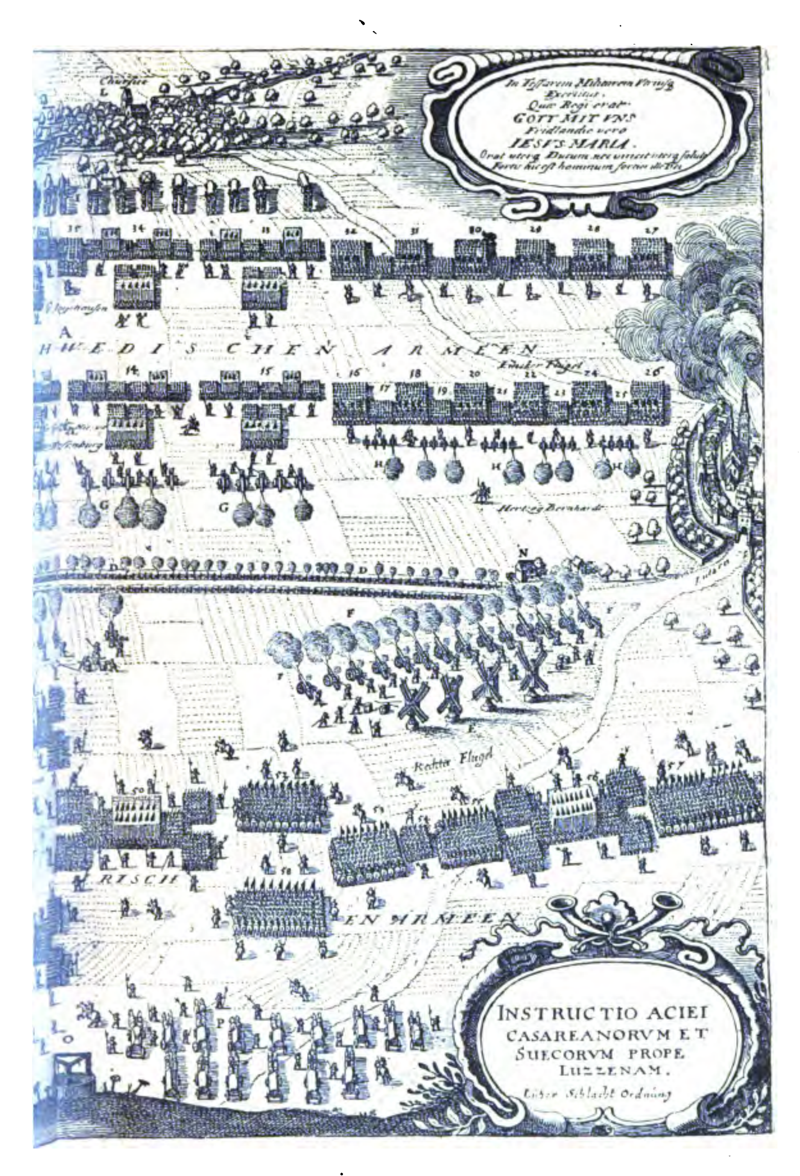
dacht, wiewohl er eine glänzendere und eingehendere Würdigung verdient hätte. Nach der Niederlage bei Breitenfeld wurde er nach der Weser geschickt, wo er mit den geringen ihm zur Disposition gestellten Mitteln ein Korps von etwa 5000 Mann bildete und damit durch einen kühnen Handstreich den Grafen Wolf von Mansfeld befreite, als dieser in Magdeburg von dem schwedischen General Baner hart bedrängt wurde und schon kapitulieren wollte. Als sich Baner mit dem Herzog Wilhelm von Weimar vereinte und seine Armee dadurch auf 20000 Mann brachte, mußte Pappenheim jede Offensive aufgeben, bis ihm der Abzug eines Teiles dieser Truppen zu Gustav Adolf, als dieser seine Operationen gegen Tilly einleiten wollte, wieder Luft verschaffte und zu neuen Angriffen anfeuerte. Er war nun der Überall und Nirgends, bei Höxter überfiel er vier hessische Regimenter und rieb sie vollständig auf und hielt durch seine kühnen Märsche die ihm an Zahl überlegenen Gegner stets in Athem, vereitelte alle ihre Anstrengungen ihn in eine Falle zu locken und rückte endlich von der Weser über den Rhein nach Mastricht, um dieser von den Holländern belagerten Stadt Hilfe zu bringen. Hier konnte er nichts ausrichten, weil ihn die Spanier zu wenig unterstützten, er trat deshalb den Rückzug nach der Weser an, zwang den Herzog von Lüneburg von der Belagerung von Wolfenbüttel abzulassen und brach endlich im Oktober 1632 an der Spitze seiner mittlerweile auf 12000 Mann angewachsenen Armee auf, um sich mit Waldstein zu vereinigen und den Abgang der Aldringenschen Truppen zu ersetzen. Die Vereinigung gelang, obwohl Gustav Adolf sie durch den Herzog Bernhard von Weimar hatte hindern wollen, und die vereinten Truppen rückten über die Mulde nach Wurzen, wo Waldstein die Nachricht erhielt, daß Gustav Adolf mit seinem Heere im Anzug sei; er kehrte nun über Leipzig zurück und lagerte sich bei Weißenfels. Pappenheim wurde mit acht Regimentern zu Pferd und fünf zu Fuß nach Halle detachiert und mit der Beobachtung des Herzogs von Lüneburg beauftragt. Der König rückte mittlerweile von Erfurt über Naumburg nach

Pegau vor, ohne daß ihn Waldstein bei Naumburg an dem Überschreiten der Saale gehindert hätte. Die Energie, mit der Gustav Adolf den Kampf am 15. November aufnahm, ließ Waldstein nicht im Zweifel darüber, daß er es auf eine Entscheidungsschlacht abgesehen habe, deshalb schickte er dem Grafen Pappenheim die Ordre zur augenblicklichen Rückkehr nach, die dieser auch so rasch wie möglich befolgte, denn er trat schon am 16. November um 2 Uhr morgens den Rückmarsch an.

Gustav Adolf stellte an demselben Tage sein Heer in zwei Treffen auf, der linke Flügel stand hinter Lützen, der rechte lehnte sich an den sogenannten Floßgraben an, die Front der ganzen Aufstellung war gegen den Norden gerichtet. Der rechte Flügel der kaiserlichen Armee, deren Front gegen Süden gerichtet war, lehnte sich an Lützen an, der linke an den Floßgraben und war durch denselben gedeckt. Der König wollte den Gegner schon vor Tagesanbruch angreifen, ein dichter Nebel verhinderte ihn aber daran und so mußte er warten, bis die aufsteigende Sonne mehr Helle verbreitete. Nach feierlicher, durch seinen Hofprediger Dr. Fabricius verrichteter Morgenandacht ritt Gustav Adolf die Reihen seiner Regimenter ab und munterte sie einzeln, die schwedischen wie die deutschen in ihrer Muttersprache, zur Tapferkeit und Ausdauer auf. Zum Losungswort des Tages wählte er dieselben Worte, wie in der Schlacht bei Breitenfeld: „Gott mit uns!“ Das Feldgeschrei der Katholiken waren die beiden Namen „Jesus Maria“. Gegen zehn Uhr morgens ging Gustav Adolf zum Angriffe über, welchen die Kaiserlichen teils durch ein furchtbares Artilleriefeuer, teils dadurch, daß sie Lützen in Brand steckten, abzuwehren suchten. Die schwerste Aufgabe nahm der König, der am rechten Flügel kommandierte, selbst auf sich, indem er den Floßgraben zu nehmen suchte und dies auch schließlich zustande brachte. Der Kampf wogte nun bis zwei Uhr nachmittags hin und her, aber mit steigendem Vorteil für die Schweden, welche zahlreiche Geschütze erbeuteten und bereits den Sieg erfochten zu haben glaubten. Da brauste aber Pappenheim



Plan der Schlacht bei Lütz



zen am 16. November 1632.

zwischen zwei und drei Uhr nachmittags mit seinen acht Kavallerieregimentern heran, ging augenblicklich in stürmischer Weise zum Angriffe über und brachte die Schlacht zum Stehen, denn die Kaiserlichen faßten wieder Mut und leisteten tapferen Widerstand. Allen voran that es Pappenheim, der unbekümmert um die eigene Sicherheit rücksichtslos auf den Feind eindrang, dabei aber tötlich verwundet wurde. In seine Regimenter kam durch diesen Unfall einige Unordnung, welche die Schweden durch einen Angriff ausnützen wollten, aber wegen des einfallenden Nebels gelang derselbe nicht gehörig und sie wurden zum Teil zurückgeworfen. Der König stellte sich jetzt selbst an die Spitze eines Regiments, mit dem er auf die feindlichen Kürassiere eindrang und sie zur Flucht zwang. Der stete Nebel bewirkte aber, daß sich die Reihen der Schweden trennten und der König ungedeckt auf feindliche Musketiere stieß, von denen er in den Arm verwundet wurde. Während man sich um ihn bemühte und seine Wunde verbinden wollte, kamen mehrere feindliche Reiter herangesprengt, von denen einer auf den König schoß und ihn tötlich verwundete, ein zweiter Schuß traf ihn in den Kopf und zu alledem hieben sie noch mit der blanken Waffe auf ihn ein, so daß sein unmittelbarer Tod erfolgte. Pappenheim hatte sein Leben noch nicht ausgehaucht, als er die Nachricht von dem Falle seines großen Gegners erhielt. Die Kunde von diesem schrecklichen Unglücksfalle entflammte die Schweden zur Rache: unter der Führung des Herzogs Bernhard von Weimar und des Generals Kniphausen setzten sie den Kampf mit Erbitterung fort, bis der Abend demselben ein Ende machte. Die Schlacht war auf diese Weise unentschieden, doch zogen sich die Kaiserlichen, weil sie der Erholung mehr bedurften und keinen Proviant hatten, nach Leipzig zurück, während die Schweden erst am folgenden Tage das Schlachtfeld räumten und demnach die Ehre des Tages für sich in Anspruch nahmen.

VI. Der Tod des Schwedenkönigs wog jedoch diesen scheinbaren Vorteil tausendmal auf. Nie zeigt sich die Bedeutung

eines Mannes in schlagenderer Weise, als wenn er von seinem halbvollendeten Werke abberufen wird und der stolze Bau, der zu den Wolken reichte, in Trümmer fällt. Es liegt nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit, daß er das zwar nie offen eingestandene, aber vielfach angedeutete Ziel der Begründung einer Herrschaft über Deutschland erreicht und so die politische und merkantile Entwickelung dieses Landes um mehr als ein Jahrhundert beschleunigt hätte. Würde er jedoch nur das erreicht haben, was nach Oxenstiernas Versicherung sein einziges Ziel gewesen sein soll, die Herrschaft über Norwegen, Dänemark und die Ostseeländer, um aus diesem Besitz ein Kaiserreich Skandinavien zu schaffen, so würde seine Thätigkeit auf die Geschicke der genannten Länder zwar einen unverwischlichen, doch kaum gedeihlichen Einfluß ausgeübt haben, denn dieses Reich hätte kein unverrückbares Zentrum besessen, da die Deutschen trotz ihrer Mehrzahl darin nur die zweite Stellung eingenommen hätten. Alle diese Pläne lösten sich jetzt in Nebel auf und beschränkten sich darauf, daß die Schweden für ihre Intervention in Deutschland möglichst viel Geld und den Besitz von Pommern und Magdeburg herausschlagen wollten. An die Stelle des himmelstürmenden Ehrgeizes Gustav Adolfs trat jetzt die Habsucht Oxenstiernas. Der innigste Vertraute seines Herrn, dessen klugen Ratschlägen der Vorstorbene den größten und vielleicht den einzigen Einfluß auf seine Entschließungen einräumte, brachte auf die Nachricht von dem Tod des Königs die Nacht schlaflos und düsteren Sorgen preisgegeben zu.

Es ist bekannt, daß sich gleich anfangs über die Ursache, welche diesen für Schweden so überaus schmerzlichen Verlust herbeigeführt hatte, verschiedene Meinungen geltend machten und man denselben keiner feindlichen Kugel, sondern einem Meuchelmorde zuschrieb, der von dem Herzog Franz Albrecht von Lüneburg, in dessen Armen der König verschied, begangen sein sollte. Diese Beschuldigung beruht wohl nur auf dem Geschwätz der aufgeregten Menge, denn von den nächststehenden Personen

wurde sie nie ernstlich erhoben und deshalb legen ihr auch die Historiker keine Bedeutung bei. Unbekannt ist es aber bis jetzt, daß sich eine nicht namentlich genannte Person nach der Schlacht bei Breitenfeld mit dem Gedanken beschäftigte, den König gewaltsam aus dem Wege zu schaffen. Zu dem Beichtvater, den die spanische Infantin und Gemahlin Ferdinands III mit sich aus Spanien nach Wien gebracht hatte, dem Kapuzinermönch Fray Diego de Quiroga, kam jemand und bot sich an, den König von Schweden meuchlings zu ermorden, wenn ihm hiefür 30000 ungarische Dukaten nach vollbrachter That bezahlt würden. Der Mönch beriet sich mit den beiden damals am kaiserlichen Hofe beglaubigten spanischen Gesandten, dem Marques Cadareita und dem Brüsseler Rat Jacques Bruneau und da sie ihre Zustimmung gaben, so nahm er das Anerbieten an und berichtete hierüber an den Herzog-Grafen von Olivares (3. Januar 1632).

Daß der Beichtvater und die Gesandten ihre Zustimmung zu einer so gewissenlosen Handlung geben konnten, begreift man, wenn man weiß, daß sich seit Philipp II in Spanien die Theorie entwickelt hatte, der König sei an keine Formen gebunden, wenn er über einen seiner Unterthanen aus zureichenden Gründen die Todesstrafe verhänge, er könne ihn deshalb mit gutem Gewissen auch meuchlings ermorden lassen, da die Einhaltung der gewöhnlichen Prozeßformen eine Vergünstigung sei, die bei notorischen Verbrechen nicht einzutreten brauche. Diese Theorie hatte sich namentlich im Kampfe gegen die Holländer entwickelt, sie sollte die Aufrührer und Ketzer treffen, die man durch Meuchelmord aus dem Wege schaffen wollte. Wenn man einmal einen derartig abschüssigen Weg betritt, so darf es nicht Wunder nehmen, wenn man dieselbe Theorie auch auf den König von Schweden anwandte und ihn als Ketzer dem Tribunal des Königs von Spanien unterstellen wollte. Ähnliche hirnverbrannte oder gewissenlose Meinungen haben sich häufiger entwickelt, als man im allgemeinen vermuten könnte. Wurde doch vor Ludwig XIV von einem seiner hervorragendsten Ratgeber die Ansicht verfoch-

ten, daß ihm allein das Eigentum seiner Unterthanen zustehe und diese nur Nutznießer des ihnen vom König erteilten Besitzes seien. Mit dieser Theorie beschwichtigte er sein Gewissen, als er in der zweiten Hälfte des spanischen Successionskrieges dem Lande unerhörte Lasten aufbürdete.

Als der Brief Quirogas in Spanien anlangte, wurde über denselben Rat gehalten und beschlossen, das Anerbieten des Mörders zu verwerfen und dem Mönche den Befehl zu erteilen, nicht darauf einzugehen. Denn, so hieß es in der königlichen Antwort, „wiewohl man dem Morde ohne jeden Skrupel beistimmen könnte — woran man aber doch zweifeln kann — so scheint eine solche Handlung eines mächtigen und gerechten Königs nicht würdig zu sein und deshalb dürften sich die königlichen Diener weder wissentlich noch mit ihrem Rat daran beteiligen.“ Wir dürfen annehmen, daß dieser Befehl beachtet wurde und daß Quiroga sein gegebenes Wort zurückzog, denn jedenfalls ist Gustav Adolf nur den feindlichen Kugeln im Schlachtgewühl erlegen. Es zeigt sich aber, welche Leidenschaft entflammt und welche verbrecherische Theorien aufgestellt werden, wenn die Parteien einander bis zur Vernichtung bekämpfen.

Namen- und Ort-Verzeichnis.

